

Nun komme ich auch zu dem hin, was der Herr Präsident sehr, sehr unterschätzt oder soll ich sagen überspielt hat; zu einer Rede, die er Mitte Oktober vor dem Landesbauernrat hielt, und die dort offensichtlich ganz anders geklungen hat (Abg. Dr. Maitz: „Waren Sie dabei?“), als sie heute klang. Wenn ich dazu eine Zeitung zitiere, so ist das eine dem Bauernbund freundlich gesinnte Zeitung, die sicher nicht boshafterweise Dinge schreibt, die nicht mit dem übereinstimmen, was zu hören war. Es heißt hier: „Ein emotionsgeladener steirischer Bauernbundpräsident, der in Erregung auch massiv auf das Rednerpult klopfte, zeichnete gestern ein düsteres Bild der Lage der österreichischen Bauernschaft. Durch die hohen Zollmauern, die die Europäische Gemeinschaft aufgerichtet hat, gehen unseren Landwirten die letzten traditionellen Absatzmärkte verloren, und umgekehrt strömen immer mehr ausländische Produkte nach Österreich.“ Dann heißt es weiter: „Das Stärkste aus Koiners Rede: Vor der Straße in die Zukunft steht ein überwindbares schwarzes Tor.“ Die Vergleichsziffern, die er angeführt hat, besagen, daß es eine katastrophale Lage in der Landwirtschaft geben soll. Neben steht noch eine Bemerkung des Berichterstatters, der sagt folgendes: „Ob man in der Großstadt Wien und im EG-Raum Brüssel überhaupt weiß, was es bedeutet, wenn Österreichs Bauern zwischen den Superblöcken nur noch dahinvegetieren können, wenn der Alpengarten Europas verwaist und verwildert?“ (Abg. Lackner: „Stimmt ja!“ — Abg. Brandl: „Ist wohl übertrieben!“) Diese Katastrophendarstellung von damals ist bereits über die Funktionäre des Landesbauernrates und über die Medien hinausgetragen worden. Sie hat meines Erachtens, und nach der heutigen Rede muß man das wohl annehmen, damals den rein parteipolitischen Zweck gehabt, die böse sozialistische Regierung an allem schuldig werden zu lassen. Das war der parteipolitische Zweck. Die Wirkung war bedauerlicherweise eine große Verunsicherung unter der Bauernschaft!

Ich möchte hier auf polemische Bemerkungen verzichten. Ich möchte mich auf den Grünen Bericht stützen, mit den richtigen Zahlen. Wie der Herr Präsident Koiner gesagt hat, ist es nicht ganz leicht, die richtigen Zahlen aus dem Grünen Bericht herauszuholen. Ich möchte seiner düsteren Darstellung einige Zahlen aus einer Analyse beziehungsweise aus einer Zusammenfassung des Grünen Berichtes gegenüberstellen, die ein Mann zusammengestellt hat, der seit 20 Jahren für die Erstellung des Grünen Berichtes des Bundes verantwortlich ist. Der schon den Bericht 1959 gemacht beziehungsweise mitgemacht oder vorbereitet hat, und der sicher nicht in den Verdacht kommt, unechte oder unrichtige Auszüge oder Aussagen aus dem Grünen Bericht zusammenzustellen. Die Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft stieg um 5,1 Prozent auf 57 Milliarden Schilling, während auf der Aufwandseite die Vorleistungen nur um 3,4 Prozent höher waren als im Jahre zuvor, und die Abschreibungen einen Anstieg von 5 Prozent verzeichnen konnten.

Und nun ein paar Worte auch zum Außenhandel: Die Situation des Agraraußenhandels hat sich 1978

gegenüber dem Vorjahr wesentlich und noch relativ stärker verbessert als die Gesamthandelsbilanz. Die Agrarausfuhren stiegen um 6,7 Prozent auf über 7 Milliarden, während der Wert der Einfuhren von Agrargütern von 20,6 Milliarden Schilling auf 19,8 zurückging. Unter Einschluß des Außenhandels mit Holz betrug die Verminderung des Defizits rund eineinhalb Milliarden Schilling. Die Agrarexporte konnten im Vergleich zu 1977 sowohl in die EG als auch in die EFTA und in die osteuropäischen Länder gesteigert werden. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Exportsteigerung bei Rindern, Käse, Weizen und Wein. Die Agrarimporte gingen im gleichen Zeitmaß erstmals seit Jahren zurück, und zwar bei fast allen wichtigen Warengruppen. Der Rückgang betraf alle Ländergruppen, am stärksten Osteuropa.

Auf dem Zuchtindersektor ist hervorzuheben, daß die Bestimmung, die zu einer starken Einschränkung der österreichischen Zuchtinderexporte geführt hätte, suspendiert werden konnte. Ich darf noch darauf hinweisen, daß außerdem der nominale Anstieg des Defizits vor allem in der Wertsteigerung der Weltmarktpreise zum Ausdruck gekommen ist.

Noch eine andere Ziffer darf ich kurz sagen, die Höhe des Gesamteinkommens. Der Herr Präsident hat vom Landwirtschaftseinkommen gesprochen, hat vom Gesamterwerbseinkommen gesprochen, ich habe aber nicht gehört, daß er auch vom Gesamteinkommen geredet hätte, oder habe ich es überhört. Aus der Summierung von landwirtschaftlichen Einkommen, außerbetrieblichen Erwerbseinkommen, Sozialeinkommen und öffentlichen Zuschüssen für betriebliche Zwecke errechnet sich das Gesamteinkommen; es betrug im Berichtsjahr im Bundesmittel 211.517 Schilling je Betrieb. Hervorzuheben ist die Steigerung des Sozialeinkommens seit 1977 um 39,1 Prozent. Diese Erhöhung ergab sich insbesondere als Folge der Umstellung der Familienbeihilfe von der Steuerermäßigung für Kinder, Abschaffung des Kinderabsetzbeitrages, auf eine direkte Geldbeihilfe.

Und noch etwas zur Situation der Landwirtschaft. Die Investitionen in baulichen Anlagen waren um sechs Prozent höher als 1977 und erreichten 8,2 Milliarden Schilling. (Abg. Buchberger: „Was willst du damit sagen?“) Für Traktoren, Landmaschinen und Lastkraftwagen und so weiter wurden 6,2 Milliarden Schilling ausgegeben. Das ist auch ein Zeichen, daß erfreulicherweise sehr viel sowohl in baulicher als auch in maschineller Hinsicht investiert werden konnte. (Abg. Ing. Koiner: „Interessant wäre auch die Zinsenbelastung, das steht gleich hinten!“) Es würde niemals eine solche Investitionstätigkeit erfolgt sein, wenn nicht erfreulicherweise, das möchte ich unterstreichen, die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre. Ich möchte noch dazu anführen, daß hier auch die sehr positive Auswirkung des Grünen Planes besprochen wurde und daß im allgemeinen eine Verbesserung des Lebensstandards hervorgetreten ist. Ich möchte mich mit diesen Zahlen vorerst einmal begnügen, denn diese Fakten in der Landwirtschaft sind immerhin ein deutlicher Gegensatz zu der düsteren, damals vor dem Landesbauernrat ungemein düsteren Darstellung des

Herrn Präsidenten (Abg. Buchberger: „Du warst nicht dabei!“), die zu einer Verunsicherung der bäuerlichen Menschen führt. Diese Fakten der Bereitschaft, der Hilfeleistung durch die Bundesregierung, die bleiben auch dann, wenn es Schwierigkeiten gibt, wenn Schwierigkeiten und Belastungen einfach nicht zu verhindern sind. Das ist ja auch eine klare Sache.

Und nun zur europäischen Situation, zur EG. Wenn einer glaubt, daß eine Umstellung der Beziehungen zur EG eine sehr große Hilfe für die österreichische Landwirtschaft sein könnte, der würde wahrscheinlich enttäuscht werden, weil sich die EG selbst im Bereich der Landwirtschaft kaum mehr zu helfen weiß. Dazu darf ich Ihnen einige Worte aus dem letzten „Spiegel“, aus dem „Spiegel“ vom 26. November, über eine Sitzung der EG-Landwirtschaftsminister sagen. Diese Sätze zeigen die Situation, wie sie in der EG zur Zeit besteht. „Was der Däne“, gemeint ist der Agrarkommissär Gundelarth, „den Kollegen Ende des vorigen Monats in der Luxemburger EG-Niederlassung zu berichten hatte, konnte düsterer nicht sein.“ Die europäische Agrargemeinschaft sei fast pleite. Und weiter: Wenn die Steigerung der Ausgaben nicht sofort gebremst werde, drohe dem EG-Agrarmarkt der Kollaps, Herr Präsident. Dem Gundelarth hat dazu gesagt, dann ist in Europa die Hölle los. Und wenn der das sagt, muß man annehmen, daß er doch einigermaßen Bescheid weiß als der Spitzenagrier in der EG. In dieser Tonart ist es im „Spiegel“ noch einige Seiten weitergegangen. Ich möchte noch einmal dazu sagen, das ist sicher keine parteipolitische Schwarzmalerei. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Seppl, und dahinein sollen wir exportieren!“) Wenn wir könnten, täten wir es sicher, und es wird ja auch gefördert, es wird ja auch exportiert, Herr Landeshauptmann.

Ich möchte nur sagen, in der EG ist eben auch nicht alles in Butter (Abg. Loidl: „Zuviel in Butter!“) — vielleicht zuviel an Butter, weil die um 600.000 Tonnen zuviel Butter haben. Wenn ich noch ein paar Ergänzungen zum Grünen Bericht sagen darf: Dem gegenüber stehen nun Zahlen aus dem Jahre 1979 — für das Jahr 1980 sieht es bei uns nicht so schlecht aus. Ich betone noch einmal, die Situation der Landwirtschaft an sich ist das eine, und die Bereitschaft der Bundesregierung, zu helfen so weit es irgendwie geht, ist das andere. Man könnte goldene Uhren hinausschicken und weiß Gott was noch alles, das wird nicht verlangt. (Abg. Buchberger: „Wer redet von so etwas!“) Ich weiß, aber manches Mal klingt es so. Wenn ich zum Beispiel lese, daß der Herr Bauernbunddirektor Doktor Strasser schreibt, der Landwirtschaftsminister und die Regierung sollen endlich aufhören, gegen die Bauern zu sein. So klingt es, wenn man die Bauernbundzeitungen liest. Und zwar auch die steirische, lieber Herr Präsident! Die steirische Bauernbundzeitung „Neues Land“: „Die Bundesregierung soll endlich aufhören, gegen die Bauern zu sein!“ Ich muß sagen, ich freue mich, daß das bei dir, Herr Präsident, heute erfreulicherweise ganz anders geklungen hat, als draußen immer wieder bei den Bauern vertreten wird. Dieser Vorgang scheint mir nicht ganz richtig zu sein, daß man hier das zwar

sehr korrekt und gut sagt, daß es in den Bauernbundbereichen aber in einer sehr, sehr heftigen Weise anders klingt. (Abg. Dr. Maitz: „Sehr subjektiv, schlecht!“) Subjektiv, Herr Kollege Maitz (Abg. Dr. Maitz: „Lehrer Zinkanell verteilt die Noten!“), mehr als lesen braucht man nicht, man braucht ja nur lesen und man braucht nur hören, was in den Bauernbundveranstaltungen hinausgebracht wird. Kollege Aichhofer, wenn ich dich anschau, ich weiß, daß du als Kammerobmann ein sehr korrekter Mann bist. Ich habe dich nur nicht in einer Bauernbundversammlung gehört. (Abg. Aichhofer: „Herr Kollege Zinkanell, das ist ähnlich wie mit der Straße!“) Bei Bauernbundversammlungen laden Sie mich ja prinzipiell nicht ein. Das ist die Schwierigkeit dabei. Deshalb habe ich eine gewisse Voreingenommenheit, auch bei dir, Kollege Aichhofer! (Landesrat Bammer: „Seppl Zinkanell, die werden schon wissen, warum sie dich nicht einladen!“) Wahrscheinlich! (Abg. Dr. Maitz: „Der Herr Oberlehrer Zinkanell verteilt die Noten!“)

Aber bitte, noch ein paar Zahlen, ich möchte Sie nicht langweilen. Ich darf nur auf die Leistung der Regierung hinweisen. Es ist meine Aufgabe, und der Kollege Brandl hat das sagen wollen, das ist beim Umblättern untergegangen. Er wollte sagen: „Wenn der Herr Präsident Koiner nicht von sich aus“ — zum Teil hat er es ja — „das zugibt, was der Bund gemacht hat, dann wir es wohl der Zinkanell tun!“ (Beifall bei der SPO.) Das wollte er sagen. (Abg. Brandl: „Das hat gefehlt, genau!“) Jetzt ist geklärt, was gefehlt hat. Es ist eine meiner Aufgaben, auf den Bergbauernzuschuß hinzuweisen, der im Jahre 1971 begonnen wurde in der Höhe von dreihundert Schilling. Das „lächerliche Tabakgeld“ ist in Wahrheit der Beginn einer recht beachtlichen Entwicklung, denn wir stehen jetzt für das Achtzigerjahr bei 6000 Schilling Direktzuschuß an die Bergbauern, und zwar nicht nur mehr an die Zone 3, sondern mit einem geringeren Teil dieses Betrages auch an die Zone 2. Das 1. Bergbauern-Sonderprogramm, auch interessant und bemerkenswert war ein Programm von fünf Jahren mit je 300 Millionen Schilling. Es ist von 300 Millionen Schilling innerhalb dieses Fünfjahresplanes, der nur 300 Millionen Schilling vorgesehen gehabt hat, im Jahr 1978 auf 453 Millionen Schilling gestiegen. Mit dem zweiten Bergbauernsonderprogramm steig es weiter. Vorgesehen waren vier Milliarden Schilling bis 1978, nunmehr, im Jahre 1979, sind es 700 Millionen Schilling und im Jahre 1980 735 Millionen Schilling.

Und nun ein paar Worte zum Rinderexport, weil der Zuruf vom Export gekommen ist. Nicht nur im Jahre 1978, wo man die günstigen Zahlen des Jahres 1978 herausstellt, nein, auch heuer, wo von der Katastrophe die Rede war, gab es enorme Exporte. Im September, da war dem Herrn Präsidenten Koiner diese Exportsteigerung schon bekannt, und zwar auf 152.000 Rinder, das heißt 33 Prozent Steigerung. Und nun eine interessante Zahl für die, die sich mit der Landwirtschaft befassen, aber auch für die anderen nicht ganz uninteressant: die sogenannte Deckungsquote, das ist das prozentuelle Verhältnis zwischen Agrarimporten und Agrarexporten. Wie weit decken Agrarexporte die Ein-

führen? Im Durchschnitt der sechziger Jahre, meine verehrten Herren vom Bauernbund, hatten wir eine Deckungsquote von 29 Prozent, im Durchschnitt der siebziger Jahre eine Deckungsquote von 37,5 Prozent. So ist das Verhältnis Agrarimporte zu Agrar- exporten. Für den Sommer dieses Jahres sind es sogar 42,7 Prozent und trotzdem für diese Zeit eine Katastrophendarstellung! Entschuldige, Herr Präsident Koiner, aber ich muß darauf hinweisen, weil es mich wirklich sehr betroffen hat, die Menschen draußen so zu verunsichern. Von Jänner bis September 152.000 Rinder exportiert, die Deckungsquote betrifft ja den gesamten Agraraußenhandel, die Deckungsquote bis zu 43,6 Prozent. Das ist eine Ziffer, die für sich spricht bei diesen Dingen gegenüber den 29 Prozent! (Abg. Ing. Koiner: „Wieso spricht das für sich? Erkläre mir das bitte!“ — Abg. Buchberger: „Du läßt dir auch nichts abziehen!“) Herr Präsident, ich bitte! Ich muß schon sagen, wenn damals die 29 Prozent irgendwie noch befriedigend waren (Abg. Brandl: „Da seid Ihr mit den 29 Prozent zufrieden gewesen!“), dann können doch die 43 Prozent jetzt keine Katastrophe sein. Das ist doch nicht gut möglich. Um dieses schiefe Bild noch ein wenig zurechtzurücken: Beim Agraraußenhandel gehört es ja dazu, daß von den Importen, die wir tätigen, rund 50 Prozent auf Produkte gehen, die im agrarischen Bereich figurieren, die aber bei uns nicht erzeugt werden können. Wenn ich allein nur die Ziffer für Tee, Kaffee, Kakao und Gewürze anführe, nur für diese eine Position 3,6 Milliarden Schilling! Tee, Kaffee und Kakao produzieren wir halt einmal sicher nicht selbst. Dazu kämen noch die pflanzlichen Öle und Fette, die wir nicht produzieren, noch nicht produzieren, und anderes. (Abg. Ing. Turek: „Wir produzieren Kamillenteel!“) Bitte sehr, der Kollege Turek meint den Kamillenteel. Könnte man — aber da ist vielleicht die Forschung in Burgstall bei Wies noch nicht so weit (Landesrat Dr. Krainer: „Aber sehr weit!“), um einen entsprechenden Ertrag herauszufixieren. (Landesrat Dr. Krainer: „Wir sind auf dem Wege!“) Wir sind auf dem Wege? Jawohl, Herr Landesrat, wir sind auf dem Wege! (Abg. Schrammel: „Zinkannell, meine Frau baut Tee an!“ — Abg. Laurich: „Kamillenteel!“) Aber lieber Kollege Schrammel, ich weiß nicht, ob deine Frau auch den ganzen Bezirk mit deinem Tee versorgt. Das ist die Frage.

Ein bißchen muß ich die OVP noch ärgern, ein paar Ziffern noch. Preisausgleichsmaßnahmen bei den Schlachttieren: Im heurigen Jahr auf 800 Millionen Schilling erhöht, also um 300 Millionen Schilling mehr als das vorige Jahr. Dann käme eigentlich dazu, auch wenn es Gesetz ist — aber ein Gesetz der sozialistischen Mehrheit im Parlament —, hätte man ja auch wahrscheinlich anders beschließen können, die Treibstoffrückvergütung von 1979 mit 746 Millionen Schilling, für das Achtzigerjahr um 100 Millionen Schilling mehr. Man könnte sagen, das müssen sie ja geben. Jetzt, wo es schon Gesetz ist, aber man hat es auch zu einem solchen Gesetz kommen lassen.

Noch der Hinweis auf die Kapitel 60 und 62 des Bundesbudgets, insgesamt 8145 Millionen Schilling. Wenn ich da die Zuzahlung für die Bauernsozial-

versicherung dazuzähle, das kommt ja auch nicht vom Onkel aus Amerika, das sind 6800 Millionen Schilling, das macht insgesamt für die Landwirtschaft im kommenden Jahr, nur diese Dinge, 16 Milliarden Schilling aus. Daher müßte man, wenn man schon allenfalls von einer Katastrophe reden wollte, sagen: Aber die Bundesregierung tut das ihre (Abg. Dr. Maitz: „Aber wie!“), um diese Katastrophe vermeiden zu helfen. (Beifall bei der SPO.)

Wie es wirklich aussieht, wenn man, meine Damen und Herren, mit den Dingen ernsthaft befaßt ist, zeigt der Milchmarkt. Der Herr Präsident Koiner hat das übergangen, weil ich annehme, daß der Kollege Haas, ich merke, daß er nickt, sich mit der Milchgeschichte befassen und wahrscheinlich erzählen oder mitteilen wird, daß jetzt die Klage gegen den Minister schon ziemlich weit fortgeschritten ist. Errate ich es? Ich hoffe, daß das bald zu einem vernünftigen Schluß kommt (Abg. Buchberger: „Hoffentlich!“), weil nur das für die Landwirtschaft gut sein wird. Aber darf ich vorerst einmal auf den Milchpreis hinweisen. Wir haben in der Zeit der sozialistischen Regierung seit 1970 alle 13 bis 15 Monate eine Preisanhebung für die Landwirtschaft, für den Bauern. Und jetzt sind wiederum vor einigen Tagen erst zwanzig Groschen bewilligt worden. Rupert, tu ihm nicht einsagen, er weiß eh alles selbst. (Heiterkeit. — Abg. Buchberger: „Er hat mich über den neuesten Stand der Dinge informiert!“ — Landesrat Bammer: „Aufklärung!“) Du ihn oder er dich? Da bin ich schon sehr neugierig, wir möchten das ja auch gerne hören! Jedenfalls darf ich boshafterweise im Zusammenhang mit der Milchpreisregelung noch einmal sagen, daß halt von 1966 bis 1970, in diesen vier Jahren, keine einzige Milchpreiserhöhung für die Bauern drinnen gewesen ist.

Eine große Errungenschaft ist auch die neue Milchmarktordnung. Lieber Herr Präsident Koiner, der ganze Bauernbund, das heißt die Spitzenfunktionäre des Bauernbundes, haben sich gefreut, daß der Minister, ich will nicht sagen, so dumm, aber so unvorsichtig war, die Kastanien aus diesem „Milchfeuer“ herauszuholen. Er hat das gemacht. Er hat mit der Umstellung ein beachtliches Risiko auf sich genommen, weil man ja nicht wissen konnte, wie die Sache wirklich durchschlägt und wie sie funktioniert. Vor allem, weil leider Gottes nicht der Herr Präsident, er ist weit davon entfernt und steht über den Dingen in dieser Sache, aber manche andere, auch Bauernbundfunktionäre, einen verflüxt schwarzen Sand in dieses Molkereigetriebe hineingebracht haben. Das war nicht gut! (Allgemeine Heiterkeit.)

Wenn der Milchwirtschaftsfonds mit seinem bekannten, ich will nicht sagen berühmten Herrn Obmann, das anders gehandhabt hätte bei der Härteausgleichsregelung, dann wäre mancher Ärger, den man sich selbst eingehandelt hat, erspart geblieben. Ich habe voriges Jahr darüber gesprochen. Die großen Milchlieferer haben viel dazubekommen und die kleinen weniger oder nichts. Das geht einmal nicht! Ich hoffe, daß jetzt mit der neuen Regelung gerade auf diesem Gebiet im Interesse der Bauern, auch des Bauernbundes, weil er sich ja

nicht ununterbrochen damit befassen kann, eine Regelung zustande kommt, die diesen Ärger beim Härteausgleich endlich verhindert.

Bezüglich des Stützungsabbaues darf ich sagen, dieser erfolgt um die Gelder volkswirtschaftlich wirksamer einsetzen zu können, meine Damen und Herren, auch wenn es dazu dienen sollte, um das Defizit des Bundes abzudecken. Daher ist der Abbau wohl oder übel zu akzeptieren, vor allem, wenn der Landwirtschaft kein Schaden erwächst. (Abg. Dr. Eichinger: „Also weitere Steuererhöhungen!“) Es ist keine rote Erfindung, das habe ich auch schon gesagt, sondern das ist, lieber Kollege Eichinger, bereits im Jahre 1968 praktiziert worden. Sicher nicht, weil es damals dem Finanzminister Spaß gemacht hat, sondern weil man es als eine Notwendigkeit gesehen hat.

Ich habe auf das Bergbauernsonderprogramm schon hingewiesen und auf die Grenzlandförderung. Alle diese Leistungen sind darauf abgestellt, um das Leben und die Arbeit der bäuerlichen Menschen zu erleichtern, das ist eben das, was der Bund und auch das Land — ich habe die Ziffern des Landes leider überschlagen, weil ich mir gedacht habe, ich kann euch nicht ununterbrochen mit Ziffern belästigen — dazu beitragen, um das Leben und auch das Einkommen der bäuerlichen Menschen zu verbessern. Das halte ich für eine ganz wichtige Sache.

Ich möchte eines klarstellen, meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt auf die Leistungen hingewiesen habe, die gegeben werden, so soll das beileibe nicht so ausgelegt werden, daß ich der Meinung wäre, es wird zuviel getan. Ich bin der Auffassung, wenn es Möglichkeiten gibt, muß man Möglichkeiten nützen, um in wirtschaftlicher, in sozialer, aber auch in kultureller Hinsicht den bäuerlichen Menschen zu helfen. Ich sage das mit allem Ernst, weil ich felsenfest davon überzeugt bin, und meine Fraktion teilt hier meine Meinung, daß die Landwirtschaft ein wichtiger Faktor in der Gesamtwirtschaft ist, und daß die bäuerlichen Familien ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft sind. Das möchte ich deutlich herausstellen. Wenn man noch mehr Verständnis für die Agrarpolitik gewinnen will, für den Slogan, den Hartmann schon aufgebracht hat: „Agrarpolitik geht alle an!“, dann soll man das mit Fakten machen, mit Tatsachen, mit echten Zahlen, die auf den Tisch gehören. Meine Damen und Herren, ich habe leider den Zettel dort gelassen, wo ich mir einige Notizen von der Rede des Herrn Präsidenten Koiner gemacht habe, ein einziges möchte ich sagen, er hat unter anderem auch auf die Differenz zwischen dem bäuerlichen Einkommen und dem Mann in der Industrie hingewiesen. Er hat auf diese Differenz von 5500 Schilling hingewiesen. Meine Damen und Herren, es ist eine Differenz, es ist richtig, daß man sie nicht ganz weggebracht hat, aber es kommt auch darauf an, wie man das berechnet. Es kommt darauf an — und da streiten wir immer noch, auch bei den Diskussionen über den Grünen Bericht, den steirischen Grünen Bericht, da diskutieren wir darüber — wie man zum Beispiel die freie Station des bäuerlichen Menschen eigentlich bewerten soll. Ob das nach

den reinen Verbraucherpreisen, wie das der Arbeiter auch bezahlen müßte, zu rechnen ist, oder ob man hier gewissermaßen Ab-Hof-Sätze einsetzen kann und soll. Wenn man hier die reinen Verbraucherpreise einwertet, dann ist die Differenz auch schon anders und nicht so kraß.

Ich komme zum Schluß. Nicht nur unsere unmittelbare Situation ist nicht hoffnungslos, sondern auch die weitere Zukunft der Landwirtschaft ist nicht hoffnungslos. Der Präsident hat ja einiges angedeutet, und bei den Vorträgen, die aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums der Landwirtschaftskammer gehalten wurden, von Personen mit echtem internationalem Format, ich muß sagen, es war sehr beachtlich, bei diesen Vorträgen sind ja fast phantastische — ich meine nicht im bösen oder abwertenden Sinne —, unwahrscheinliche Ausblicke eigentlich für die Landwirtschaft gegeben worden. Aufgaben einer fortschrittlichen Landwirtschaft, sowohl auf dem Viehsektor als auch auf dem Getreidesektor; beim biologischen Landbau, den wir auch nicht links liegen lassen wollen und nicht links liegen lassen sollen; beim Olsaatenanbau. Da ist es zwar stiller geworden, aber noch immer ein interessantes Thema. Oder aber auch, was der Präsident angeschnitten hat, die Frage der Energie aus der Biomasse. Man wird noch eine Zeit lang brauchen, aber wenn sich die Dinge weltweit so entwickeln, mit den Schwierigkeiten der Energiequellen; dann wird diese wiederholbare, wiederbringende Art und Weise der Energiegewinnung, die die Landwirtschaft betreibt, sicher eine große Bedeutung haben. Oder allein aus der Tatsache, daß wir in zwanzig Jahren schon, wenn die jüngeren Abgeordneten vielleicht noch im Hause hier sitzen, sechs Milliarden Menschen zu ernähren haben werden; ernähren müssen, wenn man nicht solche Katastrophen unter Umständen heraufbeschwören will, wie sie in anderen Ländern der Erde bestehen. Zu den bisherigen großen Aufgaben der Ernährungssicherung und der Erhaltung der Kulturlandschaft wird also noch eine ganze Reihe von großen Aufgaben auf die Landwirtschaft zukommen. Ich bin überzeugt, sie wird diese Aufgaben meistern.

Ich darf sagen, wir Sozialisten im Lande und im Bund sind sicher gerne bereit mitzuwirken, daß die Landwirtschaft die bisherigen und die neuen Aufgaben in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Bevölkerung erfolgreich bewältigen kann. Und in diesem Sinne werden wir auch dem Landwirtschaftsabschnitt, der Gruppe 7, zustimmen.

Ich möchte aber den Rednerplatz noch nicht verlassen, meine Damen und Herren! Ich habe eine kleine Überraschung. Ich hoffe, der Kollege Pranchh ist mir nicht böse. (Abg. Pranchh: „Wieso soll ich böse sein?“) Ich habe gehört, daß der Kollege Pranchh Ihnen den Arbeitsbauernkalender, den sozialistischen Bauernkalender offerieren will. (Abg. Pranchh: „Jetzt hast du ihn auch schnell besorgt!“) Ich habe ihn mir auch schnell besorgt! Und ich wollte euch nur sagen, wenn die Meinung besteht, daß das Bild, das vorne darauf ist, und zwar zwei hübsche Pferde und ein paar Leute, wenn man meint, daß das wegen des Kollegen Pranchh hin-

aufgekommen ist, so ist das ein Irrtum. Ich habe mich in Wien erkundigt, warum man ausgerechnet dieses Bild genommen hat. Die Kollegen in Wien haben mir glaubhaft versichert, es sei nur wegen der Pferde geschehen! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Haas.

Abg. Haas: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von der Milchwerbung wurde vor einiger Zeit der Slogan geprägt: Milch hat immer Saison. Und wahrhaftig, das hat sie auch! Es ist keine Frage, daß Milch und all ihre guten Produkte ein unentbehrlicher Bestandteil des täglichen Speisezettels sind. Es ist auch keine Frage, daß die Milch ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Politzenerie in Österreich, des politischen Tagesgeschehens in Österreich ist und daß die Milch auch immer ein Bestandteil der Landwirtschaftsdebatte in der Gruppe 7 war und auch sicherlich heute wieder ist.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, in das rosig-schöne Bild, das SPÖ-rosa-rote Bild, das Kollege Zinkanell, was die SPÖ-Agrarpolitik angeht, in gekonnter Weise wieder einmal gemalt hat, lassen Sie mich in dieses schöne, rosa-rote Bild ein paar weiße Milchspritzen hineinversetzen. Es könnte sein, daß diese Milchspritzen den Kollegen Zinkanell vielleicht veranlassen, sein Konzept doch wieder ein paar Seiten zurückzublättern. Aber auch auf diese Gefahr hin: Es ist keine Frage, daß gerade in der letzten Zeit, in den letzten Tagen, die Milch wiederum einen Grad an Publizität erreicht hat, der fast schon mit dem Erdöl wetteifert. Und ähnlich wie beim Erdöl ist es eine eher negative Art von Publizität. Denn wer freut sich schon über Meldungen, daß das Benzin teurer wird, wer freut sich schon über Meldungen, daß die Milch teurer wird; und gerade das ist wieder einmal Anfang dieser Woche passiert. Der österreichische Konsument zahlt seit Montag dieser Woche genau um einen Schilling mehr für einen Liter Milch und zahlt mit 9,80 Schilling den höchsten Milchpreis Europas. Den höchsten Milchpreis Europas! Und nun die Frage, wie haben wir diesen Europarekord von so wenig erfreulicher Art geschafft. Ich könnte mir vorstellen, daß da bereits wieder an gewissen Legenden und Märchen gewoben wird, etwa in der Art, schuld sind die ewig unzufriedenen Milchbauern, die nie genug haben, schuld sind die reichen, habgierigen Molkereien, schuld ist, haben wir gerade früher gehört, vor zehn Minuten, auch der Bauernbund, der da schwarzen Sand, wenn ich das richtig im Gedächtnis habe, ins Getriebe mischt und ähnliches mehr. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ich komme darauf zurück, Kollege Zinkanell — aber das ist nicht Sand, sondern das sind Felsbrocken, die uns der gute Herr Minister Haiden ins Getriebe gebracht hat.

Ich möchte gerne feststellen, daß sich der Milchpreis für die Bauern ebenfalls ab 1. Dezember erhöht hat, um 20 Groschen, um 20 Groschen bitte

schön, obwohl sogar von der amtlichen Preiskommission festgestellt worden ist, daß eine Erhöhung von 45 Groschen gerechtfertigt gewesen wäre. Ich stelle gerne fest, daß auch die Molkereiarbeiter und -angestellten aufgrund einer Gehalts- und Lohn-erhöhung mehr bekommen. Aber alles das wäre durchaus mit einer Milchpreiserhöhung von etwa 50 Groschen abzugelten gewesen. Für die weiteren 50 Groschen Milchpreiserhöhung, meine Damen und Herren, dürfen sich die Österreicher ausschließlich bei ihrem Herrn Finanzminister Hannes Androsch bedanken. (Abg. Dr. Eichinger: „Wie immer!“) Das möchte ich auch sehr klar feststellen. Allein innerhalb von einem Jahr, nämlich vom 1. Jänner 1979 bis 1. Dezember 1979, hat der Herr Finanzminister 1,2 Milliarden Schilling Milchpreisstützung abgebaut, gestrichen, auf den Punkt Null hin reduziert. 1,2 Milliarden Schilling, die der österreichische Konsument nun aus der eigenen Tasche heraus berappen muß. Das ist der eigentliche, das ist der wahre Grund für diesen unerfreulichen Europarekord. Man kann zu den staatlichen Milchpreisstützungen stehen wie immer man will, man kann der Meinung sein, daß sie gut sind oder daß sie schlecht sind. Eines steht jedenfalls fest, daß der österreichische Staat heute europaweit, wenn nicht sogar weltweit, der einzige ist, der keinerlei Stützungs-mittel mehr ausgibt, der keinerlei Konsumentenpreisstützung mehr betreibt. Im ganzen europäischen Raum werden beachtliche Milliardenbeträge für solche Preisstützungen eingesetzt. Von der Schweiz war heute schon die Rede, die sehr viel kleiner ist, die aber etwa annähernd so viel Milch produziert wie Österreich. Die Schweiz gibt umgerechnet allein 4 Milliarden Schilling für die Konsumentenpreisstützung. Schweden gibt 5 Milliarden Schilling, Norwegen gibt sogar 6 Milliarden Schilling, was dort in Norwegen zu der an sich kuriosen Tatsache führt, daß der Konsument für einen Liter Milch weniger zahlt, als der Bauer dafür bekommt. Ob das marktwirtschaftlich gesehen richtig ist, dieses Maß, dieses Übermaß an Staatsförderung, darüber kann man streiten. Aber man kann auch darüber streiten, ob die Gangart des Herrn Finanzministers die rechte ist, nämlich in das andere Extrem zu marschieren und sich völlig daraus zurückzuziehen und diese 1,2 Milliarden Schilling den Konsumenten in Österreich berappen zu lassen. Jedenfalls, möchte ich sagen, vermisste ich eines: Ich habe noch kein Wort darüber gehört, daß der Finanzminister dazu bereit wäre, jenen einkommensschwächeren Schichten der österreichischen Bevölkerung, nämlich in erster Linie den kinderreichen Familien (Abg. Dr. Eichinger: „Der Finanzminister ist doch auf das höchste unsozial!“), den Pensionisten, die durch diese rigorose Preiserhöhung echt getroffen sind, irgendeinen Ausgleich, irgendeine Abgeltung zu geben, durch Erhöhung der Kinderbeihilfe, durch Erhöhung der Ausgleichszulage. Kein Wort davon! Da frage ich mich eigentlich schon sehr, wo bleibt da das soziale Gewissen der SPÖ. Ich erinnere mich ganz genau, und der Herr Kollege Zinkanell besorgt das ja auch bei jeder Budgetdebatte, er erinnert uns daran, auch heute hat er es getan, an jenen Abbau an Milchpreisstützung, der etwa vor zehn Jahren durch die Regierung Klaus unter Land-

wirtschaftsminister Schleinzer vorgenommen worden ist, wo auch diese Stützungsmittel reduziert worden sind. Ich erinnere mich noch ganz genau an die wilde Aufregung der linken Reichshälfte, da war die Rede von einem Anschlag auf die österreichische Bevölkerung, da war die Rede von Ausbeutung, und es hat Protestresolutionen bei den Betriebsräten gegeben und die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund haben aufbegehrt. (Abg. Dr. Eichinger: „Und heute schweigen sie!“) Und heute? Totaler Abbau der Stützung, totale Belastung der österreichischen Bevölkerung und totale Funkstille nicht nur in der SPÖ, auch in der Arbeiterkammer, auch bei den sozialistischen Gewerkschaftern! Das einzige Lebenszeichen, das von seiten der Arbeiterkammer zu vernehmen war, das war, daß man sich gegen die 20 Groschen, Herr Kollege Zinkanell, Milchpreiserhöhung für die Bauern gewehrt und die Meinung vertreten hat, daß sieben Groschen durchaus auch ausreichend gewesen wären. Aber kein Wort gegen die 565 Millionen Schilling Belastung, die der Herr Finanzminister auf die Österreicher überwälzt. Kein Muckser von seiten der Arbeiterkammer, kein Muckser von seiten des Gewerkschaftsbundes, und man fragt sich wirklich, sind denn die sozialistischen Gewerkschafter wirklich so von der Regierung an die Kette gelegt, daß sie nur mehr ja sagen und nur mehr applaudieren und in Jubelchöre ausbrechen dürfen für den Sonnenkönig Bruno und seinen Kronprinzen Hannes, das frage ich mich echt. (Abg. Zinkanell: „Um die Meinung über die Gewerkschaft zu erfahren, muß man die Arbeiter fragen. Die sagen dir sicher etwas anderes, Kollege Haas!“) Es tut mir leid, daß der Herr Arbeiterkammerpräsident und der Herr Landessekretär gerade jetzt nicht zur Stelle sind.

Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz ein Wort zur Marktordnung selbst sagen. Ich glaube, wir können nach einem Jahr Milchmarktordnung durchaus feststellen, daß sich dieses neue Instrumentarium bewährt hat und daß es uns auch gelungen ist, die Milchlieferung und den Milchmarkt damit wiederum in den Griff zu bekommen. Österreich ist europaweit gesehen, das einzige Land, in dem es gelungen ist, die Milchüberschüsse wieder in die richtigen Bahnen zu leiten und zu lenken. Ich wiederhole zwar, daß das um den Preis großer Härten, großer Opfer von seiten der Bauernschaft geschehen ist. Denn angesichts der grausam hohen Abzüge, die gerade in den ersten Monaten dieser neuen Milchmarktordnung die Bauern getroffen haben, haben viele Landwirte die Milchlieferung überhaupt eingestellt. Allein im Einzugsgebiet unserer Molkerei, des Milchhofes Graz, sind es 504 Lieferanten gewesen, das heißt, 15 Prozent des gesamten Lieferantenstockes, die aufgegeben haben, die ihre Milchkühe abverkauft haben. Die Milchlieferung ist nicht nur bei uns, sondern überall, auch gesamtösterreichisch gesehen, sehr stark zurückgegangen. Und bei der Abrechnung des ersten Milchwirtschaftsjahres 1978/79 hat sich das sehr interessante Faktum herausgestellt, daß die geschätzte, die erwartete österreichische Gesamtrichtmenge von

2.145.000.000 Kilogramm Milch nicht erreicht, daß sie nicht über-, sondern unterliefert worden ist, daß sie um 860.000 Kilogramm unterliefert worden ist. Das heißt mit anderen Worten, daß für diese Abzüge, nämlich für den Abzug von 140 Millionen Schilling, dem sogenannten zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag, der vom Landwirtschaftsminister verfügt worden ist und viele Bauern entsetzlich hart getroffen hat, daß für diesen gewaltigen Abzug keine Notwendigkeit gegeben war. Und wenn vom schwarzen Sand die Rede war, Herr Kollege Zinkanell, dann würde ich sagen, diese 140 Millionen Schilling sind kein Sand, das ist ein Felsbrocken, den uns der Herr Minister Haiden eingebrockt hat, ins Getriebe geworfen hat. (Abg. Zinkanell: „Kollege Haas, du weißt ja selber, die Überlieferer werden mit der Absatzförderung getroffen!“) Ja! Das wissen wir sehr wohl! Aber (Abg. Zinkanell: „Es ist nicht die Regelung des Gesamtkontingentes! Wenn das anders wäre, hätte man das auch anders durchgeführt, aber die Überlieferer ad personam bezahlen das!“) — Herr Kollege Zinkanell, ich weiß ganz sicher, daß du auch diese Paragraphen des Marktordnungsgesetzes nicht nur gelesen, sondern auch im Kopf hast. (Abg. Zinkanell: „Da lesen wir verschiedene Meinungen!“) Ich glaube, ich brauche gar nicht sehr lang von diesem Paragraph 57 b zu sprechen, der sehr eindeutig sagt, daß nur dann und nur in dem Umfang, als die österreichische Gesamtrichtmenge überliefert wird, ein zusätzlicher Absatzförderungsbeitrag einzuheben ist. Diese Gesamtrichtmenge wurde nicht überliefert, sie wurde unterliefert, also ist nach unserer Rechtsauffassung dieser Betrag von 140 Millionen Schilling den österreichischen Bauern zurückzuerstatten oder zumindest wäre dieser Betrag — und dafür hätten wir noch Verständnis — in das neue Milchwirtschaftsjahr 1979/80 vorzutragen. Wir machen dem Minister ja deswegen keinen Vorwurf, daß er diesen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag eingehoben hat. Er hat natürlich genauso wenig wie wir wissen können, wie sich die Milchlieferung entwickeln wird. Der Vorwurf, den wir gegen ihn erheben, ist der, daß er heute, fünf Monate nach Abschluß, nach Abrechnung dieses ersten Milchwirtschaftsjahres 1978/79 bis zur Stunde noch immer nicht bereit ist, trotz aller Aufforderungen von seiten der bäuerlichen Vertretung, bisher immer noch nicht bereit war, diese 140 Millionen Schilling rückzuerstatten. Das ist es, was wir mit aller Deutlichkeit dem Herrn Minister Haiden zum Vorwurf machen müssen. Und nachdem wir in einem Rechtsstaat leben, Gott sei Dank leben wir in einem solchen, und es so ist, wenn man sich zu Unrecht behandelt fühlt und man meint, daß das Gesetz gebrochen worden sei, so besteht als letzte Möglichkeit immer noch, den Klageweg zu beschreiten, den Weg zu den ordentlichen Gerichten zu gehen. Und diesen Weg, meine Damen und Herren, haben wir uns am Milchhof Graz entschlossen zu beschreiten; zu beschreiten stellvertretend für alle österreichischen Milchbauern, stellvertretend für alle österreichischen Molkereien. Wir haben uns entschlossen, einen Modell-, einen Musterprozeß gegen den Minister zu führen und haben darum die Klage beim Verfassungsgerichtshof gegen den

Landwirtschaftsminister eingebracht. Das ist vor heute einer Woche in Wien geschehen. Es bleibt nun abzuwarten, welche Entscheidung das Hohe Gericht treffen wird. Ich möchte sagen, daß wir sehr zuversichtlich sind und daß verschiedene Rechtsgutachten uns in dieser Zuversicht bestärken. Nur eines möchte ich auch sagen: Wie immer der Prozeß auch enden mag, eines steht heute sicher schon fest, daß es ein sehr ungewöhnlicher, ja ich möchte sagen, in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie dagewesener Vorgang war, daß Bauern den Landwirtschaftsminister, daß Bauern ihren Minister klagen, jenen Mann klagen, der ja ihr erster und ihr oberster Vertreter und Anwalt im Staat sein sollte. (Abg. Zinkanell: „Wenn es nicht ein „Roter“ wäre, würden sie es ja nicht tun!“) Selbst wenn wir, Herr Kollege Zinkanell, in allen Punkten recht behalten sollten (Abg. Zinkanell: „Es wird eine Rechtsklärung sein!“), so glaube ich, wird es keinen Grund zum Jubeln geben. So wird ein bitterer Nachgeschmack bleiben. So bleibt es, glaube ich, traurig und deprimierend, daß wir auf dem Gerichtsweg unser Recht durchsetzen müssen, daß wir auf dem Gerichtsweg gegen unseren Landwirtschaftsminister vorgehen müssen, ihn daran hindern müssen, ein Gesetz — nämlich das Marktordnungsgesetz — gegen uns Bauern anzuwenden. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine Rechtsklärung!“) Ich muß sagen, ich finde das traurig, ich finde das niederschmetternd! Und mehr möchte ich dazu nicht sagen. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man die Budgetdebatte aufmerksam verfolgt, so kann man eigentlich so manches Mal die sozialistischen Kollegen unter sich beobachten, wie sie sich gegenseitig auf frischer Tat ertappen. Und zwar ganz konkret meint der Generalredner, wie gut es den Bauern geht, und auf der anderen Seite meint der Landesrat Gruber, daß die Armut eher in den ländlichen Räumen (Abg. Zinkanell: „Im ländlichen Bereich!“) bei den Bauern und Gewerbetreibenden zu finden ist. Und, meine sehr verehrten Freunde, wenn wir an historische Behauptungen zurückdenken, so würde es diese armen Bauern und Gewerbetreibenden überhaupt nicht mehr geben, denn nach einem Konzept, das in den sechziger Jahren vorgelegt ist, war eher der zentralistische Gedanke gedacht und wir wissen ganz genau, daß gerade eine polemische und sehr emotionsgeladene Wortmeldung gewisse Dinge gerade in dieser Richtung auch überspielen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allein mit Stichworten könnte man hier eine Rede halten, wenn man nur mit echten Zahlen operiert. Ganz konkret zu den Exportquoten. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat gesagt, 29 Prozent in den sechziger Jahren, das ist normal und gut, 43 Prozent jetzt, das ist eine Katastrophe. Ja, vergessen wir doch

nicht, daß die Eigenverbrauchsquote gleichgeblieben und die Produktivität innerhalb der Landwirtschaft enorm gestiegen ist. Zusätzlich möchte ich eine Frage stellen: Was würde damals die Arbeiterkammer gesagt haben, wenn man Exporte forciert hätte? Meine Damen und Herren, echte Zahlen kann man auch verschiedenartig auslegen. (Abg. Zinkanell: „Das hat doch mit der Deckungsquote nichts zu tun! Je mehr Exporte, desto mehr decken wir die Importe!“) Wir wissen ganz genau und der Herr Präsident Koiner hat es ganz konkret gesagt, daß das Einkommen der Bauern davon abhängt, ob sie produzieren können und im Bereich der Viehwirtschaft damit auch exportieren können. (Abg. Zinkanell: „153.000 Rinder heuer!“)

Aber jetzt zu einigen konkreten Dingen: Ich möchte ganz konkret anschließen, daß wir vom Bauernbund und von der OVP seinerzeit als Anwälte der Bauern die geistige Gegenwaffe des aktiven, ländlichen Raumes geschaffen haben. Und wir haben unsere Politik darauf abgestimmt. Wir haben mit Besitzfestigungsaktionen in Berggebieten, mit Kleinlandwirtehilfen, mit Grenzlandförderungen, genau diese Politik verfolgt, wo wir jetzt auf einmal ein großes Entdecken feststellen können, wo wir sehr froh sind, daß wir in diesen ländlichen Räumen eine breite Unterstützung haben. Herr Kollege Brandl, wir haben einmal im Gasthof „Schifkowitz“ diskutiert. Da haben wir noch ganz andere Ideen gewählt und da haben wir gesagt, es ist ja fast Blödsinn, daß man Wege baut in die Bergregionen, aufforsten ist viel billiger, schade um das öffentliche Geld. Ich kann mich noch ganz gut erinnern an diese Sachen. Meine Damen und Herren, ich möchte daher behaupten, daß es vor allem konkret die selbständigen Bauern sind, die selbständigen Handwerker und auch alle Unternehmer, die genauso, und jetzt wäre ich sehr froh, wenn der Herr Abgeordnete Heidinger da wäre, wie die Lehrer und Professoren in Hartberg aus ihrer Persönlichkeit, aus ihrem Fachwissen, aus einem Modell etwas Gutes machen können, und es ist dies kein sozialistisches Paradebeispiel im Hartberger Schulbereich, sondern ein persönlicher Verdienst in erster Linie der dort unterrichtenden Lehrer. Das möchte ich ganz konkret und klar feststellen. (Beifall bei der OVP.) Im gleichen Zusammenhang möchte ich behaupten, haben sich auch die Bauern in dieser Situation in den ländlichen Räumen so verhalten. (Abg. Marczik: „Jawohl!“) Sie sind verantwortlich für die Familien, verantwortlich für ihren Grund und Boden, für ihre Dorfgemeinschaft, und wir haben jetzt ein gewandeltes Bild vor uns, wir haben das gewandelte Bild, daß weit mehr als die Hälfte bereits ein zusätzliches außerlandwirtschaftliches Einkommen mit all den Belastungen braucht. Wir stellen auch fest, daß sich ganz neue Aufgaben und ganz neue Fakten herauskristallisieren. Eine neue Partnerschaft und nicht eine Konfrontation der Nebenerwerbsbauern und Vollerwerbsbauern, weil sie durch das zusätzliche Einkommen aus dem Produktionszwang herauskommen und den Vollerwerbsbauern die Möglichkeit eines besseren Einkommens bringen. Sie bieten aber auch ganz konkret die Basis für die

Großfamilie. Jene Dinge, die in der Großfamilie passieren, die hier angeklungen sind, bedeuten keine Armut für die Alten. In der Großfamilie leben der Säugling, der Lehrling, der Arbeiter, der Bauer, der Pensionist gemeinsam und da entwickelt sich ein humanes, soziales Empfinden unserer Jugend und das gegenseitige Verständnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nebenerwerb ist aber im Grunde auch jene Basis, daß wir noch lebendige Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften haben. Schauen wir genau hinaus, wieviele neue Bauernhäuser würde es konkret geben, wenn wir diese Einkommensmöglichkeiten nicht hätten und ich möchte anführen, daß in den ländlichen Räumen auch die Pendler jene wirtschaftlichen Faktoren sind, die unsere ländlichen Gebiete in einem solchen Bild darstellen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und jetzt konkret zu einem Beispiel, das mir in unserem Bezirk begegnet: Wir haben das Problem, und der Herr Präsident Koiner hat es angerissen, wir haben eine Strukturpolitik, die nicht auf die Regional-konferenz in Österreich Rücksicht nimmt. Betriebsgründungen in Wien mit Millionen- und Milliardenbeträgen und ich erlebe ganz persönlich, daß von Sägewerken das Holz abgeholt wird, in Wiener Großtischlereien gebracht wird, der Pendler als Wochenpendler nach Wien arbeiten fährt und beim Möbelhaus Putz in Rohrbach kauft dann diese Region wieder diese Möbel. Ob das volkswirtschaftlich, energiepolitisch, menschlich verantwortlich ist, das ist nach meinem Empfinden eine andere Frage! Wir müssen uns zusammenraufen und zusammennehmen, daß wir uns in unseren früheren ländlichen Gebieten, wo Bauer, Schmied, Handwerker, Schuster, Schneider in sich einen wirtschaftlichen Kreislauf gehabt haben, ob wir nicht diesen Kreislauf wieder suchen müssen, daß wir ohne weiteres im Quelle-Katalog unsere Artikel herausuchen, aber in unseren eigenen handwerklichen Bereichen so quasi uns selbst die wirtschaftlichen Kräfte nicht nehmen, sondern diesen Kreislauf ganz konkret verstärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließen und möchte wirklich alle bitten, gerade der Belebung des ländlichen Raumes eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wir wissen alle ganz genau, daß gerade in den städtischen Räumen Menschen eigentlich, und ich möchte das mit einem Schlagwort formulieren, die heile Welt suchen. Wir wissen das genau, wenn sie Bauernmöbel und Bauernbrot auf einmal ganz anders sehen. Wir kennen auch die Alternativbewegungen, die genau in jene Richtung gehen, daß wir unsere ländlichen Räume mit einer bäuerlichen gewerblichen Struktur noch vorfinden, wo wir dieses Empfinden auch befriedigen können. Ich meine also, über die Parteigrenzen hinweg, über die Interessensgruppen hinweg muß der ländliche Raum in Zukunft als Mittelpunkt in allen politischen Entscheidungen stehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich mich in meiner Wortmeldung nur dem gemeinschaftlichen Telefonausbau im ländlichen Raum widmen. Die Lobeshymnen auf die Bundesregierung beziehungsweise deren Bauernfreundlichkeit vom Abgeordneten Zinkanell reizen mich aber doch auch zu einigen kurzen Betrachtungen. Wie schaut die Bauernfreundlichkeit der Bundesregierung in Wirklichkeit aus? Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur vier Zahlen aus dem Bundesvoranschlag 1980: Für die Gesamtausgaben für die Landwirtschaft war im Jahre 1970 im Gesamtbudget noch ein Anteil von 2,45 Prozent veranschlagt. Im Jahre 1978 ist der Prozentsatz am Gesamtanteil auf 1,58 Prozent abgesunken. Der Anteil des Förderungsbudgets für die Landwirtschaft betrug im Jahre 1970 immerhin noch 1,12 Prozent vom Gesamtbudget, und sage und schreibe, im Jahre 1980 0,59 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder Kommentar zu diesen Feststellungen im Bundeshaushalt ist meines Erachtens daher überflüssig.

Oder noch eine Zahl: Im Jahre 1978 mußten die Bundesländer allein für die Exportstützung im Bereich der Viehwirtschaft 117 Millionen Schilling aufbringen. Im Jahre 1979 wird der Aufwand mindestens 175 Millionen Schilling betragen. Eigentlich eine Bundesaufgabe — die Länder mußten hier helfend bei der Absatzförderung einspringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ganz kurz zum Ausbau im ländlichen Telefonwesen. Hiezu ein Beispiel: Ein Geschäftsmann aus der Stadt kam in die Oststeiermark und kaufte auf einem sonnigen Hügel ein verlassenes Kellerstöckl zum Ausbau eines schönen Wochenendhauses. Damit die Geschäftsverbindungen nicht abbrechen, suchte er gleichzeitig auch beim zuständigen Telegraphenbauamt um den Ausbau des Telefonnetzes beziehungsweise um einen Telefonanschluß an. Er bekam nach einigen Monaten einen Kostenvoranschlag und darinnen stand, daß er für diesen Telefonanschluß 26.000 Schilling zu bezahlen hätte. Und nun wurde der Geschäftsmann sehr nachdenklich darüber, warum es denn möglich sei, daß man für diese Alltags Einrichtung in der Stadt an die tausend Schilling bezahlt und im ländlichen Raum 26.000 Schilling. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte Ihnen dieses Beispiel deshalb sagen, weil viele tausende Telefonwerber im ländlichen Raum in finanzieller und auch technischer Hinsicht genau vor dem gleichen Problem gestanden sind, bis man daraufkam, daß es durch die Gründung von Telefonausbaugemeinschaften anders und weit billiger geht. Und in dieser Situation wurden in Zusammenarbeit mit der Post und den Telegraphenämtern in der Steiermark viele Telefongemeinschaften errichtet mit dem Ziel, durch diesen Gemeinschaftsausbau auch vom Wähler weit entfernten Interessenten zu einem annehmbaren Preis zu einem Telefonanschluß zu verhelfen. Und die Praxis zeigt uns, es hat seine Früchte getragen. Das ist jetzt schon einige Jahre her und aus dem Grünen Bericht 1978 können wir lesen, daß auch im Jahre 1978 es

möglich war, wieder 3242 neue Anschlüsse in 63 Telefongemeinschaften zu errichten. 3,44 Millionen Schilling standen im Rahmen der Förderung der steirischen Land- und Forstwirtschaft aus Landesmitteln zur Verfügung. Wir danken für diese Förderung sehr herzlich, weil sie effektiv ist. Umso bedauerlicher, meine sehr verehrten Damen und Herren, war es für viele Telefongemeinschaften, die noch nicht ausgebaut haben, zu erfahren, daß vom Bundesministerium für Verkehr ein Entwurf ausgearbeitet wurde unter dem Titel „Bestimmungen für die Ermittlung der Telefonherstellungskosten“, worin beabsichtigt ist, daß die derzeitige Anschlußgebühr der Gemeinschaftsteilnehmer von pro 1000 Schilling je Teilnehmer auf 3560 Schilling und mehr erhöht werden soll. Meine sehr Verehrten, Herr Abgeordneter Zinkanell, hier stimmt es schon, was du gesagt hast von der bösen Bundesregierung — wenn ich mir diese Zwischenbemerkung erlauben darf — es ist beileibe kein föderalistischer Zug, wenn man feststellen muß, daß hier eine Eigeninitiative, die wirklich von der Substanz her entstanden ist, eigentlich nicht beachtet wird. (Abg. Zinkanell: „Sie können nicht alles gleichziehen!“) Und es hat daher die Rechtsabteilung 8 und die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft gegen diese beabsichtigte Regelung Einspruch erhoben. Wir hoffen, daß hier die Vernunft siegt und daß die Vernunft hier vorgreift, weil ansonsten der Ausbau des gemeinschaftlichen Telefonwesens im ländlichen Raum sehr erschwert, wenn nicht zum Teil sogar verhindert würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir im ländlichen Raum — und das sei meine abschließende Bemerkung — wollen nichts anderes als Chancengleichheit. Die Bewohner des ländlichen Raumes brauchen das Telefon nicht nur als Betriebs-einrichtung, sondern auch als soziales Hilfsmittel, etwa im gesamten Bereich der überbetrieblichen Zusammenarbeit, insbesondere bei der Betriebshilfe, in deren Rahmen 1978 immerhin 166.000 Betriebs-hilfsstunden geleistet wurden. Und wir brauchen das Telefon im gesamten umfassenden Bereich, wie schon gesagt, der überbetrieblichen Zusammenarbeit und der Erzeugergemeinschaften. Ich bitte daher die Steiermärkische Landesregierung, insbesondere unseren Agrarreferenten, dem gemeinschaftlichen Telefonausbau im ländlichen Raum weiterhin die großzügige Förderung angedeihen zu lassen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

„Die Agrarpolitik geht alle an“, wurde heute schon einmal vorgetragen. Aber ich habe den Eindruck, daß sich die linke wie die rechte Reihenhälfte jeweils nur die Zuckerln herausgeholt haben. Ich glaube, daß es einfach notwendig ist, sich etwas mehr und ganzheitlich mit der Agrarpolitik zu beschäftigen. (Abg. Brandl: „Das wird Kollege Chibidziura tun, jawohl!“) Ich erlaube es mir! Trotz eines gewaltigen landwirtschaftlichen Strukturwan-

dels während der letzten zwei Jahrzehnte, als deren Folge Hunderttausende der Land- und Forstwirtschaft den Rücken kehrten, und trotz eines ungeheuerlichen Arbeits- und Kapitaleinsatzes der verbleibenden bäuerlichen Familien konnte wegen des Fehlens eines umfassenden und zielführenden Agrarpolitikkonzeptes von OVP wie SPO, das muß man betonen, der Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes — Paragraph 2, Bundesgesetzblatt Nummer 155/1960, „Sicherung der Teilnahme der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft“ — bei weitem nicht erreicht werden.

Nach wie vor besteht eine enorme Differenz zwischen dem bäuerlichen und städtischen Lebensstandard — und das trotz der überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten der bäuerlichen Familien. Dieses Versagen der traditionellen Landwirtschaftspolitik der beiden Großparteien machte daher ein freiheitliches Agrarprogramm dringend erforderlich. Meine Damen und Herren, falls Sie es noch nicht kennen, ich habe eines hier. (Abg. Dr. Heidinger: „Wenn, dann mußt du schon allen eines geben!“) Bitte, Herr Präsident, Sie können es gerne haben! Die Probleme der Land- und Forstwirtschaft können mit agrarpolitischen Mitteln allein nicht bewältigt werden. Das geht schon daraus hervor, daß die österreichische Land- und Forstwirtschaft nicht nur Lieferant von Grundnahrungsmitteln ist, sondern gleichzeitig einen bedeutenden Auftraggeber für Industrie, Gewerbe und viele Dienstleistungen verkörpert. Nur durch das Zusammenwirken von allgemeiner Wirtschafts-, Agrar-, Sozial-, Raumordnungs-, Bildungs- und Bevölkerungspolitik ist es der bäuerlichen Bevölkerung möglich, zielführende Maßnahmen zu finden. Im Vordergrund aller agrar-, ernährungs- und gesellschaftspolitischen Überlegungen steht die Frage, wer für die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln am besten geeignet ist und wer in Krisenzeiten ausreichend versorgen kann.

Wir Freiheitlichen treten aus gewichtigen Gründen für die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und gegen Agrarfabriken ein. Aufgrund der nachhaltigen Bewirtschaftungsform durch Landwirte wird die Bodenfruchtbarkeit langfristig erhalten und Raubbau vermieden. Sie ist versorgungspolitisch deshalb den Agrarfabriken vorzuziehen, weil sie wegen der Vielzahl der Unternehmen kontinuierlicher, zuverlässiger und naturbelassener produziert. Für die bäuerliche Landwirtschaft spricht auch die Tatsache, daß rund drei Viertel des Fremdenverkehrs- und Erholungslandes Österreichs in Berggebieten liegen. Diese Erholungslandschaft aufrecht zu erhalten, ist in erster Linie ein Verdienst der Bergbauern. Außerdem liegt der bäuerlichen Landwirtschaft ein breit gestreutes Privateigentum zugrunde, was angesichts der zunehmenden Kollektivierungstendenzen einen wesentlichen, freiheitlich-gesellschaftspolitischen Faktor darstellt. Es soll ausdrücken, daß die nach den Lebensgesetzen der Natur arbeitende Landwirtschaft nicht mit den gleichen Methoden betrieben werden kann wie die von den Naturgegebenheiten unabhängige industrielle Fließbandproduktion.

Aus Gründen der Arbeitsüberlastung von Bauer und Bäuerin, die für den herkömmlichen Familienbetrieb typisch geworden ist und die diesen immer mehr zum „Quälbetrieb“ werden läßt, ist es notwendig, sich auf der Grundlage der Freiwilligkeit des bäuerlichen Privateigentums mit neuen Produktionsformen auseinanderzusetzen. Freiheitliche Agrar- und Ernährungspolitik endet nicht an den Grenzen Österreichs, sondern sieht trotz mancher Schwierigkeiten als Fernziel nach wie vor die Integration oder einen Abschluß der österreichischen Landwirtschaft mit den europäischen Gemeinschaften, deren Wettbewerb sie bei Vorhandensein annähernd gleicher Voraussetzungen keineswegs zu scheuen braucht. Ein verkümmerter Marktmechanismus, so muß man ja heute die soziale Marktwirtschaft in Österreich bezeichnen, verhindert gewinnbringende Erzeugerpreise und ist damit vollkommen unbefriedigend für die Einkommenssituation der Bauern und für das auch mitverantwortlich. Er stellt des weiteren eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit manchen Produkten in Frage. Seit dem Jahre 1945 ist die Landwirtschaft der Prügelknabe aller Regierungen — daher auch eine echte Verschlechterung gegenüber anderen Berufsständen. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, haben wir Freiheitlichen uns vor Jahren besonders mit der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt und eben dieses Programm entworfen. Drei wesentliche Pfeiler zur Gesundung des Bauernstandes sind in diesem verankert: das ist die Erreichung der Einkommensparität, die objektive Agrarpreisfestsetzung und der Rechtsanspruch auf agrarische Förderungsmittel. Erst in allerjüngster Zeit zeigt die ÖVP hier Ansätze, sich für unsere freiheitlichen Grundsätze in der Agrarpolitik zu begeistern. Das primäre Problem der Landwirtschaft ist und bleibt die bestehende Disparität, damit ist ja nichts anderes als das Mißverhältnis zwischen dem bäuerlichen Einkommen und dem des Facharbeiters gemeint. Unser freiheitlicher Standpunkt ist der, daß zu allererst die Einkommensparität der Bauern mit anderen Berufsgruppen zu suchen ist. Der Grüne Bericht zeigt ja einiges auf und wir hoffen, daß die Ankündigungen des Herrn Präsidenten doch etwas mehr Eingang und Verständnis finden, um eben hier den Bauern ein gerechtes Einkommen zu verschaffen.

Um sich ein allgemeines Bild von den Problemen der Landwirtschaft machen zu können, müssen einige übergeordnete Gegebenheiten in diese Gesamtbetrachtung einbezogen werden. Allein der Arbeitsmarkt zeigt im Jahre 1978, daß es 2.757.700 unselbständig Erwerbstätige gab, das ist ein Plus gegenüber 1977 von 0,8 Prozent oder 22.056. Wenn man die Beschäftigungsentwicklung betrachtet, da stehen 10.600 Entlassungen 32.900 Aufnahmen gegenüber. Die Arbeitslosigkeit betraf dabei 72 Prozent der Männer und 28 Prozent der Frauen. In Wien stieg sie um 27,9 Prozent und in der Steiermark um 21,1 Prozent gegenüber der Zahl im Jahre 1977. Die Arbeitslosenrate stieg somit durchschnittlich von 2,3 Prozent im Jahre 1977 auf 2,7 Prozent im Jahre 1978. Ich glaube, die regionale Aufteilung, die wissen Sie selbst,

Nun eine Betrachtung des Agraraußenhandels mit der EG: Sie zeigt, daß sich das Defizit um 700 Millionen Schilling vermindert hat. (Abg. Zinkanell: „1,7 Milliarden!“) Die Steigerung gab es in erster Linie bei den Ausfuhren in die EG und in die Oststaaten, wobei sich beim Export in die EG das Volumen um 12 Prozent verminderte. Da jedoch eine wertmäßige Steigerung von plus zwei Prozent zu erzielen war — wenn man weiß, wie schwer es ist, überhaupt noch in die EG zu exportieren —, dann muß es als große Leistung angesehen werden, daß dies noch um einen Wert von 600 Millionen Schilling mehr möglich war. Der Herr Präsident der Landwirtschaft, Herr Ing. Koiner, verlangt als Repräsentant der ÖVP von der Österreichischen Bundesregierung ein Agrarsonderübereinkommen mit der EG. Als Freiheitlicher finde ich dies besonders erfreulich, weil ja schon vor man kann sagen siebzehn Jahren, im Jahre 1962, wir Freiheitlichen damals schon für so ein Übereinkommen eingetreten sind. Das wurde aber damals gemeinschaftlich von der ÖVP wie der SPÖ abgelehnt. Wir glauben, daß dies ein Zeichen von nicht vorausschauender Agrarpolitik war.

Nun zur Agrarstruktur. Hier ist es notwendig, die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu betrachten. Das Schwergewicht der Abwanderung im Zeitraum von 1930 bis 1976 lag zuerst beim Landarbeiter, dann bei der familienfremden Arbeitskraft und danach wanderten mithelfende Familienangehörige ab, bis es zum Schluß die Betriebsinhaber waren, die eben in der Landwirtschaft keine Chance eines gerechten Einkommens mehr sahen. Obwohl die Wohnbevölkerung in der Steiermark seit dem Jahre 1934 um 17 Prozent zugenommen hat, hat sich der Anteil der Agrarbevölkerung um 67 Prozent vermindert, das ist etwas stark. Und wenn man die Vollerwerbsbetriebe betrachtet, so ist der Anteil von 54 Prozent von 1960 bis 1976 zurückgegangen auf 40 Prozent und der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe von 31 Prozent auf 53 Prozent hinaufgeschnellt. Hier haben sich die Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft von 1950 bis 1976 also um 10.700 auf 69.502, also um 12,3 Prozent, vermindert. In der Steiermark hat sich zwischen den Jahren 1973 und 1976 die Zahl der Betriebsinhaber um 2,3 Prozent stärker vermindert als zwischen den Jahren 1970 und 1973, da war es nämlich nur ein Prozent. Wie gesagt, eine große Anzahl von Vollerwerbslandwirten wurde in die Abhängigkeit getrieben, nachdem sie Nebenerwerbslandwirte geworden sind, weil das ihnen aus der Landwirtschaft gebotene Einkommen nicht ausreichte, um ein ebenso menschenwürdiges Leben zu führen wie ein Facharbeiter.

Die Agrarerzeugerpreise stiegen um ein Prozent. Wenn man das mit den Ausgaben vergleicht, dann muß man feststellen, daß die Ausgabensteigerung bei weitem die Einkommenserhöhung übersteigt. Noch ein Wort zu den Investitionen, sie wurden auch schon angezogen. Im Jahre 1978 gingen die Investitionen der Bauern deutlich zurück. Sie investierten im Jahre 1978 um 2,5 Prozent weniger als im Jahre 1977. Lediglich bei Traktoren gab es eine Steigerung um 2,5 Prozent. (Abg. Zinkanell:

„Da haben Sie falsche Ziffern erwischt!“) Das stimmt sicher! Es gab eine Steigerung auf 5,35 Milliarden und wenn man die Anhänger und LKW's miteinrechnet, auf 6,26 Milliarden. Die heimischen Erzeuger konnten hier Marktanteile gewinnen, nämlich von 52 Prozent auf 54,5 Prozent, das heißt, der österreichische Bauer steigerte somit sein national-ökonomisches Bewußtsein. (Abg. Zinkanell: „Das sind falsche Ziffern!“ — Abg. Ing. Turek: „Kollege Zinkanell, die Statistik kann alles machen!“ — Abg. Zinkanell: „Da hast du recht!“ — Abg. Ing. Turek: „Es kommt darauf an, aus welcher Sicht sie gemacht ist!“) Bei einer graphischen Gegenüberstellung der Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft zeigt sich, daß die unteren 25 Prozent der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte nur zirka 5 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Einkommens erarbeiten. Das landwirtschaftliche Einkommen der 55 Prozent Nebenerwerbsbauern machte 1976 ein Drittel des landwirtschaftlichen Einkommens der Voll- und Zuerwerbsbetriebe aus, aber 40 Prozent aller Nebenerwerbsbauern liegen bei einem landwirtschaftlichen Einkommen von unter 10.000 Schilling. Und diese investieren dieses durchschnittliche Einkommen meist wieder in den Betrieb und diese Investition dient häufig nur der Industrie, dem Handel und den Genossenschaften. Diese disparitäre Entwicklung der Landwirtschaft liegt auch darin, daß die begünstigten Lagen auf Kosten der benachteiligten Lagen den Konkurrenzkampf nur verschärfen.

In der Steiermark zeigt sich bei einem Vergleich des Aktivkapitals pro Hektar reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahre 1978 mit dem des Jahres 1977, daß sich das Aktivkapital im süd-westlichen Flach- und Hügelland um 4,4 Prozent, im Alpenostrand um 2,9 Prozent und in den Hochalpen um 3,9 Prozent erhöht hat. Betrachtet man aber den Reinertrag, so führt die Verzinsung des eingesetzten Aktivkapitals in keinem der steirischen Hauptproduktionsgebiete zu einem positiven Ergebnis.

Im Grünen Bericht auf Seite 55 wird als Grund der Abwanderung aus der Landwirtschaft die Einkommensdisparität erkannt. Es wird leider als einziger Ausweg ein ausreichendes Angebot an alternativen Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten als eine wichtige Voraussetzung für den Strukturwandel in der steirischen Land- und Forstwirtschaft erachtet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat im Jahre 1975 eine durchschnittliche Abnahme der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen bis 1980 von 4,5 Prozent prognostiziert und für die Jahre 1980 bis 1985 weitere 3 Prozent Abnahme vorausgesagt. Demnach wird sich die Zahl der agrarisch Erwerbstätigen in der Steiermark im Jahre 1985 gegenüber 1975 um 29.193 auf 66.500 verringern. Das heißt, für zirka 10.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die bis 1985 noch aus der Landwirtschaft abwandern werden, müßten ebenso viele Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Und will man eine Arbeitslosigkeit dieser Menschen in diesem Lande vermeiden, so muß man sie ihnen zur Verfügung stellen. Bei der Annahme eines Betrages von nur

500.000 Schilling je Arbeitsplatz wäre eine Summe von fünf Milliarden Schilling, das heißt pro Jahr eine Milliarde, notwendig, um diese Arbeitsplätze zu schaffen. Die Frage ist, wer hat das Geld! Das Land, glaube ich, kaum, der Bund, glaube ich, auch nicht. Ich glaube, wir Freiheitlichen können feststellen, daß hier ein eklatanter Denkfehler begangen wird. Wir fragen uns, ob der Arbeitsplatz des Bauern so minderwertig ist, daß er nicht auch einer Arbeitsmarktförderung bedarf. Ist es besser, ihn — den Bauern — von seinem Arbeitsplatz zu vertreiben, um mit hohen Geldern für ihn einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen, der wiederum nur Produkte, die sich auf dem Weltmarkt konkurrenzieren, erzeugt, daß ohne Exportstützung ein Absatz meist gar nicht mehr möglich ist?

Nun, wie hat sich die SPO-Regierung die Lösung der landwirtschaftlichen Probleme vorgestellt? Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat ja das Loblied gesungen. Es ist richtig, der Herr Minister Haiden hat sich von einigen Agrartheoretikern eine Studie über das Agrarsystem in Österreich erstellen lassen. Darin wird auch die innerlandwirtschaftliche Einkommenskluft als Hauptübel der Agrarpolitik erkannt. Es gilt somit, diesem Übel entgegenzutreten. Aber was geschieht? Das hat bis heute in diesem Hause noch keiner angezogen, so quasi die andere Hand, die unverkennbar den Schriftzug des Finanzministers trägt, setzt Maßnahmen, die der Regierungserklärung zuwider laufen. Es werden die landwirtschaftlichen Hektarsätze linear in einem Ausmaß erhöht, wie das nur mit der jüngsten Ölpreiserhöhung vergleichbar ist, nämlich um 25 Prozent von 24.000 auf 30.000 Hektar. Und zusätzlich soll der Einheitswert, der ja bekanntlich die Summe aller Hektarsätze darstellt, in den kommenden Jahren dynamisiert werden. Ist das der Schritt, die sogenannte innerlandwirtschaftliche Einkommenskluft abzubauen? Wir glauben: Nein! Sicherlich wird es in der österreichischen Landwirtschaft Bauern geben, die diese Erhöhung schlucken können, solche in günstigen Lagen der oberen Größenklasse. Die große Masse der Bauern aber ächzt unter dieser Belastungswelle, die diese sozialistische Regierung nach dem 6. Mai losgelassen hat. Dies ist anscheinend die Quittung dafür, daß viele kleine Landwirte — wie der Herr Bundesminister Haiden immer wieder vorgibt — am 6. Mai die SPO gewählt haben. Wir werden dem Klein- und Mittelbauern bewußt machen, welchen Fehler er begangen hat. (Abg. Zinkanell: „Kollege Chibidziura, sind Sie nicht zu grob zu uns?“) Nein, aber was gesagt werden muß, muß gesagt werden! (Abg. Dr. Heidinger: „Am Ende hat jetzt sogar einer von der SPO ein Einsehen?“) Das hoffe ich auch! Eine Erhöhung der Einheitswerte setzt bekanntlich eine Erhöhung der Reinerträge voraus. Und wir alle wissen, daß der Einheitswert einen Ertragswert darstellt, den man durch Kapitalisierung des Reinertrages erhält. Er hat mit dem Einkommensbegriff insofern etwas zu tun, als der Reinertrag ein wichtiger Bestandteil des Einkommens ist. Der zweite Einkommensfaktor ist der Arbeitsertrag. Der Reinertrag stellt die Verzinsung des gesamten in den Betrieb investierten Kapitals dar. Er errechnet sich

aus dem landwirtschaftlichen Einkommen abzüglich des Lohnes für die Besitzerfamilie. Mit anderen Worten, der Reinertrag gibt darüber Auskunft, inwieweit das in den Betrieb investierte Kapital einen Ertrag brachte. Über die Bedeutung des Einkommensfaktors heißt es im Grünen Bericht: Der Arbeitsertrag steht zwar im Vordergrund des Interesses, doch in Anbetracht der beträchtlichen Kapitalintensität der Bauernhöfe ist eine angemessene Kapitalrentabilität eine ökonomische Notwendigkeit. Die Kapitalintensität, über die gibt es nichts zu sagen, weil es ja keinen kapitalintensiveren Wirtschaftszweig als die Landwirtschaft gibt. Wenn man nur die Zahlen betrachtet, so stieg das Aktivkapital im Jahre 1970 im Mittel von 390.000 Schilling bis 1977 auf 780.000 Schilling je Arbeitskraft. Das heißt, innerhalb weniger Jahre hat es sich verdoppelt. Daraus könnte man den logischen Schluß ziehen, daß sich allmählich auch der Reinertrag, der ja die Verzinsung dieses Aktivkapitals ist, nach oben entwickelt hat. Doch wie sieht es tatsächlich mit dieser Kapitalrentabilität aus?

Meine Damen und Herren, für 1977 wird im Grünen Bericht ausgewiesen, daß im Mittel der Reinertrag aller österreichischen Betriebe eine Erhöhung um nur 0,3 Prozent erfuhr. Lediglich in drei der acht landwirtschaftlichen Produktionsgebieten konnte eine Verzinsung erreicht werden, in den übrigen fünf, damit auch in der Steiermark, war, auf deutsch gesagt, nichts zu holen. Also keine Verzinsung, kein Reinertrag. Dafür aber gibt es Kredite, welche die Bauern in eine Bankabhängigkeit führen sollen, nur nicht in die Freiheit oder Unabhängigkeit. Es kann von keinem Reinertrag, sondern nur von einem Reinverlust gesprochen werden. Wenn man noch die Weinwirtschaft betrachtet, so ist auch hier eine Erhöhung der Hektarsätze einfach nicht angebracht. Hier kann man auch die Förderung deponieren, daß die steirischen Weinbauern, die ja sehr stark in steilen Hanglagen produzieren müssen, eine Aufnahme ihrer Betriebe in den Bergbauernkataster finden müßten. Nach dieser Analyse der derartig geschmalzenen Erhöhung der Einheitswerte, wie sie die Regierungspartei beabsichtigt, muß man sich fragen, welche Auswirkungen hat das. Erstens die steuerlichen Auswirkungen: Die Bauern müssen wesentlich höhere Steuern abführen, denn bekanntlich hängt die Menge der Steuern von diesem Einheitswert ab. Dann die Grundsteuer, hier sind es 44 Millionen Schilling, die Einkommensteuer, die Kirchensteuer, die Vermögenssteuer und dann noch die Sozialversicherungsbeiträge. Diese sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen. Die Beitragsautomatik allein macht den Bauern schon zu schaffen. Eine derartig enorme Steigerung der Einheitswerte würde, da die Sozialversicherungsanstalt das fiktive Einkommen nach einem bestimmten Schlüssel aus dem Einheitswert errechnet, eine weitere Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge nach sich ziehen. Wenn Sie wollen, dann habe ich hier ein kleines Beispiel. Ein Betrieb, der derzeit 100.000 Schilling Einheitswert aufweist, würde nach der neuen Regelung einen solchen von 125.000 Schilling haben. Jährlich müßte dieser Bauer zirka 4000 Schilling mehr

Sozialversicherungsbeiträge abführen. Ich muß als freiheitlicher Abgeordneter sagen, das ist nicht vertretbar. Die Sozialversicherung der Bauern hat im Herbst bekanntgegeben, daß bei 12 Prozent aller Bauern die Prämien mittels Postauftrag einkassiert werden mußten. Das ist keine Zahlungsunwilligkeit. Der einfache Grund: Es fehlt das nötige Bargeld, meine Damen und Herren! Aber ich glaube, auch die Herren der ÖVP, die ja in der Sozialversicherung personell dominieren, können sich nicht völlig die Hände in Unschuld waschen. Meines Wissens haben sie an der Neuregelung der Sozialversicherung — mit ihrer Automatik zum Einheitswert — ja kräftig mitgemischt. Ich hoffe nun, Sie werden sicherlich dazuschauen, daß dieses Bauernsozialversicherungsgesetz umgehend novelliert wird, um die Bauern wirtschaftlich nicht zu ruinieren.

In dieser SPÖ-Agrarpolitik ist keine zielführende konstruktive Grundlinie, auch ist sie zutiefst widersprüchlich, denn man kann nicht vorher eine Regierungserklärung abgeben und dann gegenteilige Maßnahmen beschließen. Außerdem fehlt die Begründung, die einfache Begründung für die Erhöhung der Agrarbeiträge beziehungsweise der Hektarerträge. Diese ist nicht gegeben. Verwundert hat ja nur, daß eigentlich der Agrarsprecher der ÖVP, Herr Dipl.-Ing. Riegler, zu diesem Steuereintreibungsgesetz der Bundesregierung im Parlament keine Stellungnahme abgegeben hat. Es könnte vielleicht daran liegen, daß ja die Landwirtschaftskammern dabei um 45 Millionen Schilling mehr kassieren! Ich glaube, dies ist eine Forderung, die man aufstellen kann: Die Landwirtschaftskammern sollten eigentlich auf diese Einnahme aufgrund der Lage der Bauern verzichten. Es wäre sicherlich möglich, wenn die Angestellten der Landwirtschaftskammern, die ja im Gegensatz zur bäuerlichen Bevölkerung zahlenmäßig zunehmen, sich mehr auf ihre Tätigkeit beschränken würden. Bei der Betrachtung des Ansatzes 740, Land- und Forstwirtschaftliche Interessensvertretungen, zeigt sich ja das interessante Bild, daß sich die Zuwendungen für Personalerfordernisse der Kammer für Land- und Forstwirtschaft von 75 Millionen Schilling im Jahre 1978 auf 82 Millionen Schilling im Jahre 1980, also um zirka 10 Prozent, erhöht haben. (Abg. Sponer: „Du bist ein schlechter Berufsschullehrer, kein guter Berufsschullehrer!“ — Abg. Ileschitz: „Hören Sie doch einmal auf!“) Es erhebt sich die Frage, ob ein derartiger Aufwand im Verhältnis zum erzielten Erfolg für die Bauern wirklich gerechtfertigt ist. Wenn wir jetzt schon bei der Förderung sind, so glauben wir, daß mit den landwirtschaftlichen Schulen die beste Förderung für die Bauernschaft gefunden worden ist.

Interessant ist sicher auch die letzte Milchpreiserhöhung. Ich muß ja auch noch etwas zum Milchpreis sagen. Hier sind die zwanzig Groschen nur ein Anteil der Erhöhung für den Konsumenten von 1 Schilling. Also, zwanzig Groschen bleiben den Bauern übrig! Dann muß man sich fragen, ob nicht hier irgendwo der Verwaltungsaufwand viel zu hoch ist. (Abg. Ileschitz: „Kommen Sie doch endlich zum Schluß!“) Ich bin ja schon beim Schluß, es dauert nur mehr 25 Minuten. (Abg. Dr. Horvatek: „Eine gefährliche Drohung!“)

Meine Damen und Herren, der Siloverzichtsschlag wurde um 5 Groschen erhöht und da muß man ehrlich sagen, das ist sicherlich ein Verdienst unseres freiheitlichen Abgeordneten Murer, der sich gerade im Nationalrat für die Bauern sehr einsetzt. Ich möchte eines nicht verschweigen, daß nämlich die freiheitliche Bauernschaft im Juni des Jahres 1979 einen Antrag auf Erhöhung des Erzeugermilchpreises eingebracht hat, nämlich eine Erhöhung um 82 Groschen je Kilogramm. Herausgekommen sind 20 Groschen! Man darf wohl behaupten, daß diese Erhöhung vollkommen unzureichend ist. Der betriebswirtschaftlich errechnete, kostendeckende Milchpreis müßte bei 4,80 Schilling liegen. Das sind die unabdingbaren Forderungen der Freiheitlichen nach der Einkommensparität, meine Damen und Herren, Abbau der Disparität, um eben eine Angleichung an die anderen Berufsgruppen zu finden. Und an der Erfüllung dieser logischen und gerechten Forderung ist anscheinend weder die OVP noch die SPÖ interessiert. (Abg. Ing. Koiner: „Jetzt hören Sie einmal auf, wir haben doch eine Zeiteinteilung!“) Aber ich glaube, daß man den Bauern nicht die Schuld geben kann, daß der Konsumentenpreis um rund 1 Schilling erhöht, auf 10 Schilling geklettert ist. Diese Verteuerung entsteht ja, weil der Herr Finanzminister die den Konsumenten bisher zugute gekommene Milchpreisstützung in der Höhe von 570 Millionen Schilling gestrichen hat. Ein Teil der Erhöhung ist auf die Lohnerhöhungen der Molkereiarbeiter und auf die Kostensteigerungen der Molkereien zurückzuführen. Die Sozialpartner billigen zwar allen Wirtschaftszweigen das Recht auf kostendeckende und gewinnbringende Preisgestaltung zu, nur der Landwirtschaft wird dieses Recht nicht zuerkannt, sondern hier gilt nur das Preisdiktat bei den Erzeugerpreisen, aber auch bei den Produktionspreisen.

Wir Freiheitlichen wenden uns entschieden gegen diese die Landwirtschaft existenzbedrohende Vorgangsweise. Wenn man noch weiß, daß Präsident Minkowitsch mit 1. Juli 1978 die in Kraft getretene Milchmarktverordnung als vorbildlich hingestellt hat, so muß man auch wissen, daß er zustimmte, als der Fettgehalt von damals 3,6 auf 3,9 Prozent erhöht wurde. (Abg. Ing. Koiner: „Das stimmt ja nicht!“) Was denn! (Abg. Ing. Koiner: „Das ist ein ausgesprochener Blödsinn!“) Herr Präsident, mit 3,9 Prozent wird heute (Abg. Ing. Koiner: „Lesen Sie etwas schneller!“) — Was denn! Und darüber hinaus geht erst die ganze weitere Erhöhung! (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist keine Solidarität, was Sie da machen!“) Das glaube ich nämlich auch! Es war 25 Jahre das Motto „billig essen ist leicht regieren!“. Wenn die bäuerliche Bevölkerung bis zu 80 Stunden arbeiten muß, findet dies ein Großteil der Bevölkerung für selbstverständlich. Wo bleibt hier die Solidarität? Hat nicht auch diese Berufsgruppe ein Anrecht auf eine gerechte Entlohnung? Wo bleibt denn da die soziale Partnerschaft, die bei steigenden Betriebsmitteln sofort eine Abgeltung durch Erhöhung des Erzeugerpreises verlangt?

Und jetzt möchte ich noch ein Wort zu den Nebenerwerbsbauern sagen. Es hilft ja nichts, das

Problem ist sehr umfassend! Nur die Zuckerln herauszuholen, ist zu wenig.

Es erhebt sich die Frage, wie weit die Nebenerwerbsbauern medizinisch vertretbar sind. Sie arbeiten 40 Stunden im Betrieb, sollten sich eigentlich außerhalb dieser Arbeitszeit erholen und müssen daheim weiterarbeiten, nämlich jene schwere Arbeit, die die Doppelbelastung der Bäuerin ausmacht — das muß ja auch einmal gesagt werden, daß die Bäuerin zu Hause jene Arbeit verrichtet, die zuerst der Bauer verrichtet hat, und jetzt kommt der Bauer heim und kann am Samstag, Sonntag jene Arbeit verrichten, die der Bäuerin einfach eine Überlastung war.

Interessant wäre sicherlich, eine volkswirtschaftliche Gegenüberstellung zwischen Ertrag und Aufwand der Sozialversicherung anzustellen. Die Arbeitsplatzsicherung wäre auch noch zu besprechen. Unsere freiheitlichen Forderungen, um die Chance der Bauernschaft zu heben, die Abwanderung aus der Landwirtschaft zu stoppen und die Gesundung des Bauernstandes zu fördern, wären folgende Maßnahmen:

1. Die Erreichung des Einkommenszieles. Das ist dann erreicht, wenn die Einkommensparität zwischen dem Einkommen des Durchschnittslandwirtes und des ihm ebenbürtigen Facharbeiters hergestellt wird und ihm somit die Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung ermöglicht wird. Dies ist aber nur möglich, wenn vom volkswirtschaftlich vertretbaren Preis, den ja OVP und SPÖ immer vertreten haben — sozusagen wo hinterher festgestellt wurde, wie hoch der Preis sein darf — endlich abgegangen wird und der von den Freiheitlichen vehement geforderte betriebswirtschaftlich kalkulierte Preis den Bauern zugestanden wird.

2. Wenn eine objektive Agrarpreisfestsetzung stattfindet.

3. Wenn der Rechtsanspruch auf agrarische Förderungsmittel gegeben sein wird.

4. Wenn die Bäuerin auch die Vorteile der allgemeinen Sozialversicherung, zum Beispiel Karenzurlaub, in Anspruch nehmen kann, denn durch die Mehrkinderfamilien im bäuerlichen Bereich wird ja das Geburtendefizit der Städte einigermaßen ausgeglichen. Daher ist ja schon aus volkswirtschaftlichen Gründen eine finanzielle und soziale Gleichstellung des bäuerlichen Menschen ein berechtigtes Anliegen.

5. Wenn das Versorgungsziel erreicht ist und eine ausreichende, gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Erzeugnissen aus der inländischen Landwirtschaft zu angemessenen Preisen gegeben ist beziehungsweise wenn die Bevorratung als sogenannte Krisenvorsorge aus der heimischen Landwirtschaft gegeben ist.

Weiters ist dem biologischen Landbau für die Erhaltung der Volksgesundheit sowie der Sicherung der Arbeitsplätze zur Stärkung und Erhaltung des ländlichen Raumes größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Schließlich ist die Erhaltung unserer Kulturlandschaft ein Verdienst der bäuerlichen Bevölke-

rung. So kann ein freier, unabhängiger Bauernstand wieder entstehen, und zwar nur dann, wenn er aus der parteipolitischen Abhängigkeit herausgelöst wird. Wir Freiheitlichen haben das Ziel, allen Bauern zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu verhelfen. Dem bäuerlichen Familienbetrieb, auch der Bäuerin, darf ein leistungsgerechtes Entgelt nicht länger vorenthalten werden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorerst, lieber Herr Kollege Chibidziura, du hast uns umfassend die Ideen der Freiheitlichen Partei zum Standpunkt Landwirtschaft vorgetragen. Nur, wenn du dem bäuerlichen Menschen, dem praktizierenden Bauern das so kompliziert vorträgst, wird er dich sicherlich schwer verstehen.

Nun auch ein Wort zum Kollegen Zinkanell: Lieber Herr Kollege Zinkanell, ich möchte Dank sagen, daß du meine Objektivität in der Bezirkskammer anerkennst. Du kannst auch ohne weiteres an einer Bauernbundversammlung teilnehmen (Abg. Zinkanell: „Das war ein Geburtstagsgeschenk zum fünfzigjährigen Bestand!“), denn es werden auch dort nur jene Probleme erörtert, die die bäuerlichen Menschen bei uns wirklich bedrücken. Und es gibt viele solche! Ich möchte gleich einige anschnitten.

In puncto Import- und Exportpolitik bestehen große Diskrepanzen, und da können bäuerliche Menschen vieles nicht verstehen. Erstens ist im Lebensmittelgesetz in Österreich enthalten, daß Weichmacher bei Käse nicht verarbeitet werden dürfen. Es darf aber sehr wohl Importkäse, der dieselben Stoffe enthält, in Österreich verkauft werden! Desweiteren bei den Krenbauern: Da wird Kren importiert und unsere armen Krenbauern, die können den Kren auf den Misthaufen werfen. Lieber Herr Kollege Zinkanell, das sind halt Realitäten, über die man nicht hinwegkommt!

Ich habe auch die Absicht, über die Verkehrserschließung im ländlichen Raum und zum Grenzland einiges zu sagen. Verehrte Damen und Herren, in den letzten vier Jahren ist puncto Verkehrserschließung im ländlichen Raum vieles geschehen. Sie wissen ja, die Verkehrserschließung ist das Um und Auf, um überhaupt ordnungsgemäß arbeiten zu können. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und die Agrartechnische Abteilung wurden ja beauftragt, diese Verkehrserschließungen durchzuführen. Innerhalb von vier Jahren ist seitens der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft im Normalprogramm eine Weglänge von 340 Kilometern ausgebaut worden, im Grenzlandsonderprogramm eine Weglänge von 130 Kilometern, im Schwarzdeckenprogramm eine Weglänge von 20 Kilometern, bei der Weginstandhaltungsaktion, die ja Gott sei Dank neu eingeführt wurde, wurde eine Weglänge von 1200 Kilometern durchgeführt. Forstaufschließungswege wurden 520 Kilometer gebaut. Das ist ein Bauaufkommen von 279,4 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die Arbeiten der

Agrartechnischen Abteilung, die im Jahre 1978 77 Projekte umfaßten. Im Jahre 1979 waren es 74 Projekte.

Der Bauaufwand betrug bei der Agrartechnischen Abteilung 33 Millionen Schilling. Ich möchte ganz besonders betonen, daß die Interessentenleistung zu diesen 33 Millionen Schilling 13,2 Millionen Schilling betragen. Das sind Leistungen, die seitens der Gemeinde oder seitens der Bevölkerung erbracht wurden. Es wurden auch im Rahmen der Besitzfestigung 1978 und 1979 in den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld Wohnhausneu- und Zubauten mit öffentlichen Zuschüssen je 50 Prozent Landes- und Bundesmittel und Agrarinvestitionskrediten über das Referat Besitzfestigung gefördert.

Nach der letzten Betriebszählung bestehen in diesen Grenzräumen 30.683 landwirtschaftliche Betriebe. Das sind mehr als 42 Prozent der gesamten bäuerlichen Betriebe des Bundeslandes Steiermark. In diesen Förderungsmaßnahmen wurden 1978 317 bewilligt und 1979 298. Der Bauaufwand betrug über eine halbe Million Schilling. Zu diesem Bauaufwand kommen noch 71,9 Millionen Schilling Agrarinvestitionskredite. Das zeigt, daß der Verschuldungsgrad der Landwirtschaft sehr hoch ist. Ich möchte für diese Leistungen, die seitens der öffentlichen Hand erbracht wurden, allen zuständigen Stellen, aber ganz besonders den Investoren recht herzlich danken. Es ist ja unbestritten, daß durch diese Maßnahmen auch gesamtwirtschaftlich eine Belebung stattgefunden hat. Ich möchte aber auch anerkennend sagen, daß durch die Einführung des Weinbauplanes gerade in den Grenzregionen ein großer Fortschritt erzielt wurde. Die Weinbaupläne I und II haben für diese Region sicherlich einen Segen gebracht. Ich möchte nur wünschen, daß diesen Weinbauplänen I und II der dritte folgen möchte.

Trotz dieses positiven Berichtes, den ich jetzt gegeben habe, möchte ich einige Sorgen, die besonders den Grenzraum betreffen, aufzeigen. Es wird seitens der Bevölkerung immer bemängelt, daß der Grenzschutz auf österreichischer Seite sehr zu wünschen übrig läßt. Wir haben ja hier im Hohen Haus seitens der ÖVP einen Antrag eingebracht, wo die Bundesregierung aufgefordert wurde, den Grenzschutz zu verstärken. Bedauerlicherweise mußte ein Schreiben als Bericht verlesen werden, wo der Herr Innenminister berichtet, es werden so alle vierzehn Tage Grenzkontrollgänge durchgeführt. Verehrte Damen und Herren, betrachten wir die andere Seite. Dort vergeht sicher keine Stunde, wo nicht ein Doppelposten mit Hund die Grenze passiert und kontrolliert. Die Sorgen der Bevölkerung gerade in diesem Grenzraum sind groß, denn wir wissen nie, ob nicht international einmal etwas passiert.

Des weiteren fordere ich den beschleunigten Ausbau des Telefonnetzes gerade auch im Grenzraum. Er ist nicht nur für die überbetriebliche Zusammenarbeit ganz wichtig, sondern es hat auch die übrige Bevölkerung das Recht, einen Telefonanschluß zu bekommen.

Das Pendlerproblem ist eine große Sorge. Es müssen doch manche Pendler schon um 4 Uhr früh von zu Hause weggehen und kommen womöglich in den Extremgebieten erst um 21 Uhr wieder nach Hause. Daher müssen seitens der verantwortlichen Stellen arbeitsplatzbildende Maßnahmen gesetzt werden. Die Abwanderung, wovon gerade der Grenzraum sehr betroffen ist, müssen wir besser in den Griff bekommen. Wir haben doch Gemeinden, die leider bis zu 50 und mehr Prozent Abwanderung verzeichnen müssen. Ich möchte anregen, daß alle Jungfamilien, die im Grenzraum ihr Haus bauen möchten, eine Direktförderung bekommen sollen. Es würde sicher dazu beitragen, die Siedlungsdichte im Grenzraum zu erhalten oder vielleicht sogar zu verstärken. Sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen den Grenzraum praktisch als Schale unserer Heimat betrachten. Und wenn wir diese Schale gesund erhalten, und darum bitte ich Sie, haben wir sicherlich auch ein gesundes Kernland. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prandkh. Ich erteile es ihm.

Abg. Prandkh: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich laufe Gefahr, ein eitler Mensch zu werden, weil ich nicht mehr ohne den Arbeitsbauernbundkalender auftreten kann. (Abg. Zinkanell: „Bravo!“) Aber ich muß dazu ein bißchen etwas sagen. Herr Kollege Zinkanell, du hast in deiner Wortmeldung das immer steigende Maß von Investitionen in der Landwirtschaft so wunderbar positiv betont. (Abg. Zinkanell: „6 Prozent!“) Ich kenne dich gut genug und vor allem schätze ich deine Kenntnis der landwirtschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe so gut, um nicht annehmen zu können, daß du unbewußt verschwiegen hast, daß mit diesen gestiegenen Investitionen eine steigende Verschuldung einhergehen muß. Ich glaube, das darf man nicht übersehen, denn sehr oft sind die nötigen und unumgänglichen Investitionen deshalb getätigt worden, in der Hoffnung, die derzeit nicht befriedigende Einkommenslage durch diese Investitionen auf lange Sicht überbrücken zu können. Hoffentlich wird sich diese Rechnung als richtig erweisen, denn es ändert nichts an der Tatsache, daß auch Kreditstützungsaktionen die Verschuldung nicht verhindern. Das ist ein Irrtum. Verschuldung bleibt Verschuldung auch mit Zinsenstützungen! Und eher wäre eine Agrarpolitik mit Einkommenssteigerungen zu begrüßen als weitere Kreditstützungsmaßnahmen. Das sind Fleckerlteppiche, die schnell Löcher bekommen, weil man zu oft zur Bank und zurück läuft.

Der Herr Kollege Zinkanell hat sich auch sehr lobend — und da stimme ich ihm vollkommen zu — über die Direktzahlung an die Bergbauern geäußert. Dazu ein kleiner Vergleich: Im Vorjahr 200 Millionen Schilling Direktzahlungen an die Bergbauern, heuer um 1,50 Schilling der Kilopreis im Ochsenabsatz gesunken und das Absinken um 1 Schilling hat den Bauern gegenüber dem Vorjahr eine Einkommensminderung von 200 Millionen Schilling gebracht. Jeder, der in der Volksschule Abc,

multiplizieren, dividieren und ähnliches erlernte, kann auch ausrechnen, was da übrig blieb! (Abg. Zinkanell: „Man kann doch deswegen den Bergbauernzuschuß nicht abschaffen!“) Nein! Herr Kollege, ich habe ja gesagt, wunderbar, bloß reicht es eben auch schon nicht mehr. (Abg. Zinkanell: „Leider!“) Das wissen wir! Aber man muß die Dinge von verschiedenen Blickwinkeln aus betrachten. Es wird mir auch schon langsam langweilig, und der Herr Landesrat Bammer hat vor Jahren schon einmal gesagt, die agrarische Jammerorgie kennt er. Sie reißt nicht ab, es hilft nichts! An den Tatsachen kommen wir nicht herum.

Ich will versuchen, mich etwas kürzer zu fassen wie andere Redner, vielleicht gelingt es mir! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Aber einen Hinweis, meine sehr verehrten Anwesenden, muß ich bringen: Die Richtlinien für die Vergabe von Förderungsmitteln in der Landwirtschaft kommen ausschließlich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Und die gerade von sozialistischer Seite seit ihrer Alleinregierung so oft und viel geschmähten Kammern sind mit der Durchführung der Richtlinien betraut. (Abg. Brandl: „Warum geschmäht?“) Das weiß ich nicht! Wenn Sie sagen „Warum geschmäht?“, das weiß ich nicht, das müssen Sie wissen! (Abg. Brandl: „Ein bißchen auf die Pfoten steigen!“ — Abg. Zinkanell: „Ein bißchen Rechnungshofbericht, nicht viel!“) Meine sehr Verehrten, meine Wortmeldung wird länger, wenn Sie mich nicht reden lassen, denn ich muß ja etwas erwidern! Wenn Sie sagen, man muß auf die Pfoten steigen, da habe ich nichts dagegen! Aber nach allen Seiten, nicht einseitiges Pfotentreten!

In letzter Zeit ereignete es sich immer öfter, daß Förderungswerber, die von den Kammern in ihrem Vorhaben abgewiesen wurden, weil die Richtlinien eine Förderung nicht gestatten, aufgrund von Beratungen Ihrerseits, nehme ich an, aber das kann ich nur behaupten (Abg. Brandl: „Man muß vorsichtig sein!“), zum Herrn Minister Haiden oder zum Herrn Staatssekretär Schober gehen. Und siehe da, es sind mir Fälle bekannt, daß entgegen den Richtlinien des Landwirtschaftsministeriums Förderungsbeträge zuerkannt werden. Und jetzt meine Frage, meine sehr verehrten Anwesenden: Ist das ein politisches Spiel oder werden sozialistische Politikerherzen weich, sobald es um Einzelschicksale geht? (Abg. Zinkanell: „Wenn es um soziale Schicksale geht, dann werden sie weich!“) Dann müssen in den Richtlinien Ausnahmestimmungen festgelegt werden und nicht über die Kammer geschimpft werden, meine sehr Verehrten!

Und nun eine kurze Bemerkung zur Wortmeldung des freiheitlichen Agrarsprechers neueren Datums. Herr Kollege, ich bewundere Ihren Fleiß, mit dem Sie sich bemüht haben, uns bekannte Tatsachen zu erläutern. Ich habe leider nicht aufgepaßt, wie Sie uns Lösungsvorschläge gemacht haben. Ich werde mich bessern! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Höchste Zeit!“)

Und nun zu diesem Kalender, Herr Kollege Zinkanell, als letztes! Ich weiß, ja! Ich habe ja gesagt, es hat mir zu lange gedauert, mir ist der Faden gerissen! Herr Kollege Zinkanell, Ihr habt das Bild nur veröffentlicht wegen der Pferde. (Abg. Zinka-

nell: „Das ist mir gesagt worden!“ Etwas muß man ja sagen! (Abg. Zinkanell: „Ich nehme es aber zurück — es ist wegen Pränckh!“) Ja, das wollte ich hören! Nicht wahr! Und jetzt, meine sehr Verehrten, stelle ich eine Frage: Gibt es im sozialistischen Arbeitsbauernbund überhaupt noch jemand, der mit einem Roß umgehen kann? (Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Dorfer: „Kollege Pränckh, das sind Hühnerzüchter!“) Was sagst du? Ich bin ein Ochsenbauer, ich habe mit den Rössern nichts zu tun! (Abg. Dr. Dorfer: „Mit einem jungen Roß tust du dir auch schwer!“)

Ich habe ebenfalls sehr aufmerksam die temperamentvolle Rede von unserem Kollegen Zinkanell verfolgt. Ich bin nur nicht immer damit einverstanden. Ich bin überzeugt, daß die Sozialisten sehr für die Gleichheit eintreten. Ist ja auch ein Punkt in eurem Programm. (Abg. Zinkanell: „Für das Helfen! Gleichheit ist etwas anderes!“) Dann sind wir eben für Gleichberechtigung. Aber hier scheiden sich auf jeden Fall die Geister. Wir sind auch für die Gleichheit, aber da stimmt irgend etwas nicht, und zwar deshalb. Ich möchte dies in zwei Beispielen wiedergeben: Es kommt bedauerlicherweise immer wieder einmal vor, daß bei irgend welchen Betrieben Arbeitsplätze gefährdet sind, ich sage bedauerlicherweise. Und ich erlebte als junger Mensch noch die dreißiger Jahre. Ich habe die Zeit am Rand erlebt. Gott behüte uns davor, daß uns dies noch einmal passiert. Der Grund, warum Arbeitsplätze gefährdet sind, kann nur der sein, daß die Betriebe nicht mehr konkurrenzfähig sind und auf ihren Produkten sitzen bleiben. Und da kommen dann der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister, greifen tief in die Tasche und stopfen das Loch zu. Das ist gut so. Bei uns in der Landwirtschaft ist es auch so. Wir bleiben auch leider Gottes auf unseren Produkten, auf der Milch oder auf dem Schlachtvieh, auf dem Gemüse sitzen. Aber nicht deswegen werden wir konkurrenzfähig sein, sondern weil ja die Bauern nur aus dem Mehrproduzieren hoffen, daß sie ein höheres Einkommen erreichen. Aber da kommt leider kein Bundeskanzler, kein Finanzminister, um in die Tasche zu greifen und dem Bauern das zu geben, was dem Bauern gebührt, sondern da wälzt man seelenruhig die Probleme auf den Buckeln der Bauern ab. Die Bauern müssen selbst damit fertig werden.

Und jetzt, lieber Sepp Zinkanell, eine Frage noch einmal zur Gleichheit. Du hast gestern ein so nettes Wortspiel gebracht. Ich habe mir das gut gemerkt: „Was sozial ist, muß nicht immer sozialistisch sein, aber was sozialistisch ist, ist immer sozial!“ Das ist richtig. Und jetzt frage ich dich und euch alle miteinander, ob dies sozial ist, was die sozialistische Regierung mit den Bauern aufführt? (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trummer.

Abg. Trummer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Was mein Kollege Chibidziura zu lange gesprochen hat, werde ich um desto kürzer sprechen.

Im Grenzland gibt es nicht nur wirtschaftliche Probleme, sondern wir werden auch immer wieder vom Hochwasser überrascht. Nun hat die Ständige österreichisch-jugoslawische Murkommission im heurigen Jahr beschlossen, daß die Kutschenitzta reguliert und zum Grenzfluß ausgebaut wird. Der erste Bauabschnitt wird von der Wasserbauverwaltung der Fachabteilung III a bis 1983 durchgeführt. Den zweiten Bauabschnitt werden jugoslawische Grenzstellen von 1983 bis 1986 herstellen. Damit geht ein langjähriger Wunsch unserer Grenzbevölkerung in vier Gemeinden in Erfüllung. Und zwar haben wir dann auf beiden Seiten mit dem Nachbarland eine saubere und ordnungsmäßige Grenze.

Herr Zinkanell, du hast ein liebes Wort gesprochen. Die Bauernschaft geht alle etwas an. Mein Kollege Aichhofer hat die Probleme des Grenzlandes in kurzen Sätzen aufgezeigt, und nun sage ich dir und ich bitte dich, dies weiterzuleiten. Die Grenzsorgen des Grenzlandes und auch die Bewachung gehen auch den Bund an. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr.

Entschuldigung, der Herr Landesrat Dr. Krainer hat sich zum Schlußwort gemeldet.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn die Landwirtschaftsdebatte nicht so wie jedes Jahr ein Bild der Kontraste geboten hätte und nach den kräftigen Strichen zu Anfang und der etwas blässeren Mitte zum Schluß nicht wieder diese farbigen Akzente gehabt hätte, die sie eigentlich jedes Jahr hat. Ich glaube, es geht Ihnen so wie uns, man sitzt drei Tage in diesem Hohen Haus, den jungen Leuten beziehungsweise den Zuschauern, die herkommen, geht es so, daß sie ein Segment sehen, ein solches oder ein anderes. Aber eigentlich muß man sagen, ist man immer wieder beeindruckt, nicht nur von der Originalität und dem Wissen, das hier geboten wird, sondern letzten Endes auch von dem Versuch, ein Bild zu zeichnen, das möglichst alle Ecken ausleuchtet und das keine weißen Flecken zurückläßt und das auch eine objektive Beurteilung der Situation ermöglicht.

Es ist gar kein Zweifel, daß der Respekt für die Dialektik und vor allem auch für den loyalen Feuerschutz, den der Herr Ökonomierat Zinkanell seiner Bundesregierung leistet, ebenso dazugehört, wie die Tatsache, daß sehr vielen, die sich eben selber in der Situation des aktiven Bauern befinden, und jenen, die das intellektuell verarbeiten und in Programme kleiden, hier auch wichtige Informationen gegeben werden. Aber, meine Damen und Herren, die Fakten sind es letztlich immer noch, an die wir uns halten müssen. Wenn der Herr Abgeordnete Brandl eben in seiner Einleitungsrede, in seiner Generalrede, das Jahr 1978 mit seiner Einkommens-

entwicklung für die Land- und Forstwirtschaft verständlicherweise lobt, und damit auch ein wenig Glanz auf seine Seite hinzieht, so ist das das Jahr 1978. Und selbst dieses Jahr 1978, das muß man auch sagen, ist, und das hat ja der Herr Präsident Koiner in seiner heutigen Rede ausführlich getan, sehr unterschiedlich; regional auch von der Betriebsgröße und von der Betriebsform her. Ich glaube, daß wir einfach nicht darüber hinwegkommen, festzustellen, daß das Jahr 1979, und dies ist ja das Jahr, mit dem wir uns zumindest heute hier zu befassen haben, daß das Jahr 1979 ganz andere Ergebnisse zeitigt. (Abg. Zinkanell: „Keine schlechten!“) Ich werde das kurz vortragen und sicherlich dazu beitragen, daß es uns diesmal gelingen möge, den Baum oder den Adventkranz an diesem Abend früher entzünden zu können. Es scheint allerdings ein inneres Gesetz diese Budgetsitzungen zu beherrschen, das immer wieder dann dafür sorgt, daß der Endpunkt dem des vorigen Jahres sehr ähnelt, aber den Versuch, glaube ich, sollten wir unternehmen.

Steirische Landwirtschaft 1979, zu den Positiva zuerst: Wir sollten ja versuchen, die Dinge objektiv zu sehen. In der Forstwirtschaft: Der Herr Präsident Koiner hat es gesagt, 1979 war sozusagen ein spezielles Jahr des Verkäufermarktes, das bei steigenden Preisen, beträchtlich steigenden Preisen, einen gesicherten Absatz und mit gut vier Millionen Festmetern wahrscheinlich auch einen Rekord im Schnittholzexport aus der Steiermark gebracht hat. Mit den Ergebnissen im Obst- und Weinbau kann man auch zufrieden sein, das kann man ja immer erst nach der Ernte. Im Obstbau hat es mit 76.000 Tonnen eine sehr gute Apfelernte gegeben, eine weniger gute Stein- und Beerenobsternte aufgrund der Fröste Anfang Mai. Auch die steirischen Weinbauern haben eine qualitativ sehr gute und mit 90.000 Hektolitern auch mengenmäßig zufriedenstellende Ernte einbringen können. Gebietsweise haben die Hagelschäden 1978 nachgewirkt und den Ertrag geschmälert, vor allem im Klöcher Gebiet, wie Sie wissen. Aber die negativen Seiten des Wirtschaftsjahres 1979 sind leider mindestens so massiv ausgefallen. Die Ergebnisse im Pflanzenbau sind unterdurchschnittlich, weil das Wetter einfach nicht mitgespielt hat. Immer noch ist eben der Bauer der Unbill des Wetters ausgesetzt: Nässe und Kälte bis Anfang Mai, Trockenheit bis Mitte Juni, ein ganz sonderbares Sommerwetter, eben ein verregneter Sommer, haben bewirkt, daß bei Getreide, Mais und Grünland die Ernten mengenmäßig und auch qualitätsmäßig unterdurchschnittlich sind.

Für die 42.000 Rinderhalter und vor allem für die 56.000 Schweinehalter in der Steiermark ist das Jahr 1979 schlicht und einfach ein schlechtes Jahr gewesen. Die Preise für Schlachtschweine, ich habe das auch auf diesem Schaubild auftragen lassen, haben sich im Vergleich zu 1978/1979 so entwickelt. (Abg. Zinkanell: „Grafik!“) Zyklus hin, Zyklus her, Ergebnis schlecht! (Beifall bei der ÖVP.) Keine Frage. Ganz konkret 16 Prozent unter denen des Vorjahrs im Schnitt: Die Styriahybrid Leibnitz bezahlte für die Basisqualität II, also tot vermarktet, in der ersten Jännerwoche 26,10 Schilling, Ende Mai 19,50 Schilling und Ende November 21,50 Schilling. Bei den Rindern war es so, daß, ohne hier billiges

Eigenlob spenden zu wollen, nur dank der Landesmittel für die Absatzförderung ein totaler Preiszusammenbruch verhindert werden konnte. Bis zum Jahresende 1979 werden aus der Steiermark insgesamt 26.500 Stück Schlachtrinder inklusive Rindfleisch und 12.000 Stück Zucht- und Nutztinder im Rahmen des Gatt-Kontingentes exportiert. Aber für den Export dieser 39.00 Stück, meine Damen und Herren — und der Herr Finanzreferent weiß das aus der bitteren Erfahrung dieses laufenden Jahres, aber es weiß es insbesondere der Herr Präsident Koiner aus den Verhandlungen mit ihm in diesem Zusammenhang —, sind 42,3 Millionen Schilling Absatzförderungsmittel notwendig. 42,3 Millionen Schilling, meine Damen und Herren! Und trotz dieser Absatzförderung von seiten des Landes liegt das Preisniveau um 3 Schilling unter seriös kalkulierten Produktionskosten. Und das ist nicht das ins Knopfloch gesteckte Jammerbild der Agrarier, das halt einfach bei der Budgetdebatte auch hergezeigt werden muß, sondern das ist die Realität, und das ist eine bittere Realität. Das hat hier der urige Abgeordnete Prantner eben auch in seiner Sprache, glaube ich, sehr überzeugend zum Ausdruck gebracht. Bei allem Respekt dafür, daß Bemühungen existieren, sind natürlich die Leistungen auch der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zu würdigen: Das Jahr 1979 hat den Schweine- und Rindermästern, um das abschließend zu sagen, von der Preisseite her Verhältnisse gebracht, die wirklich zum Teil an der Existenzfähigkeit eines Betriebes zehren können. Und ich sage noch einmal, hätte das Land nicht eingegriffen, hätte das viele Betriebe — und bitte schön, es wird so oft davon geredet, und manchmal hat man das Gefühl, es wird ein Lichtlein entzündet — insbesondere die Bergbauern in diesem Land getroffen. Da ist ganz sicher die erfreuliche Erscheinung dieser Direktzahlung einfach in keiner Weise ausreichend bei den Budgetmitteln, die heuer seitens des Bundes zur Verfügung gestellt wurden und auch für das nächste Jahr, um mit dem Problem einigermaßen fertig zu werden. Und die Gesamtproblematik ist ja leider die, daß wir bei Beurteilung der Entwicklung der Einkommen, die auch der Herr Präsident Koiner Ihnen vorgetragen hat, feststellen, daß — ob nun im südöstlichen Flach- und Hügelland; ob im Alpenostrand oder insbesondere in den Hochalpen, das ist diese rote Linie, seit 1965 haben wir das hier aufgetragen — die Schere der Disparität zu den außerlandwirtschaftlichen Einkommen einfach entscheidend größer geworden ist. Das ist ja die Größe, die wirklich letzten Endes vergleichbar ist. Es ist auch kein Zweifel, und das muß hier auch gezeigt werden, daß die Entwicklung der Agrarindizes, nämlich der Gesamtausgaben für die land- und forstwirtschaftlichen Produktionen und der Betriebseinnahmen, ganz dieselbe Erscheinung einer weit geöffneten Schere zeigt, wenn Sie das im selben Zeitraum sehen und sich insbesondere — das ist ein Faktum seit Beginn der siebziger Jahre — diese auseinanderklaffende Entwicklung ansehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich diesen Teil kurz abschließen. Und ich bitte wirklich auch Kollegen Brandl, weil ich annehme, daß Sie um eine objektive Beurteilung tatsächlich bemüht sind, sich das auch anzuhören,

weil Sie verständlicherweise vor allem für das Jahr 1978 geredet haben.

1974 real: Pro-Kopf-Einkommen der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen minus 3,5 Prozent.

1975 real, bitte Wirtschaftsforschungsinstitut, damit hier keine Irrtümer entstehen hinsichtlich der Quellen; das ist das Institut, in dem genauso der Herr Präsident Benya wie der Herr Präsident Sallinger oder der Herr Haberl oder Czettel, ebenso wie Treichl oder Stefan Koren sitzen im obersten Gremium, 1975 real um 4,5 Prozent gesunken.

1976 war die Einkommensentwicklung aufgrund von Sondereinflüssen positiv mit plus 4,3 Prozent. Aber auch damals vor allem der Holzeinschlag. Und jeder, der die Betriebsstrukturen in diesem Land kennt, vor allem unserer kleineren und mittleren Landwirtschaften in der Südostecke und an der südlichen Grenze unseres Landes, weiß ganz genau, daß die Waldausstattung ja nicht das entscheidende Element der betriebswirtschaftlichen Beurteilung des Erfolges oder Mißerfolges darstellt. Und daher auch in diesem Zusammenhang regional eine durchaus nicht befriedigende Entwicklung. 1977 Null auf Null, Plus Minus Null, das heißt nicht gewachsen, allerdings auch nicht gesunken.

1978 war die Entwicklung, wie Sie sie gezeigt haben; wegen eines sehr guten Ertrages im Pflanzenbau insgesamt ein beträchtlicher Zuwachs.

Und 1979, das ist die neueste Untersuchung — „Amtliche Wiener Zeitung“ —, habe ich mir herauskopieren lassen, die derzeitige Einschätzung: reale Einkommensverluste von minus 6,7 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und ich möchte nicht noch einmal vorlesen, was der Herr Präsident Koiner schon gesagt hat. Aber ich möchte es kurz anziehen, weil ich es für wichtig halte. In einer klaren Darstellung der Situation im Jahre 1978, wo also nach dem Wirtschaftsforschungsinstitut die Zunahme zu 1977 bei plus 10 Prozent liegt, heißt es hier: Damit konnten die Bauern nach einem schwachen Jahr 1977 im Jahr 1978 ihren relativen Einkommensabstand zu den Unselbständigen etwas verringern. Regional und nach Betriebstypen waren die Ergebnisse und auch die Entwicklung wie üblich sehr differenziert. Die landwirtschaftlichen Betriebe im nordöstlichen Flach- und Hügelland haben eine überdurchschnittliche Verbesserung gehabt. Im Kärntner Becken und Hochalpengebiet, Einbußen bis zu 6 Prozent auch in diesem Jahr 1978, von dem Sie so positiv geredet haben. Und nur geringe Zuwächse hat es im Alpenostrand gegeben und im Voralpengebiet und bei uns im südöstlichen Flach- und Hügelland. Das Alpenvorland lag im Mittelfeld. Das ist eine realistische, seriöse, objektive Untersuchung der Lage, soweit wir mit unseren statistischen Mitteln überhaupt dazu imstande sind. Ich möchte sagen, meine Damen und Herren, was auch Prantl gemeint hat: Wenn wir in der Preisentwicklung solche Einbußen hinnehmen müssen, wie wir sie auch im heurigen Jahr und insbesondere bei den Rindern und bei den Schweinen hinzunehmen hatten, ist das mit Subventionspolitik einfach nicht auszugleichen. Daher ist der Vorrang der Preis- und Marktpolitik auch in einer Zusammen-

schau aller übrigen Komponenten einer modernen Landwirtschaftspolitik, nämlich natürlich Sozialpolitik, nämlich natürlich Bildungspolitik, nämlich natürlich Raumordnungspolitik, und es ist gut, wenn wir das ganzheitlich sehen; aber ist der Vorrang der Preis- und Marktpolitik selbstverständlich ganz klar abzulesen und entscheidend für die Einkommensentwicklung der Land- und Forstwirtschaft, einer durchaus auch — das möchte ich hier sagen und das ist bei diesen „50 Jahren Steirische Landwirtschaftskammer“ im Opernhaus, der Herr Bundespräsident hat es auch selbst in einer sehr noblen Weise in seiner Rede anerkannt — selbstbewußten Landwirtschaft, die hier in der Steiermark gerade mit ihrer Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft jahrzehntelang echte Pionierarbeit geleistet hat. Und ich finde es nicht dramatisch aber auf dem Hintergrund einer solchen Entwicklung etwas kleinkariert, wenn da und dort versucht wird, eine so positive Entwicklung, wie sie gerade diese Serviceinstitution der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark seit Jahrzehnten leistet, immer wieder mit leisem Spott oder da und dort sogar mit nicht sehr korrekten Vorwürfen zu bedenken.

Meine Damen und Herren, was die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft zum Beispiel in der Landjugend, die heuer ihr dreißigjähriges Jubiläum feiert, an Arbeit geleistet hat, ist wirklich beispielgebend im Sinn auch einer modernen, ganzheitlich orientierten Agrarpolitik und vor allem auch eines Menschenbildes, das natürlich den materiellen Wohlstand als ein erstrebenswertes Ziel beurteilt, das aber auch weiß, wie es der Herr Präsident Piaty so überzeugend in seiner Einleitungsrede heuer gesagt hat, den geistig-seelischen Bereich des Menschen als ein ganz wesentliches Element der Möglichkeit der Selbstverwirklichung des Menschen zu sehen. Diese musische Komponente, diese auf eine herzhaft Freundschaft und auch Gemeinschaftspflege hin angelegte Vorstellung von Jugendarbeit ist in einer vorzüglichen Weise dort geleistet worden. Und wenn Sie hinausgehen und auf das Land kommen: Bauern und Nebenerwerbslandwirte genauso wie Menschen, die auch im außerlandwirtschaftlichen Bereich arbeiten, da ist Dorfgemeinschaft auch im 20. Jahrhundert, im ausgehenden, wirklich spürbar und da wird wirklich auch gewissen Entwicklungen gegengesteuert die uns nahe an eine Endstation führen, die nicht weit weg ist von dieser „Endstation Sehnsucht“, die vor nicht allzulanger Zeit eigentlich auch literarisch das Lebensgefühl dieses Jahrhunderts so erschütternd ausgedrückt hat. Ich glaube, daß wir das auch in diesem Zusammenhang sagen sollen.

Ich möchte Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen, meine Damen und Herren, und mich wirklich auch an das halten, was ich eingangs gesagt habe. Aber lassen Sie mich zu zwei Dingen, die in der Diskussion auch angeklungen sind, noch kurz ein Wort sagen: Es ist vor allem die Sorge um den Arbeitsplatz ganz allgemein. Du hast es, lieber Freund Lackner, in deiner klassischen Weise gesagt, noch dazu in deiner so sympathischen, nicht verletzenden Form. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in der ganzen westlichen Welt drastisch angestiegen. Wir haben die erfreuliche Ent-

wicklung bei uns in Österreich gehabt, daß wir aufgrund der Umschichtung von Arbeitsplätzen aus produzierenden Sektoren in den Dienstleistungsbereich, durch Arbeitszeitverkürzungen und auch durch den Abbau der Ausländerbeschäftigungen ein relativ hohes Beschäftigungsniveau aufrecht erhalten haben können. Das ist, ich sage das hier in diesem Landtag, selbstverständlich auch ein Verdienst der Bundesregierung, wo sie dafür verantwortlich gezeichnet hat, aber selbstverständlich und in erster Linie ein Verdienst jener unternehmerischen Menschen, die die Betriebe in diesem Land unter schwierigsten Bedingungen zu führen haben, und der unselbständig Erwerbstätigen, die sich in einer großartigen Haltung weithin in dieser Bemühung auch an die vorderste Front gestellt haben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Aber, und das ist nicht eine Philosophie, sondern das ist die Darstellung der Wirklichkeit, wie sie sich uns erschließt, diese Entwicklung arbeitsmarktpolitischer Reserven ist fast abgeschlossen. Nach Untersuchungen der Wirtschaftsforschung wird das Entstehen zusätzlicher Arbeitsplätze eindeutig schwächer und darüber hinaus deuten viele regionale Schwierigkeiten, besonders auch bei uns in der Steiermark, auf eine ganz spezielle Problematik hin. Sehen Sie, es war die gestrige Straßenbaudebatte überlagert von einer notwendigen Klärung im Zusammenhang mit Fakten in bezug auf die Südrampe des Prähichls, und ich glaube, daß das auch in einer klaren Weise geschehen ist. Aber gerade der Hinweis, den der Abgeordnete Hammer gestern auch gegeben hat und den der Abgeordnete Kollmann dann aufgegriffen hat, der also für Eisenerz gilt, für das Problem Judenburg, auch nach dieser, wie es scheint, erfreulichen Klärung der letzten Tage — und wir haben uns hier als Steirischer Landtag monatelang immer wieder in einer gemeinsamen Linie gefunden, und wenn ich mich erinnere, wie der Abgeordnete Marczik gerade vor einem Jahr schon auch zu diesen Fragen ganz klar und deutlich Stellung genommen hat —, so freuen wir uns, daß es so scheint, als hätten wir, als hätte der Zentralbetriebsratsobmann Gruber da einiges mitgemacht in den letzten Monaten, daß wir eine Lösung auf dem Weg über eine ganz konkrete Zuführung von Bundesmitteln zumindest für die absehbare Zeit gefunden haben. Aber, meine Damen und Herren, solche Problemgebiete gibt es ja leider auch in größerer Zahl in diesem Land. (Abg. Schrammel: „Fürstenfeld Eumig!“) Dieses Problem, das der Abgeordnete Schrammel immer wieder als der Repräsentant seines Bezirkes anspricht, die Weststeiermark, die Herren, die aus dem Grenzland kommen: 30.000 Arbeitsplätze müßten jährlich bis 1985 in Österreich geschaffen werden. Unter diesen geänderten Rahmenbedingungen, das sage ich deshalb in der Agrardebatte, hat sich natürlich auch der agrarische Strukturwandel verlangsamt, Bauern finden immer schwerer Arbeit in Industrie und Gewerbe. Dadurch verbleibt ein viel größerer Teil der ländlichen Jugend auf den Höfen als zuvor. Sie wissen, daß die Abwanderungsrate von rund 5 Prozent auf derzeit etwa 3 Prozent gefallen ist, zwei Prozent sogar da und dort. Bei diesen Gegebenheiten kommt daher ebenso auch der Landwirt-

schaft, in einer ganzheitlichen Schau der Gesamtwirtschaft und der Gesamtgesellschaft aus arbeitsmarktpolitischen Gründen eine neue Bedeutung zu. Es wächst auch die Notwendigkeit zu angepaßten regionalpolitischen Maßnahmen für den ländlichen Raum, das offenkundig auch unser Generalredner in seinen Ausführungen gemeint hat.

Und lassen Sie mich ein zweites Problem anschneiden, es ist heute nicht besprochen worden, aber es steht immer wieder in agrarpolitischen Diskussionen im Raum, das Problem des sogenannten biologischen Landbaues, weil hier innere Zusammenhänge bestehen. Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen offen, es hat mich menschlich berührt, als der junge Abgeordnete Horvatek gestern zu Fragen der Entwicklungspolitik Stellung genommen hat und zum Engagement vieler junger Menschen bei uns im Land. Ich glaube, es war auch eine Stimmung im Haus, die gezeigt hat, daß man verstanden hat, daß hier keine demagogische Vorstellung gegeben wurde, sondern daß man hier versucht, einem der ganz großen Probleme der heutigen Welt mit unseren Mitteln an den Leib zu rücken. Meine Damen und Herren, viele junge Menschen, wir wissen es auch aus unserer eigenen Kindergeneration, fragen sich ja auch nach dem Sinn der Zusammenhänge, auch auf dem Gebiet dieser ja doch erschütternden Situation der südlichen Halbkugel der Welt, die so einfach und leichtfertig oft weggeschoben wird. Dieser erschütternden Situation einer, wenn Sie so wollen, globalen Solidarität, die wir einfach nicht schaffen, eines ungeheuren Überflusses bei uns, eines zum Teil so sinnentleerten Überflusses. Ohne daß wir hier in eine billige Antikonsumideologie verfallen wollen, die Dinge sind ja leider nicht so einfach und schwarzweiß, aber wir sollten uns doch auch den Sinn dafür bewahren, daß das, was junge Menschen in diesem Zusammenhang gerade auch unter einfachem Leben heute da und dort verstehen, ein ernster Versuch ist, redlich mit seinem eigenen Leben und dem Sinn dieses Lebens einigermaßen fertig zu werden. Einfach leben, heißt in diesem Zusammenhang wirklich auch, dem blanken, pragmatischen Materialismus unserer Zeit gewisse Grenzen zu setzen. Ich möchte nicht übersehen, daß die ganze Diskussion um den sogenannten biologischen Landbau in diesen Fragenkomplex gehört und daß wir ihn auch so sehen sollten. Dabei liegt ja hier die Lösung auch nicht in einem Entweder — Oder, sondern sicherlich auch agrarpolitisch in der Phase der Entwicklung in einem Sowohl-Als-Auch.

Ich möchte vielleicht abschließend in dem Zusammenhang sagen: Gesundheit, Sicherheit hinsichtlich Qualität und Quantität der Ernährung sind Werte, die in unserer Gesellschaft hoch rangieren. Dem ist allgemein in der Produktion von Nahrungsmitteln Rechnung zu tragen. Also ökologische Zusammenhänge im Rahmen des Landbaues sind besonders zu berücksichtigen: Bodenpflege, Bodenfruchtbarkeit, Düngerpflüge, der richtige, an Schadstellen orientierte Pflanzenschutz, nach Möglichkeit im Zusammenhang mit dem integrierten Pflanzenschutz, der zweckmäßigen Fruchtfolge. Es ist das Ziel der Beratungsarbeit, und auch da leistet unsere Landwirtschaftskammer Pionierarbeit gerade im integrierten Pflanzenschutz, daß alle Landwirte in die-

sem Land diese Grundsätze beachten. Und sie tun es auch in einem überwiegenden Maß. Man hüte sich vor generalisierenden Beschuldigungen auf diesem Sektor. Es gibt auch eine Nachfrage nach Produkten, die ohne Einsatz von Handelsdünger und chemischen Pflanzenschutz erzeugt werden. Seriöse Bemühungen von Landwirten, die solche Produkte für diesen Markt mit bestimmten Landbaumethoden erzeugen, sind anzuerkennen — ich sage das auch im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die wir als Landesregierung und Sie als Abgeordnete in diesem Haus tragen — sind anzuerkennen und bei den entsprechenden Marktgegebenheiten auch zu unterstützen. Wir machen daher, das möchte ich Ihnen hier heute auch mitteilen, das ist eine erfreuliche Mitteilung im Zusammenhang mit dieser Diskussion ökologischer Produkte, ein Modell zur Untersuchung von Insekticid- und Herbicidrückständen in Obst und Gemüse, unter der Leitung des Landeshygienikers für Steiermark, Universitätsprofessor Möse, in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer, dem Institut für Organische Chemie und der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt. Wir haben einen tüchtigen jungen Chemiker, der Sub auspiziis präsidentis seine Studien abschließen konnte, gewinnen können, haben es zustande gebracht, daß er nicht ins Ausland abgewandert ist, er wird für diese Aufgabe ab dem nächsten Jahr zur Verfügung stehen. Wir wollen eine Untersuchungsstelle aufbauen und die aufgrund verschiedener Diskussionsbeiträge allenfalls entstandene Unsicherheit auch beseitigen helfen. Das liegt im Interesse des Konsumenten aber auch im Interesse des Produzenten und Vermarkters und ist von besonderer Dringlichkeit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Für 1980 stehen uns im Agrarbudget fast 600 Millionen zur Verfügung. Wir haben die drei großen Schwerpunkte: Bergbauernförderung einerseits, den Schwerpunkt der Förderung strukturschwacher Gebiete mit Sozialmaßnahmen insbesondere auch im Grenzland, und den Bildungsteil mit einem Drittel der Budgetmittel, die im agrarischen Bereich ausgegeben werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Schaller und ich sind vor 14 Tagen auf einer Tagung an der österreichischen Nordgrenze, an der Grenze zwischen Wein- und Waldviertel, in Retz gewesen und ich muß Ihnen sagen, auch der Besuch der Stadt Hardegg hat in einer erschütternden Weise in dieser auch sehr schwermütigen Landschaft dieses südlichen Böhmerwaldes geoffenbart, was es bedeutet, wenn eine Grenze tot ist. Zum Beispiel trennt in Hardegg die Thaya Österreich und die Tschechei und sie haben dort das Symbol des Zueinandergehens und des Aufeinanderzugehens von Menschen, nämlich einer Brücke, genau ins Gegenteil verkehrt. Da stehen die Träger, da stehen die beiden Brückenköpfe, aber sie können nicht über diese Brücke. Sie ist mit Stacheldraht auf der einen und auch auf der anderen Seite abgesichert. Und ich habe mir gedacht, daß wir im Süden unseres Landes zwar eine schwierige, aber Gott sei Dank auch seit Jahrzehnten immer wieder in der Grenzlandförderung lebendig erhaltene Grenze haben, dies ist ein ungeheures Geschenk in diesem Zusammenhang.

Und ich glaube, daß wir alles tun sollten, um die Lebendigkeit dieser Grenze zu erhalten, auch dieser Sprachgrenze — und dies ist nicht feindselig gesagt, das ist nur gesagt als klare Feststellung auch unserer Funktionen, die wir als neutraler Staat im Herzen Europas auch in dieser Hinsicht zu erfüllen haben, das ist von eminenter Wichtigkeit, weil sie auch ein Zeichen der Hoffnung ist — im Vergleich zu jener Hoffnungslosigkeit — die auch unsere jungen Menschen in der Land- und Forstwirtschaft unseres Landes brauchen, um mit den Problemen der Zukunft wirklich fertig werden zu können. Sie sind groß und schwer, aber sie sind sicherlich lösbar, mit Menschen, die den Mut haben, sie anzupacken, sie mit den Methoden unserer Zeit modern zu lösen. Daß wir ihnen dabei auch wiederum mit diesem Budget ein wenig behilflich sein konnten, ist eine Tatsache, die wir dankbar vermerken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, damit haben wir die Verhandlungen über den ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft, abgeschlossen.

Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Als erster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Bürgermeister Lind gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fremdenverkehr hat besondere Bedeutung. Woran denkt man, wenn man vom Fremdenverkehr spricht? An Urlaub, an Lebensqualität. Ich glaube auch, das Wort Urlaub müßte mancher der hier in diesem Haus Tätigen öfters zur Kenntnis nehmen beziehungsweise zur Kenntnis nehmen können. Daher fragen wir: Hat Fremdenverkehr Zukunft? Ich glaube, diese Frage ist leicht zu beantworten. Wir wissen es und sind fest davon überzeugt und werden auch unseren besonderen Beitrag dazu leisten, so wie alle die, die Verantwortung tragen. Und nun, was bringt der Fremdenverkehr? Er ist Devisenbringer ersten Ranges. Er deckt in erster Linie einen Großteil unseres Außenhandelsdefizites ab, zur Zeit der OVP-Regierung beinahe das ganze Außenhandelsdefizit. Er ist Wirtschaftsfaktor ersten Ranges, zur Belebung der Wirtschaft, zur Sicherung der Arbeitsplätze, ob in der Bautätigkeit, ob in den Dienstleistungsbetrieben, bis hinein in den landwirtschaftlichen Sektor. Im Vordergrund selbstverständlich steht die Erholung vieler Millionen von Menschen und ich glaube, dazu wollen wir uns ganz besonders bekennen. Viele Erholungsbedürftige, die Aufnahme bei uns in der Steiermark finden, aber auch die Völkerverständigung seien in den Vordergrund gestellt. Ich denke dabei nur an Hartberg, ob es die internationalen Weltmeisterschaften im Seniorenrennen sind, ob es der Gruppenaustausch der Volkstanzgruppen ist, ob es die vielen Gäste sind, die aus nah und fern, aus dem Osten oder aus dem Westen kommen. Durch die Völkerverständigung werden eine Reihe von wirtschaftlichen Beziehungen angeknüpft, aber auch die Herzen finden sich zusammen. Wenn Herr Landes-

rat Dr. Krainer zum Ausdruck gebracht hat, welche Schwierigkeiten es auf der Welt gibt, so glaube ich, gerade über den Fremdenverkehr können sich hier manche Dinge anbahnen, die Erleichterungen schaffen.

Wer betreut nun diese Gäste, die zu uns in die Steiermark kommen? Es sind erstklassige Gaststätten mit Niveau. Es sind Unternehmer, aus denen die Privatinitiative spricht, die sich besonders bemühen, den Aufenthalt so schön wie möglich zu machen. Vor kurzem war ich wieder in einem Gastbetrieb, der hat ein eigenes Schwimmbad gebaut, eine wunderschöne Erholungslandschaft aus Privatinitiative errichtet. Ich bin fest davon überzeugt, daß viele Gäste kommen, um diese Einrichtung hier auch auszunützen. Es sind Privatzimmervermieter, die begehrt sind, die genauso wissen, daß die Anforderung auf Qualität im Vordergrund steht, die sich um den Gast bemühen. Aber nicht zuletzt: der Urlaub auf dem Bauernhof sei in den Vordergrund gestellt. Hier gibt es noch unbegrenzte Möglichkeiten und hier lernt der Städter die Verhältnisse auf dem Land kennen. Der Bauer hat Absatzmöglichkeiten; aber nicht nur das, viele unserer Landwirte, die unseren Lebensraum sichern, können dadurch ihre Arbeit auf dem eigenen Hof finden und müssen nicht als Pendler oder als Nebenerwerbslandwirte auswärts tätig werden. Der Kontakt zwischen Stadt und Land ist hier besonders in den Vordergrund gestellt. Was bietet die schöne Steiermark? Die schöne Landschaft von den Rebhängen bis zum Dachstein, viele Sportmöglichkeiten und Einrichtungen. Die Weltmeisterschaften, die im Schladminger Raum in Aussicht stehen, sind nicht zuletzt auf den Bekanntheitsgrad der Steiermark in der Fremdenverkehrswirtschaft zurückzuführen, auf unsere Sporteinrichtungen, die in vielen langen Jahren mit Förderung des Landes errichtet wurden. Wir beneiden die Schladminger sicher nicht um die Tätigkeiten, die sie vollbringen müssen, um diese Weltmeisterschaft über die Bühne zu bringen. So mancher beneidet sie um die Einrichtungen, die geschaffen werden müssen. Sicherlich tragen wir alle Verantwortung und müssen dazu beitragen, aber es gibt auch andere Regionen, ich denke an Murau, wo vieles geleistet wurde für den Wintersport, auch Bemühungen um die Weltmeisterschaften waren vorhanden. Die Förderung des Nordischen Sports steht hier ganz besonders im Vordergrund. Ich glaube, auch das müssen wir anerkennen.

Wenn es in der Steiermark im Jahre 1978 schon 9,5 Millionen Nächtigungen gab und immer noch ein Plus zu verzeichnen ist, so können wir das sicherlich unserer exakten Fremdenverkehrswirtschaft zuschreiben. In der Oststeiermark waren es über zwei Millionen Nächtigungen und im Bezirk Hartberg selbst 700.000. Der deutsche Gast ist wieder mehr denn je im Kommen. Ein Steigerung von sieben Prozent ist hier zu verzeichnen, aber der Inlandsgast soll immer wieder Kaiser sein, nicht nur der Wiener, sondern auch die übrigen Gäste aus unseren Bundesländern.

Auch der Tagestourismus sei besonders in den Vordergrund gestellt. Wenn wir nur bedenken, wie

viele Oberösterreicher im Zuge des Tagestourismus in die Obersteiermark kommen. Gerade der Tagestourismus hat besondere Bedeutung. Die Steiermark hat gerade in bezug auf den Inlandsgast immer richtig gehandelt, der war Kaiser. Andere Bundesländer, ob Tirol oder Salzburg, mußten bittere Erfahrungen machen, als der Auslandsgast ausblieb und der Inlandsgast nicht mehr in diesem Maße kam. Aber hier wurde aufgeholt.

Was ist vor allen Dingen der Grund, warum kommen die Gäste zu uns nach Österreich? Warum fühlt man sich bei uns wohl, im Vergleich zum Ausland? Es gibt nicht diesen Streß, es gibt noch keinen Terror. Alle Verantwortlichen mögen sich bemühen, daß die Sicherheit bei uns in Österreich im Vordergrund steht, daß nicht durch ungeschickte Gesetzgebungen die Sicherheit in Frage gestellt wird. Es gibt keine Treibstoffmisere. Es ändern sich nicht über Nacht die Verhältnisse durch Streiks und andere Dinge, also das Leben in Österreich ist lebenswert. Es gibt viele, viele Einrichtungen, Fremdenverkehrseinrichtungen, Sporteinrichtungen, mit denen wir uns messen können, mit denen wir weit die Verhältnisse in anderen Ländern übertreffen. Ich denke an die vielen Seen, natürlich oder künstlich errichtet. An die Schwimmbäder, an die Hallenbäder, an die Freizeit- und Allwettereinrichtungen, an die Schilifte, an die Schipisten und an die Wintersporteinrichtungen. Enorme Leistungen wurden vollbracht, auch in der Oststeiermark. Ob es der Naturpark Herberstein ist, der Stubenbergsee, die Schilifte im Oberland, der Naturpark Pöllau, die Schwimmhalle in Hartberg und so weiter und so fort, alle Möglichkeiten werden angeboten. Enorme Leistungen wurden von privater Hand, aber vor allen Dingen auch von seiten des Landes, der öffentlichen Hand erbracht, wofür man sich besonders bedanken muß. Wenn das Land Steiermark nun die größte Einrichtung schafft und mit daran beteiligt ist, ein Kurzentrum in Loipersdorf, so bin ich fest überzeugt, daß dieses Kurzentrum der Oststeiermark neue Impulse auf dem Sektor des Fremdenverkehrs, aber auch auf dem wirtschaftlichen Sektor anbieten wird. Es ist eine großartige Leistung, die hier zu verzeichnen ist und wir bekennen uns dazu. Es gibt auch noch andere unbegrenzte Möglichkeiten, ob es der Ausbau der Therme in Waltersdorf ist und andere Dinge.

Das Landesbudget 1980 liegt nun vor. Es hat, Gott sei Dank, eine Steigerung erfahren, weil die verantwortlichen Landespolitiker genau wissen, daß gerade auf dem Sektor des Fremdenverkehrs ungenützte Möglichkeiten vorhanden sind. Es gilt noch viele Orte, die nicht als Winterfremdenverkehrsorte zu bezeichnen sind, mit einer Reihe von Ausstattungen auszurüsten, ob es die Anlegung von Wanderwegen, von Langlaufpisten ist, ob es Tennis-, Schwimm- oder Mehrzweckhallen sind, hiefür sind noch viele Mittel erforderlich, aber auch für die Erstellung geeigneter Gästeprogramme auf dem Unterhaltungssektor, wie Ausflüge, Wandern, Fünfuhrtee, Heimatabende. Auch die Blasmusik soll besonders eingesetzt werden — wenn ich diesmal nicht der Sprecher vom Dienst für die Blasmusik

bin, so muß ich aber trotzdem zum Ausdruck bringen, daß gerade die Blasmusik auf dem Sektor der Volksmusik besondere Bedeutung hat und nicht nur immer wieder beansprucht wird, sondern auch Freude bereitet.

Neue Tore in aller Welt haben sich auf dem Sektor des Fremdenverkehrs geöffnet. Mit der Abschaffung des Visumzwanges in Ungarn wird es möglich sein, nicht nur eine Einbahnstraße österreichischer Gäste nach Ungarn zu bereiten, sondern, daß auch unsere Freunde aus Ungarn wieder zu uns nach Österreich kommen. Gerade hier liegen große Aussichten vor uns. Sehr wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren: die Partnerschaft zwischen Fremdenverkehrswirtschaft und Landwirtschaft muß bei der weiteren Aufrüstung des steirischen Fremdenverkehrs noch weiter vertieft werden. Aber auch eines an die Zimmervermieter: Dort und da fehlt es noch an der Meldemoral. Würden alle Nächtigungen gemeldet werden, wären die Fremdenverkehrsziffern bedeutend höher und es würde auch für die Förderung noch mehr Geld zur Verfügung stehen. Die Werbung läuft großartig, denn auch der Fremdenverkehr muß verkauft werden, ob durch die Massenmedien oder alle Verantwortlichen, die sich damit beschäftigen. Eines, glaube ich, würden wir noch brauchen, ein bißchen mehr hauptamtliche Mitarbeiter in den Gemeinden, die sich noch intensiver — das ist eine Kostenfrage, selbstverständlich, vielleicht kann man auch auf der Landesebene darüber sprechen —, die sich zusätzlich zu den vielen Funktionären noch mit der Werbung und mit all den Dingen, die mit dem Fremdenverkehr im Zusammenhang stehen, beschäftigen.

Eines steht jedenfalls fest: Ich glaube, wir können allen in der Fremdenverkehrswirtschaft, die Tag und Nacht arbeiten, den Zimmervermietern, den Gaststätten, aber auch den Verantwortlichen auf der Landesebene, einschließlich unserer Landesregierung, dem Landeshauptmannstellvertreter Wegart als Fremdenverkehrsreferent mit seinen Mitarbeitern danken. Der Fremdenverkehr hat Zukunft, er bringt uns sicherlich mehr, als wir glauben. Und gerade für uns Oststeirer ist der Fremdenverkehr eine besonders tragende Säule der Wirtschaft. Die Fremdenverkehrspolitik des Landes Steiermark ist nicht nur mustergültig, sondern auch richtungsweisend. Das wollen wir alle gerne zur Kenntnis nehmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harald Laurich. Ich erteile es ihm.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

Nachdem erst am Landesfremdenverkehrstag in der vorigen Woche das Landesfremdenverkehrsgesetz und Privatzimmervermietungsgesetz urgiert wurde, kann ich heute hier in diesem Hohen Hause darauf verzichten. Ich werde daher, wenn im nächsten oder im übernächsten Jahr das zehnjährige Jubiläum der Einbringung des sozialistischen Antrages gefeiert werden kann, wieder daran erinnern,

und Herr Landeshauptmann, vielleicht können wir das zehnjährige Jubiläum gemeinsam feiern

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, wie mein Vorredner, der Herr Bürgermeister Lind, allgemein über den Fremdenverkehr zu sprechen und Zahlen und Ziffern zu nennen, sondern ich möchte heute einige Fakten hervorheben. Wir haben in den letzten Tagen wiederholt gehört, daß die steirische Bilanz des Fremdenverkehrs im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr wieder positiv war. Wenn auch die stürmische Entwicklung mancher vorhergegangener Jahre nicht eingetreten ist, so wurde doch erreicht, daß trotz eines geringen Rückganges im Inländerfremdenverkehr durch eine Zunahme im Ausländerfremdenverkehr die Bilanz wieder erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Wir können mit Stolz und Freude feststellen, daß gerade im Winterfremdenverkehr die Steiermark an der Spitze aller österreichischen Bundesländer liegt.

Meine Damen und Herren, die Fertigstellung der Tauernautobahn bis Eben im Pongau, also fast bis an die steirische Grenze, wird weiter dazu beitragen, daß unsere Gäste besser und verkehrssicherer in die Steiermark kommen können. Ich bin überzeugt, daß dieser Ausbau bis Eben auch dazu beitragen wird, den Tagesfremdenverkehr aus dem süddeutschen Raum für alle Gebiete des Ennstales und des steirischen Salzkammergutes zu beleben.

Ich möchte an dieser Stelle den ausdrücklichen Wunsch und die Forderung deponieren, daß man auch dem Ausbau der Pyhrnautobahn von der Landesgrenze Oberösterreich weg, besonders aber dem Ausbauabschnitt Berndorf—Treglwang, also Umfahrung Trieben, größte Aufmerksamkeit schenkt. Der Ausbau des Freizeitangebotes und die Qualitätsverbesserung haben auch mit dazu beigetragen, daß die Zwischensaison, die sogenannte tote Saison, in weiten Gebieten der Steiermark belebt werden konnte und daß dadurch eine bessere Auslastung der Fremdenverkehrsbetriebe erreicht werden konnte.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung hat in der Steiermark einen ganz beachtlichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt verursacht und wir können das aus diesem Grunde sagen, weil ja im Fremdenverkehr bekanntlich eine überwiegend große Zahl hochqualifizierten Personals tätig ist. Dieses Personal hat durch die Saisonbelegung eine Dauerbeschäftigung gefunden. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß in den zehn vergangenen Jahren im österreichischen Fremdenverkehr fast 300.000 neue Arbeitsplätze für unselbständige Erwerbstätige geschaffen werden konnten und darüber hinaus 3000 Unternehmer eine Existenz gefunden haben.

Ich möchte hier betonen, daß auch das Land Steiermark ganz entscheidend zur Entwicklung in der Steiermark beigetragen hat und daß durch die finanzielle Hilfe des Landes die Qualitätsverbesserung unserer Betriebe, aber auch der weitere Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben werden konnten.

Ich möchte es aber nicht unerwähnt lassen, daß auch der Bund einen ganz besonderen Anteil an dieser Entwicklung hat, und gestatten Sie mir, daß ich doch einige Zahlen nenne: In der Steiermark wurden vom 1. Jänner bis 31. Oktober durch das Handelsministerium 21 Vorhaben der Hausaktion mit einem Gesamtaufwand von 25 Millionen Schilling, 59 Vorhaben der Bürgestammaktion mit einem Aufwand von 17,4 Millionen Schilling, Gewerbestrukturverbesserung: 20 Vorhaben mit 38,4 Millionen Schilling, Fremdenverkehrssonderkreditaktionen: 143 Vorhaben mit 81,7 Millionen Schilling, Komfortzimmeraktion: 107 Vorhaben mit 4,28 Millionen Schilling, und ganz besonders erfreulich die Aktion „Jederzeit warme Küche“ mit 103 Vorhaben mit einem Aufwand von 914.000 Schilling gefördert.

Ich habe hier einige Beträge genannt, um Ihnen zu zeigen, wie sehr auch der Bund die Bestrebungen in der Steiermark unterstützt. Ich bin der gleichen Ansicht wie mein Vorredner, der Abgeordnete Lind, daß der steirische Fremdenverkehr weiter steigerungsfähig ist. Es muß uns nur gelingen, die Konkurrenz des Auslandes kostenmäßig abzufangen und die Fehler zu vermeiden, die andere Fremdenverkehrsländer gemacht haben. Nämlich die Fehler, daß man unseren erholungssuchenden Gästen drei wichtige Faktoren nahezu nicht mehr bieten kann; es geht dabei um reines Wasser, schöne Landschaft und gute Luft.

Meine Damen und Herren, in der letzten Zeit wurde immer stärker der Slogan vom wanderbaren Österreich geprägt. Ich bin überzeugt, daß damit eine neue Gästegruppe angesprochen werden kann. Aber ich muß hier in diesem Zusammenhang auf eine traurige Tatsache hinweisen, auf eine traurige Tatsache dahingehend, daß im Sommer kaum ein Ferientag vergeht, an dem nicht Meldungen durch die Presse und durch die Massenmedien gehen, daß Bergtote und Schwerverletzte aus unseren Alpen geborgen werden müssen. Wenn auch die Bergsteiger und die Bergwanderer besser ausgerüstet sind wie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, so sind es doch die mangelnde Bergerfahrung und Bergkenntnis, die zu zahlreichen Bergunfällen führen. Am Meer und an unseren Seen geht nur der ins Wasser, der schwimmen kann. Beim Bergsteigen und beim Bergwandern wird aber die eigene Leistungsgrenze sehr, sehr oft verkannt und überschritten. Es nützt eben nichts, wenn man die beste Ausrüstung hat und wenn man aber bergunerfahren ist und sich daher schon sehr oft beim Aufstieg überfordert.

Ich möchte hier alle Zuständigen aufrufen, durch eine verstärkte Aufklärung mit dazu beizutragen und sich darüber Gedanken zu machen, wie man unseren Gästen die primitivsten Regeln umsichtigen Bergverhaltens beibringen kann. Ich möchte auch den Vorschlag machen, daß man den alpinen Vereinen mehr als bisher Mittel zur Verfügung stellt, damit unsere Wanderwege im Gebirge und im Hochgebirge besser markiert werden können und damit auch entsprechende Wegweiser in unseren Gebirgsregionen aufgestellt werden.

Meine Damen und Herren, wir stehen wieder am Beginn einer hoffentlich guten Wintersaison. Auch in diesem Jahr werden zahlreiche Bergrettungsdienstleute, Rotkreuzmänner und andere Helfer dann Hilfe leisten müssen, wenn es auf unseren Abfahrten und Schipisten Verletzte zu bergen gibt. Beim Kapruner Gespräch vom 4. bis 6. Oktober dieses Jahres wurden von verschiedenen Experten die Ursachen von Schiunfällen untersucht und wurde die Feststellung getroffen, daß neben menschlichem Fehlverhalten sicherlich die häufigste Ursache besondere Umweltfaktoren — wie der Zustand und Schwierigkeitsgrad unserer Pisten, die Schneeart und so weiter ausschlaggebend waren. Und hier, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang eine Feststellung: Die Steiermark hat zum Unterschied von anderen Bundesländern keine Regelung für eine Pistenordnung beziehungsweise für eine Pistenklassifizierung. Es mag sicherlich manches dafür sprechen, daß ein Pistengesetz, für das sozialistische Abgeordnete einen Antrag eingebracht haben und dessen Vollzug nicht leicht zu handhaben ist, verschiedene Nachteile bringen kann, aber alle sicherheitsmäßigen Vorschriften nur ortspolizeilich regeln zu können, scheint mir ebenfalls nicht durchführbar und daher in der Praxis überaus problematisch zu sein. Die Tiroler Landesregierung hat im Feber 1977 den Beschluß gefaßt, zur Erhöhung der Sicherheit im Schisport eine Klassifizierung der Abfahrten vorzunehmen. Die Abfahrten werden so eingeteilt, daß es Schipisten, Schirouten und sogenannte wilde Abfahrten gibt. Schipisten müssen markiert und präpariert sein, sie werden kontrolliert und müssen lawinensicher sein. Für solche Pisten, die diese Voraussetzungen erfüllen, wird durch Beschluß der Landesregierung ein sogenanntes Pistengütesiegel verliehen. Dieses Gütesiegel bietet nicht nur ein hohes Maß an Sicherheit, sondern wird für viele Gebiete und für viele Abfahrten sicherlich auch ein Werbeschlager sein können. Auch im Bundesland Vorarlberg hat man eine ähnliche Regelung getroffen. Man unterscheidet hier nur Schipisten und Schirouten, und hier wird das Gütezeichen für diese Pisten von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft verliehen.

Mir ist bekannt, daß man auch in der Steiermark davon spricht, und ich glaube, daß es an der Zeit wäre, wenn man daran ginge, Maßnahmen zu setzen, um die Sicherheit im Schisport entsprechend zu erhöhen.

Hohes Haus, die Zukunft des Fremdenverkehrs wird in einem besseren Angebot und in erhöhten Dienstleistungen liegen. Man wird den bisher beschrittenen Weg, die Quantitätsförderung zu reduzieren, weiterbeschreiten müssen und man wird einer Qualitäts- und Strukturverbesserung erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Wünsche der Gäste, und darüber müssen wir uns im klaren sein, sind vielschichtiger geworden. Es wird daher durch entsprechende, groß angelegte Aufklärungsaktionen erforderlich sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß Betriebe und Personal echte Gästebetreuer sein sollen.

Und, Hohes Haus, wie groß der Stellenwert des Fremdenverkehrs in der Gesamtwirtschaft ist, geht

aus dem Voranschlag des Landes Steiermark sehr deutlich hervor. Aber auch der Bund hat für das nächste Förderungsprogramm von 1980 bis 1990 8,2 Milliarden Schilling allein für die Fremdenverkehrsförderung vorgesehen.

Mit dem Dank an alle, die beruflich oder ehrenamtlich im Fremdenverkehr tätig sind, bin ich überzeugt, daß die gemeinsamen Anstrengungen dazu beitragen werden, daß der steirische Fremdenverkehr hoffentlich schon in der Wintersaison einen weiteren erfreulichen Aufschwung nimmt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmeler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimmeler: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Der Bezirk Liezen kann als der Fremdenverkehrsbezirk des Landes Steiermark bezeichnet werden. Von den im Fremdenverkehrsjahr 1978/79 in der gesamten Steiermark verzeichneten 9.391.820 Nächtigungen entfallen auf den Bezirk Liezen 4.016.237, auf den Spitzenreiter, die Ramsau, allein 869.244. Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat gestern erklärt, daß die Erreichung der Alpinen Schiweltmeisterschaften 1982 für die Region Schladming die Folge einer gezielten Fremdenverkehrspolitik des Landes sei und er hat sich als Landesfremdenverkehrsreferent dann selbst ein Federl, wie er sich ausdrückte, auf den Hut gesteckt. Ich habe nicht die Absicht, meine Damen und Herren, dieses Federl auch nur im geringsten zu stützen, sondern ich möchte auch jenen ein Federl auf den Hut stecken, die durch ihre Gesinnung, ich meine in diesem Falle, durch ihre Fremdenverkehrsgesinnung, durch ihren Fleiß und durch ihr Risiko, das nicht selten hart an der Grenze liegt, ganz wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen haben, nämlich den Bewohnern dieser Dachstein-Tauern-Region. Das Federl gebührt ihnen meines Erachtens wirklich ohne Ausnahme, weil sie sich unabhängig von ihrer Position in der Gesellschaft zu einer echten Gemeinschaft zusammengefunden und erkannt haben, daß der einzelne nur wenig, die geschlossene Gesellschaft aber viel zu erreichen vermag. In welcher Größenordnung sich diese Leistungen bewegen, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, an einem Vergleich vorführen, der im heurigen Herbst bei der Inbetriebnahme der Wasserversorgungsanlage von Ramsau angestellt worden ist. Der Beitrag eines Bewohners der Gemeinde Ramsau zu dieser Wasserversorgungsanlage ist viermal so groß als der eines Wiener zur UNO-City. Ich weiß schon, meine Damen und Herren, das ist kein ganz korrekter Vergleich, aber er erlaubt meines Erachtens die Darstellung der Größenordnung. Die Bevölkerung dieses Gebietes hat diese Anstrengungen nicht nur für ihr engeres Gebiet, sie hat sie für die Steiermark und für Österreich erbracht und darin finden meines Erachtens die hohen Beiträge des Landes und des Bundes auch ihre Rechtfertigung. Auf Sicht gesehen werden diese Aufwendungen und Leistungen mehr auf dem Konto

des Fremdenverkehrs als auf dem Konto des Sportes ihren Niederschlag finden.

Meine Damen und Herren, lange Zeit ist im Ausland unter Austria nur Tirol verstanden worden. Die großen Anstrengungen dieser Region haben schon und werden noch mehr mit diesen in Aussicht stehenden großen sportlichen Ereignissen Austria zu einem Begriff des Sportes und des Fremdenverkehrs in der Welt machen. Und trotz der enormen Belastungen der Bevölkerung bin ich davon überzeugt, daß die Fremdenverkehrs- und sonstigen Betriebe in diesem Gebiet wie bisher ihre Preisdisziplin bewahren werden, und es ist zu hoffen, daß bei allen zu treffenden Maßnahmen nicht Gigantomanie und Hysterie Platz greifen.

Meine Damen und Herren, sowohl der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart am Fremdenverkehrstag in Rottenmann, als auch Herr Landesrat Dr. Klauser bei der Budgeteinbringung haben betont, daß die verkehrsmäßige Erschließung des Landes gerade für den Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung ist. Wenn auch der Selzthal-Tunnel, wie wir schon gehört haben, vorübergehend vor Weihnachten für den Verkehr geöffnet werden soll, und damit das Nadelöhr Europas ein wenig erweitert wird, so wäre es dennoch interessant zu wissen, warum in den ganzen Sommermonaten dort fast nicht gearbeitet wurde, so daß das Teilstück, das in meinen Augen nicht so wichtige Autobahnteilstück St. Michael—Traboch schon in diesen Tagen dem Verkehr übergeben werden kann, während der Selzthal-Tunnel nach Weihnachten wieder geschlossen werden wird. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir dürfen abschließend allen Bewohnern der Dachstein-Tauern-Region für ihre Anstrengungen danken, sie zum Erreichten beglückwünschen, vor allem aber und jetzt schon ihnen die entsprechende Schneelage für ihre Veranstaltungen wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon gestern und vorgestern anlässlich der verschiedensten Diskussionsbeiträge und im speziellen heute im Finale der Agrardiskussion durchgeklungen, daß es vor allem in der Zukunft notwendig sein wird, um die ankommenden schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu bewerkstelligen, daß wir näher aneinanderrücken, daß wir das Trennende in den Hintergrund und das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Vordergrund rücken. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, bietet vor allem der Fremdenverkehr speziell in der Steiermark; wir wissen und haben bereits gehört, daß das Land Steiermark ein ideales Fremdenverkehrsland ist. Der Bauernhof wird von vielen Städtern, von Menschen, die in Industriegebieten leben, von naturverbundenen Menschen, aber ganz besonders von Familien mit Kindern als Urlaubsaufenthalt bevorzugt. Diese Menschen wissen die familiäre, heimelige Atmosphäre, das einfache natürliche Landleben zu schätzen. In den letzten Jahren ist die

Beliebtheit des Urlaubs am Bauernhof bei vielen Konsumenten gestiegen. Die bäuerliche Gästezimmervermietung ist ein Zu- und Nebenerwerb und bedeutet für viele Bauern die Sicherung ihrer Existenz, den Fortbestand ihrer Bauernhöfe. Dieser Zu- und Nebenerwerb verhindert die Notwendigkeit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und damit eine neuerliche Belastung des Arbeitsmarktes. Mit diesem Zu- und Nebenerwerb tragen die Familienbetriebe bedeutend zur besseren Auslastung gewerblicher und öffentlicher Einrichtungen bei. Um eine günstige Entwicklung der bäuerlichen Gästezimmervermietung zu sichern, wurde durch den Fremdenverkehrsausschuß der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark am 20. Mai 1972 der Landesverein „Urlaub am Bauernhof“ gegründet. Bäuerliche Betriebsinhaber und Pächter, die zahlende Gäste beherbergen, sind eingeladen, diesem Verein beizutreten. Der derzeitige Mitgliederstand beträgt 1480. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe mit Zu- und Nebenerwerb, die einem Fremdenverkehr nachgehen, liegt ungefähr bei 4000 bis 5000 Betrieben. Zweck des Landesvereines „Urlaub am Bauernhof“ ist die Förderung der Mitglieder — um einige Fakten aufzuzeigen — durch: überregionale Werbung, zum Beispiel durch die Herausgabe eines Adressenverzeichnisses der bäuerlichen Beherbergungsbetriebe; weiters durch gezielte Werbeaktionen für Frühjahrs- oder Herbstaufenthalte für die Dauervermietung.

Ich darf Ihnen in dem Zusammenhang sagen und mitteilen, daß Ihnen solche Prospekte jederzeit im Bedarfsfall zur Verfügung gestellt werden können. Sollten Sie einen momentanten Bedarf haben, bin ich gerne bereit, Ihnen ein solches auszuhändigen.

Die weitere Aufgabe dieses Vereines liegt darin, daß wir die Beratung und Betreuung der Mitglieder hinsichtlich aktueller Probleme wie Landschafts- und Umweltschutz sowie Erhaltung und Verbesserung des Erholungswertes der Landwirtschaft und die Interessensvertretung gegenüber der Allgemeinheit, Ämtern, Behörden und Organisationen, übernehmen.

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft unterstützt den bäuerlichen Fremdenverkehr durch Veranstaltungen und viele einschlägige Kurse. Die Bemühungen haben nicht das Ziel der weiteren Ausdehnung der bäuerlichen Gästezimmervermietung, sondern die Verbesserung der Qualität. „Urlaub am Bauernhof“ ist keine Konkurrenz für Gasthöfe und Hotels, sondern eine Bereicherung und Ergänzung anderer Urlaubsangebote. Bauern pflegen unser Land und gewährleisten eine intakte Landwirtschaft. Durch die Bereitstellung von Grund und Boden kann das Wegenetz ausgebaut und erhalten werden, können Luftstrassen, Abfahrtspisten, Loipen, Fahrrad-, Reit- und Wanderwege zur Verfügung gestellt werden. Die Öffnung des Waldes ist für die Entfaltung des Fremdenverkehrs von großer Bedeutung. Bäuerliche Familien bewohnen und bewirtschaften hochgelegene Regionen und sichern damit eine notwendige Siedlungsdichte und Dorfgemeinschaft. Sie erhalten schöne, alte Bauernhäuser, pflegen echte kulturelle Werte und Volkstum. Gäste haben Gelegenheit, Sitten und Bräuche

kennenzulernen und mitzerleben. Bauernhofliebhaber schätzen diese Atmosphäre, den menschlichen Kontakt, die familiäre Geborgenheit, das natürliche, einfache Leben, die persönliche An- und Aussprache. Sie finden es interessant, der Zubereitung bäuerlicher Spezialitäten zuzusehen und freuen sich darauf, diese zu verkosten. So gewinnen Gäste Eindrücke von der Bedeutung der Landwirtschaft. Stadt und Land kommen sich einander näher, Verständnis für den in einer anderen Lebenssituation stehenden Menschen wird geweckt und vertieft. Der steirische Fremdenverkehr sichert viele Arbeitsplätze und trägt zur Verschönerung unseres Landes bei. Die Urlaubsbauernhöfe möchten als Partner ihren Beitrag leisten, damit noch mehr Menschen dieses Land schätzen und lieben lernen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und nehmen die Verhandlungen um 13.30 Uhr wieder auf.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.15 Uhr — Wiederaufnahme der Sitzung: 13.30 Uhr.)

Präsident Gross: Meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung zum Kapitel Fremdenverkehr wiederum auf. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Fremdenverkehrssommersaison ist vorbei und wir können heute feststellen, daß diese Saison recht gut gelaufen ist und daß sich in dieser Saison interessante Umschichtungen an Gästen abgespielt haben. Wenn wir uns fragen, warum diese Saison insgesamt recht gut war, so müssen wir sagen, daß der Hauptimpuls diesmal wieder von der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen ist. Die Ursachen liegen sicher in einer antizyklischen Konjunkturpolitik der Bundesrepublik, die vor allem über das Budget 1979 gemacht wurde, in einer echten Ankurbelung vor allem primär der deutschen Bauwirtschaft, was sich natürlich in einer Stärkung der Konsumkraft der deutschen Bundesbürger ausgewirkt hat. Die Folge davon war auch in allen Wellenwirkungen, daß unser gesamtes Nettowirtschaftswachstum um mindestens ein Prozent besser ausgefallen ist oder in diesem Jahr ausfallen wird, als es alle Fachleute wie Praktiker und Wirtschaftsforschungsinstitut erhofft, vorausgesagt oder erwartet haben. Die Folgen dieses antizyklischen Impulses in der Bundesrepublik für den österreichischen und steirischen Fremdenverkehr waren und sind positiv darin zu sehen, daß damit wieder ein echtes Wachstum durch die Bundesrepublikgäste entstanden ist. Es kommen sicher die erhöhte Kaufkraft, aber auch Österreich als sicheres Reiseland, die sichere Energieversorgung — alles Dinge, die in unseren Hauptkonkurrenzländern im Fremdenverkehr keine Selbstverständlichkeit mehr sind, dazu. Das alles hat vor allem eine echte Positivwelle wieder etwa in Kärnten gebracht, das ja hauptsächlich von den deutschen Gästen seit jeher ab-

hängig war und wo in den vergangenen Jahren die deutschen Gäste recht beachtlich ausgelassen haben. Aber auch in der Steiermark ist zunächst rein statistisch interessant, daß der Zuwachs der deutschen Gäste an Nächtigungsziffern immerhin plus acht Prozent war, während die Schrumpfung bei den Inländern zwei Prozent betrug, das bedeutet einen Minuszuwachs von zwei Prozent erstmalig überhaupt in der Steiermark. Und das ist auch das Bedenkliche, wenn man bedenkt, daß die Steiermark das wesentlichste Inländerfremdenverkehrsland unserer Republik ist. Nun, daß die Inländer mehr und mehr auslassen — wenn ich das auch noch nicht übertreiben oder als große Gefahr hinstellen will, ist es doch langfristig bedenklich —, ist sicher hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Schilling ein sehr harter Schilling ist, was an sich gut ist. Persönlich neige ich trotzdem zur Meinung, daß er ein wenig überbewertet ist, um mich vorsichtig auszudrücken, daß die Kosten eben bei uns in der Fremdenverkehrswirtschaft höhere sind als in praktisch allen Konkurrenzländern, und daß die Steuern insgesamt bei uns auch sehr hoch sind, zum Beispiel die Getränkesteuern die höchsten nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt sind. Wenn man diese längerfristige Negativtendenz im Inländerfremdenverkehr betrachtet, muß man vor allem gewisse Bedenken für Bereiche unseres Landes haben, wo man hauptsächlich oder fast nur noch vom Inländerfremdenverkehr lebt — wie etwa die Oststeiermark, vor allem die nördliche Oststeiermark. Hier muß man also diese bedenkliche Entwicklung, ich würde sagen, mit Aufmerksamkeit verfolgen. Insgesamt müssen wir ganz realistisch feststellen, das der Zuwachs im Fremdenverkehr in der Steiermark mit nur plus zwei Prozent immerhin der geringste Bundesländerzuwachs war. Es mag ein Trost sein — wenn auch ein schwacher Trost —, daß die Steiermark damit immer noch jenes Bundesland ist, das noch nie eine Abnahme gehabt hat und auch in diesem Jahr keine Abnahme im Fremdenverkehr haben wird. Aber die Gefahr ist immerhin, daß, wenn die Bundesrepublik wieder einmal etwas mehr ausfallen sollte, wir selbst durch die erwähnten Gründe immer mehr ins Ausland zu fahren geneigt sind und, daß sich das dann insgesamt auf uns negativ auswirken könnte. Unsere Bundesregierung selbst ist ja leider für die nächsten Jahre kaum in der Lage, einen wesentlichen, antizyklischen Impuls in das Wirtschaftsgeschehen hineinzubringen; fast neige ich dazu, zu sagen, sie ist konjunkturpolitisch durch diese Staatsverschuldung impotent geworden.

Hohes Haus, trotzdem und trotz der an sich noch befriedigenden Nächtigungsziffern im Fremdenverkehr muß ich sagen, daß diese Ziffern nichts über die Ertragslage der Fremdenverkehrsbetriebe aussagen, und nur die Ertragslage ist es, die letzten Endes entscheidend für die Investitionen ist und diese wieder sind entscheidend für die Arbeitsplätze. Die Ertragslage insgesamt ist — von einigen regionalen und betrieblichen Ausnahmen abgesehen — im Schnitt leider schlecht bis bestenfalls mittelmäßig. Die Ursachen liegen sicher darin, daß eben im Fremdenverkehr enorm hohe Investitionen

notwendig sind, diese Investitionen durch unsere Steuerpolitik fast nur mehr mit Fremdkapital gemacht werden können, so daß also die Fremdenverkehrswirtschaftssparte die höchst verschuldete Wirtschaftssparte aller Wirtschaftssparte in diesem Österreich ist. Die Personalkosten sind, wie ich schon sagte, bei uns eben wesentlich höher als in allen Fremdenverkehrskonkurrenzländern, sie liegen bei 40 Prozent der Gesamtkosten in den Fremdenverkehrsbetrieben. Und was die Besteuerung betrifft, kann ich hier vor dem Landtag nur sagen, sie ist hier sicher eine fast ausschließliche Bundeskompetenz. Dreißig Steuern und Abgaben, die dazu noch arbeitsmäßig den Gastwirten zu schaffen machen! Ich kann hier nur wiederholen, was wir vor einigen Wochen hier verhandelt haben. Unser Anliegen — der Antrag liegt ja nach wie vor vor und wird wieder als Bericht der Landesregierung in den Landtag kommen — ist die Empfehlung an die Gemeinden dieses Landes auf Befreiung der Frühstücksgetränke und der Mineralwässer von der Getränkeabgabe. Ich betone hier noch einmal, daß das zweifellos ein positiver Anstoß für die Fremdenverkehrsbetriebe in diesem Lande wäre. Man kann nur die Gemeinden ersuchen, dies zu tun. In der Sache selbst sind die Gemeinden autonom. Man kann sie nur bitten, dies freiwillig durchzuführen und man kann ihnen vor Augen führen, daß man in Gebieten, wo der Fremdenverkehr eine enorme Rolle spielt und wo man vom Fremdenverkehr offensichtlich etwas versteht, mit gutem Beispiel in dieser Frage schon vorausgegangen ist. Wenn ich die Steiermark betrachte, die wesentlichsten Fremdenverkehrsgemeinden im oberen Ennstal haben zumindest die Frühstücksgetränke oder auch die Mineralwässer bereits von der Getränkesteuer befreit, nicht weil sie das Geld nicht brauchen würden, sondern weil sie wissen, daß gerade diese Differenzbeträge

- a) die Preissituation ein wenig in Schranken halten und
- b) auch den Betrieben die Situation mit Eigenkapital erleichtern.

Ich darf darauf hinweisen, daß der Staat Bayern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland als unser Hauptkonkurrent, was die deutschen Gäste betrifft, die Getränkesteuer überhaupt mit 1. Jänner 1980 voll abgeschafft hat. Unsere Landesregierung hat in der Regierungsvorlage vorgeschlagen, vorerst noch das Ergebnis der Steuerreformkommission abzuwarten, wo allerdings in einem Zwischenbericht an den Finanzminister bereits klargestellt ist, daß die Getränkesteuern jene Steuern sind, die im Verhältnis von Ertrag zu Kostenaufwand in der Verwaltung der Steuern die unwirtschaftlichsten sind.

Nun einige Bemerkungen zu den Zielen unseres Fremdenverkehrs. Wie immer von allen gesagt wird — vom Referenten in der Landesregierung, Landeshauptmannstellvertreter Wegart, angefangen, bis zum kleinsten Fremdenverkehrsfunktionär in einem Verein draußen am Land —, das kann ich und muß ich allerdings nur wiederholen, Qualität ist geradezu unbegrenzt erhöhbar. Qualität erfordert aber Investitionen und um diese Inve-

stitutionen zu ermöglichen, sind die Mittel, die wieder für die Fremdenverkehrsförderung vorgesehen sind, sicher etwas mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber das gerade noch Zufriedenstellende, das man braucht, um Fremdenverkehr fördern zu können. Zur Quantität, zur Kapazität an Betten und zu den Fremdenverkehrseinrichtungen kann man nur sagen: hier ist sicher eine Grenze gegeben, wenn es auch niemals zu einem Stillstand kommen kann. Ich verweise hier vor allem auf Entwicklungen in der Region Schladming oder in der Region Murau im Hinblick auf die bevorstehenden Weltmeisterschaften.

Meine Damen und Herren, wichtig wird es in der Qualitätsverbesserung sein, vor allem die Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und die Beratung des Fremden in all diesen Fragen entsprechend weiter auszubauen. Das ist besonders auch vor einigen Tagen beim Landesfremdenverkehrstag zum Ausdruck gekommen, die sogenannte Animation, was es alles an Möglichkeiten gibt, den Gästen zu erklären, ihnen die Möglichkeit zu bieten und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Reiten, Segeln, Wandern, Schifahren, Schwimmen und dergleichen mehr. Aber meine Damen und Herren, ich kann nicht umhin, auch heuer wieder darauf hinzuweisen, und hier kann ich mich dem Kollegen Laurich anschließen, daß wir auch, was die Qualität betrifft, Ordnung in der Privatzimmervermietung brauchen. Wir begrüßen selbstverständlich alle die Privatzimmervermietung, halten sie für unentbehrlich notwendig, auch die Aktion „Urlaub am Bauernhof“ ist zu begrüßen, da gibt es gar nichts daran zu ändern. Wir können heute feststellen, daß ungefähr 40 Prozent der Privatzimmervermietung von Angestellten und Arbeitern in ihren meist Einfamilienwohnhäusern gemacht werden, etwa auch 40 Prozent durch die Bauern und 20 Prozent in etwa von Gewerbetreibenden aus eben anderen Sparten als dem Fremdenverkehr. Es ist nur so, daß diese Privatzimmervermietung nicht unkontrolliert, ich betone unkontrolliert, ins uferlose gehen darf, weil es dabei zweifellos zu Wettbewerbsverzerrungen kommen muß, die nicht gut sein können — die nicht gut sein können für den Fremdenverkehr selbst, für das Image im Fremdenverkehr. Es wäre im Gegenteil mit einem entsprechenden Gesetz die Werbung, die Mindestausstattung, die Übersicht über das, was einfach geboten werden kann, viel besser gegeben, und daher glaube ich, ist ein Kompromiß zwischen privaten und gewerblichen Zimmervermietern einfach ein Gebot der Stunde, und dieser Kompromiß muß auch möglich sein. Ich glaube, es soll hier niemanden weh oder gar unrecht getan werden; Unrecht geschieht höchstens, wenn der derzeitige Zustand völlig unkontrolliert weiterbestehen kann.

Und noch eine Bitte habe ich an das Landesfremdenverkehrsamt, an den zuständigen Referenten in der Landesregierung: Wir brauchen, obwohl es schon zum Teil geschieht, ich will hier nicht die Situation negativ hinstellen, aber wir brauchen immer noch mehr aktive Verkaufswerbung als Ergänzung zur zweifellos vorhandenen und notwendigen Imagewerbung. Ich kann mir hier nur wün-

schen, daß ein intensiveres und vielleicht auch besseres Verhältnis noch in dieser Arbeit, in der Verkaufswerbung, zwischen Landesfremdenverkehrsbehörden, zwischen Landesregierung, Landesfremdenverkehrsamt und der Sektion Fremdenverkehr der Handelskammer entsteht.

Nun, die Weltmeisterschaften in Schladming und in Murau, meine Damen und Herren, sind sicher ein wesentlicher Beitrag dazu, daß die Steiermark mehr vom Inländerfremdenverkehr zum internationalen Fremdenverkehrsland übergehen wird. Diese Weltmeisterschaften sind auch ein entscheidender Beitrag dazu, weitere und vor allem auch private Investitionen im Fremdenverkehr zu initiieren, weil damit dann mit einer zweiten Saison die Rentabilität der Investitionen gegeben ist. Gerade in wirtschaftlich sehr schwachen Regionen, wie etwa im Bezirk Murau, kann eine solche Entwicklung für die arbeitsmarktpolitische Situation dieses Bezirkes nur von allergrößter, ja ich möchte sagen, entscheidender Bedeutung sein, denn ich kann mir nicht vorstellen, wodurch sonst in diesen Regionen die Arbeitsmarktsituation echt besser gelenkt werden kann.

Meine Damen und Herren, noch eine Bemerkung zum Fremdenverkehr: Denken wir dabei auch immer an die Wirtinnen und Wirte sowie ihre Mitarbeiter, weil einfach mehrfache Erhebungen immer wieder ergeben, daß es diese Leute sind, die überdurchschnittlich viel in unserer Wirtschaft, ja in unserem Leben überhaupt arbeiten müssen. Erhebungen einiger Institute haben ergeben, daß die Wochendurchschnittsarbeitszeit der Wirtinnen und Wirte 77,8 Stunden beträgt, daß die Wochendurchschnittsgratuarbeitszeit der gleichen Leute von zwölf Stunden allein für den Staat gegeben ist, also 15 Prozent ihrer gesamten Arbeitszeit für die erforderlichen Aufzeichnungen, Steuerabrechnungen, und, und, und, aufgehen, das kennen wir ja alles. Insgesamt besteht hier zweifellos ein Mißverhältnis zwischen Arbeitsrisiko und Kapitaleinsatz auf der einen Seite und dem erzielten Gewinn auf der anderen Seite. Kurz, die Wirtinnen und Wirte gehören meiner vollen Überzeugung nach zu jenen wenigen, die immer mehr arbeiten müssen, damit letztlich immer mehr immer weniger arbeiten brauchen. In diesem Sinne hier auch einen herzlichen Dank an die Wirtinnen und Wirte dieses Landes und an ihre Mitarbeiter. (Allgemeiner Beifall.)

Nun einige Bemerkungen noch allgemein zur Wirtschaftssituation, meine Damen und Herren, weil ich mich ein zweites Mal im abschließenden Kapitel nicht zu Wort melden möchte und weil diese Fragen ja auch unmittelbar mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen. Der Fremdenverkehr ist ja nur ein Teil der Wirtschaft und nicht etwas anderes. Wie soll es nun weitergehen, möchte ich zunächst fragen. Es hat ein bedeutender Ökonom im Jahre 1974 in der Bundesrepublik Deutschland zunächst noch etwas ungehört gesagt, „das Fest ist vorbei“. Das heißt, jene Selbstverständlichkeit an beachtlichen Wirtschaftswachstumsraten, an fünf-, sechs-jährigen Konjunkturen, dieses Fest ist vorbei. Der Wachstumsknick, der auch von Maßgeblichen in diesem Lande prophezeit wurde, wenn er auch, und

das muß ich sagen, sicher zunächst von der Bundesregierung nicht zur Kenntnis genommen wurde und auch dann deswegen die Folge dieser Staatsverschuldung war, dieser Wachstumsknick zeichnet sich bereits seit 1974 ab, eben in geringeren Wachstumsraten und in kürzeren Konjunkturzyklen. Insgesamt war das keine Katastrophe, das kann man ruhig sagen, aber das Problem, das durch die Finanzpolitik der Jahre 1970 bis 1974 entstanden ist, nämlich die Staatsverschuldung, zu lösen, wird dadurch um vieles erschwert, ich will nicht sagen unmöglich gemacht, denn irgendwie muß es natürlich immer weitergehen. Und wenn wir das Jahr 1979 hernehmen, kann ich sagen, es ist also besser gelaufen, als wir erwartet haben. Die Ursachen habe ich schon erwähnt. Sie sind sicher primär in unserem Haupthandelspartner, in der Bundesrepublik, gegeben, aber es ist ebenso unbestritten, daß man für 1980 keine ganz schlechte Situation, aber immerhin wieder eine Konjunkturabflachung voraussagt, weil in der Bundesrepublik Deutschland budgetär sicher kein Konjunkturanstoß mehr kommen wird. Das heißt, wir wissen es heute, daß er für das Bundesbudget Deutschlands für das Jahr 1980 nicht mehr vorgesehen ist, vor allem auch, weil draußen der Lebenskostenindex in diesem Jahr ein wenig angestiegen ist. Wir wissen, daß die amerikanische Konjunktur zum Stehen gekommen ist und wir müssen daher zur Kenntnis nehmen, daß es der Fremdenverkehr in dieser Situation natürlich auch nicht leichter bekommen wird, weil wir die Sorgen mit dem Inländer haben. Ich habe schon früher die leichte Stagnation im Ausland erwähnt, insgesamt keine konjunkturelle Katastrophe, aber das Hauptproblem der Wirtschaft und damit auch das Hauptproblem des Fremdenverkehrs. Schlechthin ist die bestehende Staatsverschuldung und die Frage, wie man jetzt mittelfristig diesen Staat entschulden kann, von großer Bedeutung, wobei ich schon weiß, daß Staatsentschuldung heute im Zeitalter der wirtschaftlichen Relativitätstheorien ja auch nur relativ sein kann. Eine totale Staatsentschuldung wäre ja wirklich Theorie. Und wir sehen heute bereits, wie diese Staatsentschuldung vor sich gehen soll. Der Finanzminister spricht hier ja sehr offene Worte und handelt auch danach. Er hat uns einmal mitgeteilt, daß es keine Steuerermäßigungen in dieser laufenden Legislaturperiode geben wird, wobei ich glaube, daß wir einer Meinung sind, daß wir Ermäßigungen auch gar nicht verlangen wollen, sondern was wir verlangen wollen, ist Steueranpassung an den Lebenskostenindex. Aber auch das wird uns eben die nächsten Jahre offensichtlich verwehrt werden, was insgesamt natürlich heißt, daß es allein schon dadurch, daß es keine nominellen Ermäßigungen gibt, zu laufenden Steuererhöhungen kommen wird. Zu beurteilen, welche Wirkungen das auf den Lebensstandard des Durchschnittsösterreichers hat, überlasse ich Ihnen. Im übrigen kommen zusätzliche, zum Teil recht drastische Mehrbelastungen bei Gebühren, Tarifen, Einschränkung der Sparförderung, Sozialversicherungsbeitragserhöhungen und so weiter dazu. Eine zusätzliche Gefahr sehe ich hier für die Betriebe in diesem Land durch die bevorstehende Systemänderung der Einkommensbesteuerung, die sich natürlich auch, wenn sich die Gefahr

verwirklichen sollte, auf die Fremdenverkehrsbetriebe besonders auswirken müßte, denn — bitte mir den Verdacht nicht zu verübeln — das Ziel des Finanzministers dürfte hier wohl sein, niemand kann heute noch den Beweis liefern, mehr herauszuholen, um leichter die Situation zu entschulden. Er hat zwar immer schon bei der Umstellung von der Allphasenumsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer davon gesprochen, daß er einkommensneutral vorgehen will, aber bereits der erste Rechnungsabschluß des Bundes mit Mehrwertsteuern hat gezeigt, daß er damals den Prozentsatz nicht einkommensneutral angesetzt hat, sondern daß er bereits im ersten Jahr durch die Mehrwertsteuer und ihren Prozentsatz, den die Regierungspartei beschlossen hat, um fünf Milliarden mehr eingenommen als er selbst präliminiert hat, denn präliminiert hat er einkommensneutral, aber es sind eben um fünf Milliarden mehr hereingekommen. Und genau diese Verdachtsmomente haben wir hier auch bei dieser bevorstehenden Systemänderung. Ganz abgesehen davon, daß wir uns heftigst dagegen wehren würden, wenn es ernst werden sollte, daß hier ein gespaltener Lohn- und Einkommenssteuertarif kommen sollte. Ich rede noch im Konjunktiv, weil wir es heute natürlich noch nicht auf dem Tisch haben. Ich sehe ein, daß der entnommene Gewinn aus den Betrieben so besteuert werden muß, wie jeder Lohn und jedes sonstige Einkommen. Einkommen ist gleich Einkommen. Was wir uns aber vorstellen, ist, daß der nicht entnommene Gewinn, die sogenannte Betriebssteuer oder wie es dann heißen soll, natürlich so festzulegen ist, daß damit eine Eigenkapitalbildung möglich ist. Wenn es so sein sollte, daß man damit nur mehr herausholen will, dann ist das nur abzulehnen, ja ich würde sagen, dann wäre das eine Art Klassenkampf, weil letztlich muß Einkommen Einkommen sein. Und die Geschichte mit dem Unternehmerlohn, auch hier weiß ich noch nicht genau, was man sich konkret vorstellt. Wenn man hier so weit gehen sollte, daß man vorschreibt, was ein Unternehmer an Lohn bekommen darf, dann ginge das wohl zu weit. Daß das, was er herausnimmt, voll zu besteuern ist wie jedes Lohneinkommen, ist meines Erachtens wohl eine Selbstverständlichkeit. Die Problematik ist jedenfalls die Eigenkapitalbasis der Betriebe, das ist die Grundlage der Investitionen der Vollbeschäftigung, und daran hängen wir. Wenn ich heute ein — ich will es nicht Krebsübel nennen — aber doch das Hauptübel unserer heutigen wirtschaftspolitischen Situation immer wieder nur nennen kann, so ist es die Staatsverschuldung und nichts anderes, während alle anderen Indikatoren der Wirtschaft einigermaßen zufriedenstellend sind. Meine Damen und Herren, keine Polemik, aber trotzdem — ich weiß, daß mit der Problematik Staatsverschuldung nicht Wahlen zu gewinnen und nicht Wähler zu mobilisieren sind.

Wenn wir vom Sparen geredet haben, haben wir uns vor der Wahl sicher nicht populär gemacht, weil man damit unterstellt hat, ein wenig mehr geiziger wie die Sozialisten zu sein, ganz im Gegenteil, der Bundeskanzler hat gesagt: „Ein paar Milliarden Schulden mehr machen mir weniger Kopferbrechen als ein paar Hunderttausend Arbeitslose.“ Was rein

so hingesagt stimmt, ist inhaltlich aber mit Sicherheit und unbestritten von jedem Wirtschaftspolitiker — egal in welcher Partei er sitzt oder woher er kommt — grundfalsch! Denn es ist ebenso eindeutig bewiesen, daß je mehr Staatsverschuldung um so schwieriger auch die Arbeitsmarktsituation werden muß, ja es ist heute nachgewiesen, daß allein durch die Mehrbelastung der Gesamtwirtschaft — und nur diese können wir sehen — seit 1. Jänner 1976 bis 1. Jänner 1979 allein durch die Mehrbelastung an Steuern, Tarifen und Gebühren mindestens hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze weniger geschaffen werden konnten. Es ist natürlich sehr schwer, so etwas wirtschaftspolitisch zu erklären, es ist aber nach meiner Kenntnis unbestritten, daß es so ist.

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftsförderung, die vorgesehen ist, ist so gesehen leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viel lieber wäre uns eine wirtschaftsgerechte, wirtschaftskonforme Steuersituation nach den Grundvorstellungen eines Reinhard Kamitz von seinerzeit. Trotzdem aber möchte ich schließen mit dem Satz: Ohne Optimismus geht es in der Wirtschaft nie, genauso wenig wie ohne Risikobereitschaft und ohne Glauben an die Zukunft. Und ich bin sicher, irgendwie muß es wieder weiter gehen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Es ist 13 Uhr und 58 Minuten. Es ist heute das erste Mal in meiner langjährigen Tätigkeit als Fremdenverkehrsreferent, daß ich zu einer so erfreulichen und ungewöhnlichen Stunde zu meinem Schlußwort komme. Sonst war das regelmäßig etwa um 23 Uhr der Fall. (Abg. Brandl: „Nein, nie!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Ein bißchen übertreiben wird man wohl noch dürfen!“) Das erste Mal um 13.58 Uhr! So früh bin ich noch nie an die Reihe gekommen. Alles andere waren nur die Garnierungen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, wenn ich Widerspruch erzeuge, denn sonst würden die Journalisten auf der Bank und im Rundfunk sagen: Heute ist es so langweilig! Aber der Landtag ist ein ernstes Forum, der nicht für Humor allein zu sorgen hat, sondern der die Probleme dieses Landes behandelt. Und das läßt sich manchmal auch mit dem gebotenen Ernst sagen.

Meine Damen und Herren, es ist eine langjährige Tradition, daß der Fremdenverkehrsreferent mit Zahlen beginnt. Das Fremdenverkehrsjahr 1978/79 brachte uns ein Ergebnis von 9.391.820 Übernachtungen. Das ist ein Plus von 104.018 oder 1,1 Prozent. Das heißt, wir haben wieder einen Zuwachs zu verzeichnen. Aber es ist bereits auch erfreulicherweise von einer Reihe von Rednern in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs verwiesen worden, es ist in den letzten Tagen auch mehrfach darüber geschrieben worden.

Nun, meine Damen und Herren, es gibt Bundesländer, die im heurigen Jahr zweifelsohne von sich berichten können, daß ihr Zuwachs größer ist. Nur gibt es einen sehr wesentlichen Unterschied. Wir haben in den letzten Jahren kein einziges Mal einen Rückgang zu verzeichnen gehabt. Unser Diagramm sieht wie folgt aus: Eine stetige Aufwärtsbewegung. Es gibt Diagramme von Nachbarn, in denen es so, so, so, so geht. Das heißt, es ist ein unruhiges Diagramm. Ich glaube, wir können von uns jedenfalls mit Überzeugung behaupten, daß der steirische Fremdenverkehr organisch gewachsen ist. Ich bin mit dieser Entwicklung jedenfalls nicht nur einverstanden, sondern darüber auch sehr glücklich. Denn, meine Damen und Herren, es ist sicher so, und damit bin ich vielleicht gleich bei der Beantwortung einer Frage, die man in diesem Zusammenhang einfach etwas stärker akzentuieren soll. Die Steiermark ist ein Inländerfremdenverkehrsland. Wir betonen das ausdrücklich, obwohl das in diesem Umfange, wie wir das behaupten, gar nicht mehr stimmt. 55 Prozent unserer Gäste sind inländische Gäste und bereits 45 Prozent unserer Gäste sind ausländische Gäste, oder anders ausgedrückt, der steirische Fremdenverkehr besitzt keine Monokultur. Ich halte das im Hinblick auf die Entwicklung, die vor uns liegt, jedenfalls für außerordentlich günstig und ich freue mich vor allem über diese Entwicklung. Unser strategisches Ziel ist, die Ausgewogenheit zu erreichen, etwa 50 Prozent ausländische Gäste und damit 50 Prozent inländische Gäste. Das wäre ein ideales Verhältnis. Aber, meine Damen und Herren, es ist vielleicht ganz gut, wenn wir bei dieser Betrachtung auch einen Blick über die rot-weiß-roten Grenzpfähle machen. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel hat einen Anteil von 91 Prozent inländischer Gäste, Italien hat einen Anteil von 73 Prozent inländischer Gäste; und was mir jetzt sehr wesentlich erscheint, weil wir uns danach immer gerne orientieren, die Schweiz hat einen Anteil von 52 Prozent inländischer Gäste oder mit anderen Worten ausgedrückt, der Inlandsanteil in der Schweiz ist größer als der Auslandsanteil. Das ist auch eine bemerkenswerte Feststellung, wenn ich damit auch österreichische Zahlen gegenüberstelle. Der Inlandsanteil österreichischer Gäste in Österreich beträgt 25 Prozent und damit der Ausländeranteil 75 Prozent, das heißt also mit anderen Worten, auch hier ist eine bestimmte Paritätsverschiebung in einem sehr deutlichen Umfange eingetreten und niemand soll daher sagen: Was bedeutet Inländerfremdenverkehr, ist es vielleicht nützlich oder zweckmäßig, darüber zu reden, ist das nicht eine gewisse Verlegenheitsdarstellung oder ähnliches mehr? Deshalb berufe ich mich auf die Schweiz. Die Schweiz hat 52 Prozent inländische und 48 Prozent ausländische Gäste. Ich habe vielfach, Gott sei Dank, mit Schweizer Fremdenverkehrsexperten Gedankenaustausch zu pflegen und sie sagen mir, tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, daß Sie zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen inländischem und ausländischem Anteil kommen. Warum? Meine Damen und Herren, wer in diesen drei Tagen aufmerksam dieser Debatte zugehört hat, die eine Fundgrube für Wissen, für Beurteilung ist, die eine

kritische Analyse unseres Geschehens in allen Bereichen des Lebens darstellt, auch aus der politischen Optik, aus der persönlichen Optik heraus, der kann eines feststellen: uns alle, und das dürfen wir nicht bestreiten, erfüllt eine ernste Sorge. Was kommt in der Zukunft auf uns zu? Das läßt sich von niemandem bestreiten und es ist erstaunlich, wenn man den Zeitgeist unserer Tage untersucht, dann stellt man fest, die Menschen wollen nichts von der Vergangenheit wissen, sie haben große Angst vor der Zukunft, ihre Parole lautet, heute, jetzt und hier. Nun, das Leben geht weiter und übertragen auf jene Aufgabenstellung, die einem zugemessen ist, heißt das, wir müssen trachten, daß wir zu jenem ausgewogenen Verhältnis gelangen, in dem es uns ermöglicht wird, dem Fremdenverkehr jene Impulse auch für die Zukunft zu verleihen, die er für das wirtschaftliche Geschehen dieses Landes einfach braucht. Sie werden nicht Gefahr laufen, daß ich jetzt eine langatmige Begründung dafür und darüber vornehme, was der Fremdenverkehr für dieses Land und für unsere Republik bedeutet. Daß er der größte Devisenbringer ist, das ist hinlänglich bekannt, daß er einer der größten Auftraggeber ist für alle übrigen Wirtschaftszweige, das ist hinlänglich bekannt.

Meine Damen und Herren, es haben heute auch Agrarier zum Fremdenverkehr gesprochen und daher gehört es dazu: Ein Drittel der gesamten österreichischen Wertschöpfung im Fremdenverkehr geht in die Landwirtschaft. Man kann daher ohne weiteres feststellen und sagen, Fremdenverkehrspolitik dieser Tage ist ebenso ein Teil Agrarpolitik dieser Tage. Ich möchte Ihnen das demonstrativ an einer Zahl vor Augen führen. Wir hatten im abgelaufenen Jahr insgesamt rund 16 Millionen gemeldeter Gäste. Meine Damen und Herren, das ist eine sehr gigantische Ziffer, das ist mehr als doppelt so viel als die Einwohnerzahl dieses Landes oder besser gesagt unserer Republik ausmacht. Aber was sind 16 Millionen gemeldeter Gäste zuerst? Zuerst sind sie halt Verbraucher, Konsumenten und alles, was wir auf den Tisch des Gastes stellen, wird weitestgehend in der österreichischen Landwirtschaft produziert. Man muß sich nur vorstellen, wohin es etwa führen würde, wenn wir nicht 16 Millionen Gäste gehabt hätten, sondern meinetwegen nur die Hälfte. Das hätte vielfältige unangenehme Auswirkungen, aber die unangenehmste wäre die, von der die Landwirtschaft betroffen wäre. Daher ist es verständlich, daß es zweifelsohne einen Konnex gibt zwischen der Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr, weil beide einfach undenkbar und unmöglich wären.

Meine Damen und Herren, soweit zur Statistik. Aber nun lassen Sie mich auch noch ein Wort zu unseren Werbemaßnahmen sagen. Wir haben in den letzten Jahren umfangreiche Werbemaßnahmen vorgenommen. Henry Ford, der Erfinder des Fließbandes, hat einmal gesagt, und das ist, glaube ich, die generelle Formel für die Werbung: „Wenn du in eine Sache einen Dollar hineinsteckst, gib einen zweiten dazu, um es bekannt zu machen.“ Das ist auch die Philosophie, die wir verfolgen. Werben auf allen Ebenen, werben mit allen Möglichkeiten

und werben, wo überall wir die Chance haben, Menschen zu begegnen und sie für unser Land zu interessieren. Das geschieht im Inland, das geschieht allen voran, schwerpunktmäßig, in der Bundesrepublik Deutschland und natürlich auch in jenen Staaten, in denen wir ansatzweise ebenfalls größere Gästekontingente zu uns bringen, wie etwa die skandinavischen Länder, vor allem Holland. Mit einem Wort, ich glaube, daß wir auch hier zweifelsohne richtig gelegen sind.

Und nun, meine Damen und Herren, in diesem Bericht kann ich nicht darauf verzichten, auch auf einige Vorhaben des steirischen Fremdenverkehrs hinzuweisen, die in den letzten Jahren von uns aus angegangen wurden, die sich gegenwärtig im Bau befinden, von denen wir wissen, daß sie nun erfreulicherweise auch entsprechende Auswirkungen haben. Wir haben das Kurzentrum Bad Aussee fertiggestellt. Wenn ich zu Bad Aussee ein Wort sagen darf, es ist das Einfallstor in den steirischen Fremdenverkehr und in unser Bundesland aus dem Nordwesten. Wir sind froh, daß wir mit dem Setzen dieses Schwerpunktes auch eine gewisse Phase der Stagnation überwunden haben. Bad Aussee ist glänzend im Kommen. Die Grimming-Halle in Bad Mitterndorf, eine neue Wintersportanlage in Sankt Gallen, die totale Erschließung des Wintersportzentrums Nivalpl, die nunmehr auch durch eine zeitgemäße Herstellung der Straßenverbindung ebenfalls erst voll zum Tragen kommt, das Hallenbad Mürrzuslag, die Tennishalle in Kirchberg an der Raab und in Gleisdorf. Es wird Sie interessieren, daß wir gegenwärtig in der Steiermark rund 600 Tennisplätze aufweisen. Wir haben ein Tennisplatzbauprogramm aus dem Boden gestampft, das ich als beispiellos bezeichnen möchte, weil sich hier einfach ein Schwerpunkt ergeben hat. Wir haben auch gleichzeitig Gemeinden, in denen es uns gelungen ist, mit dem Tennissport die Gästestruktur total zu verändern — auch ein Hinweis, der in diesem Zusammenhang, glaube ich, aus unserer Sicht, nicht übersehen werden soll. Wie überhaupt eine Reihe von Tennishallen, es ist eine ganze Liste, ich kann sie gar nicht verlesen, weil das den Rahmen der Zeit, die ich mir selbst zugemessen habe, bei weitem sprengen würde. Es ist das Freizeit- und Badezentrum Kumberg fertiggestellt worden. Ich möchte gerade das Badezentrum und Freizeitzentrum Kumberg als ein Modellbeispiel moderner Badeanlagengestaltung bezeichnen, weil es ein glücklicher Wurf ist. Es wurde ein Traumbad in Treglwang fertiggestellt. Wir haben durch Bemühungen, und zwar durch eine konzertierte Aktion — wenn dieser Ausdruck gestattet ist —, die Weihermühle, ein Freibad in der Nähe der Landeshauptstadt und der Gemeinde Eisbach-Rein ebenfalls seiner Bestimmung bereits übergeben können. Es stehen kurz vor der Vollendung die Tennishalle in Bad Aussee, die weitere Ausgestaltung der Kulmschanze, die Wintersporteinrichtungen für die Juniorenweltmeisterschaften in Murau, das Tagungszentrum in Bad Gleichenberg und das größte steirische Fremdenverkehrsvorhaben unserer Tage, das Bad Loipersdorf, von dem wir glauben, daß es 1981 in Betrieb gehen kann. Das Kurhaus Oberzeiring wird 1980 fertiggestellt werden. Die Planungen für die

Kuranlage Bad Radkersburg schreiten voran. Ein Teilbetrieb ist aufgenommen. Es sind geplant und durchgezogen ein neues Freibad in Obarn, in Sankt Lambrecht und in Sankt Gallen. Die Projektierungsmaßnahmen für das Freizeitzentrum Leibnitzer Feld aber auch für die Badeanlagen im Schotterabbau-bereich des Grazer Feldes stehen ebenfalls vor der Vollendung. Die Koralmhalle in Deutschlandsberg ist im Bau. Die Oststeirerhalle in Pischelsdorf wird weiter ausgestaltet. Die Freizeithalle Riegersburg wird in Angriff genommen. Und was mich mit Genugtuung erfüllt, weil es, glaube ich, zur Abbrennung unseres Angebotes gehört, das Kongreßzentrum Graz wird ebenfalls in Kürze in Betrieb gehen können. Wir werden damit über das modernst ausgestattete Kongreßzentrum verfügen und damit auch dem Fremdenverkehr nicht nur unserer Landeshauptstadt, sondern auch der übrigen Steiermark neue Impulse geben können. Ich will nur an Hand einiger dieser Beispiele aufweisen, was es letzten Endes auch an Bewegung im steirischen Fremdenverkehr im Bauvorhaben gibt, wobei ich sehr bewußt darauf verzichtet habe, diese Liste vollständig zu erstellen.

Meine Damen und Herren, und nun, weil ich versprochen habe, kurz zu sein, ein paar Bemerkungen zu den Diskussionsbeiträgen, die heute hier von den Rednern ebenfalls angezogen wurden.

Zum Herrn Abgeordneten Lind: Ich glaube, man muß folgendes sagen. Der Urlaub auf dem Bauernhof — das haben auch andere Redner bemerkt — ist heute in unserem Angebot gar nicht mehr wegzudenken, und was mir noch viel wichtiger erscheint: Mit dem Urlaub auf dem Bauernhof waren wir in der Lage, auch Strukturpolitik zu betreiben, weil wir damit Menschen in ihren angestammten Heimatorten binden konnten und sie dort auch ihre Existenz entsprechend abgesichert erhielten. Ich möchte auch sagen, daß wir dem Gast nicht vorschreiben können, wo er Ferien macht. Wesentlich ist, daß er herkommt. Es kommt nur darauf an, daß wir in Lage der sind, auf seine Wünsche einzugehen und sie auch zu erfüllen.

Herr Abgeordneter Laurich, es ist ein pragmatisierter Bestandteil Ihrer geschätzten Ausführungen, daß Sie das Fremdenverkehrsgesetz urgieren, wie es nicht verabsäumt wurde, auch am Fremdenverkehrstag einen, wie man so sagt, Bernhardiner loszulassen (Abg. Brandl: „Leider erfolglos!“), der sich dort zu Wort gemeldet hat. Ich darf dazu nur folgendes sagen: Man wird bei mir auf keinen Widerstand stoßen, nur müssen wir dann auch unteilbar die Verantwortung darüber übernehmen, daß das nicht ein Gesetz ist, wie ich überhaupt sage, ich bin ein Feind von vielen Gesetzen, und der Hohe Landtag wird in seiner Qualität vor allem dadurch geehrt, daß er nicht möglichst viele, sondern möglichst wenige und gute Gesetze produziert, das muß ich auch bei der Gelegenheit betonen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, deshalb glaube ich, es geht in dieser — (Abg. Hammerl: „Wir wollen ein gutes Fremdenverkehrsgesetz!“ — Abg. Brandl: „Wir wollen ja ein gutes Fremdenverkehrs-

gestz!“ — Abg. Schrammel: „Ein guter Politiker braucht kein gutes Gesetz!“) Herr Abgeordneter Brandl, dazu kann ich nur mit einem Satz erwidern: Kein Gegensatz, daß es ein gutes Gesetz sein sollte, wenn wir es machen würden. Aber ich sage nur noch etwas anderes: Wenn ich mit einem Gesetz in der Lage bin, den Fremdenverkehr zu schaukeln, dann hätten Sie es schon längst. Und mit einem Gesetz kann ich gar nichts machen, nur so nebenbei. (Abg. Brandl: „Das sind andere Gründe!“) Aber es nützt nichts, in dieser Frage haben wir, wie man so sagt, und es ist ja gut — es wäre ja furchtbar, wenn wir einen Eintopf hätten —, gegenteilige Auffassungen. Und diese gegenteiligen Auffassungen, die wollen wir noch eine Zeit lang kultivieren. (Abg. Brandl: „Für die Dauer Ihrer Lebenszeit, Herr Landeshauptmann!“)

Meine Damen und Herren, nun ein Wort, und da, Herr Abgeordneter Laurich, sind wir wie so oft wieder gleicher Meinung, das ist die Frage der Bedeutung des Tagestourismus. Ich glaube, daß man betonen muß, daß der Tagestourismus in der gesamten Beurteilung des Fremdenverkehrs einen zu geringen Stellenwert einnimmt. Ich glaube überhaupt, daß wir sagen können — auf steirische Verhältnisse umgerechnet —, daß der Tagestourismus etwa ein Viertel der Bedeutung des steirischen Fremdenverkehrs ausmacht. Er läßt sich nicht in Übernachtungszahlen nachweisen, aber er läßt sich nachweisen. Um ein Beispiel zu sagen: Unsere Weinstraße ist ein deutlicher Hinweis für den Tagestourismus. Die Dachstein-Tauern-Region ist aus dem obersteirischen Bereich ein deutlicher Hinweis für den Tagestourismus, unsere Schilcherregion ist ein Hinweis für den Tagestourismus, unsere Landeshauptstadt ist ein Hinweis für den Tagestourismus, unsere Riegersburg oder unsere Stifte oder unser Mariazell sind Hinweise für den Tagestourismus. Alles Dinge, die wir nicht übersehen können, weil davon unendlich viele Menschen in diesem Land leben und auch ihre Existenz bestreiten. Ich glaube, das sollte man in diesem Zusammenhang sagen, und wir sind gerade dabei, ihn nicht zuletzt auch entsprechend zu kultivieren.

Und nun, meine Damen und Herren, was bedeutet der Fremdenverkehr — und das ist auch von Ihnen gesagt worden, zur Frage der Vollbeschäftigung. Ich glaube, man soll nicht übersehen, daß der Fremdenverkehr einen entscheidenden Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung, der Landesregierung, der Gemeinden — denn da tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung — und auch der Wirtschaft leistet. Es ist das heute schon sehr überzeugend gesagt worden. Und ich glaube, es zeigt sich hier vor allem eines, daß es die mittelständische Wirtschaft ist, die den entscheidendsten Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik unserer Tage leistet. Niemand trennt sich schwerer von seinen Mitarbeitern als ein mittelständischer Betrieb, weil es die persönliche Bindung gibt, weil man um seine Vorzüge, um seine Fehler und um seine Schwächen weiß. Weil man weiß, mit dem kann ich rechnen, ohne daß er auf die Uhr schaut, ohne daß er sagt, jetzt ist Schluß. Er ist einfach da, und ich glaube, wir sollten das auch nicht aus

unserer Verantwortung übersehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Laurich, auch darüber freue ich mich, daß das von Ihnen festgestellt wurde, nämlich die Frage der Preispolitik. Ich glaube, das ist genug strapaziert worden, aber der steirische Fremdenverkehr und die steirische Fremdenverkehrswirtschaft haben in der Frage der Preisbildung — glaube ich — eine vorzügliche Disziplin bewiesen, und ich würde nur wünschen, daß es so bleibt, auch angesichts vieler Belastungen, von denen ja mehrfach einiges gesagt wurde.

Und nun zu Ihrer Bemerkung zur Frage eines Pistengütesiegels. Wir haben in der Steiermark Gott sei Dank keinen bedeutenden Unfall etwa durch Lawinenabgänge erlitten. Ich sage das, Gott sei Dank. Wir haben auch bei der Erschließung aller Wintersportregionen immer wieder darauf geachtet, keine dieser großen Wintersportregionen ist erschlossen worden, ohne daß wir nicht entsprechende Fachgutachten beigezogen haben — die uns übrigens sehr viel Geld kosteten —, aber wir sind damit, glaube ich, gut gefahren. Und dort, wo es notwendig war, auch Lawinenverbauungen vorzunehmen, ist das übrigens auch sehr deutlich geschehen. Und das ist auch mit ein Grund. Aber wenn es einmal einen Unfall gibt, dann glaube ich, nützt die beste Aufklärung nichts. Es gibt einfach Leute, die suchen die Gefahr. Wir können sie gar nicht daran hindern. Wir können nur aufmerksam machen, wir können nur hinweisen, aber wir bedauern es. Aber wenn jemand unbedingt glaubt, er muß die Gefahr suchen, dann bedeutet das auch, daß er bereit ist oder bereit sein muß, das Risiko in Kauf zu nehmen.

Und nun zum Pistengütesiegel. Ich glaube, Ihnen sagen zu können, daß diesbezüglich die Vorarbeiten im Gange sind und daß wir ohne Gesetz — das sage ich jetzt auch wieder deutlich —, jedoch durch jenes berühmte Maß an Selbsterkenntnis und an Verständnis versuchen werden, eine Lösung zu finden, die vielleicht auf dasselbe hinauskommt als ein Gesetz. (Abg. Laurich: „Brauchen wir ja nicht!“) Denn wenn ich mit einem Gesetz ausricke, dann weiß ich genau, was zusätzlich noch auf mich zukäme, denn dann werde ich gleich automatisch als Personalreferent angesprochen. Es gibt viele, die auf dem Gebiet gute Ideen entwickeln. Es gibt zum Glück auch andere, die nicht immer auf diese guten Ideen eingehen.

Nun, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Wimpler, Sie haben, ich möchte Ihnen auch sehr dafür danken, die Frage der Weltmeisterschaft 1982 angezogen und betont, daß die Region in erster Linie dafür verantwortlich ist. Auch hier haben wir keinen Gegensatz. Ich kann nur eines sagen, ich möchte den Ennstalern von Mandling bis herunter nach Weier sagen, sie sind die aktivsten (Abg. Laurich: „Bravo!“), die ich im steirischen Fremdenverkehr kenne. (Allgemeiner Beifall.) Die muß man, wie man sagt, hin und wieder bremsen, während ich andere ein wenig anschieben muß. Daher kann ich nur sagen, ganz sicher, ohne die

aktive Mitarbeit gerade der Betroffenen dort, und — ich bin jetzt fair genug, weil das dazugehört und weil ich weiß, warum ich das sage — eines Laurich, eines Ainhirn und nicht zuletzt eines Kröll, wäre es nicht möglich gewesen, das zu erreichen. Das sage ich auch fairerweise. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Abgeordneter Buchberger, ich möchte sehr herzlich für die Feststellungen zum „Urlaub am Bauernhof“ danken. Es ist dazu bereits Stellung genommen worden, aber was ich besonders betonen möchte, das ist die Frage der Landschaftspflege. Meine Damen und Herren, es ist unverkennbar, es gibt darüber genügend Befragungen und Untersuchungen, daß etwa von 100 Gästen, die in die Steiermark kommen, 71 auf die Frage, was sie bewegt, das Land zu besuchen, das mit einer Standardantwort beantworten: Es ist die steirische Landschaft. Und damit ist der Stellenwert der Landschaft für den Fremdenverkehr umrissen. Wir wissen auch, daß das sogenannte Umweltschutzbewußtsein erfreulicherweise in einem Umfang zugenommen hat, wie es vor wenigen Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre. Ich glaube, darin drückt sich auch nach meinem Dafürhalten der sechste Sinn unserer Bevölkerung für die Chance des Lebens und des Überlebens aus. Ohne eine gesunde Landschaft geht es beim besten Willen nicht. Daher sind wir auch dabei, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine gesunde Landschaft, eine gesunde Umwelt schaffen. In diesem Zusammenhang ist es mir heute ein Herzensanliegen, auch ein Wort zu einer Aktion zu sagen, die mittlerweile, würde ich sagen, die größte Bürgerinitiative unseres Landes geworden ist, nämlich zum Landesschmuckblumenwettbewerb. Meine Damen und Herren, im abgelaufenen Jahr gab es rund 35.000 Einzelbeteiligungen. Es gibt keine Aktion in der Steiermark, die sich darauf berufen könnte, eine so enorme Beteiligung zustande gebracht zu haben. Und alle diese Aktionen wurden auf dem Gebiet ohne Förderung, ohne Beratung, sondern einfach freiwillig mit eigener Leistung gemacht. Ich habe heuer bei unserer Pressefahrt eine Reihe von Frauen gefragt, wieviel Zeit sie täglich aufwenden, um ihr Haus in diesem Blumenschmuck zu erhalten. Unter drei Stunden tat es niemand. Täglich wurden drei Stunden Zeit aufgewendet und mehr, um eine solche Pracht zuwege zu bringen. Es darf uns das auch mit Freude erfüllen und es ist nicht von ungefähr, wenn ich Ihnen sage, daß bei einer Pressekonferenz in Berlin mir ein namhafter deutscher Journalist gesagt hat, nennen Sie die Steiermark das Blumenland. Und auf meine Gegenfrage, warum, sagte er, ich bin viel herumgekommen in Europa, aber eines muß ich Ihnen sagen, so viele Blumen wie in der Steiermark habe ich nirgends gesehen. Ein schöneres Kompliment draußen in der Welt zu bekommen für das eigene Land, kann man überhaupt nicht erwarten.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich etwas, das sich gestern am Abend zugetragen hat, und das ich erfahren habe, erzählen; Ich habe über Auftrag des Herrn Landeshauptmannes die Kanadische Tanzgruppe im Wei-

Ben Saal der Burg empfangen. Da war der Kulturchef des Kanadischen Fernsehens anwesend, ein bedeutender Mann, und er sagte zu mir folgendes: Ich bin in fünf Erdteilen gewesen, aber eines muß ich Ihnen sagen, ein so freundlicher, ein so liebenswürdiger, ein so liebenswerter Menschenschlag, als ich ihn in der Steiermark getroffen habe, ist mir bisher nirgends untergekommen. Kann man sich ein schöneres Kompliment wünschen, den Begriff der Gastfreundschaft im weitesten Sinne des Wortes zu umschreiben? Das alles, glaube ich, gehört dazu, wenn wir davon reden, was dieses Land damit auch bedeutet.

Und nun zum letzten Diskussionsredner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer. Die Umschichtungen im Fremdenverkehr, ich habe sie bereits in meinen Ziffern beantwortet, sagen uns: Der Inländerfremdenverkehr hat im Lande stagniert oder hat zum Teil auch da und dort, nicht überall gleich, eine kleine rückläufige Bewegung, aber warum? Man kann einen Anteil, den wir haben, und wir haben den höchsten Inländeranteil von allen neun Bundesländern, nicht so ohne weiteres steigern. Da sind einfach unsere Reserven ausgeschöpft. Aber es ist mir aufgefallen, und ich kann das auch bei dieser Gelegenheit gerade hier so sagen, daß etwa Tirol oder Salzburg im Inländerfremdenverkehr eine Alibifunktion erfüllt haben. Erst durch ihre Erkenntnisse seit 1973/74, daß auch der Inlandsgast etwas bedeuten könnte, sind sie auch stärker in die Werbung im Inland eingestiegen. Ich sage Ihnen zum Beispiel, daß vor zwei Jahren bei der Österreichischen Ferienmesse in Wien die Steiermark mit rund 35 Ständen aufgetreten ist und Tirol und Salzburg mit je zwei. Im vergangenen Jahr sind sie bereits mit je zwanzig aufgetreten. Sie haben also auch erkannt, da ist ein Markt anzusprechen, den wir brauchen, weil sich herausgestellt hat, daß auch bei ihnen die Auslandsanteile nicht ad infinitum mehr wachsen. Ich glaube, daß wir überhaupt davon ausgehen müssen und dürfen, diese Prognose wage ich zu stellen, daß wir ein sehr bedeutendes Niveau erreicht haben. Wenn wir auf diesem Niveau weiterwandern können, dann würde ich das als einen außerordentlich großen Erfolg betrachten. Ich glaube, spektakuläre Zugänge, wie wir sie in den sechziger Jahren erlebt haben, von zehn und fünfzehn Prozent, gehören nach meinem Dafürhalten der Vergangenheit an, wobei niemand, meine Damen und Herren, voraussagen kann, wie unter Umständen der Fremdenverkehr sich entwickeln könnte, wenn das Problem Energie, sprich Treibstoff, in eine Phase geraten könnte, die niemand von uns voraussagen kann. Dann glaube ich, werden wir ebenfalls neuerdings gut beraten sein, daß wir einer Politik gefolgt sind, die sich zuerst um den Nachbarn und um den Nächsten gekümmert hat, und nicht in die ferne Welt hinausgezogen ist.

Was die Frage der Steuerpolitik anlangt, so glaube ich, wird hier auf allen Bänken in Wahrheit die gleiche Auffassung vorherrschen. Die zumutbare Grenze ist erreicht. Ich glaube, wir sollten auch sagen, Steuern sind notwendig, und all die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ist ohne gewissenhafte Steuerleistungen nicht möglich, aber es muß auch alles seine Grenzen haben. Und die

Frage, die wir unter Umständen etwa in einem europäischen Land beobachten, wie Schweden, da kann ich nur eines sagen, wundern Sie sich daher auch nicht, wenn es dann Auswüchse gibt, die niemand will und die niemand wünscht. Ich glaube, daß wir sagen können, eine Steuerpolitik ja, aber in zumutbaren Grenzen.

Was die Privatzimmervermietung anlangt, so haben wir die Privatzimmerproblematik nie anders als eine Zusatzsache während der Hauptsaison gesehen. Dort, wo die Fremdenverkehrswirtschaft nicht mehr in der Lage ist, selbst die Gäste aufzunehmen, soll die Privatzimmervermietung eine Ergänzung sein. Sie darf sich aber nicht zu einem Zweck hinaufstilisieren, der das Gegenteil von unserer ursprünglichen Absicht will. Daher werden wir das Privatzimmervermietungsgesetz auch, glaube ich, beraten. Die notwendigen Vorarbeiten sind vor sich gegangen. Es sind auch andere Bundesländer besucht worden. Man hat das Problem von allen Seiten studiert und jetzt wird es darauf ankommen, einen Kompromiß zu finden.

Das, meine Damen und Herren, damit ich bei der Einhaltung meines Versprechens bleibe, sind die wichtigsten Dinge, die ich versucht habe, für den steirischen Fremdenverkehr darzustellen. Ich möchte auch von dieser Warte aus gerne allen, die im steirischen Fremdenverkehr mitgewirkt haben, ein herzliches Danke sagen. Wir dürfen mit dem Erreichten zufrieden sein. Es ist ein Erfolg, der als gut und in manchen Regionen als erstklassig bezeichnet werden darf. Ich bin für die Zukunft durchaus ein realer Optimist, und ich glaube, daß der steirische Fremdenverkehr mit allem, was er bisher erreicht hat, jedenfalls auch die gesteckten Ziele erreicht hat. Das, was vor uns liegt, bedeutet einen verstärkten Einsatz in all den Dingen, die auch in der Diskussion so deutlich aufgezeigt wurden. Der steirische Fremdenverkehr ist ein Teil des Wirtschaftsgeschehens für unser Land. Er ist aber ebenso ein wichtiger Teil dafür, daß jährlich Hunderttausende von Gästen, die in die Steiermark kommen, als neue Freunde der Steiermark gewonnen werden. Und das, glaube ich, ist genauso viel wert, als der wirtschaftliche Erfolg. Das ist es, was ich mir wünsche. Und jetzt viel Schnee, einen schönen Winter und neuerdings auch einen vollen wirtschaftlichen Erfolg, weil ich glaube, daß damit alles das erreicht ist, was wir uns gemeinsam wünschen: Eine gute Entwicklung für die Steiermark! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der dritte Teil der Gruppe 7 umfaßt die Wirtschaftsförderung.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie wird sich die Wirtschaft in den achtziger Jahren entwickeln? Das ist eine Frage, die letzten Endes nicht nur die Wirtschaft allein interessiert. Nach einer stürmischen Entwicklung der sechziger Jahre bis in die Mitte der siebziger Jahre kam der unerwartete und harte Bruch dieser wirtschaftlichen

Entwicklung. Damit kam auch das Ende des Glaubens an die „Vorherberechenbarkeit und Machbarkeit“ wirtschaftlicher Vorgänge. Dem Vertrauen in die Prognosen ist eine tiefe Skepsis über die Wirtschaftsentwicklung gewichen. Die Verfahren der empirischen Wirtschaftsforschung reichen nicht mehr aus, die zukünftigen Strukturen der Wirtschaft und der Gesellschaft der achtziger Jahre mit einiger Sicherheit vorhersagen zu können. Nicht zuletzt deshalb, weil außerökonomische Elemente, wie Naturschutz, Umweltschutz und Energiekrise hereinspielen, die Vorgänge im Iran und die sich daraus ergebenden Unsicherheiten in der weltweiten Ölversorgung, die Energieverknappung und damit wieder zusammenhängend die Verschlechterung des Wirtschaftsklimas, nicht nur in Österreich, sondern weltweit.

Obwohl es uns gelungen ist, das Inflationsproblem — meiner Ansicht nach allerdings um einen zu hohen Preis für die Exportindustrie — relativ gut in den Griff zu bekommen, lassen die jüngsten Preiserhöhungen auf den Rohstoffmärkten einen erheblichen Preisschub befürchten, verbunden mit allen Gefahren, die sich für die im Gang befindliche marktwirtschaftliche Anpassung ergeben.

Verschärft wird diese Situation durch die Tatsache, daß die Gesamtbevölkerung einerseits zurückgeht, andererseits die Zahl der in den Erwerbsprozeß einzugliedernden Personen in den nächsten Jahren stark ansteigt. Die benötigten neuen Arbeitsplätze setzen aber Investitionen voraus und diese setzen wieder Gewinne voraus, aus denen die notwendigen Investitionen finanziert werden müssen.

Unsere staatliche Wirtschaftspolitik konzentriert sich zu stark auf dirigistische Eingriffe, sie sollte eher versuchen, den unternehmerischen Kräften und der Wirksamkeit der Marktgesetze mehr Spielraum einzuräumen. Angesichts der überwiegend gesunden klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft, sollte sich die Strategie der Wirtschaftspolitik nicht einseitig auf einzelne, spektakuläre und risikoreiche Großprojekte konzentrieren. Ich denke hier insbesondere an die großzügigste Förderung der Ansiedlung der amerikanischen Automobilfirma General Motors in Wien. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Und anderen Bundesländern! Niederösterreich, Burgenland!“ — Landesrat Bammer: „In drei Bundesländern!“) Die Schaffung von 1500 Arbeitsplätzen wird durch eine Subvention von 1,5 Milliarden Schilling gefördert, jeder Arbeitsplatz kostet dem Steuerzahler also 1 Million Schilling. So erscheint mir ein zu spektakuläres Monsterprojekt in einer Zeit, in der durch die weltweite Ölkrise ein Umdenken über das Problem Auto einsetzt und in der die amerikanische Autoindustrie von einer schweren Absatzkrise geschüttelt wird, nicht ganz risikolos. Ich frage mich auch, warum dieses Projekt in Wien, in einem Ballungszentrum, in dem ohnehin ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, gefördert wird? Herr Kollege Brandl hat von den Zusammenhängen der Interessen der einzelnen Länder und den Gesamtinteressen des Bundes gesprochen. Hätte die Bundesregierung in diesem Sinn gehandelt, dann würde dieses Projekt sicher nicht in Wien entstehen. Hier

dürfte eher parteipolitische Solidarität zwischen der Bundesregierung und ihrer Hochburg Wien mit Blickrichtung auf die nächste Wahl maßgebend gewesen sein.

Diese weitere räumliche Konzentration in einem Gebiet, in dem jetzt schon Arbeitskräftemangel herrscht, führt dazu, daß Arbeitskräfte aus den umliegenden Bundesländern täglich oder wöchentlich nach Wien gekarrt werden müssen. Statt alles zu tun, um das schwere Los der Pendler zu erleichtern, wird das genaue Gegenteil gemacht. Ich frage mich, wie das mit einer Raumordnungs- und Strukturpolitik vereinbar ist. Spielt da nicht die Hoffnung mit, durch Zerstörung der gewachsenen Gesellschaftsstruktur im ländlichen Raum in die konservativen Wählerschichten einzudringen?

Vollkommen unverständlich wird mir diese Förderung, wenn jetzt schon vom Einsatz jugoslawischer Arbeitskräfte gesprochen wird. Ich glaube, daß mit 1,5 Milliarden mindestens gleichviel Arbeitsplätze in regional richtigere Standorte hätten geschaffen werden können. Die Pendler hätten die Möglichkeit, in ihrer Region Arbeit zu finden, das Risiko wäre gestreut, es müßte nicht auf Fremdarbeiter zurückgegriffen werden. Allerdings: Regionalpolitische Erwägungen decken sich nicht immer mit parteipolitischen! Die Arbeitsmarktförderung darf sich nicht auf eine Feuerwehrfunktion beschränken, ebensowenig hat sie die Aufgabe, bestimmte Arbeitsplätze um jeden Preis zu erhalten. Sie hat vielmehr jene Arbeitsplätze zu fördern, die in Zukunft ohne weitere Förderung sichere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können.

Förderungsmaßnahmen werden oft mit regionalen Beschäftigungsproblemen begründet, wirken aber oft strukturkonservierend und sind auf längere Sicht ungesund.

Die Strukturpolitik kann nur das Ziel haben, die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen insgesamt an die sich dauernd wechselnden Verhältnisse am Markt zu fördern und die Umstellung soweit wie nötig und soweit wie möglich zu erleichtern. Die Bewältigung der Arbeitsplatzbeschaffung und des Strukturwandels kann nicht durch eine einseitig parteipolitische Wirtschaftspolitik erfolgen, sie erfordert eine Zusammenarbeit auf bundesweiter Ebene.

Abschließend möchte ich feststellen, daß wir eine Wirtschaftspolitik begrüßen würden, die der Wirtschaft den erforderlichen finanziellen Spielraum zur Kapitalbildung, zur Struktur Anpassung und für Investitionen ermöglicht. Dann würden sich auch die meisten Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft erübrigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wimmeler.

Abg. Wimmeler: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Herr Landesrat Dr. Klausner hat sicherlich nicht die Absicht gehabt, ein düsteres Bild der Zukunft der europäischen Wirtschaft zu malen. Er hat in seiner Einleitungsrede aber darauf hingewiesen, daß die

amerikanische Inflation für Amerika eine Rezession erwarten läßt, die sich aber auch auf Europa auswirken wird. Er hat auch sicher recht, wenn er meint, daß die Arbeitsplätze nicht nur durch die Energiekrise gefährdet sind, sondern daß vielmehr die Konkurrenz der Dritten Welt mit ihren niedrigen Lohnkosten uns Sorgen bereitet. Mehr Forschung und bessere Leistung sind in dieser Situation unsere Chance, hat er gemeint. Er meint weiter, jedes österreichische Budget müsse daher mit Blickrichtung auf die Erhaltung der Arbeitsplätze und der Vollbeschäftigung erstellt werden. Das ist schon richtig, aber man darf der österreichischen Wirtschaft, den Groß- und den Kleinbetrieben nicht in anderer Weise Schwierigkeiten bereiten. Es muß zu denken geben, daß es in der Steiermark 1100 Gewerbepensionisten gibt, die Ausgleichszulagenempfänger sind, das heißt, die in ihrer Aktivzeit nicht soviel verdient haben, daß die Mindestrente erreicht wird. Es muß im ganzen Gefüge etwas nicht stimmen, wenn, wie Landesrat Klauser ebenfalls sagte, die Schwierigkeiten des Landes darin liegen, daß die Steigerung der Personalkosten rascher vor sich geht als die Einnahmen steigen. Fragen Sie, meine Damen und Herren, einen Unternehmer, wie sich das zweite Abgabenänderungsgesetz auswirkt. Bei immer mehr Leistung, bei immer mehr Umsatz, wird der Gewinn immer kleiner. Es ist einfach und vor allem auf die Dauer untragbar, daß ein Betriebsmittel wie zum Beispiel mein Kombi, den ich nur für die Werkstatt, für den Betrieb verwenden kann, finanztechnisch nicht viel anders betrachtet wird oder behandelt wird, als eine fast ausschließlich dem Vergnügen dienende Luxusjacht. Es ist leider auch eine Entwicklung gefolgt und gefördert worden, die den Unternehmer im allgemeinen in ein schlechtes Licht rückt, die die Unternehmerleistung herabsetzt, die den Gewinn eines Unternehmers als Profit verteuert. Wer die These „Gegen Gewinn — für Arbeitsplätze“ aufgestellt und verbreitet hat, hat der österreichischen Wirtschaft meiner Meinung nach keinen guten Dienst erwiesen, denn eines, meine Damen und Herren, ist sicher: Auf die Dauer kann nur der Unternehmer oder jenes Unternehmen Arbeitsplätze schaffen und erhalten, der oder das Gewinn erzielt. Gewinn ist doch das Maß des Erfolges. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, bekennen wir uns dazu, daß der soziale Besitzstand der Dienstnehmer nicht gefährdet werden darf. Bedenken wir aber, daß dies nur möglich ist, wenn der Wirtschaftstreibende, der Unternehmer selbst, davon nicht ausgeschlossen ist. Der Unternehmer ist ein Garant für den sozialen Standard. Gerade im Hinblick darauf muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es dem Gesetzgeber und jedem Gesetzgeber selbstverständlich gegeben ist, Gesetze zu schaffen oder zu ändern, durch die für die Zukunft etwas geregelt wird. Nicht legitim aber ist es, rückwirkend jemandem das wegzunehmen, was er sich ehrlich verdient hat. Stellen Sie sich bitte einen Friseur vor, der seinem langjährigen Dienstnehmer beim Übertritt in die Pension eine Abfertigung zahlen muß. Er hat seinen Verdienst, seinen Gewinn jahrzehntelang nach den gegebenen Umständen einrichten können. Nun muß er plötzlich Leistungen erbringen, die er nie kalkulieren konnte und die er

auch nie mehr kalkulieren kann. Sie gehen daher zu Lasten seiner Substanz und verringern seinen sozialen Besitzstand. Damit aber kein Irrtum entsteht: Wir bekennen uns selbstverständlich und schon lange zur Arbeiterabfertigung, aber wir brauchen Maßnahmen, diese ohne Substanzverlust gewähren zu können. Dem einen etwas zu nehmen und es dem anderen zu geben, ist eine zu einfache Formel.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß 90 Prozent aller Betriebe in Österreich weniger als zehn Dienstnehmer beschäftigen, daß aber zwei Drittel aller Arbeitsplätze in solchen Betrieben bestehen. Die weit verbreitete Auffassung, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze nur der Großbetrieb gewährleistet, ist schon durch diese Betrachtung widerlegt. Sie wurde aber besonders augenfällig in den Jahren der Rezession widerlegt, wo es gerade diese Klein- und Mittelbetriebe gewesen sind, die nicht selten durch persönliche Opfer der Wirtschaftstreibenden die Arbeitsplätze erhalten haben.

Es ist zu begrüßen, daß die Steiermark zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie beträchtliche Summen ausgibt, die sich in dieser Gruppe, die hier zur Behandlung steht, niederschlagen. Das Mittelstandsförderungsgesetz, das Industrieförderungsgesetz, das Jungunternehmerförderungsgesetz sind die gesetzlichen Grundlagen hierfür. Aber was nützen diese schönen Gesetze, wenn der soziale Besitzstand des Unternehmers immer mehr abgebaut wird. Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung, in den letzten Tagen beschlossen, Tarif- und Gebührenerhöhungen und ähnliches. Man hört von einer Kammerumlage in einem neuen Handelskammergesetz, quasi als Selbsthilfeorganisation für Kleinbetriebe zur Bewältigung der Arbeiterabfertigung. Groteskerweise soll diese Bemessungsgrundlage für diese neue Kammerumlage nicht mehr die Gewerbesteuer, sondern die Lohnsummensteuer sein, wie man überhaupt daran denkt, die gesamte Gewerbesteuer auf die Lohnsummensteuer umzulegen, anstatt sie ja als nicht mehr zeitgemäße Steuer abzuschaffen. Ich sagte groteskerweise, weil damit die Lohnsummensteuer immer mehr zu einer Arbeitsplatzsteuer wird. Man kann sich, meine Damen und Herren, auch des Gefühls nicht erwehren, daß die Förderung von Großbetrieben im größeren Ausmaß vorgenommen wird als die der kleinen und mittleren Betriebe, für die nach wie vor die Gefahr besteht, daß sie zwischen den Mühlsteinen der Genossenschaften und der Großen überhaupt zerrieben werden. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß es recht und billig wäre, wenn der gleiche Betrag, der zur Förderung von Großunternehmen aufgewendet wird, auch für Klein- und Mittelbetriebe ausgegeben wird, wie überhaupt auf die bodenständigen Firmen besonders Bedacht genommen werden sollte, denn ich glaube, 1000 Arbeiter in 500 Unternehmen sind mindestens so sicher wie 1000 in einem Betrieb.

Nicht nur in der direkten Förderung, meine Damen und Herren, soll man an die Kleinbetriebe denken. Schon bei der Ausschreibung und bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen könnte

einiges in dieser Richtung verbessert werden. Immer wieder zeigt sich, daß durch Ausschreibung und Vergabe an Generalunternehmer kleinere Betriebe zu Schaden kommen. Den Wettbewerb mit der Dritten Welt, von dem ich schon gesprochen habe, wird man nur begegnen können mit unserem Geist, mit unserer Leistungsfähigkeit und mit unserer Bildung. Das heißt meiner Meinung nach aber auch, daß vermehrte Mittel für die Forschung bereitgestellt werden müssen und daß die Forschung nicht nur auf Großbetriebe beschränkt werden darf, sondern daß Wege gesucht werden müssen, auch Klein- und Mittelbetriebe in die Forschung miteinzubeziehen.

Meine Damen und Herren, am Gewerkschaftstag der Metallarbeiter wurde auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung infolge Einsatz von Mikroprozessoren aufgeworfen. Auch hier stimme ich mit Herrn Landesrat Dr. Klauser überein, daß eine generelle Arbeitszeitverkürzung aus diesem Grund wohl nicht möglich sein wird. Man braucht sich ja nur zu fragen, ob mit Hilfe solcher Mikroprozessoren der Tapezierer die Tapeten schneller an die Wand kleben kann, ob das Brot schneller gebacken wird, ob der Beamte schneller arbeiten kann oder ob der Arzt vielleicht noch schneller als bisher eine Untersuchung vornehmen kann. Es kann eben Arbeitszeit meiner Meinung nach nicht einfach gleichgesetzt werden, unabhängig davon, was der einzelne tut.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren: Ziel jeder Förderung soll es sein, gesunde und zukunfts-trächtige Betriebe zu fördern. Sie sind der beste Garant für sichere Arbeitsplätze und damit für die Wahrung des sozialen Besitzstandes aller. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marczik.

Abg. Marczik: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Herr Kollege Pfohl hat in einer allgemeinen „Tour de horizon“ über die Wirtschaftslage gesprochen und auch die Probleme der Industrie behandelt. Ich möchte nun doch einige Worte zur verstaatlichten Industrie sagen und hier wieder spezialisiert mehr oder minder auf unseren Raum und spezialisiert auch auf die Vereinigten Edelstahlwerke. Zunächst aber, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, ein paar Worte zur Entwicklung auf dem Weltstahlmarkt zu sagen, wie wir das in dieser Form in der letzten Zeit erleben konnten. Wir können feststellen, meine Damen und Herren, daß gerade im Jahre 1978 mit einer Erzeugung von 714 Millionen Tonnen ein neuer Höhepunkt in der Weltstahlerzeugung erreicht wurde, einer Erzeugung, die höher liegt als selbst die des großartigen Hochkonjunkturjahres 1974. Meine Damen und Herren, die Experten sagen uns voraus, daß diese Weltstahlerzeugung etwa bis zum Jahre 2000 das Doppelte erreicht haben wird, nämlich 1400 Tonnen. Das ist ungeheuer viel! Und nun, meine Damen und Herren, hat sich aber trotzdem etwas stark verändert, nämlich der Anteil der Entwicklungsländer im

Gegensatz zu der Erzeugung und Produktion der westlichen Industriestaaten. Wenn wir zum Beispiel das Jahr 1950 nehmen, so war damals der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltstahlerzeugung 1 Prozent, das waren 2 Millionen Tonnen. 1978 waren es bereits 7 Prozent, das sind 50 Millionen Tonnen. Meine Damen und Herren, auch hier sagen uns die Experten bereits für das Jahr 2000 eine Erzeugungsmenge durch die Entwicklungsländer von 350 Millionen Tonnen voraus, das bedeutet, im Jahr 2000 werden etwa 25 Prozent der Gesamtweltstahlmenge durch die Entwicklungsländer erzeugt werden. Wenn Sie nun die westlichen Industriestaaten dazu in Vergleich ziehen, so merken Sie, daß noch im Jahre 1950 etwa der Anteil der Stahlerzeugung der westlichen Industriestaaten bei 79 Prozent lag, 1978 aber wesentlich geringer war, nämlich nur mehr 59 Prozent. Sie sehen also, daß sich hier eine Verschiebung ergibt, die wirklich ungeheuer ist.

Nun, meine Damen und Herren, zu dieser allgemeinen Lage aber nun ein Wort auch speziell zu den Vereinigten Edelstahlwerken! Hier sieht die Lage nun so aus, daß der gesamte VEW-Konzern 1978 einen Umsatz von 14,4 Milliarden erreichte, während die VEW-AG 9,4 Milliarden Schilling — das bedeutet, meine Damen und Herren, eine ungeheure Umsatzsumme, bedeutet aber auch, wenn wir es näher überprüfen, daß die Jahre 1975, 1976, 1977 an sich sehr starke Verlustjahre waren und daß voriges Jahr, 1978, wohl die Spitze des Verlustes überhaupt, mit 731 Millionen Schilling gegeben war. Nur durch die Auflösung der Rücklagen konnte — wenn Sie wollen — eine Bilanzsumme von 375 Millionen erreicht werden. Das heißt, aber nun sind die Rücklagen aufgebraucht und für das heurige Jahr werden neuerlich gewaltige — das muß ich betonen — beachtliche Verlustsummen zu schreiben sein, obgleich sowohl der Umsatz angestiegen und auch die Produktion angestiegen sind. Ja, es ist noch etwas angestiegen, was an sich erfreulich ist: Es ist die Ertragslage erstmalig echt verbessert worden, meine Damen und Herren. Und diese verbesserte Ertragslage wäre an sich dazu angetan, langsam und leise eine Konsolidierung einzuleiten. Aber bitte, auch hier ein kleines Aber, nämlich die verbilligten Rohstoffe einerseits, die in den Entwicklungsländern sind, genauso wie die verbilligten Lohnkosten usw., und bei uns hier wiederum die verteuerten Lohnkosten und andererseits, meine Damen und Herren, auch die Schillingaufwertung haben es mit sich gebracht, daß diese Ertragslage reduziert wurde bei den VEW.

Nun im speziellen auch ein Wort im Vergleich dazu etwa zu einem Werk, das gerade in unserer Region heraussticht, nämlich das VOEST-Alpine-Werk Zeltweg. Meine Damen und Herren, das ist sicher einer der großartigsten Lichtblicke überhaupt in der Industrie, das ist gar keine Frage. Wenn ich Ihnen sage, daß wir heuer allein, das heißt im heurigen Jahr oder zumindest Ende des vorigen Jahres waren es ja bereits 1,8 Milliarden Schilling, die hier umgesetzt wurden, nur in diesem einzigen Zeltwegwerk; das ist, glaube ich, sehr sehr viel. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus um

400 Millionen. Das ist ungeheuer viel! Wenn Sie sich diese Entwicklung dort ansehen, dann ist es eine absolut positive, sowohl im Hinblick auf den Weltbergbau als auch auf die Welteisenbahn. Das heißt, diese Entwicklung in den Industrieländern und auch in den Entwicklungsländern hat dazu geführt, daß hier eine echte Ausweitung erfolgt ist. Nun, meine Damen und Herren, das bedeutet aber auch für die Zukunft, daß durch das gesammelte „Know how“ aller Mitarbeiter — wenn ich sagen darf — durch die modernen Einrichtungen für die Finalproduktion und auch durch ein wirklich großartiges Teamwork eine weitere Aufwärtsentwicklung in diesem Werk gegeben sein wird. Nun zur VEW selbst, — hier sieht es natürlich etwas anders aus. Hier nun ein Wort zu Judenburg selbst. Meine Damen und Herren, es hat der Kollege Brandl, der Generalredner der SPO, heuer hier gesagt, er hat mich direkt angesprochen und hat unter anderem gesagt, ich würde ihm etwas zu dramatisch und etwas zu laut diese Dinge vortragen. Nun, ich weiß nicht, wenn in St. Sebastian etwas los wäre, wie lautstark der Herr Kollege Brandl sich dieser Dinge annehmen würde. Ich bin also wirklich der Meinung und glaube auch, daß er es nicht böse gemeint hat, nur eines möchte ich schon sagen, wenn man in einer Region und in einem Ort lebt, dann möge man bitte doch von außen das nicht anders beurteilen und sagen, der beurteilt das so oder spricht auf irgendeine dramatische Art, sondern das ist uns allein ein Herzensanliegen, dem Kollegen Sponer genau so wie mir. Und eines sage ich Ihnen auch, sollte in Judenburg irgend etwas noch zu retten sein, dann ist es auch keine Frage, meine Damen und Herren, dann war es und ist es diese Geschlossenheit der Judenburger, ja der gesamten Bevölkerung, die in Solidarität hinter den Betriebsräten steht, die einfach nicht zuläßt, daß es der Weisheit letzter Schluß sein soll, zuzusperren! Das ist ein Anliegen aller Judenburger und hier werden wir das auch durchstehen und durchhalten.

Nur jetzt möchte ich doch auch einige kritische Anmerkungen machen: Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen — Sie konnten es im Fernsehen hören und sehen und in der Zeitung lesen — hat es geheißt, man hätte sich nun darauf geeinigt, bei 1500 so quasi, den Belegschaftsstand zu halten. Ich sage Ihnen folgendes: Ich möchte das nicht anzweifeln, ja ich möchte Ihnen sagen, die Zahl schockiert mich nicht. Im Gegenteil, sie würde mich, wenn Sie wollen, als einen, der sich immer damit befaßt, sehr befriedigen, ja sehr befriedigen, denn mit dem natürlichen Abgang usw. ließe sich das ausgleichen! Wenn 1500 Leute bei uns im VEW-Werk bleiben, dann wäre das an sich eine sehr positive Geschichte. Aber nun, bitte, kommt das „Aber“. Ich hoffe, das möchte auch ich hier, am heutigen Tag sagen, ich hoffe, daß es dazu kommt und daß es dabei bleibt! Wenn man aber mißtrauisch ist, und gebrannte Kinder sind mißtrauisch, dann möge man mir das auch nicht verargen. Ich bin, und ich nehme mir das Recht heraus, mißtrauisch. Denn als die Fusionierung der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie überhaupt begonnen hat, meine Damen und Herren, gab es damals, um den Linzern die Fusionierung schmackhaft zu

machen, das Versprechen des Herrn Bundeskanzlers von 2 Milliarden Schilling. Ich kann Ihnen nunmehr sagen, bis heute ist davon, vom Budget her, ich sage dies ausdrücklich, kein einziger Groschen eingetroffen, sondern die verstaatlichte Industrie hat die Erlaubnis bekommen, auf dem Weg der Verschuldung, also auf dem Geldmarkt selbst, diese Dinge aufzunehmen und aufzutreiben. Das ist die Wahrheit! Das zweite, meine Damen und Herren: Der Herr Bundeskanzler war mehrmals in Judenburg, das ist sicher in Ordnung, er ist ja auch letzten Endes der Eigentümervertreter, nur weiß ich hier auch nicht ganz genau, und es ist sehr eigenartig für mich, warum das so dargestellt wird, als wenn seine „Majestät“ da eine besondere Reise unternehme und wie großartig das ist, daß er überhaupt hinkommt! Ja, ich bitte schön, wenn er Eigentümervertreter ist, dann ist es ja seine Pflicht hinzugehen! Der dauernde Hinweis, es sei in Lothringen oder wo anders nicht so gewesen, meine sehr Verehrten, ja das ist aber wirklich eine eigenartige Auffassung! Vor allem von einer sozialdemokratischen Politik! Ist es wirklich schon so weit, wie viele sagen, daß es ganz eigenartig ist, daß sich der Herr SPO-Bundeskanzler, als Eigentümervertreter, den Arbeitern nähert? Ich muß das wirklich so auffassen. Da kann ich nur fragen: Was soll das, bitte schön, bedeuten? Das kann doch nicht so sein, denn das ist ja seine Verpflichtung meiner Meinung nach! Und nun, meine Damen und Herren, dann kam er auch vor den Nationalratswahlen und hat den Bestand des Werkes zunächst prolongiert auf neun Monate. Die neun Monate sind bald vorbei! Dann hat der Herr Landeshauptmann ihm einen Brief geschrieben, ja mehrere Briefe geschrieben und diese urgiert. Es haben sich auch andere eingesetzt, das möchte ich überhaupt nicht abstreiten. Nur, bitte schön, wie war denn die Reaktion, meine Damen und Herren? Die Reaktion war dann so, daß gesagt wurde, es werde in Bälde ein Ersatz kommen. Meine sehr Verehrten, die „Bälde“ ist zumindest schon vorbei! Solange kann die „Bälde“ gar nicht sein. Von einem Ersatz aber ist keine Rede! Und nun hat man diese Situation auf zwei Jahre prolongiert. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, jeder Tag ist für uns ein Gewinn, gar keine Frage, weil wir doch hoffen, daß wir in der Zwischenzeit irgendwo einen Ersatz herbekommen. Nur, diese zwei Jahre allein sind es nicht. Interessant ist es wirklich nur dann, wenn wir in dieser Zwischenzeit echte Ersatzproduktion in das Werk bekommen und wenn Sie wollen, zusätzlich, damit unsere Jugend eine Chance hat, auch in unserer Region. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, und auch hier wage ich Zweifel anzumelden. Ich brauche ja nur die Zeitungen zu lesen. Da steht unter anderem drinnen: „Wir werden uns bemühen, Ersatzproduktionen in das Werk zu bekommen.“ Ich kann Ihnen sagen, bis heute — wahrscheinlich ist das alles eine Geheimdiplomatie und Strategie — weiß keiner, an welche Ersatzproduktionen hier gedacht ist. Niemand weiß das! Angeblich darf man darüber auch nicht reden! Zum zweiten, es wird gesagt, es kommen zusätzliche Betriebe hin. Darüber darf man auch nicht reden! Also auch darüber weiß keiner etwas Genaues, aber es wird halt prolongiert! Und

zum dritten und letzten, meine sehr Verehrten, wird gesagt, das ist gar keine Frage, das ganze wird schon gehen, es wird schon irgend etwas passieren, im positiven Sinn, wir werden es schon versuchen! Ich muß Ihnen auch zur Nummer drei sagen: In welcher Form diese Versuche liegen, weiß ich nicht. Es wird leichtfertig gesagt: „Gependelt wird nicht!“ Das heißt einerseits, es braucht kein einziger zu pendeln und ein paar Zeilen weiter steht dann zu lesen: „... sollte aber gependelt werden, dann nur eine ganz kleine Strecke.“ Jetzt frage ich mich aber als einer, der sich in der Obersteiermark doch ein bißchen auskennt, erstens wie weit ist diese kleine Strecke und bitte, wohin will man dann pendeln, wenn man gleichzeitig sagt, 40 Kilometer seien zu weit? Jetzt frage ich Sie, wohin? In Zeltweg sagt man, wunderbar, wir sind solidarisch, nur aufnehmen können wir niemand! In Donawitz, wo es derzeit, Gott sei Dank, großartig aufwärts geht und auch herrliche Investitionen getätigt wurden, sagt man, Judenburger können wir keinen einzigen aufnehmen! Ich bitte, im ganzen Umkreis können Sie jetzt schauen und ich lasse mich gerne belehren, wo hier in einem 40-Kilometer-Umkreis irgend ein Werk ist, wo unsere Leute dann, wenn es sein müßte, hinpendeln können. (Abg. Aichhofer: „Bis Wiener Neustadt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Beruhigung!“) Das ist viel weiter! Alle diese Dinge. Ich möchte es trotzdem sehr ernst nehmen und hoffen, daß es zu keinem Pendeln kommt. Ich hoffe, daß wir alles Notwendige bekommen. Aber, meine sehr Verehrten, auch in dieser vorweihnachtlichen Zeit ist außer Hoffnung derzeit etwas Konkretes nicht vorhanden. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist nicht sehr beruhigend!“) Ich würde mich freuen, wenn der Herr Kollege Brandl, der ja Spezialist für die verstaatlichte Industrie ist, das hat er mir ja schon bei seiner Generalrede gesagt, daß ich ihm das zu dramatisch vortrage, ich hoffe, ich höre es heute von dir, wo unsere Leute hinkommen. (Abg. Dr. Dorfer: „Vielleicht hören wir es heute noch!“) Ich bin für jeden Hinweis dankbar. Bisher haben wir es jedenfalls nicht gehört.

Ich möchte daher abschließend noch einmal sagen: 1500 Leute, das wäre zu begrüßen und wir wären froh. Ich bekenne mich dazu, großartig! Ich möchte aber wirklich herzlich bitten, uns auch endlich einmal die Gewißheit zu geben, wer kommt, was kommt, und vor allem, wann etwas kommt. Das sind die Umstände des Ortes, die Umstände der Zeit und die Umstände der Art und Weise der Industriepolitik! Nur in der sozialistischen Industriepolitik scheinen alle diese Faktoren Geheimnisse zu sein! Ich hoffe, daß es keine mehr sind und daß die Judenburger endlich wirklich zu einer Ruhe kommen, daß unsere Wirtschaft im gesamten endlich aufatmen kann und daß vor allem die Sicherheit der Betroffenen gegeben ist. Wenn dem so sein sollte, meine sehr Verehrten, dann werde auch ich zwar nicht „Hurra“ schreien, aber gerne und offenen Herzens sagen, endlich einmal scheint das Judenburger Problem, bei dem alle zusammengehalten haben, geregelt zu sein! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

(Abg. Dr. Dorfer: „Jetzt werden wir es hören!“)

Abg. Sponer: Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn der Kollege Dorfer glaubt, jetzt wird er es hören, dann kann ich ihn überzeugen, er wird es sicherlich hören. Meine Damen und Herren, zum Witzeln ist mir die Sache zu ernst, möchte ich vorausschicken, und ich möchte noch etwas vorausschicken: In den letzten Monaten wurde wiederholt in diesem Haus, von dieser Stelle zu diesem Problem Stellung genommen. Es wurden ausführliche Diskussionen geführt, und es hat leider in der letzten Zeit bei manchen auch schon den Eindruck erweckt, und ich glaube, da geht es dem Kollegen Marczik genauso wie mir, daß die Frage an uns gerichtet wurde: „Ja, sagt einmal, habt Ihr nur das Problem Judenburg oder gibt es andere Probleme für euch überhaupt nicht? (Abg. Dr. Dorfer: „Die wird es sicher auch geben!“) Wenn Ihr redet, dann redet Ihr immer zu Judenburg.“ Meine Damen und Herren, ich möchte das damit begründen, und zwar so, daß gerade dieses Problem, unter Anführungszeichen möchte ich das Wort Problem stellen, daß dieses Problem Judenburg entstanden ist. Und zwar genauso, wie es in Judenburg passierte, kann es morgen oder übermorgen in einem anderen Betrieb, in einer anderen Stadt, in einer anderen Region sein. Das ist ja nicht durch einen Zufall gekommen und das ist ja nicht deshalb gekommen, weil der oberste Chef als Eigentümer, der Bundeskanzler, sich vorgestellt hat, da sperren wir zu, sondern im Gegenteil, seine Mitarbeiter, seine verantwortlichen Herren in den zuständigen Gremien haben versucht, zum Teil durch unwahre Darstellung der Situation dem Bundeskanzler klarzumachen, daß in Judenburg ein Betrieb ist, der nur defizitär arbeitet und der geschlossen werden muß. Daß es bis heute zu keiner Schließung gekommen ist, daß es bis heute zu keiner Entlassung gekommen ist, das ist, meine Damen und Herren, in erster Linie dem Zentralbetriebsrat und den örtlichen Betriebsratsobmännern mit ihren Funktionären zu danken, nämlich deshalb, weil es gelungen ist, noch rechtzeitig den Herrn Bundeskanzler davon zu überzeugen, daß er falsch informiert wurde. (Abg. Marczik: „Herr Kollege Sponer, einen einzigen Zwischenruf bitte: Wer hat das letzte Mal in Müzzuschlag von einem defizitären Betrieb gesprochen, mit dem nichts anzufangen sei? Direktor Steinbauer gehört nicht zu unserer Seite!“) Kollege Marczik, ich wiederhole das, was ich hier schon einmal gesagt habe: Ob es der Generaldirektor Bayer ist oder ob es ein Vorstandsmitglied Steinbauer oder wie er sonst heißen möge, ist, der solche Aussagen tätigt und sich gegen das Werk in Judenburg stellt, ich akzeptiere das nicht, wo er auch hingehört, sondern ich verurteile jeden, egal wo er steht, wenn er solche Aussagen oder Handlungen tätigt.

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, es wäre ungerecht und nicht richtig, wenn man heute einen Schuldigen sucht, der am wenigsten dafür kann. Im Gegenteil, dem es zu danken ist, daß es heute in Judenburg noch voll läuft. Und, Kollege

Marczik, da sind wir sicherlich nicht einer Meinung, wenn du also dem Bundeskanzler die Schuld gibst. Ich glaube, es ist deshalb ungerecht, denn der Bundeskanzler hat seine sogenannten Fachleute, die ihn ja beraten sollen, für das werden sie bezahlt und gar nicht einmal schlecht, die also ein Pensum von Arbeit zu erledigen haben. Sicherlich, als verantwortlicher Eigentümer wird er genannt. Und ich glaube, es ist deshalb ungerecht, denn ich kann ja auch nicht den Herrn Landeshauptmann für etwas verantwortlich machen, obwohl er vom Gesetz her und von der Verfassung her im Endeffekt verantwortlich ist, aber auch er und viele andere auch haben ihre zuständigen Mitarbeiter, auf die man sich verlassen soll. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber ausreden soll man sich nicht auf sie! Man soll sich darauf verlassen können! Der Bundeskanzler ist dafür verantwortlich!“) Kollege Dr. Dorfer, ich könnte ja ähnliche Beispiele auch bringen, aber ich tue es nicht, weil es ungerechtfertigt wäre. Das gleiche, was man hier in Anspruch nimmt, möchte ich von dieser Stelle aus für den Herrn Bundeskanzler in Anspruch nehmen, und ich glaube, es wird vom überwiegenden Teil, vor allen Dingen von der Bevölkerung ja auch akzeptiert. Meine Damen und Herren, ich glaube schon, denn sonst hätte es am 6. Mai ein anderes Ergebnis bei der Nationalratswahl gegeben. (Abg. Marczik: „Das ist sehr hochmütig!“)

Aber, meine Damen und Herren, noch etwas muß ich sagen, was noch nie da war in der Zweiten Republik, was vielleicht heute als Selbstverständlichkeit hingestellt wird, es ist aber keine Selbstverständlichkeit — nämlich, daß ein Bundeskanzler sich einer Betriebsversammlung stellt. Und Sie können mir nicht nachweisen, meine Damen und Herren, daß es in der Zweiten Republik bis zum 20. April dieses Jahres einmal üblich war oder einmal vorgekommen ist, daß sich ein Bundeskanzler direkt in einer Betriebsversammlung zu einem sicherlich nicht angenehmem Problem stellt. Bundeskanzler Kreisky hat es am 20. April in Judenburg gemacht, obwohl auch manche geglaubt haben, da wird etwas passieren, da wird es einen Wirbel geben. Nichts dergleichen ist eingetreten, und was seine Versprechungen, die er bei dieser Betriebsversammlung getätigt hatte, betrifft, meine Damen und Herren, so war es das wichtigste, daß er einmal festgestellt hat, nachdem es noch sehr viele Unbekannte zu diesem Zeitpunkt gegeben hat und natürlich leider auch noch sehr viele Unbekannte zum jetzigen Zeitpunkt gibt, wo er sich verbürgt und gesagt hat, daß bis zum Ende dieses Jahres in Judenburg niemand abgebaut wird und niemand seinen Arbeitsplatz verliert. Meine Damen und Herren, wenn wir uns die Entwicklung in dem Werk bis zum heutigen Tage ansehen, so wissen wir, daß viel Arbeit in diesem Betrieb vorhanden war und ist, aber leider zu wenig Arbeiter, die diese Arbeit vollbringen können. Das heißt, meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat bis zu dem Zeitpunkt und sicherlich bis zum Ende dieses Jahres Wort gehalten. Und wenn jetzt am vergangenen Dienstag der Herr Bundeskanzler wieder erklärt hat — und das wieder im Beisein des Zentralbetriebsrates, der Betriebsratsobmänner und einiger

zuständiger Herren des Vorstandes, wenn also der Herr Bundeskanzler erklärt hat, in den nächsten zwei Jahren muß in Judenburg die Produktion umgestellt werden, das ist die erste Zahl, daß also für 1500 Arbeiter und Angestellte die Arbeitsplätze gesichert sind, so darf ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß der Herr Bundeskanzler — ich wiederhole das vor allen Dingen jetzt mit Stolz — der einzige war, der es bisher verhindert hat, daß in diesem Werk etwas geschlossen wurde, ein Betrieb, daß ein Arbeitnehmer abgebaut wurde. Wir konnten uns bisher auf ihn verlassen, und, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, wir sind überzeugt und glauben, daß wir uns auch in der Zukunft auf die Aussagen und Zusagen des Herrn Bundeskanzlers verlassen können. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Marczik: „Herr Kollege Sponer, das ist unrichtig! Es wurde heuer im Oktober gesagt, daß sofort ein Ersatz kommt! Es ist nett von dir, wenn du deinen Chef verteidigst, aber das stimmt ja nicht!“) Kollege Marczik, ich brauche ihn nicht zu verteidigen, ich muß nur die Tatsachen hernehmen; was hätte noch kommen sollen, die hätten im Werk gar nichts mehr nehmen können, nachdem sie nicht einmal in der Lage sind, die Aufträge, die momentan vorhanden sind, zeitgerecht auszuführen, weil die Leute fehlen. Warum die Leute fehlen, haben wir bei der letzten Sitzung besprochen, weil der Vorstand nicht bereit ist, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Aber, meine Damen und Herren, ich wollte an diesen Worten nur demonstrieren (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Kollege, der Bundeskanzler hat schon öfter sein Wort nicht gehalten!“), meine Damen und Herren, ich wollte mit dieser Darstellung nur demonstrieren ... (Abg. Zinkanell: „Das ist unerhört!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eine unerhörte Unterstellung!“)

Präsident: Ich bitte den Redner, fortzufahren!

(Abg. Dr. Dorfer: „Er hat doch schon öfter einen Schmah gerissen, das war nicht das erste Mal!“)

Abg. Sponer: Meine Damen und Herren! Mit dieser Darstellung wollte ich nur demonstrieren, wie rasch und wie schnell es geht, einen Betrieb in einem Ort, in einer Stadt, in einer Region, wenn die falschen Kräfte am Werk sind, lahmzulegen. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist eine Anklage gegen die Bundesregierung!“) Und ich wiederhole nochmals: Was in den letzten Monaten in Judenburg und in der Region passiert ist, das kann morgen oder übermorgen woanders passieren. Und, meine Damen und Herren, es geht hier nicht um irgend etwas, sondern hier geht es um Menschen mit ihren Familien, die um ihre Existenz bangen und die um ihre Existenz kämpfen. Ich möchte von dieser Stelle aus auch allen, die Solidarität gezeigt haben in der letzten Zeit, im Namen der Judenburger herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, egal, wann und wo in unserem Lande ähnliche oder solche Probleme sich zeigen oder ereignen, egal, ob es in der Metallindustrie ist, ob es bei den Bauarbeitern ist, in der

Holzindustrie oder in irgendeinem anderen Betriebszweig — ich wiederhole noch einmal —, egal, wann und wo, so soll uns das Beispiel, gerade wie es in Judenburg in den letzten Monaten war, zeigen, aber vor allen Dingen verpflichten, daß jeder von uns — wann und wo er die Möglichkeit hat — sich dafür einsetzt, damit eben solche Fälle in Zukunft vermieden beziehungsweise verhindert werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Harmtodt.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Aussage von Herrn Landesrat Dr. Klausner, der sagte, daß man Betriebe vorwiegend in den Industriezonen Mürz-Mur-Furche ansiedeln und fördern solle, kann ich nicht bestätigen. (Abg. Brandl: „Das hat er nicht gesagt!“) Aber auch der Hauptsprecher der SPO, Kollege Brandl, sagte aus, daß man den Ausbau der Schnellstraße Mürz-Mur-Furche vorrangig behandeln müßte. (Abg. Brandl: „Das ist richtig!“ — Abg. Dr. Horvatek: „Sind Sie dagegen?“) Hoffentlich bedeutet das nicht, daß die Südauto-bahn einen Nachrang haben müßte. Auch andere Sprecher haben sich für die wirtschaftlichen Impulse der obersteirischen Regionen ausgesprochen. Ich habe keine Neidkomplexe. Ich weiß auch, daß die wirtschaftliche Belebung überall, meine sehr geehrten Damen und Herren, notwendig ist. Meine Ausführungen werden sich daher heute auf die oststeirische Region beziehen. Wenn ich heute über die Wirtschaft der oststeirischen Region spreche, so brauche ich nur die Steuerkraftkopfquote heranziehen, die sehr deutlich das wahre Bild der wirtschaftlichen Situation unseres Raumes aufzeigt. Mit einer Quote von unter 3000 Schilling rangieren die Bezirke Radkersburg, Feldbach und Hartberg an allerletzter Stelle. Alle übrigen Bezirke liegen über 3000 Schilling, wobei die Stadt Graz, wenn ich sie mit einem Bezirk vergleiche, mit 6343 Schilling an höchster Stelle liegt, wobei einzelne Gemeinden noch wesentlich höher liegen. So beträgt die Steuerkraftkopfquote des Bezirkes Radkersburg 2801, für den Bezirk Feldbach beträgt sie 2883 und für den Bezirk Hartberg 2894 Schilling. Man kann also klar und deutlich erkennen, daß in diesen Bezirken der Wohlstand noch nicht den Anschluß an die übrige Steiermark finden konnte. Wenn man im Bezirk Feldbach noch die Stadt Feldbach ausklammert, so liegt der Bezirk mit Abstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, an letzter Stelle. Die Stadt Feldbach hat in Verbindung mit der schlechten Wirtschaftspolitik meines Vorgängers so große Schwierigkeiten gehabt, daß sie nicht einmal in der Lage war, ohne Unterstützung des Landes ihren Zinsenverpflichtungen nachzukommen, ganz zu schweigen von Rückzahlungen, die ebenfalls notwendig waren. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das haben Sie schon gemeinsam beschlossen!“) Und das bedeutet, daß die Stadt Feldbach, auch wenn sie

nichts investiert hätte, ja nicht einmal einen Nagel gekauft hätte, von Jahr zu Jahr tiefer in die Schulden gekommen wäre. Dieser Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist zu verurteilen. Ich glaube, daß die SPO auch diesem Weg nicht ihre Zustimmung gibt. Das Land mußte uns unterstützen, aber auch wir haben ein Sanierungs- und Wirtschaftskonzept ausgearbeitet, und dadurch war es möglich, daß Feldbach eine bessere wirtschaftliche Entwicklung genommen hat als der übrige Bezirk. Es ist nicht möglich, nur mit Hilfe des Landes zu wirtschaften, aber in schwierigen Situationen braucht sowohl eine Gemeinde als auch eine benachteiligte Region eine Hilfe von außen. Bei meinem Amtsantritt als Bürgermeister vor etwa fünf Jahren hatten wir schon eine verhältnismäßig hohe Steuerkraftkopfquote, und heute, nach fünf Jahren, konnten wir diese Quote fast um 100 Prozent erhöhen; das bedeutet, daß wir mit der Zunahme von allen Städten in Österreich an erster Stelle liegen. So erfreulich das für die Stadt Feldbach und für mich als Bürgermeister ist, um so trauriger ist es aber auch für unseren Bezirk. Die Stadt Feldbach hat zwei Rekorde zu verzeichnen. Einmal hat sie die erfreuliche höchste Steuerkraftkopfquote aller Städte in Steiermark und andererseits ist sie mit Abstand, und das innerhalb von fünf Jahren, die höchstverschuldetste Gemeinde von ganz Steiermark.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zurück zu unserem Bezirk. Wo liegen nun die Ursachen für diese verhältnismäßig schlechte Lage? In Verbindung mit der Erstellung eines Entwurfes für ein Wirtschaftskonzept des Bezirkes Feldbach konnte man drei Hauptfaktoren für das schlechte Ergebnis feststellen. Erstens die vielen Nebenerwerbsbauern. Allein im Bezirk Feldbach gibt es zirka 5000. Zweitens die vielen Auspendler dieses Bezirkes. Mehr als zehn Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Beschäftigten fahren täglich allein nach Graz zur Arbeit. Und drittens der verhältnismäßig schwache Fremdenverkehr in den Bezirken Radkersburg und Feldbach, mit Ausnahme von Bad Gleichenberg und einigen Orten und auch der Tagesurlaube. Die zweite Frage lautet nun, wie könnte man diese Situation verbessern. Meiner Meinung nach müßte man für die gesamte Region ein Wirtschaftskonzept ausarbeiten, aber vor allem müßte man die Infrastruktur wesentlich verbessern, die hier im Bezirk Feldbach und in großen Bereichen der oststeirischen Region mit Abstand an letzter Stelle liegt. Zusätzliche Investitionen, Betriebsgründungen, und hier denke ich an kleinere Betriebe, aber vor allem die Unterstützung der heimischen mittelständischen Betriebe müßten besonders forciert werden. Gerade diese Betriebe könnten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und auch sichern. Großkonzerne, meist Ausländer, das haben wir heute schon mehrmals gehört, bekommen, wie zum Beispiel eine Autofabrik in Wien, wo es sowieso schon genug Arbeitsplätze gibt, pro Arbeitsplatz weit über eine Million Schilling an öffentlichen Förderungsmitteln. Würde man unseren Klein- und Mittelbetrieben nur einen Teil dieser gigantischen Förderung pro Arbeitsplatz geben, so könnte man unsere Region wirtschaftlich befruch-

ten. Ich bin aber auch überzeugt, daß diese Arbeitsplätze nicht nur billiger, wesentlich billiger, sondern auch wesentlich sicherer wären. Vor allem könnte man mit dieser Vorgangsweise die Probleme der Pendler und Nebenerwerbsbauern wesentlich besser lösen. Zum Pendlerwesen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre noch zu sagen, daß man einem Pendler, der 25 Kilometer von seinem Wohnort zur Betriebsstätte fährt, dies aufgrund der heutigen Verkehrsverhältnisse gerade noch zumuten kann. Aber alle übrigen Pendler, die noch größere Entfernungen zurücklegen müssen, und das gilt klarerweise für die ganze Steiermark, müßten in ihrem Wohnort und in der Nähe ihres Wohnortes eine Arbeitsmöglichkeit finden können. Sicherlich gibt es auch Pendler, die aus bestimmten Gründen, wie zum Beispiel Firmentreue, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und höhere Bezahlungen, grundsätzlich auspendeln wollen. Diese Gruppe müssen wir selbstverständlich ausklammern. Arbeitsplätze schaffen bedeutet auch, daß wir für unsere Unternehmungen zusätzliche Arbeit bringen müssen. Es wäre daher der Ausbau von Straßen, vor allem der Autobahnbau-Süd und ganz besonders der Ausbau einer Anschlußstraße des Bezirkes Feldbach, die sogenannte Gleichenberger Bundesstraße, an die Autobahn dringend notwendig. Aber auch die Umfahrung Feldbach — längst fertig geplant, seit vielen Jahren die Gründe abgelöst und auch schon bezahlt — müßte ebenfalls dringend durchgeführt werden. Der Ausbau des Landeskrankenhauses in Feldbach, aber auch der Wohnungsbau in der Oststeiermark könnte die Wohnkultur wesentlich verbessern und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Zum Fremdenverkehr ist zu sagen, daß in unserer Region zum Teil außerordentlich günstige Voraussetzungen vorhanden sind, und es zeigt sich, daß eine Reihe von Gemeinden eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung genommen hat. Es ist aber auch notwendig, die entsprechenden Freizeiteinrichtungen zu schaffen und unsere Fremdenverkehrsbetriebe zu unterstützen. Genauso wichtig ist es in diesem Zusammenhang, die Wasser- und Abwasserversorgung zu verbessern und zu fördern, die Müllentsorgung regional zu regeln. Es sind hier aufgrund unseres Wirtschaftskonzeptes und der Eigeninitiative sehr gute Ansätze vorhanden, jedoch können diese Aufgaben nur mit Unterstützung des Landes durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang darf ich auch um die Unterstützung beim Bau des größten Wasserbauprojektes in der Steiermark — und mein Kollege Stoisser hat es schon gesagt —, beim Bauprojekt Leibnitz—Bad Gleichenberg—Feldbach—Fehring, das ein Bauvolumen von zirka 150 Millionen Schilling aufweist, bitten. Mit diesen Maßnahmen könnten wir eine Verbesserung der Pendlersituation und des Fremdenverkehrs schaffen. Ich bitte daher alle Damen und Herren des Hohen Hauses um ihr Verständnis, um ihren Beistand zur Realisierung unseres Wirtschaftskonzeptes für den Bezirk Feldbach und für die gesamte oststeirische Region zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung der überregionalen großen Aufgaben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte ganz kurz noch einiges sagen. Ich selbst habe sehr oft heute das Wort Arbeitsplatzsicherung genannt. Leider ist es ein geflügeltes Wort. Es ist richtig, daß alle Parteien die Arbeitsplatzsicherung in den Vordergrund stellen. Nur wird das Wort Arbeitsplatzsicherung sehr oft mit einer schlechten Wirtschaftspolitik, auch oft mit Verschwendung und vielem mehr in Verwendung gebracht. Alle Fehlentscheidungen, alle Sünden und untragbaren Belastungen für die Wirtschaft werden mit dem Slogan „Arbeitsplatzsicherung“ abgeschirmt. Setzen wir Taten, echte Taten, dann ist das Wort „Arbeitsplatzsicherung“ gerechtfertigt.

Und ganz zum Schluß auch noch ein Wort zur mittelständischen Wirtschaft. Mein Herz gehört der mittelständischen Wirtschaft. Ich weiß aber auch, daß die Industrie — und vor allem auch die verstaatlichte Industrie sehr große Leistungen erbringt und daß sie unbedingt notwendig sind. Die mittelständische Wirtschaft ist ebenfalls sehr, sehr bedeutend. Die Klein- und Mittelbetriebe sind ein Garant der Freiheit. Die mittelständische Wirtschaft ist ein Garant der sozialen Marktwirtschaft. Die mittelständische Wirtschaft kann sich leichter — und diesbezüglich haben wir sehr große Erfahrung in Verbindung mit einer Rezession — anpassen. Die mittelständische Wirtschaft sichert besser die Arbeitsplätze und sie bildet 85 Prozent aller Lehrlinge aus. Die mittelständische Wirtschaft zahlt nachweisbar, meine sehr geehrten Damen und Herren, mehr Steuern. Steuern, die der Staat so notwendig braucht, aber auch unser Land dringend, ja sogar sehr dringend benötigt, um alles zu verwirklichen, was in unserem Budget verankert ist. Danke für das Zuhören. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Gruber. Ich erteile es ihm.

Landesrat Gruber: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein viel diskutiertes Thema in den letzten Jahren und im besonderen in den letzten Wochen ist zweifelsohne die Frage, wie es bei den Vereinigten Edelstahlwerken im Stahlwerk, Walzwerk Judenburg, in der Werksgruppe Judenburg, weitergehen sollte. Es hat viele Aufregungen gegeben, viele Presse-, Rundfunk- und Fernsehinformationen und viele, viele Verhandlungen. Am Beginn dieses Jahres wurde durch eine Darstellung im Rundfunk sowie im Fernsehen für eine große Aufregung in Judenburg gesorgt, indem man auf einer Landkarte gezeigt hat, wie etwa 1000 Mitarbeiter des Werkes Judenburg pendeln könnten. Das war eine sicherlich sehr einseitige Darstellung. Ich kann mir aber auch gut vorstellen, nach all meinen Kenntnissen, daß es auch schon einige gegeben haben mag, die auch solche Vorstellungen für realisierbar hielten. Ich glaube jedoch, wir können hier den Ball schwer politisch von der einen Seite zur anderen Seite spielen. Erstens ist das Problem überhaupt zu ernst, und zweitens trägt die Österreichische Volkspartei durch die Herren ihres Vertrauens in den Vorständen und Aufsichtsräten dieses Unternehmens ein

großes Stück an Mitverantwortung und nimmt diese Mitverantwortung auch ununterbrochen wahr. Der Herr Abgeordnete Marczik würde sich sehr wundern, wenn ich ihm Reden aus Aufsichtsratsprotokollen zitieren würde, welche Auffassung manche dieser Herren auch in diesem Jahr vertreten haben. Ich mache ihn dafür nicht verantwortlich. Ich stelle damit nur fest, daß man das sehr schwer eben so überhaupt ausloten kann. Ich glaube, es ist richtig, daß über die Direktverantwortlichen in diesen Unternehmen, damit meine ich den Eigentümer, die aktienrechtlichen Organe und die nach dem Arbeitsverfassungsgesetz zu wirkenden Betriebsräte, über diesen Kreis hinaus viele sich interessiert und engagiert haben. Und ich halte es auch für eine Selbstverständlichkeit, daß sich die in der Region wohnenden Abgeordneten um solche Probleme annehmen und kümmern. Aber es ist trotzdem ein Unterschied, ob man in aktienrechtliche Verantwortung eingebunden ist und selbstverständlich über mehr Informationen verfügt, aber auch ein hohes Maß an Verantwortung zu tragen hat. Ich verweise darauf, daß die Betriebsräte in den Aufsichtsräten dieselbe Verantwortung haben wie die Eigentümervertreter, auch mit denselben Konsequenzen. Ich nehme an, daß Sie es verfolgt haben, daß ein Gerichtsverfahren im vorigen Jahr und im heurigen Jahr gelaufen ist, wonach Betriebsräte im Aufsichtsrat eines Unternehmens nach Konkurs dieses Unternehmens mit ihrem ganzen Privatvermögen — sprich Eigenheim und ähnlichen Dingen — zur Haftung mitherrangezogen wurden, obwohl sie keine Aufsichtsratsentschädigung erhalten haben, weil das eben anders geregelt ist. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß es, wenn man in eine solche Verantwortung eingebunden ist, natürlich sicherlich schwer ist, die entsprechenden Entscheidungen so zu fällen, wie man sich das vielleicht manchmal aufgrund des Informationsstandes außerhalb des Unternehmens vorstellt. Von dem, was im Jänner dieses Jahres gesagt und in der Öffentlichkeit an bedrohlichen Dingen herumgesprochen und geschrieben wurde — zum Teil von Kreisen der Wiener und oberösterreichischen Presse massivst unterstützt —, war nur aktuell, daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden müssen, bevor es zu Betriebsschließungen kommt. Ich sage Ihnen, weil hier an den Aussagen gezweifelt wurde, die der Herr Bundeskanzler gemacht hat, mit wirklichem und vollem Ernst: Das Ergebnis, das erzielt wurde, war nur mit dem vollen Einsatz des Herrn Bundeskanzlers Kreisky möglich, denn nur er hat jenes Gewicht in diese Verhandlungen eingebracht, das die Belegschaftsvertreter entsprechend unterstützt hat. Die Formulierung des Unternehmenszieles der Vereinigten Edelstahlwerke für Judenburg seit der Nacht von Dienstag auf Mittwoch dieser Woche, bei der Besprechung im Parlament in Wien, daß eine Mindestzahl von 1500 Mitarbeitern im Werk Judenburg beschäftigt werden soll, ist eine Zusage, die ein bedeutendes Gewicht hat. Ich glaube, daß sich viele andere, in schwieriger Situation befindliche Betriebe das nur wünschen könnten, daß sie eine solche Zusage erhalten würden. (Abg. Dr. Eichinger: „Da haben Sie sich gegen den sozialistischen Vorstand schon durchsetzen müssen, war das so? Gegen die 2- zu

3-Mehrheit!“ — Abg. Brandl: „Aber Sie hat er nicht gebraucht!“) Herr Direktor, an der Spitze des Unternehmens steht der Herr Generaldirektor Bayer. Wenn Sie nicht wissen, welcher Partei er angehört, sage ich es Ihnen einmal vertraulich. (Abg. Dr. Eichinger: „Es gibt keine Dirimierung — 2 zu 3!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Durchgesetzt hat er sich!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Mehrheit 2 zu 3!“ — Abg. Premberger: „Sind Sie doch froh, daß Kreisky sich durchgesetzt hat!“ — Abg. Ing. Turek: „Welcher Partei gehört er an, Herr Landesrat?“) Ich sage es Ihnen nach der Sitzung, als großes Geheimnis! (Abg. Premberger: „Für Judenburg haben Sie sich durchgesetzt, aber Dr. Eichinger ist dagegen!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Das ist eine Zumutung!“)

Meine Damen und Herren, ich habe einleitend schon gesagt, daß mir das Problem zu ernst ist, als daß ich auf eine solche billige Spielart, dort sitzt ein Schwarzer (Abg. Dr. Eichinger: „Sie bringen das billig, Herr Landesrat!“ — Abg. Premberger: „Dagegen muß ich protestieren! Der Herr Landesrat hat als Zentralbetriebsratsobmann im Interesse der Arbeitsplatzsicherung alle Wege beschritten, die notwendig und gangbar waren!“) — ob das ein roter oder ein schwarzer Direktor gemacht hat. (Abg. Ritzinger: „Zur Geschäftsordnung: Der Herr Landesrat soll an das Rednerpult hinguhen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das gilt aber dann für alle!“ — Abg. Ileschitz: „Das gilt für alle!“ — Abg. Brandl: „Wo ist Landeshauptmann Dr. Niederl? Er fehlt, wo es um Judenburg geht!“) Es ist weiters festzustellen, daß das Unternehmensziel nun mit einer Mindestbeschäftigungsnorm von 1500 festgelegt wurde. Es ist festgehalten und festgeschrieben, daß jetzt bereits aus dem Bereiche der VEW 350 Arbeitsplätze nach Judenburg kommen beziehungsweise in Judenburg im Bereich der Hüttenverarbeitung und der Finalindustrie zusätzlich angesiedelt werden, und es wurde hier insgesamt eine, glaube ich, außerordentlich gute Zusage gemacht, daß eine Umstrukturierung des nur auf Hütte ausgerichteten Werkes zur Hüttenverarbeitung und Finalindustrie erfolgt. Daß das alles Probleme mit sich bringt, auch gewisse schmerzliche Umstellungen, das wissen wir. Ich glaube auch gerade in diesem Zusammenhang sagen zu können, auch aus den Gesprächen, die ich heute früh noch mit den Judenburger Freunden geführt habe, wir haben die Mitarbeiter der VEW Judenburg am Mittwoch in einer Betriebsversammlung entsprechend informiert. Ich weiß, daß sie mit diesem Verhandlungsergebnis zufrieden sind, daß sie großes Vertrauen in ihre Belegschaftsvertretung setzen, daß die gemachten Zusagen gemeinsam mit Bundeskanzler Kreisky eben auch verwirklicht werden können. So glaube ich, können wir trotz des Ernstes der Situation doch insgesamt sagen, daß wir etwas erreicht haben für diesen Standort und für diese Region. (Abg. Marczik: „Zwischenfrage: Herr Landesrat, bitte sagen Sie konkret, welche Produktion kommt hin? Das wurde nicht gesagt!“) Herr Abgeordneter Marczik, ich würde Ihrer Partei empfehlen, wenn Sie so ein Spezialist sind, sich einmal in den Aufsichtsrat ... (Abg. Marczik: „Sie sollen es ja sagen, Sie sind ja Zentralbetriebsratsobmann

— dann sagen Sie es bitte!") Ich will ja für Sie einen Vorschlag machen. (Abg. Marczik: „Bis jetzt wurde noch nichts gesagt!") Sie lassen mich ja nicht reden! (Abg. Zdarsky: „Lassen Sie ihn ausreden!" — Abg. Ileschitz: „Gib einmal Ruhe und laß ihn reden!") Herr Abgeordneter Marczik, ich würde vorschlagen, daß Ihre Partei Sie auf eines der verfügbaren Mandate in den Aufsichtsrat der VEW entsendet, dann haben Sie direkt in aktienrechtlicher Verantwortung die Möglichkeit, Ihre Detailfragen und Standpunkte durchzusetzen und zu vertreten. Das ist ein Vorschlag, den ich mache, der ja nicht ganz unrealistisch und undenkbar wäre. Aus den bisher Entsandten muß ich annehmen, daß Ihre Partei andere, die sie in diese Gremien hineinsandt hat, für wichtiger und qualifizierter hält. Über Detailfragen, sind Sie mir nicht böse, Herr Abgeordneter, können wir uns da ja sicherlich nicht unterhalten. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist unfair!" — Abg. Marczik: „Das stimmt nicht!" — Abg. Dr. Dorfer: „Man kann auch reden, ohne etwas auszusagen!") Herr Abgeordneter Marczik, ich will Sie nicht kränken, aber das sind halt Fakten und Tatsachen. Wir haben hier einen Erfolg errungen, und ich glaube, Sie sollten sich alle zusammen freuen, daß uns das gelungen ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach dieser sehr angeregten Judenburger Spezialdebatte, die eigentlich eine sehr ernste Angelegenheit ist, vor allem, wenn es um die Betroffenen geht, möchte ich mich wieder im Rahmen der gesamten Wirtschaftsdiskussion mit einem allgemeinen Thema befassen, und zwar wissen wir alle gemeinsam, daß wir in einer Zeit leben, wo wir alle in der Diagnose und im Feststellen von Umständen außerordentlich tüchtig und genau sind, aber daß wir eigentlich ganz konkret, wenn es um Lösungsvorschläge geht, eher Schwierigkeiten haben. Und zwar vor allem deshalb, weil wir langsam aber sicher in vielen Bereichen der Wirtschaft draufkommen, daß man eigentlich auf Gewesenes und auf bisher Gewachsenes zurückgreifen muß. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte daher als Vertreter aus der Landwirtschaft vorschlagen, die Energiefrage in den Mittelpunkt zu stellen. Wir alle wissen ganz genau, daß die Frage Energie oder das Wort Energie eigentlich auch verbindet Wohlstand, Fortschritt und letztlich auch Arbeitsplätze. Es ist das fast ein magisches Wort geworden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir aber jetzt konkret immer wieder die Frage Energie in den Raum stellen, so muß man auch, wie ich gesagt habe, an jene Zeit zurückdenken, wo eigentlich die Landwirtschaft eine veredelte Sonnenenergie der gesamten Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat. Es waren das Hafer, Heu und Pferde, und es waren die Transportunternehmer der gesamten Gesellschaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist vielleicht sogar zu überlegen, welche neuen Formen aus dieser Land-

wirtschaft, welche neuen Formen der Energie wir in Zukunft im vermehrten Ausmaß in Anspruch nehmen können. Wir haben auf der gesamten Welt zirka 400 Milliarden Tonnen an lebendiger organischer Materie und es ist das eigentlich eine Leistung von der Sonne über die Fotosynthese, wo täglich so viel produziert wird, wie wir in zwei Jahren an Kohlenförderungen auf dieser Welt schöpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade deshalb ist diese Frage in den Mittelpunkt zu stellen, ob nicht die Landwirtschaft, wie es eigentlich immer war, zur Nahrungsmittelversorgung auch die Energieversorgung in Zukunft konkreter anschauen muß. Der Herr Präsident hat in seiner Rede bereits dieses Problem angezogen.

Vielleicht zu den typischen und vor allem ins Auge springenden Möglichkeiten: Es sind das Holz, Biogas, Biosprit und eigentlich die Olgewinnung. Gerade bei der Holzgewinnung sehen wir momentan, daß wieder, wenn wir eine Kalkulation aufstellen, der Kachelofen mit seiner knisternden Wärme dem Extraleichtöl in den ländlichen Gebieten mit hohen Transportkosten bereits eine Konkurrenz macht. Es waren früher vier bis fünf Prozent an Energie in diesen Heizungsmöglichkeiten, dem Holze, jetzt sind es bereits zehn Prozent in einer relativ kurzen Zeit. Wir müssen uns auch technisch überlegen, ob wir nicht automatische Feuerungsanlagen zur Verwertung dieses Holzes oder auch von Holzabfällen besser nützen können. Die Frage Biogas hat eigentlich eine ganz enorme Entwicklung genommen. In Gesamteuropa gibt es Versuchsanlagen, die auf Einheiten ausgerichtet sind, die für unsere momentane, strukturelle Landwirtschaft leider nicht jenen praktischen Effekt erreichen, wie wir es brauchen. Und daher gibt es bereits zwei Versuchsanlagen in der Steiermark, die im Bau beziehungsweise schon in Betrieb sind, wo versucht wird, mit 20 bis 50 Großvieheinheiten das Biogas zu erzeugen, wo vor allem auch eine Versuchsanlage in Planung ist, um in einer Dorfgemeinschaft eine bessere Ausnützung mit einer Dorfbio-gasanlage zu schaffen, um eine Autarkie eben in diesem Bereich zu erreichen. Es gibt eine Faustzahl: Wenn wir 20 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe so weit bringen, daß sie das Biogas nützen, können wir umgerechnet 600.000 Tonnen Öl im Jahr ersparen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein ganz enormer Wert, der eigentlich noch schlummert und der eigentlich fast brach liegt. Die Frage des Biosprits. Biosprit ist eine Möglichkeit, technisch ohne weiteres möglich, aber rein kaufmännisch, finanziell überlegt, sagen uns die Fachleute, daß momentan ein Exportieren bei dieser Preissituation noch möglich ist. Aber wir wissen ja, wie schwimmend eigentlich dieses Trittbrett Olimport ist, und daher ist die Frage zu stellen, ob wir nicht auch im Bereiche der Verspritung Vorsorge treffen sollten.

Nur einen konkreten Vorschlag: Wir haben in Kalsdorf die Planung für das Kohlenkraftwerk. Ob man nicht langfristig auch in der Planung überlegen könnte, dort eine Spritanlage zumindest in der Planung mitzuüberlegen, weil dieser Standort mitten

im Maisgebiet steht und nach den jetzigen Berechnungen mit Massensorten tatsächlich im Grunde nach der jetzigen Olbasis, umgerechnet mit 15 Tonnen Maisertrag, Stroh plus Korn, eigentlich eine vernünftige Basis vorhanden wäre. Es gibt noch einen weiteren Bereich innerhalb der Landwirtschaft, und zwar den Bereich der Energiegewinnung aus den verschiedenen Tierhaltungsmethoden — denken wir nur an Geflügelställe, an Schweineställe —, wo wir Überlegungen anstellen müssen, ob man nicht auch diese von Tieren aufgeheizte Luft indirekt wieder für die Heizung unserer Häuser nützen könnte.

Ich möchte abschließen, daß wir in der Landwirtschaft feststellen können, daß die Zeit und unser Verhalten dafür arbeiten, daß wir immer mehr in das Blickfeld als Energieproduzenten kommen, daß wir aber in Zukunft mehr sparen müssen, daß wir vor allem versuchen müssen, Sonnenenergie direkt oder in chemischer Verwandlung in den verschiedenen Formen wieder in unsere Wirtschaft zu bringen, und ich möchte abschließen, daß es gerade in diesem Fall Wirklichkeit ist, daß die Landwirtschaft allen dient und daß die Landwirtschaft auch alle ganz konkret angeht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann.

Abg. Kollmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mich beim Kapitel Wirtschaft zu zwei Problemen melden, die mir persönlich sehr am Herzen liegen. Zum ersten: Die Steiermark und vor allem der Wirtschaftsraum des obersteirischen Industriegebietes haben insofern eine ungünstige Wirtschaftsstruktur aufzuweisen, als einige große Unternehmungen sehr viele Arbeitskräfte beschäftigen und zu wenig kleinere und mittlere Betriebe vorhanden sind, deren Krisenanfälligkeit bekanntlicherweise nicht so hoch ist. Es bleibt uns in der Steiermark — und das wird auch durch das Mittelstandsförderungsgesetz dokumentiert — daher gar nichts anderes übrig, als mitzuhelfen, diese Struktur zugunsten der kleineren und mittleren und weniger krisenanfälligen Unternehmungen zu verbessern und die Gründung von kleineren Unternehmungen, vor allem das Interesse in den jungen Menschen zur Selbständigkeit zu wecken und die Gründung von Unternehmungen zu fördern. Das Land Steiermark leistet mit der Jungunternehmerförderung im Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes seit Jahren Beispielgebendes und das Land Steiermark war bekanntlich auch für die Bundesförderung der Jungunternehmer beispielgebend. Diese Bundesförderung ist nun zwar angelaufen und es gibt ein paar positive Ergebnisse, aber es gibt noch immer insofern Schwierigkeiten, als zwar die Bundesförderung den Zuschüssen nach etwas höher liegt als die steirische Förderung, die Bedingungen aber wesentlich schlechter gestaltet sind. Für junge Unternehmer ist diese Bundesförderung sehr schwer ansprechbar. Es gibt darüber hinaus keine Möglichkeit, Betriebsmittel zu finanzieren, und ein jun-

ger Betrieb braucht eben ein gerüttelt Maß an Betriebsmitteln.

Meine Damen und Herren, nicht weniger als 251 Jungunternehmer, die die Voraussetzungen nach dem Gesetz erfüllt haben, erhielten im vergangenen Jahr für aufgenommene Darlehen mit einer Summe von 8,665.000,— Schilling Zinsenzuschüsse. Lediglich 15 Ansuchen mußten abgelehnt werden. Es gibt allerdings einen Wermutstropfen bei diesem Erfolgsbericht, 94 Fälle sind noch offen und bedeuten natürlich einen gewaltigen Übertrag in das kommende Jahr. Für dieses kommende Jahr 1980 sind 6,8 Millionen Schilling vorgesehen. Ich danke dafür und ich hoffe, daß durch Nachbedeckungen noch die eine oder andere Million für die Jungunternehmer flüssiggemacht werden kann.

Meine Damen und Herren! Es darf aber nicht bei einer finanziellen Förderung dieser Jungunternehmer allein bleiben. Mindestens ebenso wichtig wie eine finanzielle Förderung ist eine Förderung auf dem Beratungs- und auf dem Schulungsgebiet. Eine Statistik hat gezeigt, daß 50 bis 70 Prozent aller insolventen Unternehmungen Betriebe waren, die erst wenige Jahre bestehen. Das bedeutet also, daß Schulung gerade für junge Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen, sehr, sehr wichtig ist und in diesem Fall wirkt in der Steiermark die Gesellschaft für Jungunternehmerförderung sehr beispielgebend. Sie wurde über Initiative von Landesrat Peltzmann ins Leben gerufen, schult und berät junge Menschen in Spezialseminaren, aber auch in Einzelfällen. Es geht hier bei diesen Beratungen um Standortfragen, um das Waren- und Dienstleistungsangebot, Aufbau der Buchhaltung, Investitionsplanung und um alles, was mit der Gründung eines neuen Unternehmens im Zusammenhang steht.

Zusammenfassend möchte ich zur Jungunternehmerförderung sagen: Wir alle müssen uns bemühen, dem Unternehmensnachwuchs die Tür zum Selbständigwerden so weit als möglich aufzutun. Ich weiß schon, daß man über Wirtschaftsförderung geteilter Ansicht sein kann. Nicht wenige von uns, auch ich gehöre dazu, sind der Ansicht, daß eine liquiditätsverbessernde und investitionsfördernde Steuerpolitik wesentlich günstiger wäre, als eine wettbewerbsverzerrende Zinsenzuschußpolitik und Wirtschaftsförderung. Bei jungen Unternehmern aber, meine Damen und Herren, gibt es keine andere Wahl. Junge Unternehmer brauchen einmal, damit sie ihr Unternehmen aufbauen können, Geld. Und für diesen Finanzbedarf sorgt zumindest zum Teil das Land Steiermark durch das Mittelstandsförderungsgesetz. In diesem Zusammenhang darf ich aber auch eine Bitte an die Kreditinstitute richten. Ich glaube, ein wenig mehr Risikobereitschaft bei soliden jungen Menschen könnte wirklich nicht schaden, denn wir brauchen in unserem Land in Zukunft eher viele Unternehmer mit jeweils wenigen gesicherten Arbeitsplätzen, als große Giganten mit sehr vielen Arbeitsplätzen, die aber, wenn eine wirtschaftliche Krisensituation kommt, möglicherweise alle auf einmal in Gefahr geraten.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Punkt, den ich hier noch anreißen möchte: Er betrifft die verstaatlichte Industrie. Ich nehme mir das Recht, darüber zu sprechen, weil ich mich als Staatsbürger als Miteigentümer dieser verstaatlichten Industrie fühle und weil ich glaube, diese verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie doch aus meiner Tätigkeit im Rahmen der früheren Alpine in Donawitz und auch meiner späteren Funktion als Aufsichtsrat der VOEST-Alpine etwas genauer zu kennen. Um es vorwegzunehmen: Die ÖVP, damit es keine Mißverständnisse gibt, bekennt sich zur verstaatlichten Industrie und wir freuen uns über jeden Erfolg, den die verstaatlichte Industrie im In- und Ausland erzielt. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß durch den Fusionsbeschluß des Jahres 1972 die Bundesregierung dafür gesorgt hat, daß sich das Schwergewicht und die leitenden Stellen aus der Steiermark in Richtung Oberösterreich verlagert haben. Wir sehen ein, daß die weltweite Stahlkrise dem VOEST-Alpine-Konzern zum Teil unverschuldet hohe Verluste gebracht hat, die sich im Jahre 1978 aller Voraussicht nach noch immer mit hundert Millionen Schilling niederschlagen werden. Wir bemerken mit großem Bedauern, daß Strukturbereinigungs- und Rationalisierungsmaßnahmen die obersteirischen Arbeitsplätze in der Stahlindustrie langsam aber sicher verminderten und wir wehren uns entschieden gegen ungerechtfertigte Betriebserschließungen oder Produktionsverlagerungen in andere Regionen, vor allem außerhalb der Steiermark. Wir alle von unserer Fraktion wollen ehrlichen Herzens mithelfen, damit unserem Land diese traditionellen Arbeitsplätze in der Schwerindustrie erhalten bleiben. Aber auf dem Sektor der Auftragserteilung durch die verstaatlichte Industrie gibt es immer wieder Schwierigkeiten, in zunehmendem Maß, je mehr die Managerposten in Richtung Linz wandern, aus der Steiermark abwandern. Ich habe im Vorjahr bei dieser Budgetdebatte erklärt, daß von den über 60 Prokuristen der VOEST-Alpine kein einziger in der Steiermark beheimatet ist. Wenn das meines Erachtens, meine Damen und Herren, nicht ein Alarmzeichen ist, es hat sich seither nicht geändert, sondern nur verschärft! Wir können es als Steirer einfach nicht dulden, daß die überwiegende Zahl jener Aufträge, die die VOEST-Alpine für ihre steirischen Werke vergibt, woanders plazierte werden, als in unserem Bundesland. Meine Damen und Herren, wir wissen wohl, daß es schwere Umsatzeinbußen bei der VOEST-Alpine gibt und wir wissen auch, daß Überstundenrücknahmen in den einzelnen Werken auch unserer privaten Wirtschaft, dem Handel und dem Gewerbe in den jeweiligen Regionen nicht gerade gut getan haben. Es sind so manche Wirtschaftstreibende in Schwierigkeiten gekommen, weil die Arbeitnehmer der VOEST-Alpine und deren Tochterfirmen aufgrund dieser Restriktionsmaßnahmen nicht mehr konsumfreudig waren.

Nun aber, meine Damen und Herren, scheint der Konzern mit einigen neuen Methoden auch der kleinen Nahversorgungswirtschaft an den Kragen zu gehen. Völlig unbewußt, gebe ich zu, aber es ist ein Beispiel. Konkret: Das Exportgeschäft der

VOEST-Alpine geht vor allem mit den Oststaaten immer mehr auf dem Kompensationswege vor sich. Und sehr, sehr viele Exportverträge, die dann anlässlich von Staatsbesuchen des Herrn Bundeskanzlers oder des Herrn Handelsministers so großartig paraphiert werden, haben die Hereinnahme von Gütern zur Bedingung. Von Gütern, die auch im eigenen Land erzeugt werden, von Gütern, die sogar begehrte österreichische Exportartikel sind. Manche von diesen Kompensationsgeschäften erfährt man nicht. VOEST-Alpine und Handelsministerium schweigen sich aus, alle Presseaussendungen der Alpine berichten immer nur von Exporterfolgen, aber nicht von diesen Importniederlagen, wenn ich das so bezeichnen darf. Hin und wieder aber wird doch etwas bekannt: So müssen beispielsweise für einen Exportauftrag, es handelt sich präzise um eine Großblechstraße im Raum Ilseburg in der DDR, von der VOEST-Alpine jährlich Textilien im Wert von 40 Millionen Schilling hereingenommen werden. Dabei ist bekannt, daß gerade die österreichische Textilwirtschaft zwar hoch leistungsfähig und sehr exportabhängig ist, doch aber auch sehr krisenanfällig. Man weiß allgemein, daß gerade in dieser Industrie im Zeitraum von 1971 bis heute die Arbeitsplätze von 67.000 auf 46.000 zurückgegangen sind. Das sind meist Arbeitsplätze, die in ohnehin strukturschwachen Grenzgebieten angesiedelt sind, in Gebieten, wo es keinerlei Ersatzarbeitsplätze gibt, auch keine solchen zu gründen sind. Die Textilimporte der VOEST-Alpine werden von der Intertrading Ges. m. b. H., einer Tochterfirma des Konzerns, teilweise im Ausland abgesetzt und es ist schon vorgekommen, daß auf den Traditionsmärkten der österreichischen Textilindustrie sich plötzlich die österreichischen Verkäufer mit den VOEST-Alpine-Verkäufern getroffen haben, so daß also diese Importware letztlich auch noch eine Konkurrenz für den Export der österreichischen Textilindustrie darstellt.

Ein Großteil dieser Waren bleibt allerdings im Inland und das geschieht dann so mit dem Absatz: die VOEST-Alpine-Intertrading schreibt den Betriebsräten in den einzelnen Werken Briefe und ersucht um Verkauf dieser Waren in der Form von Betriebsaktionen. Die Betriebsräte verkaufen, weil sie eben ihrem Unternehmen helfen wollen, und die Arbeitnehmer kaufen, weil diese Textilien unter Ausschaltung des Handels billiger angeboten werden können. Den Betriebsräten und den Käufern ist also diesbezüglich nichts vorzuwerfen, wohl aber der Konzernleitung, denn sie verleitet die Betriebsräte zu gewerberechtlich nicht gedeckter und natürlich strafbarer Handlung, die überdies auch steuerrechtlich bedenklich ist, da sie in vielen Fällen den Mehrwertsteuerabgabepflichtigen Betrag übersteigt. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist Steuerhinterziehung!“) Man gefährdet, und das ist das Wesentliche, dabei andere österreichische Arbeitsplätze, während man Arbeitsplätze im eigenen Konzern zu sichern glaubt. Und damit Sie mir glauben, habe ich ein Beispiel mitgebracht. (Abg. Ing. Stoisser: „Zeig es ein bißchen besser!“) Meine Damen und Herren, die VOEST-Alpine hat ein Schreiben an alle Betriebsräte gerichtet und ihnen mitgeteilt, daß auf-

grund des Kompensationsgeschäftes mit der DDR nun 40.000 solcher Frotteehandtücher hereingenommen werden mußten und die Betriebsräte ersucht, diese Frotteehandtücher nun in Betriebsaktionen zu verkaufen. (Abg. Dr. Dorfer: „Ein Exklusivprodukt!“) Diese Handtücher sind durchaus gute Qualität, 50 zu 100 Zentimeter groß, wenn es einen Fachmann interessiert, und kosten 20,— Schilling das Stück. Sie werden in Dreierpackungen zu 60 Schilling abgegeben. (Abg. Ing. Stoisser: „Mit oder ohne Mehrwertsteuer?“) Von Mehrwertsteuer wird bei dieser Abgabe nicht geredet. Ich kann nicht sagen, ob sie im Preis enthalten ist oder nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Zur Stützung der Arbeitsplätze!“) Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nicht jene Art von Arbeitsplatzsicherung, wie wir sie uns vorstellen und wie wir sie hier durch Maßnahmen der Landesregierung und des Landtages immer wieder zu erreichen versuchen. Denn heute sind es Handtücher, morgen sind es vielleicht andere Waren, die in Österreich erzeugt werden und auf Absatz warten. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn das das Ergebnis der nunmehr sechsten Reorganisation des erst 1973 gegründeten VOEST-Alpine Konzerns ist, dann gute Nacht! (Abg. Dr. Dorfer: „Solche Aktionen sind doch wirklich das letzte!“) Wenn das Schule macht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann nähern wir uns wirklich Methoden der Warenverteilung, wie sie in osteuropäischen Ländern üblich sind, wo auch Betriebsräte dazu eingespannt werden, um Restposten aus einzelnen Fabriken zu verhökern. Hier in Österreich aber, meine Damen und Herren, haben wir noch eine einigermaßen funktionierende Gewerbeordnung. Und die Tatsache, daß derartige Dinge mit Wissen und daher auch mit Billigung des Handelsministeriums geschehen, eines Handelsministers, dessen vornehmste Aufgabe und Pflicht es sein sollte, die österreichische Wirtschaft zu fördern und zu sichern und zu schützen, meine Damen und Herren, das ist meines Erachtens ungeheuerlich. Wir müssen daher von dieser Stelle aus eine einwandfreie und transparente Handelspolitik der Bundesregierung fordern. Zum Wohl der österreichischen Unternehmungen, zur Sicherung des Absatzes der österreichischen Waren und nicht zuletzt gleichzeitig auch zur Sicherung der österreichischen Arbeitsplätze. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Ileschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Ileschitz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein ganz freudiges Ereignis — wie ich hörte — steht in unserem Hause heute bevor, und zwar hat mein Partner oder Gegner in Wirtschaftsgesprächen ja heute Geburtstag und ich darf hier von dieser Stelle aus herzlichst gratulieren. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Aichhofer: „Ein guter Anfang!“)

Sehr verehrte Damen und Herren! Damit bin ich schon schwerstens gehandikapt. (Heiterkeit) Ich wollte zwar nicht massiv angreifen, aber einige Dinge sagen, die meinen Freund Peltzmann in seiner temperamentvollen Art sicherlich wieder auf die

Palme gebracht hätten, ohne aber dabei gehässig zu werden, sondern ich möchte bitten, mich ausreden zu lassen, dann gibt es die Möglichkeit, weiteres zu sagen. Bevor ich mich jedoch dem Kapitel zuwende, das heute so sehr im Vordergrund steht — Wirtschaftsförderung — erlauben Sie mir doch, zu einigen meiner Vorredner, und zwar deshalb, weil sie die Gewerkschaft apostrophiert haben, Stellung zu nehmen. Ich möchte hier im besonderen zuerst einmal darauf eingehen, daß man mit Wirtschaftsprognosen und mit düsteren Zahlen allein sicherlich nicht jene Stimmung in der Bevölkerung erzeugen wird, die notwendig ist, um vernünftige Politik auch in die achtziger Jahre hineinzu machen. Ich stehe lieber auf dem Standpunkt, die Sache ernst zu betrachten. Wir wissen, was uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bevorsteht. Und daher erlauben Sie mir auch, daß ich zu einigen Dingen, die mehr in demagogischer Form gebracht wurden, Stellung nehme. Die Aussagen zum Beispiel am Ende eines jeden Jahres, und das zeichnet sich jetzt in den letzten fünf Jahren immer so ab, lauteten: „Das kommende Jahr wird ein Jahr werden, das kaum zu meistern sein wird. Das kommende Jahr wird uns Arbeitslose bringen, das kommende Jahr wird uns währungsmäßig und so weiter richtig in die Klemme bringen oder den Schilling zum Rutschen bringen“ und dergleichen Dinge mehr. Ich freue mich darüber, daß diese Aussagen nie gestimmt, sondern am Jahresende, wenn wir Bilanz gezogen haben, bewiesen haben, daß es besser gegangen ist, als man vorher angenommen hat. Es ist auch immerhin besser, es geht so als umgekehrt. Und wenn ich nun an eine Sitzung, oder besser gesagt, an die Generalversammlung des Österreichischen Institutes für Konjunktur und Wirtschaftsforschung, und zwar an die letzte Sitzung erinnere, lautet auch die Prognose für das Jahr 1979 diesmal sogar vorsichtig optimistisch — man rechnete mit einem Wirtschaftswachstum vielleicht von einem Prozent, aber auch mit einer Arbeitslosenrate bis zu dreieinhalb Prozent. Trotzdem aber erklärte man, das sei eine gute Voraussage gegenüber den Jahren vorher. Das Ergebnis, die Bilanz für das heurige Jahr, ist hinlänglich bekannt. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von zirka fünf Prozent durch die gemeinsame Arbeit, aber auch durch den Optimismus und durch den Glauben an unsere eigene Kraft erreicht. Ich möchte dazu folgendes sagen: Wenn hier heute Aussagen getroffen wurden, die dem widersprechen — ich weiß nicht, warum — dann möchte ich einiges korrigieren. Unser Präsident der Ärztekammer, also ein Präsidentenkollege, hat in seiner Generalrede darauf hingewiesen, daß die Österreicher durch ungeheure Steuern und Sozialversicherungsbeträge belastet sind und daß wir zu jenen Ländern gehören, die die höchste Belastung zu tragen haben. Ich habe hier eine Aufstellung der OECD. Nachdem das Mode geworden ist, solche Tabellen zu zeigen — sie liegen hier — habe ich mir auch erlaubt, so etwas vorzuzeigen und möchte darauf hinweisen, daß Österreich — und man kann nicht nur die Steuern sehen, sondern auch die Sozialversicherungsbeiträge und darüber aber auch das Lohn-

niveau — wenn wir das alles zusammenziehen, daß Österreich im Hinblick auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitnehmer zu leisten hat, im guten Mittelfeld der europäischen Industrienationen liegt. Wenn ich das nun tabellenmäßig vorlesen soll, wird es längere Zeit in Anspruch nehmen — außer Sie glauben mir, daß das stimmt, was das Institut für Konjunktur und Wirtschaftsforschung und die OECD herausgeben. Also wir liegen im guten Mittelfeld und das möchte ich einmal richtiggestellt haben. In der weiteren Folge — ich muß nur umblättern, ich habe mir auch diese Unterlage besorgt — meine sehr verehrten Damen und Herren, der Direktor des Wirtschaftsbundes und ein Mann, der in der Wirtschaft sehr ernst zu nehmen ist, haben heute aber auch davon gesprochen, daß die Staatsverschuldung eine so gigantische ist, wie kaum in irgend einem Lande. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier habe ich auch eine Aufstellung. (Abg. Dr. Dorfer: „Bitte, Herr Präsident, wie kaum in irgend einem Lande haben Sie dazugesagt! Das haben Sie gesagt, ich habe von der Staatsverschuldung gesprochen!“) Dann sind wir schon besser. Dann habe ich mich verhöhnt. Aber ich möchte auch hier etwas sagen, Kollege Dr. Dorfer. Wenn Sie sich das ansehen mit der Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung, dann beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung, hier ist es in DM ausgedrückt — OECD-Bericht —, und zwar Frankreich mit 2600, Österreich 1500, Japan 5500 und dann geht es steil hinauf, alle Länder, alle Industrienationen mit Belgien an der Spitze mit 11.000 DM, Herr Dr. Dorfer! (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident, das stimmt sicher, nur wollen wir uns nicht die Inflationsländer zum Vorbild nehmen!“) Herr Dr. Dorfer schauen Sie, Sie haben von der Staatsverschuldung pro Kopf gesprochen, hier sind die tatsächlichen Ziffern, wir sind an der zweitbesten Stelle von diesen genannten Industrienationen. Ich möchte das nur klarstellen! (Abg. Dr. Dorfer: „Habe ich das jemals bestritten, Herr Präsident?“) Nein, aber Ihre Darstellung, Herr Dr. Dorfer, war so, daß jeder, der von den Dingen weniger weiß, der Auffassung sein muß, wir sind bereits am Sterben in Österreich. Und um das geht es ja letzten Endes. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber bitte, genau das Gegenteil habe ich gesagt. Ich habe die Situation sogar sehr optimistisch dargestellt. Ich habe gesagt, unser einziges Problem ist die Staatsverschuldung!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ein Unternehmer unter uns, den ich sehr achte und schätze und dessen Leistung ich durch persönlichen Augenschein kennengelernt habe, unser Abgeordneter Dr. Pfohl, hat sich in irgend einer Form alteriert, daß die General Motors einen Betrieb im Niederösterreichischen, im Wiener Bereich, baut. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle miteinander, und ich weiß es von meinen Kollegen in den anderen Bundesländern, sind um diesen Happen gerannt und haben gerauft, weil jeder nach dem Motto „das Hemd ist mir näher als der Rock“ versucht hat, diesen Happen zu erwischen. Ich habe auch die Gelegenheit gehabt, am Rande allerdings nur, ein bißchen dabei zu sein und habe die Mana-

ger der General Motor-Cooperation kennengelernt. Ja, meine Herren, die gehen dorthin, wo es ihnen paßt, die lassen sich weder von den österreichischen Gewerkschaften, noch vom Wirtschaftsbund, noch von der Kammer noch von sonst jemandem beeinflussen, sondern die gehen dorthin und sagen, das ist unser Standplatz, sonst gehen wir ins Ausland. Es gibt genügend Länder, die sich um einen solchen Produktionsbetrieb bewerben. Das sind die Realitäten, meine sehr verehrten Damen und Herren, über die wir ganz einfach nicht hinwegkommen. Dazu sind wir Österreicher halt zu schwach, um ihnen klarzumachen, geht nicht in den Wiener Raum. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn Kreisky gewollt hätte, dann wäre es schon gegangen!“) Herr Dr. Dorfer, noch etwas zum Wiener Raum: Wir haben uns genau die Strukturanalysen von Wien — Niederösterreich geben lassen. Wenn Sie einmal betrachten, wie diese Stadt Wien immer weniger an Einwohner bekommt, und wieviele Industriebetriebe aus Wien und aus dem niederösterreichischen Gebiet, vor allem aus dem Tristingtal und so weiter, nach Westen abgewandert sind und noch immer abwandern, dann muß man irgendwie als Österreicher verstehen, daß wir Steirer nicht allein auf der Welt sind — obwohl es mir sehr leid tut, denn wir wären diejenigen, die es am dringendsten brauchen würden. Aber die Situation ist nun einmal so, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß halt die auch zehntausende Arbeitsplätze verloren haben und wenn unser Freund Dr. Assmann noch im Landtag wäre, dann könnte er Ihnen bestätigen, wie sehr um diese Fabrik in Radmer gerungen wurde, wer in Niederösterreich alles aufmarschiert ist, egal, ob schwarz oder rot, braun, grün. Alle miteinander haben gerauft, das muß nach Hirtenberg und nicht nach Radmer. So ist der Kampf untereinander, wenn es gilt, etwas zu verteilen oder etwas zu bekommen. Wir werden natürlich behaupten können, wenn wir in Zukunft nicht gegeneinander, sondern eben miteinander auf einer gewissen steirischen Ebene marschieren, wozu ich dann in meinen Ausführungen etwas zu sagen habe, wie es dadurch vielleicht doch noch besser gemacht werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im vorliegenden Landesvoranschlag sind ansatzmäßig für 1980 zwar um rund 90 Millionen Schilling mehr für die Wirtschaftsförderung vorgesehen, nachdem im Jahre 1979 die Ansätze im Vergleich zu den Jahren vorher drastisch reduziert worden sind, im außerordentlichen Haushalt, auf den der größte Teil der Erhöhung entfällt, wird in etwa wieder ein Betrag wie 1978 erreicht. Insgesamt aber bleiben die veranschlagten Wirtschaftsförderungsmittel deutlich unter den Ansätzen vergangener Jahre — 1976 zum Beispiel war fast doppelt soviel vorgesehen. Diese Ansätze stellen einen Rahmen dar, welcher nunmehr aufgrund der Beratungen in den Beiräten nach den Wirtschaftsförderungsgesetzen, die wir gegen jahrelangen harten Widerstand durchsetzen konnten, ausgenutzt wird. Von den in den Beiräten behandelten Fällen entfielen etwa zwei Drittel auf die Mittelstandsförderung. Die Analyse der Förderungswerber ergibt Anhaltspunkte, daß

in den meisten Unternehmen in den den Ansuchen vorausgehenden Jahren in Größenordnungen investiert wurde, die auf ein Fehlen jeglicher längerfristiger Finanzplanung schließen lassen und oft sogar an Fahrlässigkeit grenzen. Diese Unternehmen wären ohne Förderung beim geringsten Konjunktureinbruch zum Untergang verurteilt.

Meine Damen und Herren, als wir Sozialisten für das Wirtschaftsförderungsgesetz eintraten, wollten wir, daß die Landesförderung vor allem ein Instrument wird, mit welchem wirtschaftspolitische Zielsetzungen unterstützt werden können. Es sollte ein qualifiziertes Förderungssystem geschaffen werden, das sich nach objektiven Kriterien richtet. Die Wirtschaftsgesetze stellen sicherlich den Rahmen dar, in welchem sich dies verwirklichen ließe, vorausgesetzt, daß auch die gesetzlich vorgesehenen Geschäftsordnungen endlich zustande kämen. Bis heute ist das aber trotz unserer Bemühungen nicht gelungen. Es stimmt, daß Gespräche geführt wurden, aber es konnte kein Ergebnis erzielt werden, da es unsere Freunde von der ÖVP nach wie vor ablehnten, daß wir in besonderen Fällen, und ich betone in besonderen Fällen, die Prüfung des Förderungsfalles durch die Beiratsmitglieder an Ort und Stelle verlangen können. Abgelehnt wird auch eine Kontrolle der Mittelverwendung nach Wirksamkeit der erfolgten Förderungen durch die Beiratsmitglieder selbst. Auch hier soll diese Möglichkeit nur für besondere Fälle vorgesehen werden.

Diese zwei Forderungen, meine Damen und Herren, waren für uns Sozialisten ganz wesentlich, und ich glaube, wir haben es auch ganz deutlich gemacht, daß sie in den Geschäftsordnungen zu den Wirtschaftsförderungsgesetzen erfüllt werden müssen. Ich glaube, daß ich aufgrund der bisherigen Gespräche sagen kann, daß zur Schaffung eines Kriterienkataloges in Form von Führungsrichtlinien eine weitgehende Bereitschaft vorhanden ist. Es besteht Übereinstimmung, daß die Festlegung von wirtschaftspolitischen Kriterien für die Förderungsmaßnahmen die Arbeit in den Beiräten eindeutiger macht und auch den Förderungswerbern bei ihren Ansuchen eine gewisse Handhabe gibt.

Strukturverbessernde Maßnahmen, und sie sind unerlässlich, meine Damen und Herren, haben die größten Aussichten auf Erfolg bei guter Konjunktur. Wenn es im vorigen Jahr galt, alles zu tun, um die Vollbeschäftigung zu erhalten, so gilt es jetzt in erster Linie die gute Konjunktur zu nützen, um vor allem in unserem Bundesland Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Exportstruktur durchzuführen. Wenn wir jetzt am Ende dieses Jahres das Bild der Konjunktur betrachten, so drängt sich sogar unwillkürlich der Vergleich mit den Jahren der Hochkonjunktur zu Beginn der siebziger Jahre auf. Wir werden heuer wieder ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent erreichen. Die Industrie hat, wie eine Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung ergab, eine hohe Auslastung ihrer Kapazitäten und es wird erwartet, daß die Nachfrage nach Industriewaren weiter zunimmt. Auch in der Steiermark war die Industrieproduktion mit einem Zuwachs von drei Prozent deutlich

auf Expansionskurs. Diese günstige wirtschaftliche Lage müßte nun eigentlich zur Verbesserung unserer Produktions- und damit Exportstruktur genutzt werden, wollen wir unsere Position auf den internationalen Märkten halten. Wir müssen, und darüber besteht Einhelligkeit, der Forschungs- und Innovationsförderung absoluten Vorrang einräumen, und die Wirtschaftspolitik muß die Umstellung auf die neuen, in der Herstellungstechnologie komplizierteren Produkte fördern. Beginnen müssen wir dies bei der indirekten steuerlichen Förderung. Vorzeitige Afa, Investitionsrücklage, Investitionsfreibetrag, Rücklage für nicht entnommenen Gewinn und ermäßigter Steuersatz für offene Gewinnausschüttung machten in der Summe von 1970 bis 1979 insgesamt 122 Milliarden Schilling aus. Hier wird sich eine Umorientierung zugunsten der Forschungs- und Innovationsförderung am stärksten auswirken können. So könnten zum Beispiel Unternehmen, welche Aufwendungen für Forschung tätigen oder Prototypen und Nullserien entwickeln oder Aufwendungen für den Test neuer Produkte haben, steuerlich besonders begünstigt werden. Der hohe Aufwand, den die öffentliche Hand dadurch zu tragen hätte, müßte durch eine Verringerung der Sätze der vorzeitigen Abschreibung hereingebracht werden. Das sind Vorschläge, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir uns ja doch auch mit der Zukunft unserer Wirtschaft beschäftigen. Wie ich schon vorhin sagte, muß auch die direkte Förderung jenen Projekten Vorrang einräumen, bei denen es sich um facharbeits- und technologieintensive Produkte beziehungsweise Produktionsverfahren handelt.

Auf Bundesebene sind die Förderungsinstrumente schon weitgehend auf derartige strukturpolitische Zielsetzungen ausgerichtet. Auf Landesebene hingegen fehlt dies noch vollkommen, da eben die Geschäftsordnungen, in welchen Führungsrichtlinien enthalten sein sollen, noch immer nicht bestehen.

Der Landespolitik stehen, im Vergleich zur Bundespolitik, viel geringere Möglichkeiten und Mittel zur Verfügung. Gegenüber dieser Tatsache kann man einfach nicht die Augen zudrücken und daran vorbeigehen, wie dies einige Föderalismusexperten in unserem Lande tun. Man sollte sich einmal überlegen, was diese sogenannte Eigenständigkeit unserem Bundesland eigentlich kostet. Länder wie Tirol und Niederösterreich schließen mit dem Bund bilaterale Verträge ab, die ihnen große Summen für ihre Wirtschaft bringen. Die Steiermark aber kämpft treu zusammen mit Vorarlberg gegen den Bund in der bekannten Länderfront. Immer mehr steirische Bezirke sehen, daß so ihre Probleme nicht gelöst werden können und wenden sich direkt an den Bund, der die Hilfestellung auch hier nicht verweigert. Ich glaube nicht, daß ein Zusammenwirken im Sinne des kooperativen Bundesstaates weiter umgangen werden kann, denn, wie auch Professor Tichy vor dem ÖVP-Wirtschaftsbeirat sagte, eine Umstrukturierung der steirischen Wirtschaft kann ohne Hilfe von außen nicht gelingen.

Im Sinne eines kooperativen Bundesstaates muß allerdings auch gefordert werden, daß Vorgänge

über gewisse Standortentscheidungen von Großinvestitionen, wie sie in letzter Zeit zu beobachten waren, in Zukunft vermieden werden. Die Errichtung einer Koordinierungsstelle für Großinvestitionen erscheint mir unerlässlich. Aufgabe dieser Koordinierungsstelle wäre es, über das Ausmaß der Förderungsmaßnahmen für bestimmte Standorte, unter besonderer Beachtung arbeitsmarktpolitischer Notwendigkeiten, zu entscheiden. Auf diese Weise könnte vermieden werden, daß Bund, Länder und Gemeinden Opfer einer nachteiligen Lizitationspolitik aus- und inländischer Unternehmen werden und es könnte auch schließlich erreicht werden, daß Investitionen dort durchgeführt werden, wo sie am dringlichsten sind. Die Steiermark hätte aufgrund ihrer wirtschaftlichen Gegebenheiten hier eine Vorrangstellung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun hier in diesem Zusammenhang ein paar Worte zur Verstaatlichten Industrie sagen, einem Bereich, der in der Steiermark ein Drittel aller Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt, also rund einem Neuntel aller steirischen Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz gibt. Dank der früheren Doktrin, daß die Verstaatlichte Industrie nur im Grundstoffbereich geduldet werden kann, während die Finalindustrie allein der Privatindustrie vorbehalten werden soll, sind Jahrzehntlang in diesem Bereich notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen unterblieben. Wenn man weiß, wie lange es dauert, einen tragfähigen, tragbaren Finalbereich aufzubauen, kann man ermessen, welchen Schaden diese Politik der vergangenen Jahrzehnte der Verstaatlichten Industrie und ihren Arbeitnehmern zugefügt hat. Wertvolle Jahre gingen hier verloren, in denen die ausländischen Konkurrenten grundlegende Umstrukturierungen vornahmen, die österreichischen Betriebe aber in ihrer Entwicklung bewußt zurückgehalten wurden. Die Probleme, die wir jetzt im Grundstoffbereich haben, sind eine Folge aus dieser Zeit. Die Bemühungen, den Rückstand aufzuholen, sind in der Verstaatlichten Industrie jedoch groß. Allein in der Zeit von 1976 bis Ende 1979 wurden von der Verstaatlichten in der Steiermark Investitionen in der Höhe von 8,7 Milliarden Schilling durchgeführt, die vom Bund großzügigst unterstützt wurden. Darunter befinden sich die Drahtstrecke von Donawitz, in welche allein 1,5 Milliarden Schilling investiert wurde, und das Nahtlosrohrwerk von Kindberg, das in Bau ist, mit Investitionskosten von 1,6 Milliarden. (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident, keinen Groschen vom Bund! Sie sagen, vom Bund großzügigst unterstützt — nicht einen Schilling!“) Der Bund garantiert ja letzten Endes, aber ich komme noch darauf zu sprechen. Man hätte hier wohl erwarten können, daß das Land sein Interesse bekundet. Leider war davon finanziell nichts wahrnehmbar und es scheint, daß die Landespolitik weiterhin an den Unternehmen der Verstaatlichten Industrie ja doch bewußt vorbeigeht. (Abg. Dr. Dorfer: „Das Konzept ist falsch!“)

Meine Damen und Herren, wir Sozialisten vertreten die grundsätzliche Auffassung, daß in den kristenhaften Bereichen der Verstaatlichten Industrie in der Steiermark Maßnahmen zur Strukturbereinigung

unumgänglich sind, und ich glaube, daß solche Maßnahmen gerade in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges durchgeführt werden sollen. Aber solche Maßnahmen können wir dann nicht unterstützen, wenn, wie dies beim VEW-Werk Judenburg der Fall ist, für die betroffenen Menschen kein gleichwertiger Ersatzbetrieb beziehungsweise Arbeitsplatz angeboten werden kann.

Ich darf sagen, daß nunmehr vor einigen Tagen Lösungen getroffen wurden, Landesrat Gruber als Zentralbetriebsratsobmann war bei den Verhandlungen mit dabei, Lösungen, an die wir, im Gegensatz zu Dir, lieber Freund Marczik, glauben. Wir haben also auch als Gewerkschaften sicherlich nicht geschlafen. Wir schreien nicht lautstark, sondern wir arbeiten und versuchen, auf allen Ebenen unsere Unterstützung jenen zu gewähren, die sie brauchen. Und das hat sich ja durch 33 oder 34 Jahre bewährt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es auf Landesebene eine politische Zielsetzung gibt, dann ist es jene, die Verdichtungsräume, von denen auch heute schon gesprochen wurde, also die Obersteiermark und der Grazer Raum zusammen mit der Weststeiermark, nachrangig zu behandeln. Dies wird sehr deutlich, wenn man überprüft, in welche Regionen die berühmten bisher ausgelegten 1,6 Milliarden Wirtschaftsförderungsmittel des Landes zwischen 1967 und 1976 gegangen sind. Wenn man diese Förderungsmittel auf eine Pro-Kopf-Zahl und einen Bezirk umrechnet, dann liegt die Stadt Graz mit 265 Schilling, und das für einen 10-Jahreszeitraum, an vorletzter Stelle. An letzter Stelle rangiert bezeichnenderweise Bruck an der Mur mit 63 Schilling. Zur Ergänzung hinzu nur die Durchschnittszahl für die Steiermark, diese beträgt 1354 Schilling.

Die Struktur der Stadt Graz, meine Damen und Herren, war ja seit jeher nicht überragend. Die Landeshauptstadt hatte schon immer, im Vergleich zu den anderen Landeshauptstädten, einen überproportionalen Dienstleistungssektor. Der anteilmäßig schwache Produktionsbereich ist dazu noch von einer sehr schlechten Branchenmischung gekennzeichnet. Dazu kommt weiters die extreme Randlage der Landeshauptstadt. Der Grazer Raum und insbesondere die Landeshauptstadt haben für die näheren Grenzlandregionen immer eine besondere Funktion gehabt. Menschen, die in ihren Bezirken aufgrund der schlechten Strukturen keine Arbeit finden konnten, wurden dann doch von der Landeshauptstadt aufgenommen.

Die letzten Entwicklungen, meine Damen und Herren, zeigen aber, daß dies nicht länger der Fall ist. Die Stadt selbst ist immer weniger in der Lage, ihre geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbsleben zu integrieren und zuwandernde Menschen können kaum noch aufgenommen werden. Die Folge ist unter anderem, daß hochqualifizierte Arbeitskräfte, die in Graz ausgebildet wurden, langsam abzuwandern beginnen, weil sie hier keinen Platz finden können. Die finanzielle Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landeshauptstadt ist sicherlich auch zum Großteil das Ergebnis dieser

wirtschaftlichen Entwicklung. Wir müssen heute ganz offen sagen, daß die Stadt Graz von sich aus nicht mehr in der Lage sein kann, ihre Probleme selbst zu lösen. Eine Lösung kann aber nur gesucht werden, wenn Land und Stadt und auch der Bund hier aufs engste zusammenarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei Verlangsamung der Konjunktur besteht ein optimaler Mitteleinsatz darin, daß man die Maßnahmen dort setzt, wo die größten Agglomerationsvorteile zu erwarten sind, und dies ist nun einmal der Grazer Raum und die Obersteiermark. Nur dadurch, glaube ich, kann man die Abwanderung junger Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen so niedrig als möglich halten und ich glaube, dies muß eine der Hauptzielsetzungen unserer Landespolitik sein, wollen wir nicht zum Lieferanten junger Menschen für Westösterreich und für den Wiener Raum werden. Gelingt es uns nicht, diese jungen Leute in der Steiermark zu halten, so werden wir dies in den späten achtziger Jahren sehr schmerzhaft zu verspüren bekommen.

Zum Abschluß: Nach wie vor große Sorge bereitet der Arbeitnehmerschaft der häufig anzutreffende Typus des dynamischen Jungunternehmers, der sich meist in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und tatkräftig von allen Seiten gefördert zu etablieren sucht. Nach der derzeitigen Rechtslage sind zur Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung noch immer nur 12.500 Schilling Bargeld und ein Gebrauchtwagen notwendig. Dazu kommt ein aufwendiger Lebensstil, damit verbunden hohe Privatentnahmen und grundlegende Fehler im Management. Das Ergebnis sind zahllose Pleiten, deren Folgen die Öffentlichkeit trägt. Wenn auch die Gesamtzahl der Insolvenzen dank der günstigen Konjunkturlage zurückgegangen ist, so sind doch die Ursachen die gleichen geblieben. Nach den Mitteilungen des Kreditschutzverbandes 1870 sind 72 Prozent aller Insolvenzen auf Fahrlässigkeit, ungenügende Kenntnisse, Fehleinschätzungen und persönliches Verschulden durch überhöhte Privatentnahmen, Spekulationen und Vernachlässigung der Geschäftsführung zurückzuführen. Der von den Folgen am härtesten betroffene Personenkreis, die Arbeitnehmer, hat seit dem Vorjahr die Möglichkeit, die offenen Lohnansprüche aus dem Insolvenzentgeltsicherungsfonds zu erhalten. Allein im heurigen Jahr sind in der Steiermark 1200 Anträge auf Insolvenzausfallsgeld über eine Summe von 53 Millionen Schilling eingelangt, von denen über 46 Millionen Schilling bisher stattgegeben wurden. Die Tätigkeit der Arbeitsämter ist in diesem Zusammenhang lobenswert hervorzuheben, da die Anträge, wenn sich nicht durch einen säumigen Masseverwalter Verzögerungen ergeben, unbürokratisch rasch erledigt werden.

Zum Abschluß kommend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auch sagen, daß die achtziger Jahre sicherlich an uns aufgrund hier getätigter Aussagen, die ich nicht wiederholen möchte, gewaltige Anforderungen stellen werden. Energiefragen, Energieprobleme, der Krach in aller Welt, die Auseinandersetzungen, die es überall

gibt, all das wird Rückwirkungen haben, die wir letzten Endes auch zu spüren bekommen, die wir aber nur dann überwinden werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie und wir alle miteinander bereit sind, den österreichischen Weg mit uns in die achtziger Jahre zu gehen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Landtages!

In aller Kürze zu einem lokalen Problem, das zumindest auch so wichtig ist für uns Fürstenfelder, wie die Krise bei der VEW in Judenburg: Wenn sich in diesem Betrieb in Judenburg scheinbar doch eine vertretbare Lösung zur Beseitigung der Krise abzeichnet, zumindest für die nächsten Jahre, freuen wir uns alle sehr. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß es nicht nur in Judenburg Gewitterwolken und Anzeichen einer kritischen Wirtschaftsentwicklung gibt, sondern auch in Fürstenfeld, und das bei der Firma Eumig. Ich sehe mich genötigt, als Bauer zu diesem Problem Stellung zu nehmen, nachdem scheinbar die kompetenten Herren, wie der Herr Präsident der Arbeiterkammer Ileschitz und Herr Landesrat Gruber als exponierter Gewerkschafter und Betriebsrat sich auch anderer Probleme annimmt. (Abg. Ileschitz: „Kurze Unterbrechung: Wenn du wüßtest, was wir gerade für den oststeirischen Raum in Arbeit haben!“ — Abg. Aichhofer: „Darum werden jetzt 500 entlassen!“) Auch wir in Fürstenfeld sind Steirer und Österreicher, und darf ich hinweisen, daß bei den Eumig-Betrieben insgesamt in Österreich rund 7000 Beschäftigte sind. Davon waren noch vor einem Jahr 1800 im Fürstenfelder Betrieb beschäftigt. Seit einem Jahr ist der Beschäftigtenstand von 1800 auf 1300 zurückgegangen, also rund 500 Beschäftigte wurden freigestellt oder vorzeitig in Pension geschickt. Wir möchten auch von dieser Stelle dem Land Steiermark danken für Förderungsmittel, die für den Aufbau und Ausbau dieses Betriebes vom Land gegeben wurden. Man muß ja bedenken, daß dieser Betrieb im Jahre 1965 mit einem Beschäftigtenstand von 22 Arbeitern begonnen hat und aufgewirtschaftet hat zu einem Beschäftigtenstand von 1800. Wir sind natürlich sehr besorgt, wenn jetzt wieder von weiteren Kündigungen gesprochen wird, und wir sind vor allem sehr besorgt, wenn wir erfahren müssen, daß Hunderte, meine Damen und Herren, Hunderte Arbeitnehmer bei der Firma Eumig betroffen sein sollen. Ich danke da dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl und dem Herrn Landesrat Peltzmann, daß sie uns in den letzten Wochen so unterstützt haben, daß das Ärgste verhindert werden konnte. (Abg. Gross: „Bei Eumig vergißt er immer die Arbeitsmarktverwaltung. Auf die vergißt er immer, das ist bei ihm System!“) Lieber Kollege Gross, ich möchte das auch in Erwähnung bringen. Bei uns in Fürstenfeld hat es weder bei der Eumig, noch in anderen Betrieben parteipolitische Auseinandersetzungen gegeben. Es gibt dort auch geklärte Verhältnisse, wenn es sein muß, wenn andere uns scheinbar vergessen, dann werde ich mich um so leidenschaftlicher um

diese Arbeitnehmer annehmen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte nur hoffen, daß mit dieser Zwischenkrise der Eumig, die sicher nur ein kurzfristiger Tiefgang sein kann, wieder ein Weg gefunden werden kann, damit der Eumig-Betrieb in Fürstenfeld sich bald wieder erholt und erhalten bleibt, damit der Beschäftigungsstand von derzeit 1300 gehalten werden kann.

Zum Schluß nur eines noch: Machen wir nicht den Fehler, daß wir meinen, wenn bei Eumig durch irgend welche Gründe Schwierigkeiten aufgetreten sind, daß die Produkte dieser Firma schlecht seien. Ich möchte bitten: Gerade jetzt vor Weihnachten könnten wir auch diesen Arbeitnehmern dadurch helfen, daß wir eben heimische Produkte kaufen, Filmkameras der Firma Eumig und Projektoren der Firma Eumig. Damit könnten wir mithelfen, daß wir nicht im kommenden Jahr und in den kommenden Jahren um Ersatzarbeitsplätze uns kümmern müssen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum dritten Teil der Gruppe 7 erteile ich dem Herrn Landesrat Peltzmann das Schlußwort.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als elfter Redner zum Kapitel Wirtschaftsförderung will ich versuchen, meinen Standpunkt darzustellen und vielleicht zur einen oder anderen Wortmeldung, die in Fragestellung hier vorgetragen wurde, eine Antwort zu finden. Bei jeder Frage wird es mir bestimmt nicht gelingen. Denn, wenn das so wäre, hätten wir gemeinsam viel weniger Sorgen als wie wir sie wirklich haben. Es war die Sorge um das wirtschaftliche Geschehen, das letztendlich unser Leben bestimmt, die Sorge um die Arbeitsplätze, die bei allen diesen Wortmeldungen letztendlich durchgeklungen hat. Wir können stolz sein, daß die österreichische Wirtschaft in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten Abschnitten schnellere Zuwachsraten zu verzeichnen hatte als die übrigen europäischen Wirtschaftsräume. Und wir haben auch nach der sprunghaften Erdölverteuerung 1973 diese Phase besser überwunden. Das Sozialprodukt ist in Österreich immerhin um dreiviertel Prozentpunkte schneller als im westeuropäischen Schnitt, und um 1 Prozent schneller als in der Bundesrepublik Deutschland zuge wachsen. Es gelang dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Wenn ich immer wieder sage, daß jeder Mensch ein Recht auf Eigentum hat, dann muß man auch dazu sagen, er hat ein Recht auf Arbeit, nicht auf den Arbeitsplatz, aber auf einen Arbeitsplatz. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Brandl: „Das ist ein alter Grundsatz!“) Und ich weiß schon, daß die Statistik das eine oder andere frisieren kann. Aber auf alle Fälle — hier sagen wir wieder Gott sei Dank — können wir von einer Vollbeschäftigung sprechen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir persönlich — seien Sie mir jetzt nicht böse — ist es egal, wer uns hilft. Wenn uns der Präsident von Amerika eine Hilfe anbietet, werde ich sie genau so dankbar zur Kenntnis nehmen, als wenn es der

Bundeskanzler, die Bundesregierung, macht. Ich glaube auch, daß wir in der Steiermark sehr viele Problemgebiete und Problembetriebe haben, nicht nur Judenburg. (Abg. Ileschitz: „Sinnerdorf — Textilindustrie!“) Es wurde Eumig genannt, ich will gar nichts verbreiten, aber denken Sie an die Erzregion, Eisenerz und Radmer, oder denken Sie an Graz, an die Arland; oder Weißenbach an der Enns, ich könnte Ihnen einen ganzen Katalog vorlegen. Und jeder kleinen Gemeinde tut ja jeder kleinste Gewerbebetrieb weh, der zusperren muß. Sehen Sie, überall wird das Problem immer wieder an uns herangetragen werden. Wir werden uns nicht drücken, wir müssen immer wieder versuchen, ohne Polemik mit diesen Dingen fertig zu werden, weil sonst bringt das nichts. Schauen Sie, natürlich kann man sich die Frage stellen. Im letzten Monatsbericht des Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Frage auch gestellt, ob die Hypotheken, die wir auf uns genommen haben, das zu leisten, letztendlich gerechtfertigt sind. Wir können nicht bestreiten, daß wir eine negative Entwicklung der Leistungsbilanz zu verzeichnen haben. Wir können auch gar nicht bestreiten, daß die laufende Staatsverschuldung und ihre Folgekosten uns eines Tages zur Kassa bitten werden. Das abzuleugnen wäre doch unkaufmännisch. Wir können es auch nicht leugnen, daß unsere exportorientierte Industrie ihre Wettbewerbsverhältnisse zu den anderen Betrieben, die Fähigkeit in Konkurrenz zu stehen, mehr und mehr einbüßt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Lohnstückkosten sind immerhin von 1970 bis 1977 bei uns um 68 Prozent, und bei unserem größten Handelspartner, der Bundesrepublik Deutschland, nur um 38 Prozent gestiegen. Persönlich habe ich gegen den harten Schilling überhaupt nichts einzuwenden. Wie hart der Schilling letztendlich sein soll — und da streiten sich die Wirtschaftsgelehrten — da will ich gar nicht hineingreifen. Aber wenn Sie sich ein Unternehmen vorstellen, wie zum Beispiel, Herr Kollege Gruber, die VEW, hier spielt jeder Prozentpunkt in der Kalkulation, in der grenzüberschreitenden Preisbildung, eine große Rolle. Und da möchte ich nicht dabei sein. Ich habe ja gesagt, bei allen exportorientierten. Und daß die Eumig, vielleicht gar nicht gut, eine zeitlang bei 90 Prozent gelegen ist, wissen wir. Vielleicht gar nicht gut, wenn ein Betrieb nur auf einem Bein steht. Das sieht man ja. Weltentwicklungen, auf die wir gar keinen Einfluß haben, bringen uns dann die Sorgen. Und dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann schreit man: Wo bleibt der Politiker? Ob im Bund oder Land. Ich muß jetzt sogar für die Bundespolitik eine Lanze brechen. Ich würde es jetzt ablehnen, ob Judenburg oder Eumig, den Spitzenpolitikern die Schuld anzulasten. Nur soll man bei der Aussage zu diesen Dingen etwas vorsichtiger sein. Ich kann mich erinnern, vor fast drei Jahren ist uns Eumig als Paradebeispiel von der Bundesregierung hingestellt worden. Und wie schnell die Dinge gehen! Jetzt wird es bestimmt das Management gewesen sein, das schuld ist und sonst nichts anderes. Das ist auch eine billige Ausrede. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist es eben! Spitzenpolitiker setzen sich auch das Federl auf den Hut!“)

Ja, das Federl ist immer schwierig bei diesen Dingen. Schauen Sie, es ist ja heute richtig gesagt worden, daß man sich mehr der Erforschung, Entwicklung neuer Technologien und der Erkundung neuer Märkte widmen muß. Wir haben einmal die Schwierigkeit mit unserer Randlage und wir haben auch die Schwierigkeit der hohen Abhängigkeit von Energieexporten. Sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, so kam es auch zu einer Verlagerung von der Produktion zum Dienstleistungssektor, einer Verlagerung, die meiner Ansicht Zeichen einer gewissen Bedenklichkeit aufzeigt. (Abg. Ileschitz: „International feststellbar!“) Wir haben doch immerhin, Herr Kollege, Herr Präsident, 1979 nur mehr 44 Prozent der Beschäftigten in der Sachgüterproduktion und bereits 54 Prozent im Dienstleistungsbereich. Sehen Sie! Ich weiß, und wer jetzt die Schuld hat, daß wir vielleicht den Anschluß in die Finalindustrie in einigen Bereichen zu spät finden, über das kann ich heute nicht mehr abhandeln. Aber wenn Sie sagen, das sei die Politik gewesen, dann muß ich sagen (Abg. Ileschitz: „Es macht dich niemand dafür verantwortlich!“), das kann doch bestimmt nur in der Koalitionszeit geschehen sein. Und dort war der zuständige Minister außer der Anfangsperiode immer ein Sozialist, der Minister für die verstaatlichte Industrie. Aber damit sage ich ja nicht, daß er schuld war, bei Gott nicht. (Abg. Ileschitz: „Aber der Finanzminister!“) Nur wenn man die Dinge so zeigen will, dann muß ich es schon zurückzahlen. Lieber Herr Präsident, du hast mir heute zu meinem Geburtstag gratuliert. Das hat mich wirklich gefreut und ich kann dich persönlich auch gut leiden. Und deine jungen Herren, die deine Reden schreiben, haben schlechte Informationen, nur dort liegt es. Wenn ich nur denke, bei den Wirtschaftsförderungszahlen, wo Zahlen des Budgets angewandt wurden, dabei sind es Gedächtniszahlen, mehr kann ich nicht sagen. Im Landesfinanzgesetz haben wir den § 10. Und wenn man sich den § 10 zu Gemüte führt, dann brauchen wir über keine Summen zu reden, die im Budget stehen. Das wissen wir doch selbst alle, die wir hier sitzen und letztendlich Verantwortung tragen. Und sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren es früher nur die besonders agrarbetonten Regionen, die diese standortbenachteiligten Schwierigkeiten aufzuweisen hatten, so gilt das heute auch für das Industriegebiet der Mur- und Mürzfurche. Herr Präsident, eines möchte ich auch noch abschließend zu Ihrer Wortmeldung sagen: Ich kann mich nicht erinnern, daß wir eine Kooperation mit der Bundesregierung abgelehnt hätten, ich kann mich nicht erinnern, sondern wir waren jederzeit kooperationsbereit, wenn wir die Möglichkeit gesehen haben, mit dem Bund gemeinsam ein Problem durchzuziehen. Wir haben das nie abgelehnt. Als nächstes muß ich sagen, lieber Herr Präsident, ich habe das schon einmal gesagt, wir würden sehr froh sein, wenn in der Steiermark der Bund auch Bundesmittel zur Wirtschaftsförderung einsetzen würde. Dies wird teilweise, aber nur teilweise über die Arbeitsmarktförderung gemacht (Abg. Gross: „200 Millionen Schilling Arbeitsmarktförderung!“), alles andere sind ERP-Mittel und das ist die Masse der Mittel und das sind die Mittel

des amerikanischen Steuerzahlers. Und jetzt kommt es, man soll sich nicht ununterbrochen ein falsches Federl auf den Hut stecken, einmal kann man es ja tun, da ist nichts dabei. Ich habe mich immer auch für die Verstaatlichung bekannt, es wäre auch feig und unfair es nicht zu tun. Die österreichische Schwerindustrie ist in einer Zeit verstaatlicht worden, wo meine Gesinnungsgemeinschaft, die Österreichische Volkspartei, die absolute Mehrheit im Parlament hatte. Das jetzt abzulehnen, wäre Kindesweglegung. Daß wir da und dort Schwierigkeiten haben, daß wir die Betriebsführung zu gewissen Zeiten aus einem anderen Blickwinkel betrachtet haben, da gibt es überhaupt nichts zu diskutieren. Der Vorstand und auch der Aufsichtsrat hatten ihre Aufgabe nach dem Aktienrecht, das wurde heute deutlich gesagt, erfüllt. Natürlich muß die Politik letztlich die Zielrichtung angeben. Wozu sitzt denn der Fachmann im Vorstand, wenn er nicht in der Lage ist, mit den Problemen, die an ihn herangetragen werden, fertig zu werden? (Abg. Brandl: „Da hat er recht, dafür wird bezahlt!“) Da würde ich doch vorschlagen, daß man Vorstandsverträge mit Kündigungsklauseln abschließt, um die Möglichkeit zu haben, wenn man sieht, daß die Erwartungen nicht erfüllt werden können, sich zu verabschieden. (Abg. Brandl: „Jawohl, das ist keine schlechte Sache!“)

Aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir betrachten die Dinge schon etwas härter. Ich habe hier eine Produktivitätsaufstellung der österreichischen Industrie und hier steht folgendes ganz kurz, und das darf ich zitieren: Die Produktivität der Industrie, also jene Meßzahl, die den Produktionswert pro Kopf angibt, hat sich in der österreichischen Industrie von 1973 bis 1977 um etwa ein Sechstel erhöht. Auf der Basis des Jahres 1973 stieg der Index der industriellen Produktivität von 100 auf 115. In der Bundesrepublik Deutschland erhöhte er sich jedoch stärker, und zwar auf 116 Punkte. In der verstaatlichten Industrie Österreichs stieg die Produktion der Beschäftigten jedoch nicht an, sondern fiel kräftig zurück. Gemäß dem Index 100 im Jahre 1973 sank sie in den darauffolgenden vier Jahren auf 96 ab. Seit damals wird die Produktivitätsentwicklung von der OIAG nicht mehr errechnet. Sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind die Dinge, die wir kritisch aufzeigen und wo wir sagen, überall werden wahrscheinlich, das heißt selbstverständlich, Fehler gemacht, denn nur ein Mensch, der nichts arbeitet und nichts leistet, ist vielleicht von den Dingen verschont. Aber die Fehler aufzuzeigen und zu versuchen, sie gemeinsam zu lösen, das wäre das richtige. Nicht alles, was gut gemacht wird, ist heilig, das darf nicht angegriffen werden, und wenn dann ein Jungunternehmer in Konkurs geht, er braucht bei der Ges. m. b. H. gar keinen Gebrauchtswagen, das schreibt das Gesetz gar nicht vor, da machen wir daraus ein Theater, das finde ich unanständig. Gegen das wehre ich mich. Das wird es in allen Bereichen immer geben, weil die Welt besteht ja Gott sei Dank nicht nur aus Heiligen, weil dann wäre es so fad, daß ich gar nicht hätte auf die Welt kommen wollen. So liegen doch die Dinge. Bei uns gilt es jetzt, meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, positive Dinge in Gang zu setzen und vorhandene Initiativen zu stärken. Dazu gehört, daß wir mithelfen, neue Technologien zu entwickeln und neue Märkte, wie ich sagte, zu erschließen. Wir haben dazu das Industriegesetz und Mittelstandsförderungsgesetz und wir sollen dort auch keine Kindeswegleitung betreiben. Ich kann mich nicht erinnern, daß mich das letzte halbe Jahr irgendjemand jemals angesprochen hätte bezüglich einer Geschäftsordnung. Das höre ich immer nur im Landtag bei Budgetsitzungen und dann wird das wieder ad acta gelegt; weder einen Brief bekomme ich, noch ein Gesprächspartner findet sich. Ich weiß schon, das braucht man beim nächsten Budget wieder. Man muß doch irgend etwas Negatives aufzeigen. Das ist meiner Ansicht nach auch nicht gut. Schauen Sie, wir haben alles versucht, wir bekennen uns zum Mittelstand, aber die Großen brauchen wir genauso, das ist genauso wichtig. Es wäre doch ein Hirnospin, das eine abzulehnen und das andere fördern zu wollen. Wir wollen neue Technologien. Es ist uns mit Siemens, glaube ich, ein guter Wurf gelungen — bereits über 40 Mitarbeiter. Bis 1981 hat sich Siemens verpflichtet, 100 hochqualifizierte Mitarbeiter aufzunehmen. Ich höre immer wieder aus dem Bereich, daß wir doch vielleicht bis 150 Mitarbeiter beschäftigen werden. Hier haben wir die Voraussetzungen, Graz ist eine Universitätsstadt, solche Institutionen ins Leben zu rufen. Das ist eine Aufgabe, der sich das Land gern und jederzeit unterwirft.

Wir haben noch eine andere Initiative dieser Art. Wir haben AVL, die Ausweitung im Meßbereich. Im Rahmen dieses Investitionsprojektes wurden bereits bis jetzt 61 Arbeitsplätze geschaffen und wir stehen in Verhandlungen, 70 bis 80 neue weitere Arbeitsplätze zu installieren. Das gibt es. Wir versuchen auch gemeinsam mit den Unternehmungen, neue Marktlücken zu suchen. Das Gespräch, das wir mit Steyr-Daimler-Puch geführt haben und noch weiterführen, zielt darauf hin, ein neues Produkt auf den Markt zu bringen, ein Zwischending zwischen einer Vespa und einem Puchroller. Genau das will man, ein Zwischending zwischen einer Vespa und einem Roller. Man lacht darüber. Die Leute sind soweit, daß sie sagen, die Marktchancen sind erkundet und sie wissen, daß die Steyr-Daimler-Puch zum zweitgrößten Mopedhersteller der Welt zählt. Und wenn Sie heute nach Amerika oder Kanada kommen, dann werden Sie sich wundern, wer da alles mit einem Produkt aus Graz, mit einem Moped von Steyr-Daimler-Puch fährt. Ich bin kein Fahrradtechniker, bei Gott nicht. (Abg. Schrammel: „Das ist ein Gebrauchsartikel!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Mit den japanischen Jahamasuccis fahren unsere Briefträger!“) Das wird so ähnlich sein wie das Kompensationsgeschäft mit den hochwertigen Handtüchern, die wir selbst nicht in der Lage sind, durch unser technologisches Übergewicht zu erzeugen. So wird das wahrscheinlich sein. Aber sehen Sie, wir waren bei den Gesprächen auch schon von Beginn an dabei, als Steyr-Daimler-Puch daran ging, mit Daimler-Benz dieses neue Fahrzeug zu erzeugen, und wir sind im Gespräch mit einer deutschen Firma. Ich bitte, das ist doch kein Mißtrauen. Gestatten Sie mir, daß ich

hier keinen Namen nenne, solange die Verträge nicht den Förderungsgremien vorgelegt werden. Wir hoffen, mit dieser Firma die Hallen in Köflach wieder in Schwung zu bringen. Es ist ein Termin gestellt. Der Termin ist der 15. Dezember, also nicht der Sankt-Nimmerleins-Tag. Ich werde in der Lage sein, in Kürze, Dir lieber Herr Kollege, Herr Präsident Ileschitz, in der Arbeiterkammer Bericht zu erstatten, wie weit diese Absprachen durch deine Männer in den Förderungsausschüssen gediehen sind. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was drückt uns denn in Wirklichkeit? Das sind alles Dinge, die jede Generation praktisch absolvieren mußte. Drücken tut uns die ganze Entwicklung, auf dem Energiesektor, am Rohstoffsektor. Und hier muß man doch aufzeigen, daß das Land seine Hilfe angedeihen hat lassen. So haben wir zum Beispiel der GKB Köflach für die Investitionen im Karlschacht und Zangthaler-Unterflöz von 1968 bis 1974 20,5 Millionen Schilling, nicht als Darlehen, sondern als Zuschuß gegeben. Wir haben der Bleiberger Union rund 2 Millionen Schilling zur Bohrung gegeben und wir sind dabei, auch die neuen Erkenntnisse bezüglich des Kohlevorkommens in den Fischbacher Alpen finanziell zu unterstützen. Manchmal muß man sich ja wundern! Aber bei uns weiß das ein jeder Bauer, daß dort Kohle oben ist. Überhaupt, Herr Präsident Ileschitz, einen Einwurf, der einzige Einwurf und der einzige Vorwurf, den ich der Bundesregierung echt machen darf, mit dem Zusperrern waren sie immer schneller als wir. Und das Zusperrern ist ja nicht gerade erstrebenswert. (Abg. Zinkanell: „Ersatzarbeitsplätze stellen!“) Nehmen wir Fohnsdorf, meine Herrschaften, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf Ihnen eines nur zu Fohnsdorf sagen. (Abg. Ileschitz: „Lieber Freund, die ‚Zusperrern auf Raten‘, die kenne ich zur Genüge! Ich will nicht darüber diskutieren, wer da dahinter war!“) Heute kommt man darauf! Darf ich Ihnen etwas sagen: Bitte, mit allem dürfen Sie kommen, nur nicht mit dem Auskohlen und Auszerren, denn heute hört man von den Fachleuten, daß das Kohlenvorkommen allein in Fohnsdorf noch 30 Jahre den Rohstoff Kohle liefern würde. Nur hat man damals nicht den Mut gehabt, ich habe es ja gesagt, meine Herren, ich gebe es sogar offen zu, meine eigene Partei hat mich im Regen stehen gelassen ohne Schirm. Und der Herr Bundeskanzler hat mich mit dem KP-Obmann Mury verglichen, weil ich gesagt habe: Wenn schon, halb stilllegen, aber doch nicht sperren. Weil, was einmal gesperrt und abgesoffen ist, das kann man so leicht nicht mehr aufmachen. Heute zahlen wir den Preis, den uns die Oststaaten vorschreiben. Es geht doch jedem in der steirischen und in der österreichischen Bevölkerung ein Frösteln über den Rücken, wenn er hört, daß wir zur Zeit bereit wären, Milliarden Schilling nach Polen zu investieren. Aber 120 Millionen Schilling, das war uns zuviel für Fohnsdorf! So sehen wir doch die Dinge! (Abg. Ileschitz: „Aber da bekommen wir ja etwas dafür — nämlich den Strom, den wir brauchen!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Herr Präsident Ileschitz, bei den jetzt steigenden Energiepreisen wäre es gut, wenn wir das noch hätten!“) Ich nehme einen unverdächtigen Zeugen, den Herrn Anton Zischka; er schreibt, ich darf ihn bitte zitieren.

ren: „Nicht die Ölerpresser sind schuld an unseren Nöten, sondern wir selber. Zum Ölmangel mußte es kommen, weil wir Generationen lang gegen die Natur wirtschafteten, 93 Prozent aller fossilen Energieträger der Erde bestehen aus Kohle, nur 7 Prozent Erdöl und Erdgas, aber gerade die stellen heute fast 70 Prozent der Primärenergieversorgung der Welt.“ Sehen Sie, dort steht es. Wir vergeuden die kostbare Energie und haben das, was uns die Natur geschenkt hat, nicht beachtet.

Es haben mir Fachleute von der Montanistischen Hochschule erzählt, wenn die Preise in Fohnsdorf gleich hoch gewesen wären — Kilokalorien — wie heute ins Ausland bezahlt worden wäre, dann wäre der Abgang nur mehr ein Drittel der damaligen Abgangssummen gewesen. (Abg. Hammerl: „Aber noch immer ein Abgang!“) Sehen Sie, wir erleben es noch, Herr Abgeordneter, daß es wieder aufgesperrt wird, darauf können Sie Gift nehmen, nur was das kostet, das ist die Frage! Sehen Sie, meine Damen und Herren, und so wollen auch wir dazu beitragen, unsere eigenen Rohstoffreserven zu erforschen und wenn notwendig, wollen wir auch beitragen, sie aufzuschließen. Und ich sage, es zeichnen sich ja neue Wege ab.

Und noch ein Wort zu Radmer, lieber Herr Präsident. Bei den Beratungen war ich von der ersten Minute an dabei. Meine Kollegen werden es mir glauben, daß der ehemalige Abgeordnete der ÖVP zum steirischen Landtag Emmerich Assmann zu meinem wirklichen Freundeskreis zählt. Und es ist nicht die erste Betriebsgründung, die Assmann in der Steiermark vollzieht. Nur, wie ich hinaufgefahren bin, ich war eingeladen zur Barbarafeier, der letzten Barbarafeier dieses alten Erzortes, und wer die Geschichte verfolgt, sie haben dort immer wieder zugesperrt. Nur in Zeiten, wo wir Kanonen gebraucht haben, wurde aufgesperrt, leider Gottes! (Abg. Prensberger: „Das ist ja das Bedauerliche dieser Erde!“) Richtig! Aber was mich am meisten gestört hat, ich muß auch die eine oder andere Landesbahnlinie zusperren, aber deswegen reiße ich die Geleise nicht gleich weg! Die lasse ich einmal zehn Jahre liegen. Denn das sind Verkehrsstränge. Dort werden sie weggerissen. Glauben Sie, daß sich dann schnell einer findet, wenn man das wieder braucht oder neue Entwicklungen dort in Gang setzt, daß diese neuen Geleise wieder gelegt werden? Also man soll das Alte miterhalten und bewahren, so lange es geht, und daneben das Moderne aufbauen, das wollte ich damit sagen. Das ist, glaube ich, der richtige und der gute und der zukunftsträchtige Weg, auf das geht es letztendlich hin. (Abg. Sponer: „Eine Vertragsbedingung der Besitzer war da!“) Und nun, Herr Sponer, noch einmal! (Abg. Hammer: „Zu Radmer: Sie waren dabei, von der ersten Minute an, aber ich war auch von der ersten Minute an dabei!“) Herr Kollege Hammer, ich habe Ihnen das in Radmer nicht abgestritten, warum soll ich es Ihnen denn hier abstreiten! (Abg. Schrammel: „Der Hammer hat das gemacht!“) Und erstens, meine Freunde dürfen ja reden, mit wem sie wollen, sogar mit Ihnen! (Abg. Hammer: „Ich hätte mich gefreut, wenn Sie das auch gesagt hätten!“) Das steht ja gar nicht zur Diskussion, ja aber selbstverständlich! (Abg. Hammer:

„Wir setzen uns auch für Betriebsgründungen ein, Herr Landesrat!“) Selbstverständlich!

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich eigentlich damit aussagen will und aussagen wollte, ist, daß es hier auch darum geht, unsere Neutralität echt geistig zu verteidigen. Unsere Neutralität kann ich ja nur verteidigen, wenn ich in der Lage bin, wenn ich die Primärenergie selbst aufbringen kann, die ich brauche, um das eigene Volk zu versorgen. (Abg. Hammerl: „Ist Amerika in der Lage, sich selbst zu versorgen?“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nicht, daß ein Österreicher bereit ist, für die Neutralität zu erfrieren! (Abg. Hammerl: „Sind wir selbst in der Lage, uns zu versorgen?“) Stellen wir uns auch zu unseren eigenen Energieträgern, stellen wir uns positiv dazu. (Abg. Gross: „Das tun wir ohnehin alle!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schauen Sie, und hier darf ich nur eines wiederholen, was gestern oder vorgestern gesagt wurde, unser Präsident Piaty hat das gesagt. Er hat aufgezeigt, daß die Zahl der Selbständigen sinkt. Aber er hat aufgezeigt, daß trotzdem in den Klein- und Mittelbetrieben, in der mittelständischen Industrie zwei Drittel aller Arbeitsplätze der Steiermark gesichert werden. Im Juli 1979 waren es genau 261.799. Und das wollte ich noch einmal zum Schluß wiederholen. Wir brauchen doch das gemeinsame Verständnis und Vertrauen, bei aller Auseinandersetzung. Und es wäre gar nicht schön und es wäre nicht fruchtbar, wenn wir glauben, alle mit der gleichen Leitlinie, unsere Gedanken auch in der Wirtschaft umzusetzen. Ein alter Spruch sagt immer wieder: „Nicht die Zufriedenen bewegen die Welt, sondern die Unzufriedenen!“ Unter diese geistig Unzufriedenen haben wir uns zu zählen, um neue Wege zu erkunden, neue Wege aufzuzeigen und neue Wege zu fördern, das ist die Aufgabe der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark. Und das, glaube ich, ist auch im Budget 1980 sichergestellt. Daß Sie diesen Beschluß, daß Sie dieses Landesfinanzgesetz — und dort liegt der Schwerpunkt des Förderungsprogramms der Steiermärkischen Landesregierung, nicht in den Zahlen der Gruppe 7 —, daß Sie dieses Gesetz einstimmig beschließen, wünsche ich mir und wünsche ich der steirischen Bevölkerung. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich frage den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Buchberger — in seiner Vertretung den Herrn Abgeordneten Doktor Pfohl — ob er ein Schlußwort wünscht.

Abg. Dr. Pfohl: Danke, ich verzichte auf das Schlußwort und bitte, wie eingangs beantragt, der Gruppe 7 die Zustimmung zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8. Bevor wir aber den Herrn Berichterstatter hören, ersuche ich die Mannschaft, die uns bedient und uns zu Hilfe kommt, fünf Minuten die Fenster zu öffnen. Aber nur fünf Minuten, bitte! Das heißt, die Sitzung wird um 17.25 Uhr wieder aufgenommen.

(Lüftungspause von 17.20 Uhr bis 17.25 Uhr.)

Wir setzen nach der kurzen Unterbrechung mit der Gruppe 8, Dienstleistungen, fort. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Präsident Ing. Koiner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Präsident Ing. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8, Dienstleistungen, umfaßt Wohn- und Wirtschaftsgebäude, sonstige Liegenschaften, Wohnungsbau, Wohnungsbau für Bedienstete, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Forstgüter, Forstgärten und Baumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen — Verkehrsbetriebe, wirtschaftliche Unternehmungen — Reisebüro, sonstige wirtschaftliche Unternehmen, und sieht Einnahmen in der Größenordnung von 57,143.000 Schilling und Ausgaben von 136,633.000 Schilling vor.

Im Namen des Finanzausschusses ersuche ich um Annahme dieser Voranschlagspost.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 sieht Einnahmen in der Gesamtgröße von 7.499,704.000 Schilling vor. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in der Größe von 1.785,214.000 Schilling gegenüber. Der Finanzausschuß hat auch diese Gruppe beraten und ich darf Sie namens des Ausschusses um Annahme bitten.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Herr Landesrat Dr. Klauser, ich erteile Ihnen das Wort.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich bei all jenen bedanken, die sich im Laufe unserer „Drei-Tage-Ganztagschule“ mit dem Landesbudget befaßt haben. Dies gilt natürlich auch für den Herrn Präsidenten Dr. Piaty. Bei der Geisteshaltung, die seinen Ausführungen zugrunde lag; hätte mich zu viel Zustimmung oder Übereinstimmung mit dem, was ich gesagt habe, geradezu in ein schiefes Licht gebracht. Ich möchte diese für mich reichlich unerfreuliche Angelegenheit gleich zu Beginn hinter mich bringen. Seine Ausführungen sind so widersprüchlich gewesen, daß ich nicht recht weiß, was ich damit anfan-

gen soll. Einmal sagte er, den kleiner gewordenen Spielraum der öffentlichen Hand wieder etwas zu vergrößern, wäre der falsche Weg. Kurz darauf wurden die geringer gewordenen Möglichkeiten beklagt, das Budget als Instrument der Volkswirtschaft einzusetzen. Den Einwand einer gewissen Inkonsequenz wird man daher wohl gelten lassen müssen. Die Kulturbemerkungen des Herrn Präsidenten bringen auch mich fast in Versuchung von Franz Josef Piaty zu sprechen (Abg. Zinkanell: „Kann man ihn nicht einmal hinausschicken?!“), auch deshalb, weil der bayrische Ministerpräsident längst rauschgiftsüchtig wäre, wenn er seine Schule auch auf den bayrischen Landeshaushalt anwenden würde. Auch dort nimmt die Verschuldung selbstverständlich zu. Aber bei der Handhabung des Asylrechtes im sogenannten Freistaat Bayern weiß man sowieso nicht mehr, wie man dran ist. Alle Finanzreferenten sind es ja gewöhnt, daß sie grundsätzlich schuld sind, fast könnte man sagen, gleichgültig woran, sowohl daran, daß der Staatsbürger Steuern und Abgaben zahlen muß, als auch daran, daß die anderen Regierungsmitglieder zu wenig Geld zu verteilen haben. Ganz so arg ist es allerdings bei uns doch wieder nicht, sonst würde diese steirische „Taschengeldgesellschaft“ nicht eine der höchsten Sparquoten aufweisen, die es gibt. Der Generalredner der ÖVP hat mich auch gefrotzelt, daß ich alterssichtig sei, dann aber seinen Appell an alle Werte unseres kulturellen Lebens verlesen, an Tradition, Ehre und Anstand.

In der Debatte kommt dann das Haus zur Gruppe 5 und er wieder an das Rednerpult, und dann verwandelt sich dieser Dr. Jekyll in einen Mister Hyde und beschuldigt mich, am Kindersterben schuld zu sein. Ich war, Gott sei Dank, nicht im Haus, und habe mir daher eine Tonbandübertragung besorgt. Dort heißt es auch, ich betreibe Sabotage an einer konstruktiven Gesundheitspolitik.

Die Gesellschaft für Gesundheitsschutz war schon im Budget 1979 mit keinem Schilling mehr bedacht. Was kümmern aber einen Ärztekammerpräsidenten seine Satzungen, die Vereinbarungen mit dem Landeshauptmann Dr. Niederl, die Beschlüsse der Regierung oder dieses Hauses oder schließlich und endlich der Kontrollbericht, den der Herr Abgeordnete Loidl hier dargelegt hat? (Abg. Dr. Piaty: „Unerhört ist das!“) Er steckt noch einmal 3,8 Millionen der Ärztekammer in diese Gesellschaft, ohne Beschluß seiner Gremien, und verliert die Fassung, wenn einer sich seinem Willen nicht beugt und seine Zeche nicht zahlt. Mich kann eine solche Entlarvung seines Charakters nicht verletzen. Dem Landtagsklub der ÖVP gilt allerdings ob dieses Mitgliedes mein Bedauern!

Auch zum Ärztlichen Notdienst hat der Herr Präsident beinahe selbstverständlich die Unwahrheit gesagt. Ein Vertrag ist nicht geschlossen worden. Die Ärztekammer, die Gebietskrankenkasse, die Stadt Graz und Vertreter der Fachabteilung für Gesundheitswesen haben einen Vertragsentwurf erstellt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde mir zur Kenntnisnahme übermittelt. Es trägt das Datum vom 22. Oktober 1979 und ist unterfertigt von der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse und

der Ärztekammer. Zu diesem Zeitpunkt waren bekanntlich die Verhandlungen für das Landesbudget 1980 endgültig abgeschlossen. Außerdem nehme ich an, daß der Fachabteilung für Gesundheitswesen und dem zuständigen Referenten bekannt ist, daß eine solche Vereinbarung für das Land Steiermark nur vom Landtag beschlossen werden kann und daher die Einbringung einer Regierungsvorlage durch den zuständigen Referenten erforderlich ist. Der Herr Kollege Jungwirth hat sich leider hiezu in seiner abschließenden Stellungnahme zur Gruppe 5 nicht geäußert. Warum es in diesem Fall allerdings selbstverständlich ist, daß das Land Dauerbelastungen für eine Aufgabe übernimmt, für die es nicht zuständig ist, ist nicht zuletzt infolge der grundsätzlichen Bemerkungen des Herrn Ärztekammerpräsidenten nicht von vornherein einleuchtend. Mir sind auch die Beispielsfolgen in den Bezirken nicht bekannt. Wie gesagt, damit wird sich sicher der Landtag noch befassen müssen.

Zum Abschluß dieses Kapitels ersuche in den ORF, meinen Ausführungen zu diesem Thema denselben Raum zu geben, den er den merkwürdigen Angriffen des Herrn Präsidenten Dr. Piaty eingeräumt hat.

Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Im ganzen Bereich der Legislative haben wir dauernd mit der Versuchung zu kämpfen, alles durch Gesetze und Verordnungen zu regeln. Ich fürchte, daß Demokratie immer mehr geschriebene Spielregeln bedingt. Je mehr Leute an den Entscheidungsprozessen teilnehmen, desto mehr müssen sie sich solchen Bindungen unterwerfen. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß wir da unseren österreichischen Weg beibehalten, die Spielregeln sozusagen nur dann stur zu handhaben, wo es gar nicht anders geht.

Im Bereich der Verfassung haben wir das Leben auf zwei Ebenen ja ganz gut zustandegebracht. Daß dort die Wirklichkeit mit dem geschriebenen Wort nicht immer übereinstimmt, wissen wir alle. Trotzdem sind wir auch alle den Schwierigkeiten und Risiken einer Neufassung aus dem Weg gegangen. Wir tun so, als ob. Das ist die Kunst, die wir Österreicher geradezu perfekt beherrschen. Auch bei der Schuldebatte wurde ich an diese Haltung erinnert. Es haben sich lauter Lehrer daran beteiligt. Von den Schwierigkeiten der Kinder, mit der Masse des Stoffes fertig zu werden, von der zunehmenden Unmöglichkeit der Eltern, ihnen dabei zu helfen, war kaum die Rede. Die Schuldiskussion wird hoffentlich trotzdem zu einem Ergebnis führen, das nicht nur von den Experten produziert wird.

Herr Landeshauptmann Wegart hat in seinen Ausführungen zur Schiweltmeisterschaft gemeint, deren Kosten würden die übrige Steiermark nicht belasten. Ich kann dem leider nicht zustimmen, weil wir ja im Punkt 12 des Landtagsbeschlusses für Begleitmaßnahmen Bestimmungen vorgesehen haben, die selbstverständlich dem übrigen Land gewisse Mittel entziehen. Ich nehme allerdings an, daß dies nicht auf einen endgültigen Entzug, sondern auf eine andere Festlegung von Prioritäten hinausläuft. Womit ich nicht bestreiten will, daß die Weltmeisterschaften sicher dem Fremdenverkehr in der ganzen Steiermark zugute kommen werden.

Die Energiediskussion nötigt mich, davor zu warnen, Hilfen wieder nur in Subventionen der öffentlichen Hand zu sehen. Sparmaßnahmen sind notwendig, Umstellungen sind gut, die Kostenrechnung muß aber stimmen, und dort befindet sich die Debatte noch im Anfangsstadium. Ich verstehe zwar schon, daß Firmen und Unternehmer versuchen, ihre Produkte im Zuge der jetzigen Emotionalisierung dieses Themas an den Mann zu bringen, ich finde es aber an der Zeit, die Bevölkerung hinsichtlich der Kostenfolgen besser als bisher zu informieren. Das gilt übrigens genauso für manche Fernwärmeprojekte, auch in der Steiermark. Und es gilt, meine Damen und Herren, zumindest teilweise sicherlich für das, was der Herr Landesrat Peltzmann zu Fohnsdorf gesagt hat.

Ich fürchte, daß wir auf lange Sicht zu massiven Veränderungen im Bereich von Tarifen und Steuern und zu wesentlich eingreifenderen Lenkungsmaßnahmen der öffentlichen Hand werden kommen müssen, um sowohl mit den Versorgungs- als auch mit den Kostenfolgen im Energiebereich zu Rande zu kommen. Wie lange wir uns solche Mißbräuche werden gefallen lassen können, wie sie für Aibl und das Vorgehen der Hereschwerke des Herrn Dr. Fritzberg kennzeichnend sind, weiß ich nicht.

In diesem Zusammenhang wird auch das ganze Problem sicher in Fragen der Raumordnung hineingreifen, obwohl ich glaube, daß dort die Bodenbeschaffung, die Bodenspekulation jenes Problem ist, welches am dringendsten gelöst werden muß.

Obwohl wir noch nicht einmal zwei Dutzend rechtskräftige Flächenwidmungspläne haben, sind die Folgen der Baulandausweisung eindeutig erkennbar. Jede Ausweisung bedeutet eine Abgrenzung des Angebotes, jede Abgrenzung des Angebotes treibt die Preise in die Höhe. Alle möglichen Varianten werden diskutiert. Baugebot, Vorkaufsrecht, Ausweis als Vorbehaltsfläche, auch Kombinationen aller möglichen Vorgangsweisen.

Wir haben keine Präferenz für irgendeine dieser Lösungen, wir sind aber davon überzeugt, daß die Ziele der Raumordnung und der Erfolg der steirischen Raumordnungsgesetzgebung davon abhängen und daran gemessen werden, ob es uns gelingt, die Baulandfrage zu lösen.

Ich bin mir natürlich der Schwierigkeit der Diskussion bewußt, zumal nicht zu vermeiden ist, daß sich Lautstärke der Teilnehmer mit Sachkenntnis nicht unbedingt deckt. Mit einem solchen Mißverhältnis müssen wir ja des öfteren fertig werden. Da geht es uns bei der Beseitigung der Politikerprivilegien nicht anders.

Ich bin zwar gegen Privilegien, ich sehe aber durchaus nicht ein, warum Politiker nicht mit jenen Einkommen ausgestattet sein sollten, die in den Rahmen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems hineinpassen. Das ändert nichts daran, daß manche sich erst dann zufriedengeben würden, wenn wir das Landhaus nur mehr in Jesusschlapfen betreten. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist eine Geschmacklosigkeit!“) Ich verstehe Ihre Aufregung nicht!

Von mehreren Debattenrednern wurde die General-Motors-Förderung kritisiert, zuletzt vom Herrn

Kollegen Dr. Pfohl. Ich verstehe selbstverständlich den Wunsch, so etwas in die Steiermark zu bekommen. Gar so leicht kann es aber offenbar nicht sein, einen Standort mit den geforderten infrastrukturellen Voraussetzungen zu finden, vor allem was die Zusammenarbeit mit den zahllosen Zulieferern anlangt. Diese Voraussetzungen sind es, die letzten Endes immer wieder den Ausschlag geben werden. Gar nicht so sehr die absolute Höhe von Förderungen und dabei haben es halt die alten Industriegebiete wirklich leichter, wenn mich hier auch der Herr Präsident Piaty bewußt mißverstanden hat.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Im Landesbudget haben wir immerhin mehr als 4,5 Milliarden für Investitionen vorgesehen. Investitionen, die direkt oder indirekt fast jedem zugute kommen. Einige davon laufen auch über Beteiligungen des Landes, die von der Rechtsabteilung 10 verwaltet werden. Dies gilt insbesondere für die Aufstiegshilfen in der Dachstein-Tauern-Region und die Vorbereitungen der Weltmeisterschaften.

Ich persönlich glaube, daß wir sozusagen den Umbruch des gesellschaftlichen Bewußtseins erleben. Bei allem Irrsinn der Ereignisse im Iran sind sie doch sicher geeignet, das Scheitern eines primitiven technologischen Fortschrittsglaubens zu demonstrieren.

Es heißt zwar, der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Man könnte noch deutlicher sagen: Der Mensch lebt auch nicht vom Geld allein. Das haben übrigens auch eine ganze Reihe von Beiträgen in dieser Landtagsdebatte aufgezeigt. Das soziale Netz, die familiäre Bindung, die gesellschaftlichen Beziehungen, Eltern und Kinder, die Wohnumwelt, lauter Fragen, die wir mit den bisherigen Vorstellungen von wirtschaftlichem Wachstum noch nicht selbstverständlich in Einklang gebracht haben. Auch sie zählen zu den kommenden Aufgaben, die wir dann bewältigen werden, wenn wir die Schwierigkeiten sehen und keine Wunder erwarten, wenn wir etwas bescheidener werden, aber dennoch die Mode des Kulturpessimismus vermeiden, kurzum, wenn wir uns dessen bewußt sind, daß wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Differenzen in einem Boot sitzen und dafür sorgen müssen, daß uns diese Gemeinsamkeit nicht verlorengeht. Das gilt nicht nur für uns hier, sondern für alle, die sich dieser Verantwortung für die Steiermark bewußt sind.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zum Abschluß habe ich eine angenehme Aufgabe. Mein Freund Ileschitz hat mir es abgenommen, dem Landesrat Peltzmann zum Geburtstag zu gratulieren. Ich habe aber noch dem Herrn Kommerzialrat Herzl für die Mühe zu danken, die er an uns 23 Jahre lang verschwendet hat, wenn wir ihm das Buffet bevölkert haben. Er verläßt uns zum Jahresende.

Da Weihnachten nicht nur in der Familie gefeiert wird, wünsche auch ich Ihnen allen, meine Damen und Herren, aber natürlich auch der ganzen steirischen Bevölkerung alles Gute zu den kommenden Festtagen und auch zum Jahreswechsel. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wird ein Schlußwort von Herrn Abgeordneten Dr. Strenitz gewünscht?

Abg. Dr. Strenitz: Ich danke und wiederhole meinen Antrag.

Präsident: Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie der Gruppe 9 Finanzwirtschaft zustimmen.

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen nun zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Abgeordnete Josef Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus!

Der außerordentliche Haushalt umfaßt in den Gruppen 0 bis 9 einen geplanten Ausgabenrahmen von 516.673.000 Schilling. In der Gruppe 9 ist unter Einnahmen vermerkt, daß für den Strahlenbunker des Landeskrankenhauses Graz ein Bundesbeitrag von 13 Millionen Schilling erwartet wird.

Ich stelle den Antrag, dem außerordentlichen Haushalt die Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich gehe zur Abstimmung über und bitte um ein Händesign, wenn Sie zustimmen.

Der außerordentliche Haushalt ist angenommen.

Wir kommen zu den Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1980. Ich schlage unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen vor, in zwei Gruppen abstimmen zu lassen. Und zwar als erste Gruppe die 15 Beschlußanträge, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt wurden, sowie die drei Beschlußanträge, welche von der ÖVP und FPÖ unterstützt werden, denen die SPÖ jedoch zustimmt; in der zweiten Gruppe über die drei Beschlußanträge, die von der SPÖ abgelehnt werden. Es handelt sich dabei um zwei Anträge zur Gruppe 2, und zwar 1. betreffend ein Gesetz, welches das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen einer eigenen Regelung unterzieht, 2. betreffend Errichtung eines Landesschülerheimes in Murau sowie um einen Antrag zur Gruppe 5, betreffend einmalige Starthilfe für die Gründung eines mobilen Hebammendienstes. Ich frage den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Zinkanell, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Zinkanell: Herr Präsident! Ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche den 18 Beschlußanträgen der ersten Gruppe des mündlichen Berichtes Nr. 24 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Beschlußanträge der ersten Gruppe sind somit angenommen. Nun ersuche ich die Abgeordneten, welche den drei Beschlußanträgen der zweiten Gruppe zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle fest, daß auch diese Beschlußanträge abgestimmt sind.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Dienstpostenplan sind für das Jahr 1980 insgesamt, und zwar einschließlich der Pflichtschullehrer, 28.315,5 Dienstposten vorgesehen. Davon entfallen auf die Hoheitsverwaltung inklusive Sanitätsanstalten, sonstige Dienststellen und Wirtschaftsbetriebe 16.657 Dienstposten, auf die Pflichtschullehrer und Lehrer an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 11.656,5 Dienstposten. Gegenüber 1979 ergibt sich insgesamt eine Personalverminderung von 27,8 Dienstposten. Im ordentlichen Haushalt sind für Personalleistungen inklusive der Landeslehrer 6.211.740 Schilling präliminiert, die Nettogesamtbelastung des Landes aus Leistungen für das Personal beträgt für das Jahr 1980 3.621.247.000 Schilling.

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses, den Dienstpostenplan 1980 zu genehmigen.

Präsident: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Frau Berichterstatterin gehört. Ich ersuche, wenn Sie dem Antrag zustimmen, die Hand zu erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Nun kommen wir zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Zinkanell, dem ich das Wort erteile.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus!

Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan umfaßt in der Summe einschließlich der Kraftfahrzeuge der Wirtschaftsbetriebe 776 Fahrzeuge, das sind um 13 mehr als für 1979.

Ich stelle den Antrag, dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan zuzustimmen.

Präsident: Wir haben den Antrag gehört. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen.

Der Antrag ist angenommen, der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 285/1 abzustimmen und ich erteile wieder dem Herrn Abgeordneten Zinkanell das Wort.

Abg. Zinkanell: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich stelle den Antrag, diesem in dreitägigen Beratungen beratenen Voranschlag zuzustimmen.

Präsident: Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage Einl.-Zahl 285/1 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1980 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetdebatte im Steiermärkischen Landtag hat durch eine Vielzahl von sachlichen Beiträgen und profilierten Konfrontationen die Verhältnisse in unserem Land ebenso wie die Meinungen darüber widerspiegelt. Ich bitte Sie sehr, wenn wir nun am Schluß dieser Budgetdebatte sind, daran zu denken, daß niemals daran gedacht war, persönliche Beleidigungen auszusprechen oder eine Person im Vordergrund zu beleidigen. Ich bin am 10. Dezember vor acht Jahren hier zum Landeshauptmann gewählt worden vom Steiermärkischen Landtag und im Februar wird es 15 Jahre, daß ich als Mitglied der Landesregierung eingezogen bin. Ich kann mich noch genau erinnern, damals ist die Wand hier noch zu gewesen und in einem Viereck ist sowohl Landesregierung als Landtag gesessen. Es war vielleicht ein ganz anderes Naheverhältnis, das möchte ich wirklich sagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Auf gleicher Ebene!“ — Abg. Brandl: „Da waren Sie nicht so hoch oben!“) Ich habe mir gedacht, ich bin schon lange im Landtag und mir wurde vom Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian während der Debatte mitgeteilt, daß er das 31. Mal in diesem Landtag sitzt. Weil wir nicht mehr zusammenkommen, es ist fast eine Tücke des Schicksals, möchte ich sagen, bis zum 1. Jänner 1980, so möchte ich stellvertretend sowohl für die Landesregierung als auch für den Landtag dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter zu seinem 60. Geburtstag recht herzlich gratulieren. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen es ganz genau, aus der Landesregierung genauso wie aus dem Landtag, daß der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian absolut nicht immer ein bequemer Mitstreiter gewesen ist. Wir erinnern uns an viele Diskussionen hier im Haus, konstruktive genauso wie Angriffe, und wir erinnern uns in der Landesregierung an viele Anträge, die gestellt worden sind. Ich möchte nicht mehr und nicht weniger dazu sagen, aber eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir uns doch bewahrt, bei all diesen Auseinandersetzungen, die natürlich vorhanden waren und die zwangsläufig gegeben sind, das ist der Respekt und die Achtung einer Persönlichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.) Politische Gegensätze wird es immer geben und als wir, zumindest die Älteren unter uns, zurückgekehrt sind aus dem Zweiten Weltkrieg oder aus der Gefangenschaft, in das politische Leben hineingekommen sind und vielleicht das erste Mal bewußt das Wort Demokratie gehört haben, da war uns bewußt, daß es hier natürlich Auseinandersetzungen geben muß, daß man nicht einer Meinung sein kann, aber daß am Ende immer das Ziel da sein soll, diesem Land, diesem Heimatland Steiermark, zu dienen. Und daß das der Erste Landes-

hauptmannstellvertreter immer getan hat als alter Sozialdemokrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist besonders schätzenswert. Ich habe manche Gespräche mit ihm geführt, als gewachsener Sozialdemokrat, das wollen wir hier auch anerkennen und ich darf noch einmal herzlich danken und herzlich gratulieren. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den drei Tagen ging es ja nicht nur darum, Berichte über die Arbeit im Laufe eines Jahres zu geben, sondern darum, Ausblicke in die Zukunft unseres Landes zu vermitteln. Daß dabei in den Auseinandersetzungen um die Standpunkte für die künftige Arbeit manchmal die Konturen eines gegensätzlichen Wollens sichtbar wurden, empfinde ich nicht als Widerspruch.

Und Herr Kollege Klausner, wenn es auch um die Weltmeisterschaften in Schladming und im Schladminger Raum geht, so möchte ich doch eines noch glättend dazu sagen, sonst könnte der Eindruck entstehen, es müssen wirklich die anderen Landesteile mitleiden: daß natürlich unsere gemeinsame Aufgabe darin liegt, solche großen Leistungen auch gemeinsam zu finanzieren, oder der Landtag müßte andere Beschlüsse fassen, müßte Beschlüsse fassen, daß wir damit nicht einverstanden sind, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wollen wir aber nicht. Daher glaube ich, sollen wir darüber ja gar nicht diskutieren, ob 100 Schilling mehr oder weniger in anderen Bereichen eingesetzt werden, um eine große Leistung für eine Region dieses Landes zu erbringen. Wir haben auch noch nie darüber geurteilt, auch in anderen Bereichen nicht, und daher bitte ich Sie sehr, daß wir hier wirklich frei sind von allen Vorurteilen und Ressentiments und daß wir wirklich glauben, daß diese Weltmeisterschaft und auch die Weltmeisterschaft in Murau große Dinge sind, und daß wir gerne bereit sind, sie, so weit es in unserer Kraft steht, auch zu finanzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß gerade diese Diskussion konstruktiv gewesen war und sie auch die gute Absicht unterstreicht, für unsere Steiermark wirklich das Beste herauszuholen. Gestatten Sie mir deshalb für die vielen Anregungen zu danken, die aus der Debatte hervorgekommen sind. Ich bekenne mich zu diesem breitgestreuten Austausch von fundierten Meinungen. Über die vielen Ideen und Meinungen, die im Laufe der Debatte in diesem Hohen Haus vertreten wurden, haben bisher die Medien ausführlich berichtet. Ich danke daher der steirischen Presse und dem Studio Steiermark des ORF ebenso wie der Austria Presse Agentur für das bekundete Interesse.

Bevor ich auf die künftigen Aufgaben in unserem Land eingehe, will ich eines nicht unerwähnt lassen: Es gibt zweifellos Fragen, die eine umfassende Lösung im ganzen Bundesstaat erfordern. Aber nicht überall sind solche zentralen Regelungen ein Allheilmittel. Alle Bundesländer haben grundsätzlich die gleichen Rechte. Jedes Bundesland hat nicht nur eine eigene historische Entwicklung, sondern auch eine verschiedene Struktur. Es ist daher genau diese Vielfalt, die Österreich prägt. Wir sollten in

der Diskussion um den Föderalismus auch nicht vergessen, daß es schon zweimal in diesem Jahrhundert die Länder gewesen sind, die unser Vaterland Österreich aus den Trümmern erweckt haben, und zwar 1918 und 1945, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und das sind keine ideellen Dinge aus Sonntagsreden, sondern das ist eine verwurzelte Einstellung, die die Steirer einfach in diesem Gesamtstaat haben.

Was wir daher brauchen, damit der Föderalismus nicht nur eine Redensart bleibt, ist vor allem das gegenseitige Verständnis. Die in der Bundesverfassung festgelegten Kompetenzen sind zusammen mit einem sinnvollen Finanzausgleich die rechtliche und die finanzielle Garantie für unsere Bundesländer.

Wenn wir von Föderalismus reden, meinen wir daher nicht nur das Forderungsprogramm der Bundesländer. Föderalismus kann man sicherlich nicht nur von einer einzigen Position aus sehen. Weil es um die sachlichen Zusammenhänge geht, sind wir der Meinung, daß Entscheidungsfindungen in vielen Bereichen lebensnah und wirkungsvoller in kleineren Einheiten erzielt werden können. Selbstverständlich umfaßt Föderalismus damit auch die Gemeinden und ich sehe diese Frage Tag für Tag selbst als Gemeindereferent in meiner Arbeit.

Wenn wir zum Budget zurückkehren, ist eines zu sagen: Auch dieser Landesvoranschlag 1980 hatte die Aufgabe, bewährte Grundsätze und die Vorsorge für die Zukunft miteinander zu verbinden. Es galt, Impulse durch Investitionen ebenso zu setzen wie soziale Schwerpunkte.

Im Laufe des Jahres wurde auf Seiten der Regierung, in den Ausschüssen und hier im Landtag auch fleißig gearbeitet. Das unterstreichen auch die über 80 Regierungsvorlagen, die dem Steiermärkischen Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wurden.

Ihre Auswirkungen fordern uns allen eine hohe Verantwortung ab. Wir sollten daher auch in Zukunft bedenken, daß die gerechte Verteilung der Steuermittel, die durch den Fleiß der Bürger unseres Landes erarbeitet wurden, über die Möglichkeit einer Stärkung der wirtschaftlichen Kraft einer ganzen Region entscheidet. So wird auch dieses Budget mit seinen Hunderten von Ansätzen in allen Landesteilen wirksam; im Grenzland ebenso wie in den Industrie- und Fremdenverkehrsgemeinden, in den Ballungszentren oder in den strukturschwächeren Regionen.

Sei es das Grenzland oder seien es die typischen Fremdenverkehrsregionen: Jeder Landesteil hat eine andere Struktur. Im Bewußtsein, in welchen Gebieten größere Anstrengungen notwendig sind, gilt es daher, stets sehr überlegt im Rahmen der Regionalpolitik vorzugehen. In der Mur-Mürz-Furche ebenso wie im Raum Judenburg mit den Auswirkungen bis nach Murau oder im östlichen Teil des Bezirkes Hartberg oder im Raum Voitsberg—Köflach, Deutschlandsberg genauso wie im oberen Feistritztal, im St. Gallener Bereich und Eisenerzer Bereich genauso wie in vielen anderen strukturschwachen

chen Bereichen unseres Landes. Hier ist und bleibt unser Grundsatz, daß sich die Förderungspolitik des Landes immer nach der Leistungsfähigkeit in den einzelnen Regionen orientiert. Hier muß weiterhin sehr sorgfältig abgestuft werden, um einen gerechten Ausgleich herzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Devise muß daher lauten: Wir müssen den Mut zu Investitionen auf breiter Basis schaffen. Arbeitsplätze müssen in die Notgebiete und nicht dorthin, wo ohnehin Vollbeschäftigung herrscht. Arbeitsplätze müssen zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Wirtschaftsförderung soll daher auch zur Bekämpfung der Abwanderung aus den entwicklungsbedürftigen Gebieten beitragen. Sie muß mit Investitionen zusätzliche Werte und auch Arbeitsplätze schaffen. Wir bekennen uns ebenso dazu, daß Wirtschaftspolitik nie Selbstzweck sein kann, sondern dem übergeordneten Ziel einer dauerhaften Sicherung menschenwürdiger Lebensverhältnisse zu dienen hat.

Wir haben nicht nur für die Gegenwart, für heute und morgen, sondern auch für die heranwachsenden Generationen zu sorgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollen wir nie vergessen! Nicht nur hier in den Diskussionen, sondern jeder in seiner Tagesarbeit, das ist eine Aufgabe, die die Jugend mit Recht von uns verlangt.

Und deshalb haben wir auch in diesem Jahr zum ersten Mal Landesmittel gezielt dafür aufgewendet, um den Bedarf an zusätzlichen Lehrplätzen abdecken zu können. Damit werden nach den bisher vorliegenden Ergebnissen Ende des Jahres ungefähr 250 zusätzliche Lehrplätze geschaffen sein. Wir stehen nun am Ende der Landtagsarbeit in diesem Jahr. Daher möchte ich einige Schwerpunkte der Arbeit hier in diesem Landtag auch für das vor uns liegende Jahr unterstreichen:

Wir wollen 1980 vor allem die steirische Landesverfassung verabschieden. Mit allen Dingen, die mehr Demokratie bringen. Wir wollen die Verhandlungen über die 4. Krankenanstalten-Gesetz-Novelle abschließen, mit dem Ziel, den Patienten besser zu helfen, damit sie besser ihre Gesundheit wiedererlangen.

Das Kindergarten- und Hortegesetz sowie eine Novellierung der Raumordnung stehen neben anderen wichtigen Anliegen heran. Wir erkennen daraus schon, daß es wichtige Dinge sind, die wir wieder zu beraten und zu beschließen haben werden.

Mir kommt es nun zu, allen Damen und Herren herzlich zu danken, die am Zustandekommen dieses Budgets mitgewirkt haben. Im besonderen auch der dem Landesrat Dr. Klauser unterstehenden Rechtsabteilung 10 mit dem Vorstand Hofrat Dr. Kriegseisen und dem Budgetreferenten Herrn Regierungsrat Ramschak. Und ich danke allen Bediensteten dieses Landes, ganz gleich, wo sie sind. Es sind über 16.000, fast 17.000, die im Lande Steiermark beschäftigt sind. Ihnen sei Dank gesagt in dieser Stunde, denn wir würden unsere Beratungen und Beschlußfassungen umsonst machen, wenn nicht

diese große Serviceleistung durch diese Landesregierung vorhanden wäre.

Mit diesem Dank an alle verbindet sich auch der Wunsch an die steirische Bevölkerung, daß die rund 17 Milliarden Schilling dieses Budgets in gemeinsamer Arbeit gut verwertet werden können und unsere Heimat im Jahre 1980 wieder ein Stück weiter vorwärts gebracht werden kann. Und 1980, wir haben es bereits aus der Budgetdebatte gehört, ist ein Jubiläumsjahr. 800 Jahre werden es her sein, seit unser Land zum Herzogtum erhoben wurde. Ich bitte Sie alle, insbesondere auch die Presse, daran mitzuwirken, daß dieses Jubiläum von der gesamten Bevölkerung unseres Landes, besonders aber auch von der Jugend getragen wird. Zeigen wir alle gemeinsam in diesem Jubiläumsjahr, was uns unser Heimatland Steiermark wirklich wert ist. Zeigen wir dies vor allem durch unseren persönlichen Einsatz, um den ich besonders jene bitte, die in diesem Land Verantwortung tragen. Wir alle miteinander haben diese Verantwortung durch unsere Politik für dieses Land zu tragen. In Wirklichkeit wissen wir genau, alle wie wir hier sitzen, Sie als Abgeordnete, wir als Vertreter der Landesregierung, daß die tägliche Arbeit, die Tagesarbeit, nicht leicht ist und daß sie immer wieder eines zum Ausdruck bringt, daß wir alles versuchen wollen, um den Menschen in diesem Lande am besten zu dienen. Wenn dann von Privilegien oder Nicht-Privilegien gesprochen wird, ich möchte das auch sagen, dann staune ich ein bißchen darüber. Wenn gesagt wird, es geht dem einen zu gut oder es geht ihm weniger gut, wir werden gut oder weniger gut honoriert, ich möchte für meinen Teil nur eines sagen, zumindest eine Honorierung, wie sie einem Manager eines mittleren Unternehmens zugute kommt, das nehme ich für mich in Anspruch, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage das auch anlässlich dieser Budgetdebatte. Ich bin auch voll dafür, daß ich voll besteuert werde, das möchte ich Ihnen auch sagen. Aber wenn mir die Bezüge eines Generaldirektors eines Energieversorgungsunternehmens, beispielsweise der STEWEAG, zugebilligt werden, dann bin ich auch voll einverstanden, daß ich voll besteuert werde. Und nicht mehr und nicht weniger möchte ich hier sagen.

In der Gesinnung meiner Ausführungen, in der Gesinnung einer guten Zusammenarbeit, eines guten Zusammenwirkens und auf der Basis sachlicher Arbeit entbiete ich Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und der steirischen Bevölkerung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu den Weihnachtsfeiertagen und ein glückliches Jahr 1980, in guter Zusammenarbeit für dieses Heimatland Steiermark. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Die Rede des Herrn Landeshauptmannes war ein eindrucksvoller Schluß der langen Budgetdebatte. Wir haben noch einige Punkte der Tagesordnung zu erledigen und ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten zu bedenken, daß auch für diese Punkte der Tagesordnung die Beschlußfähigkeit des Landtages gegeben sein soll.

Wir kommen zum Punkt 1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2/10, zum Beschluß Nr. 30, vom 7. Dezember 1978, zum Antrag der Abgeordneten Ritzinger, Pränckh, Kollmann, Prof. Dr. Eichinger und Ing. Turek, betreffend Kostenrückersatz für die Kontrolltätigkeit von Landesbediensteten.

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren!

Unter der entsprechenden Einnahmenpost finden Sie im Voranschlag 1979 einen Betrag von 1,1 Millionen Schilling als Entschädigung für die Kontrolltätigkeit des Landes bei Beteiligungen und Haftungen. Dieser Einnahmenpost stand eine Ausgabenpost 1979 in Höhe von zwei Millionen Schilling gegenüber, jedoch konnte bereits im Jahre 1980 aufgrund der 1979 übernommenen Haftungen nach Ansicht der Rechtsabteilung 10 ein Ausgleich zwischen den entsprechenden Einnahmen und Ausgaben erzielt werden.

Ich bitte Sie namens des Finanz-Ausschusses um Annahme dieses Stückes.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 282/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Genehmigung des Rechnungsabschlusses und des Berichtes der Pflichtprüfer über das Geschäftsjahr 1978.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Meine Damen und Herren, Hoher Landtag!

Der Rechnungsabschluß 1978 der Landes-Hypothekenbank wurde überprüft und in Ordnung befunden. Die 14 Millionen Schilling Reingewinn wurden dem Fonds zugeführt, der Rücklage zugeführt.

Ich darf den Antrag stellen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und dem Kuratorium und den Beamten der Landes-Hypothekenbank den Dank auszusprechen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 283/1, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Mit diesem Gesetz soll das Land Steiermark die Möglichkeit erhalten, Anleihen bis zum Betrage von 750 Millionen Schilling aufzunehmen,

um die Finanzierung der Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen für das kommende Budget durchzuführen.

Ich bitte um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, Beilage Nr. 31, Beschluß, mit dem die Satzungen der Landes-Hypothekenbank Steiermark neuerlich geändert werden.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Mit der Novellierung der Satzung der Landes-Hypothekenbank soll erreicht werden, daß die Geschäftsverbindungen der Landes-Hypothekenbank verbessert werden.

Ich bitte um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 286/1, über die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1979. (1. Bericht für das Rechnungsjahr 1979.)

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Brandl, dem ich das Wort erteile.

Abg. Brandl: Die gesamte Überschreitung nach diesem ersten Bericht im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag beträgt rund 340 Millionen Schilling. Die Aufgliederung befindet sich in der Regierungsvorlage.

Ich bitte um Zustimmung.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 288/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft EZ. 323, KG. Murau, mit dem Wohnhaus 8850 Murau, Grazerstraße 5, zum Preis von 620.000 Schilling.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Georg Pränckh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pränckh: Die Vorlage behandelt den Verkauf eines landeseigenen Wohnhauses in Murau an die Firma Petautschnick zum Kaufpreis von 620.000 Schilling.

Ich bitte um Zustimmung.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 289/1, über den Ankauf des Grundstückes EZ. 80, KG. Sallegg, im Ausmaß von 2067 Quadratmetern von der Gemeinde Gams ob Frauenthal, 8524 Gams ob Frauenthal, um einen Kaufpreis von 2 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbssteuer und Eintragungsgebühren in der Höhe von zirka 10 Prozent der Kaufsumme, das sind insgesamt rund 2,200.000 Schilling, durch das Land Steiermark.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Zinkanell, dem ich das Wort erteile.

Abg. Zinkanell: Herr Präsident!

Wie bereits gesagt, betrifft diese Vorlage den Ankauf des Grundstückes Sallegg im Ausmaß von 2000 Quadratmetern von der Gemeinde Gams ob Frauenthal, um einen Kaufpreis von 2 Millionen Schilling zuzüglich Grunderwerbssteuer und Eintragungsgebühren in der Höhe von zirka 10 Prozent der Kaufsumme, das sind insgesamt rund 2,2 Millionen Schilling, durch das Land Steiermark.

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 291/1, betreffend Rieswerke, Chemisch-Pharmazeutische Werke des Landes Steiermark, Verkauf an die Chemie Linz AG.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Dr. Strenitz, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren!

Der Sinn dieser Vorlage besteht darin, daß das Land Steiermark beabsichtigt, im Bereich des Landeskrankenhauses Graz ein Strahlentherapiezentrum zu errichten.

Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 290/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Aichhofer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Aichhofer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 17 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes vom 21. April 1976 hat die Landesregierung jährlich einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Die-

ser Bericht hat auch eine Zusammenstellung aller aufgrund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten.

Ich stelle den Antrag, diesen Bericht zu Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 304/1, Beilage Nr. 33, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung Graz 1957 geändert wird.

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Dr. Leopold Johann Dorfer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus!

Das Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung Graz 1957 geändert wird, sieht vor, daß Wahlwerber, die nicht gewählt wurden oder eine auf sie gefallene Wahl nicht angenommen haben, sowie solche, die ihr Mandat angenommen, in der Folge aber zurückgelegt haben, für den Fall, daß ein Mandat ihrer Liste erledigt wird, Ersatzmänner bleiben, solange sie nicht ausdrücklich ihre Streichung aus der Liste der Ersatzmänner verlangt haben.

Namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses stelle ich den Antrag, diesem Gesetz zuzustimmen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305/1, Beilage Nr. 34, Gesetz, mit dem die Gemeindewahlordnung 1960 geändert wird (Gemeindewahlordnung 1979).

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Pinegger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 305/1, Beilage 34, befaßt sich mit der Änderung der Gemeindewahlordnung 1960, Gemeindewahlordnungsnovelle 1979. Demnach hat der Paragraph 78 Absatz 1 zu lauten: „Wahlwerber, die nicht gewählt wurden oder eine auf sie gefallene Wahl nicht angenommen haben, sowie solche, die ihr Mandat in der Folge zurückgelegt haben, bleiben Ersatzmänner, solange sie nicht ihre Streichung aus der Liste der Ersatzmänner verlangt haben.“

Namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses ersuche ich Sie um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist angenommen.

13. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 306/1, Beilage Nr. 35, Gesetz, mit dem die Landtags-Wahlordnung 1960 geändert wird (Landtags-Wahlordnungsnovelle 1979).

Berichterstatte ist Herr Abgeordneter Prof. Dr. Eichtinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Hohes Haus!

Mit dieser Vorlage wird die Landtags-Wahlordnung 1960 der Nationalratswahlordnung angepaßt. Wesentlich ist, daß in Zukunft derjenige wahlberechtigt ist, der am Stichtag der Wahl das 19. Lebensjahr vollendet hat. Weiters werden der Gebührenanspruch der Mitglieder der Wahlbehörden, die Verbotszonen und die Landeswahlvorschläge geregelt.

Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmt, möge ein Händenzeichen geben.

Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 143/1, Beilage Nr. 17, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird.

Dr. Maitz ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vorliegende Novelle zur Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz befaßt sich vor allem mit der Neuregelung der Bestimmungen über die Dienstbeschreibung, die Jubilarszuwendungen, die Treueentschädigung, das Weihnachtsgeld und die Ausgleichszulagen für diese Beamten.

Im Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß wurde die Vorlage eingehend diskutiert, zunächst zurückverwiesen, eine Stellungnahme der Landeshauptstadt Graz erbeten; diese ist zu allen Punkten mit einer befriedigenden Antwort eingelangt, so daß nach neuerlicher Befassung des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses der Antrag auf Annahme gestellt werden kann.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichtstatters gehört, wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Zeichen.

Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, Beilage Nr. 37, Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird (Landes-Verfassungsgesetznovelle 1979).

Herr Dr. Heidinger ich bitte, den Bericht zu erstatten.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ihnen vorliegende Vorlage wurde vom Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß eingehend beraten. Sie beinhaltet zwei Tatbestände:

1. Die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 19 bzw. 21 Jahre und
2. die Zuständigkeitserklärung der Volksanwaltschaft auch für den Bereich der Verwaltung des Landes Steiermark.

Der Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß bittet um Annahme der Vorlage.

Präsident: Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, bitte ich Sie um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Herrn Kommerzialrat Egon Herzl in die Landstube gebeten — er steht hier neben dem Ofen — um ihm das zu sagen, was schon der Herr Landesfinanzreferent ausgesprochen hat, der Herr Landesfinanzreferent — sozusagen als Pachtgeber der Kantine — und ich im Namen aller als Konsumenten, die seine Gäste gewesen sind. Herr Egon Herzl ist seit 1. Jänner 1957 Pächter der Kantine der Landstube. Er hat in sehr bedrängten räumlichen Verhältnissen schon die Aufgabe übernommen, in einer Zeit, in der es nicht ganz leicht gewesen ist, die Herren Landtagsabgeordneten in ihren leiblichen Nöten zu laben und zu unterstützen. Wir wissen, daß, seit die Kantine so schön ausgebaut ist, auch dieses Bemühen eine immer schönere Entfaltung und Entwicklung genommen hat. Ich möchte im Namen aller Abgeordneten, die Ihre Gastfreundschaft entgegengenommen haben und genießen konnten, Ihnen und Ihrer verehrten Gattin, Herr Kommerzialrat, aufrichtig danken für alle Mühe und Plage, für allen Einfallsreichtum auch und für sehr, sehr gewissenhafte Betreuung all derer, die sich bei Ihnen eingefunden haben. Es ist nicht nur eine schöne Stätte einer ambitionierten Gastronomie gewesen, sondern es war auch oft die Friedensstätte, bei der manche Verdrießlichkeiten, die im Hohen Hause entstanden sind, unter Ihrer Obhut sicher gewissermaßen bereinigt worden sind. Wir wünschen Ihnen, Herr Kommerzialrat, und Ihrer Gattin, daß das Schöne der Gastlichkeit und der Freundlichkeit, das Sie unserem Hause und unseren Mitgliedern immer bereitet haben, auch ein gutes Vorzeichen sein möge für den Ruhestand, zu dem Sie sich allerdings nicht ganz glaubhaft zurückziehen. Alles Gute und herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Aber, meine Damen und Herren, noch lasse ich Sie nicht hinaus. Sie werden es einem alten Mann nicht verwehren, wenn er einem alten Brauche folgt und als Präsident des Landtages am Schluß der letzten Sitzung des Jahres seinen Weihnachtsgruß entbietet und seine Glückwünsche für das kommende Jahr den Damen und Herren entgegenbringt. Was zum Schluß der Verhandlungen des Jahresvorschlages und daraus folgend über die Arbeit der

Volksvertretung und der von ihr bestellten und mit ihrem Vertrauen ausgestatteten Regierung zu sagen ist, hat der Herr Landeshauptmann in seinem Schlußwort schon ausgesprochen. Das ist nicht zu ergänzen und nicht zu verbessern.

Wir Menschen stehen der unerbittlich vorübergehenden Zeit hilflos gegenüber. Wir können sie nicht erfassen, aber um sie besser verstehen zu können, teilen wir den Tag in Stunden ein, die Woche in Tage, die Monate in Wochen und Jahrzehnte in Jahre. Bei solchen Überlegungen wird es uns heute auch bewußt, daß wieder ein größerer Zeitraum in sich geschlossen zu Ende geht. Zwar ist es nicht das achte Jahrzehnt, das wir beschließen. Zu ihm gehört ja auch noch — wie wir in der Schule gelernt haben — das Jahr 1980. Aber der Volksmund und die landläufige Übung läßt uns von den siebziger Jahren reden. Und die gehen zu Ende. Und heute, da wir uns zum letzten Mal in den siebziger Jahren in dieser schönen Landstube zusammenfinden, fragen wir uns, ob es einen Sinn hat, das besonders zu erwägen. Ich spreche von der schönen Landstube. Ich kenne wenige in Österreich, die ihr in ihrem Ebenmaß, in ihrer künstlerischen Ausstattung und in ihrer Atmosphäre gleichen. Ihren eigentlichen Wert aber hat diese Landstube nicht in der Architektur, ihr eigentlicher Wert sind nicht die Wappen und die Jahreszahlen, die sie kennzeichnen. Was diesem Raum, den wir das Hohe Haus nennen, seine Würde und seinen Wert gibt, ist das Menschliche. Menschliche Sorgen und Leidenschaften, Streitbarkeiten und Verantwortungsfreude, die restlose und rastlose Bemühung der Frauen und Männer, die seit Jahrhunderten hier in dieser steirischen Landstube sich hingestellt haben, durch den Schwur auf die Verfassung legitimiert, von ihren Mitbürgern gewählt, ausgewählt, das heißt, mit Vertrauen belastet, für Recht und Ordnung, Wohlfahrt und Glück, Fortschritt und treues Bewahren des Bewährten, unbestechlich und nach bestem Wissen und Gewissen dem Land zu dienen. Seit Jahr-

hunderten ist das immer wieder geschehen. Aber nahe und unmittelbar bewußt soll es uns in dieser Stunde sein, was wir in den nun zu Ende gehenden siebziger Jahren hier erlebt, was wir getan, was wir verloren, was wir gewonnen, was wir dazugewonnen haben oder gewinnen hätten sollen zu dem, was wir vorgefunden haben.

Dreimal haben wir in diesen siebziger Jahren gewählt. 104 Sitzungen hat der Landtag abgehalten, davon hat eine Sondersitzung dem Gedenken an den verewigten Landeshauptmann Josef Krainer gegolten, eine dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek. Seit 1970 sind 41 neue Abgeordnete in den Landtag gekommen, ein neuer Dritter Landtagspräsident wurde gewählt, zweimal ein neuer Zweiter Präsident. Ein Landeshauptmann kam, jung und arbeitsfroh, in unsere Mitte, ein neuer Erster Landeshauptmannstellvertreter, ein neuer Landesfinanzreferent, ein neuer Kulturreferent und ein neuer Straßen- und Landwirtschaftsreferent. Bei dieser Gelegenheit hat sich auch ein neuer Landtagspräsident vorgestellt. Das alles, meine Damen und Herren, heißt nichts anderes, als daß alles auch hier und heute, immer in Bewegung ist. Wir sind nur Gäste auf Erden, Gäste auch in diesem Hohen Haus. Daß wir das Gastrecht genießen, gehört zum Lebensglück jedes einzelnen, der mit redlicher Gesinnung hier Einzug gehalten hat. Daß wir es nicht mißbrauchen, gehört zu unserer selbstverständlichen Gewissenspflicht, daß wir es nutzen und ihm dienen, ist das Gelöbnis, das ich in Ihrer aller Namen ausspreche, mit dem wir aus den siebziger Jahren in die achtziger Jahre hineinwandern. „Gott geb's“, haben die weststeirischen Knappen geantwortet, wenn ihnen der alte Gruß „Glück auf“ zugerufen wurde. Auch ich rufe Ihnen und Ihren Angehörigen und allen, denen Sie verbunden sind, dieses alte „Glück auf“ zugleich mit dem bekräftigenden „Gott geb's“ zu.

Die Sitzung ist geschlossen. (Schluß der Sitzung 18.30 Uhr. — Allgemeiner starker Beifall.)